

Frank Berg / Lutz Kirschner (Hrsg.)

PDS am Scheideweg

Beiträge von Frank Berg, Bernhard Boll, Michael Chrapa,
Erhard Crome, Thomas Koch, Werner J. Patzelt,
Günter Pollach, Lothar Probst, Andrea Volkens

Berlin, Juni 2001

Frank Berg / Lutz Kirschner (Hrsg.)

PDS am Scheideweg

Beiträge von Frank Berg, Bernhard Boll, Michael Chrapa, Erhard Crome,
Thomas Koch, Werner J. Patzelt, Günter Pollach, Lothar Probst, Andrea Volkens

Berlin, Juni 2001

ISBN 3-320-02976-2

Inhalt

Vorwort		4
Werner J. Patzelt	Die PDS nach 2000: Neugeburt oder Fehlgeburt?	5
Lothar Probst	Stärken, Probleme und Perspektiven der PDS in den neuen Bundesländern	29
Erhard Crome	Die PDS. Sozialistische Volkspartei unter gewandelten Bedingungen	39
Andrea Volkens	Parteien im europäischen Mehrebenensystem	73
Frank Berg	Mitte-Links-Politik in Mecklenburg-Vorpommern. Politikwechsel und reformpolitische Ansätze im Wandel	85
Thomas Koch	(Wie) Ist die Regierungsbeteiligung der PDS bekommen? Politikfähigkeit und aktuelle Situation der PDS im Wettbewerb der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns	113
Günter Pollach	Profilierung der PDS zur Oppositions- und gestaltenden Reformkraft. Inwieweit stützen geistige Profile innerhalb der Partei diesen Anspruch?	131
Bernhard Boll	Formen der innerparteilichen Partizipation, Potenziale der Mobilisierung und Chancen der Rekrutierung von PDS-Mitgliedern. Empirische Befunde einer Mitgliederbefragung in Sachsen-Anhalt	143
Michael Chrapa	Reformpolitik und Parteiprofile: Die PDS als „Spielpartei“	153
Autoren und Herausgeber		161

Vorwort

Unter dem Thema „Die PDS – eine regionale Reformkraft?“ veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober 2000 eine wissenschaftliche Konferenz¹, in deren Folge eine Reihe höchst interessanter wissenschaftlicher Texte eingebracht wurde. Sie beziehen sich auf die Entwicklung der PDS, auf ihre Stärken und Schwächen, auf ihre Mitgliederentwicklung, ihre Profile und bevorstehenden Herausforderungen. Sie sind aus mehrjährigen Forschungsprojekten sowie aus anderen umfangreichen politikwissenschaftlichen Arbeiten hervorgegangen und sollen hiermit einem breiteren interessierten Leserkreis zugänglich gemacht werden.

Die Beiträge greifen aus verschiedener Sicht und mit variablen wissenschaftlichen Methoden aktuelle Probleme auf, wie sie in den gesellschaftlichen Debatten weit über die PDS hinaus thematisiert werden: Wird die PDS perspektivisch ein „Auslaufmodell“ in der deutschen Parteienlandschaft sein oder wird sie sich im deutschen Parteiensystem dauerhaft etablieren? Wenn ja, worin könnte dann ihr Profil liegen und welche Barrieren bestehen hierfür derzeit in ihren Strukturen, ihrer Mitgliedschaft, ihren Konzeptionen und ihrer Politik?

Befindet sich die PDS an einem Scheidepunkt, an dem sich die Alternative zwischen Degression und „Neugeburt“ stellt? – Dies ist wohl die übergreifende thematische Leitfrage, der sich die Autoren dieses Bandes auf ganz unterschiedliche Weise nähern. Sie beziehen sich sowohl auf die Entwicklung dieser Partei und ihrer Programmatik als Ganzes, auf ihre Aktivitäten im kommunalen und regionalen Bereich als auch auf die Positionierung der PDS im europäischen Parteienspektrum.

Durchgehend wird die PDS als Bestandteil ausdifferenzierter politischer Räume behandelt. Sie muss in ihnen agieren, hier im Wettbewerb bestehen und sich als gestaltungsfähige Reformkraft erweisen. Bringt sie dafür nicht das notwendige Profil auf, dann steht es um ihre Perspektiven schlecht. Stellt sie sich aber diesen Kriterien, dann muss sie sich verändern, ihren Platz in der Politik neu bestimmen und ihre Mitgliedschaft erneuern. Bisherige Profilbestimmungen verlieren ihren Wert, neue im Sinne einer modernen, realistischen linksdemokratischen Reformpolitik sind noch nicht hinreichend erkennbar.

Die Auflösung dieser Problemstellung – sofern sie heute überhaupt schon möglich ist – wird in den einzelnen Beiträgen dieses Bandes auf unterschiedliche Weise akzentuiert. Den Leserinnen und Lesern wird die Suche nach einer eigenen Antwort auf die Frage nach den Perspektiven der PDS nicht erspart. Aber gerade dies macht die Lektüre der Texte lesenswert.

Frank Berg und Lutz Kirschner

1 Die PDS – eine regionale Reformkraft? Reformpolitik in den ostdeutschen Bundesländern – Opponieren, Tolerieren, Mitregieren. Wissenschaftliche Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 12./13. Oktober 2000, Berlin. Die Konferenzbeiträge u.a. von Helmut Holter, Harald Wolf, Rosemarie Hein und Edeltraud Felfe sind einsehbar über <http://www.rosaluxemburgstiftung.de>.

Die PDS nach 2000: Neugeburt oder Fehlgeburt?

WERNER J. PATZELT

Nicht wenige glaubten nach den freien Volkskammerwahlen vom März 1990, mit der SED-PDS werde es bald zu Ende gehen. Ganz natürlich ergaben sich solche Erwartungen im Vorstellungshorizont von Westdeutschen, welche die DDR als abhängig von machtgestützter Außenstabilisierung und ihre Trägergruppen als bar freiwilliger Unterstützung durch das Volk sahen. Zwar war es weder 1990 noch seither jemals der Fall, dass die PDS auch nur die relative Mehrheit der Stimmen errang. Doch dass diese Partei nicht ebenso verschwand wie jener Staat, den ihre Vorgängerpartei geformt hatte, dass sie seit den ersten freien Wahlen ihre Stimmenanteile klar ausweitete und in den neuen Bundesländern allenthalben auf unabsehbare Zeit zur zweit- oder drittstärksten Partei wurde, verlangt nach einem an der Sache selbst, nicht an Vorurteilen orientierten Blick auf die PDS.

I. Eine multikulturelle Partei

Ihm erschließt sich, dass die PDS eine nachgerade multikulturelle Partei ist. Erste Analysen ihrer Mitgliedschaft kurz nach der Wiedervereinigung führten im Westen zwar zum entsetzten Aufschrei: Das ist die alte SED – und sie wird von den Ostdeutschen auch noch freiwillig gewählt! Doch schon dieser Aufschrei verkannte zum einen die inhaltlichen Positionsunterschiede zwischen der Führung der PDS und einem Großteil ihrer Mitgliedschaft, zum anderen die qualitativen Veränderungen der Partei und in der Partei. In qualitative Veränderungen war nämlich zweierlei umgeschlagen: einerseits die Veränderung der *politischen Rolle* von einer Hegemonialpartei zur ausgegrenzten Oppositionspartei in einem auch ohne PDS ganz funktionstüchtigem System, andernteils jener Wandel des *innerparteilichen Meinungsklimas*, der im Zusammenspiel des raschen Aufstiegs von SED-Reformern und des Verlusts von im Grunde opportunistischen Mitgliedergruppen zustande kam. Zusammenhalten ließ sich diese, aus der festen Ordnung der Dinge gefallene Partei nur, indem einesteils Vielfalt praktiziert wurde und andernteils gemeinsame Ablehnung der neuen Verhältnisse – medienwirksam und von Gregor Gysi spritzig formuliert – vieles einte, was so gut nun auch wieder nicht zusammenpasst. Doch selbst wer sehr wohl weiß, dass recht wenig die Kommunistische Plattform mit der Riege kommunalpolitischer Pragmatiker verbindet, der akzeptiert sehr wohl, dass man eben gemeinsam ‚zur Familie gehört‘, zu einem ‚Projekt‘, das sich als Alternative zum bisherigen deutschen Parteienspektrum versteht. Real praktizierte Basisdemokratie, zu verdanken sowohl dem Willen dazu als auch einer sehr labilen innerparteilichen Machtlage, welche ohnehin Parteiführung mit starker Hand ausschließt, tut ein Übriges, um der PDS viel mehr noch als der SPD, auf welche einst dieser Begriff gemünzt wurde, den Charakter einer ‚lose verkoppelten Anarchie‘ zu geben.

„*Right or wrong – my party*“: Auf diese Kurzformel lässt sich das über alle Trennungen hinaus verbindende Grundgefühl von PDS-Mitgliedern bringen. In ihm drückt sich zugleich die Chance als auch die Schwäche dieser Partei aus. Denn mindestens drei Gruppen von einander eher duldenden als wirklich akzeptierenden innerparteilichen Lagern und Akteuren fallen dem Beobachter auf. Zum einen sind da die ‚Traditionalisten‘. Einesteils sind das Parteimitglieder,

die vom Projekt der DDR und ihres Staatssozialismus aufrichtig überzeugt waren und immer noch keinen Grund sehen, von dieser Überzeugung abzurücken. Diese bindet um so enger an die PDS, als alle anderen Parteien – wenigstens im Nachhinein – rundweg die DDR, oft auch die sie tragenden Ideen, vor allem aber ihre Herrschaftspraxis ablehnen und somit gerade das für schlecht erklären, woran nicht wenige jener ‚Traditionalisten‘ selbst voller Überzeugung mitgewirkt haben. Zahlenmäßig die Masse der älteren Parteimitglieder stellend, wird dieser immer noch sehr große, doch keineswegs die Zukunft der PDS verbürgende Teil der Partei dadurch zutiefst gekränkt, gar vor den Kopf gestoßen, wenn sich die neue PDS-Führung in öffentlichen Erklärungen oder gar programmatisch zumindest von der Wirklichkeit, wenn auch nicht von den – nur ‚schlecht ausgeführten‘ – Leitideen der DDR abwendet. Andernteils gehören zu den ‚Traditionalisten‘ auch jene jüngeren Parteimitglieder, deren politischer Analysehorizont den Bannkreis des Marxismus bewusst nicht überschreitet. Vor allem sie sind die Wortführer der Idee, aus dem gescheiterten Experiment der DDR gelte es so viel zu lernen, dass man es, bei Korrekturen in Einzelheiten, im Grunde wiederholen könne. Auf genau diese Gruppe jüngerer Traditionalisten richtet sich das Misstrauen vieler Außenstehender, die PDS würde, gewönne sie nur die Macht zurück, das alte SED-Projekt neu auflegen.

Zum anderen fällt der ‚Reformflügel‘ der PDS auf. ‚Reformisten‘, bestimmt ‚Revisionisten‘ hätte man sie zu SED-Zeiten genannt; ihren gerne an den Tag gelegten Realismus und bewussten Pragmatismus hätte man damals als ‚(rechts-)opportunistisch‘ etikettiert und zu ächten versucht. Dieser Flügel besteht aus großen Teilen der 40- oder 50jährigen in der PDS, findet Unterstützung auch bei nicht wenigen jüngeren Mitgliedern und stellt das ‚intellektuelle Kapital‘ der Partei dar. Von seiner innerparteilichen Rolle hängt die gesamte Zukunftsfähigkeit der PDS ab. Es war im Grunde schon diese Gruppe, die nach dem Sturz der SED aus ihrer Hegemonialstellung das Ruder in der Partei ergriff und der SED-PDS überhaupt erst die Chance eröffnete, auch unter bundesdeutschen Bedingungen attraktiv zu sein. Zunächst entfaltete sich dieser Reformflügel in der Kommunalpolitik, also ‚unten‘, an der Basis der – vom Zugang zu höheren Führungsebenen noch ausgeschlossenen – Partei. Dort brachten diese vergleichsweise jungen, gut ausgebildeten, schon zu DDR-Zeiten gestaltungswilligen, von der DDR zwar geprägten, für deren System aber nicht verantwortlichen, mit ihm oft damals schon wenig zufriedenen Elitegruppen ihr Engagement und ihre Sachkompetenz so überzeugend ein, dass sich jenes politische Kapital akkumulieren ließ, von dessen Zinsen die PDS seither bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen recht gut lebt. Es war vor allem das auf kommunaler Ebene gewachsene Vertrauen in die Möglichkeit solider Politik auch seitens und mit der PDS, welche den Weg zu nicht nur taktisch, sondern auch strategisch gemeinten Tolerierungsbündnissen zwischen SPD und PDS bahnte. Dort, unter Regierungsverantwortung mittragenden und dies auch bejahenden PDS-Führern, verfestigt sich der Reformflügel ‚von oben‘ und erlaubt eine tragfähige Vernetzung mit stabilen gesellschaftlichen Interessenstrukturen.

Nicht vom Stil her, sehr wohl aber faktisch werden die ‚Traditionalisten‘ der PDS auf diese Weise durch den Reformflügel sowohl ‚von oben‘ als auch ‚von unten‘ her in die Zange genommen. Je weniger die Traditionalisten aufgrund ihres Alters und Ausscheidens für das innerparteiliche Leben und die Kampagnenfähigkeit der PDS ins Gewicht fallen, um so mehr kann sich dieser Zangengriff schließen. Diese Zangenbewegung wird freilich schmerzen. Auch fällt sie nicht leicht: Die Reformer dürfen das von den Traditionalisten gestellte Sozialkapital der Partei nicht entwerten, und die Traditionalisten sind bislang wenig geneigt, jene Lernprozesse nachzuvollziehen, welchen sich die landes- wie kommunalpolitisch mitregie-

renden Reformer öffnen. Die schlimmen Kollateralschäden einer so entstehenden innerparteiliche Doppelkultur sind aber schon von den GRÜNEN her bekannt: Hier der sachkundig realpolitische Reforminitiativen ergreifende Regierungsflügel, welcher sich von der Partei Rückendeckung und Feuerschutz wünscht – und dort eine von ihrem Selbstverständnis her systemoppositionelle Partei, welche an Realpolitik instinktiv Prinzipienverrat wittert und weniger das Teamspiel mit den eigenen Ministern sucht als der Realpolitik voll Triumphgefühl Steine in den Weg legt. Doch schafft es die PDS, trotz solcher Schwierigkeiten jene Zangenbewegung zu vollziehen, und gelingt es ihr, sich bis zu deren Abschluss in der öffentlichen Meinung als reformerischer linker Partner der SPD sowie als selbstverständlicher Bestandteil des Spektrums freiheitlich-demokratischer Parteien verankert zu haben, dann kann die Zukunft dieser Partei als gesichert gelten.

Drittens fällt auf, dass die PDS als am meisten linksstehende deutsche Partei nun eben auch die ‚linken Sektierer‘ anzieht. Noch sind diese in den neuen Bundesländern eher selten zu finden, da dort die im Theoriediskurs bestehende Hegemonie der marxistischen Traditionalisten eine Anstrengung des Begriffs, eine Folgerichtigkeit des Denkens und eine Sorgfalt der Analyse erfordert, was beides zu alledem nicht aufgelegte oder wenig fähige Personen entweder zum Verstummen oder zum Rückzug bringt. Im Osten haben linke Sektierer darum einstweilen noch wenig Chancen auf Gehör. Es ist aber zu vermuten, dass ein Verlust der theoretischen Definitionsmacht marxistischer Orthodoxie auch in den ostdeutschen Parteigliederungen einem vor allem affektgetriebenen linken Gehabe ebenso viel Spielraum bescheren wird, wie das in den westdeutschen Parteigliederungen der Fall ist. Dort fand eine Vielzahl linker Sektierer zur PDS, was zwar einesteils Parteitage dieser Partei schwerer berechenbar, andernfalls aber die bislang im Widerspruch zwischen ‚Traditionalisten‘ und ‚Reformern‘ noch recht übersichtliche PDS erst so richtig multikulturell machte.

Zwar nutzt dieser kulturelle Zugewinn an westdeutschen Wahlurnen wenig und wird sich bestimmt auch nicht im Osten als Wählermagnet entpuppen. Doch er ist ein wichtiges *Ferment*, ein wichtiger *Katalysator* dafür, die aus der SED-Tradition stammende marxistische Linke der PDS mit jenen nicht-marxistischen linken Diskursen zu verbinden, die einst in Westdeutschland und außerhalb des DKP-Umfeldes die Identität der Linken konstituierten. Nur indem die PDS es schafft, ihre marxistischen Grundüberzeugungen mit jenen Diskursen zu verschmelzen, wandelt sich ihre Perspektive von der einer ‚ostdeutschen Bayernpartei‘ hin zu einer *gesamtdeutschen* linken SPD-Alternative. Ob dies wirklich gelingt, ist allerdings offen. Einesteils sind jene linken Gruppen überaus individualistisch, aktionistisch und selbstbezogen, so dass es schwer werden wird, nicht nur ihre Positionen, sondern auch sie selbst zu integrieren. Andernteils teilt die äußerste westdeutsche Linke gerade nicht jenen realistisch-pragmatischen Politikansatz des ostdeutschen PDS-Reformflügels, der die auch künftige Attraktivität dieser Partei sichern kann. Eher ist zu erwarten, dass es zu fallweisen Verhinderungsbündnissen der ‚linken Sektierer‘ mit den ‚Traditionalisten‘ kommen wird, was im äußersten Fall die Reformer der SPD zutreiben und die Rest-PDS dem Schicksal traditioneller linker Sektiererparteien zuführen wird: Je reiner die Lehre, desto kleiner ihre Anhängerschaft. Dass wirklich eine solche Spaltung der PDS droht, ist zwar derzeit keineswegs zu erkennen. Dennoch bleibt die Gruppe der ‚linken Sektierer‘ die Achillesferse einer parlamentarische Macht anstrebenden Partei des demokratischen Sozialismus.

II. Objektive Rahmenbedingungen

Der künftige Weg der PDS ist also offen. Doch einschlagen und gehen lässt er sich nur in der konkreten gesellschaftlichen und politischen Situation. Diese ist dreifach zu charakterisieren: von den Mitgliedern, den Wählern und den strategischen Perspektiven der Partei her.

1. Mitgliedschaft

Was die Mitgliedschaft betrifft, war die PDS zwar Ende 2000 in den neuen Bundesländern – ohne Berlin – immer noch mit 69.178 Mitgliedern die stärkste Partei. Ihr folgt die CDU mit 57.630 Mitgliedern, die SPD mit 28.324 Mitgliedern, die FDP mit 11.122 Mitgliedern und B90/Grüne mit 3009 Mitgliedern. Für Berlin kommen noch einmal 15.463 PDS-Mitglieder hinzu, bei der CDU 15.269, bei der SPD 20.189, der FDP 2.847 und bei B90/Grünen 3.549. Das macht insgesamt die PDS zur mitgliederstärksten Partei in Ostdeutschland, mit nicht allzu großem Abstand gefolgt von der CDU, mit deutlichem von der SPD, und mit beträchtlichem von FDP sowie B90/Grünen.

Hinter dieser für die PDS zunächst guten Nachricht verbirgt sich aber eine schlechte. Ob man nun Berlin einrechnet oder nicht: Seit 1991 ist keine große ostdeutsche Partei so stark geschrumpft wie die PDS. Mit oder ohne Berlin gerechnet: Sie verlor 70 Prozent ihrer Mitglieder seit dem Jahr 1991, also *nach* der Phase massenhafter Parteiaustritte. Noch stärker traf es nur die kleine FDP: Ohne Berlin kommt sie seit 1991 auf Verluste von 90 Prozent ihrer Mitglieder, einschließlich Berlins von 85 Prozent. Weniger stark, doch auch noch beträchtlich sind – Berlin *nicht* eingerechnet – die Mitgliederverluste der CDU: Sie verlor 47 Prozent ihrer Mitgliedschaft (mit Berlin: knapp 2 Prozent). SPD und B90/Grüne als neue Parteien *wuchsen* selbstverständlich: die SPD ohne Berlin seit 1991 um 13 Prozent (mit Berlin: knapp 7 Prozent), B90/Grüne ohne Berlin um 46 Prozent, mit Berlin um 40 Prozent.

Der Rückgang der PDS-Mitgliederzahlen nach den Massenaustritten des Jahres 1990 geht vor allem auf das ‚natürliche Ausscheiden‘ im Rahmen der Überalterung dieser Partei zurück: 1999 waren 68,3 Prozent der PDS-Mitglieder älter als 61 Jahre, 29,4 Prozent zwischen 31 und 60 Jahren, und ganze 2,3 zwischen 16 und 30 Jahren. Damit ist die PDS die überaltertste aller deutschen Parteien – auf Bundesebene im Jahr 2000 mit gewaltigem Abstand gefolgt von der CDU (mit 42,4 Prozent über 60 Jahren und 5,5 Prozent mit 16-29 Jahren), von der CSU mit ähnlichen Werten, von der SPD (35,2 mit 61 und mehr Jahren sowie 5,2 mit 16-30 Jahren) sowie von FDP und B90/Grünen. Auch unter den kommunalen Mandatsträgern sind relativ junge PDS-Politiker vergleichsweise selten. Es kann also gar keinen Zweifel daran geben, dass die PDS ein vergleichsweise schmales ‚Fenster der Möglichkeit‘ für eine solche politische Neuorientierung besitzt, die ihr in nennenswertem Umfang wieder *junge* Parteimitglieder zuführen könnte. Nach Maßgabe der Dinge wird eine sich so auswirkende Neuorientierung nicht mit einer ‚traditionalistischen‘ Orientierung zu leisten sein, sondern entweder mit einer ‚links-sektiererischen‘ oder mit einer ‚reformsozialistischen‘ Ausrichtung. Die erstere mag vielleicht mitgliederattraktiv, wird aber sicher nicht wählerattraktiv sein. Für die letztere spricht dann vor allem viel, wenn man den allgemeinen Niedergang parteipolitischen Engagements als einen aufgrund veränderter Lebenssituationen unvermeidlichen Prozess auffasst und das Ausbleiben junger Parteimitglieder durch Vernetzung im vorpolitischen Raum, d.h. mit sozialen Bewegungen aller Art ausgleichen will. Bei solchen Versuchen dürfte nämlich ein sowohl an der kommunalpolitischen Basis als auch in Regierungsbündnissen gut verankerter Reformflügel ziemlich viel Attraktivität entfalten.

Zwar hat die PDS von allen ostdeutschen Parteien die beste Proportion zwischen Mitgliedschaft und Wählerschaft („Organisationsgrad“): 0,67 Prozent der Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) waren 1998 Mitglied der PDS. Bei der CDU waren es 0,56 Prozent, bei der SPD 0,29 Prozent, bei der FDP 0,14 Prozent und bei B90/Grünen gar nur 0,03 Prozent. Doch erstens sind das auch bei der PDS vergleichsweise geringe Werte. Man muss sie nur an der Lage in den westlichen Bundesländern messen: In Bayern kommt die CSU auf 2,02 Prozent Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten, und bundesweit – also unter Einschluss der die Zahlen nach unten drückenden neuen Bundesländer – sind das für die SPD 1,28 Prozent, für die CDU 1,21 Prozent. Erst dann kommt der ostdeutsche Organisationsgrad der PDS; gesamtdeutsch liegt er ohnehin nur bei 0,16 Prozent. Auf noch geringere Werte kommen die FDP mit 0,11 Prozent und Bündnis90/Grüne mit 0,09 Prozent.

Zweitens hat der Organisationsgrad aller deutscher Parteien – mit Ausnahme eigentlich nur der CSU in Bayern – seit 1994 abgenommen. Das geht natürlich auf die allgemeinen – nur im Fall der CSU mit 4,2 Prozent klar unterdurchschnittlichen – Mitgliederverluste der großen deutschen Parteien seit 1991 zurück. Für die PDS heißt das: Hinter ihrer wählermobilisierenden Wirkung selbst als noch mitgliederstärkster ostdeutscher Partei steht vergleichsweise wenig an tatsächlicher und auch in vermutlich noch einem Jahrzehnt aktiver Mitgliedschaft. Das gilt zwar erst recht für CDU und SPD. Doch diese Parteien haben nicht ihre *einzig*e Machtbasis in den neuen Bundesländern und besitzen dort, wo sich diese befindet, einen viel größeren Organisationsgrad als die PDS in ihrer einzigen Hochburg. Bei der PDS muss sich darum, und angesichts ihrer Überalterung erst recht, Wählerattraktivität als Unterpfand politischen Einflusses künftig auf *andere* Gründe stützen als auf eine aktive Mitgliedschaft. Folglich stellt sich künftig mehr als früher die Frage nach einem programmatischen Profil, das nicht nur für die Mitglieder, sondern auch für die möglichen Wähler der PDS attraktiv ist.

2. Wählerschaft

An ostdeutschen Wahlen machte die PDS bei den Landtagswahlen zwischen 1990 und 1998/99 eine beneidenswerte Figur. In ihrem Spitzenland Mecklenburg-Vorpommern stieg sie von 15,7 über 22,7 auf 24,4 Prozent. In Brandenburg war es ein Aufstieg von 13,4 Prozent über 18,7 Prozent auf 23,3 Prozent. Eine Erfolgsgeschichte findet sich auch in Sachsen: von 10,2 Prozent über 16,5 Prozent auf 22,2 Prozent. Nicht minder grandios ist die Bilanz in Thüringen: 9,7 Prozent - 16,6 Prozent - 21,3 Prozent. Lediglich in Sachsen-Anhalt musste der Preis für die – ‚Tolerierung‘ genannte – Mitübernahme von Regierungsverantwortung gezahlt werden: Von 12 Prozent auf 19,9 Prozent gestiegen, schwächte sich die PDS leicht auf 19,6 Prozent ab.

Es wäre ein Wunder, fiel der Preis für die Übernahme politischer Macht in Mecklenburg-Vorpommern bei den nächsten Wahlen nicht deutlich höher aus. Auf Einbußen an Wählerstimmen muss sich nämlich jede regierende Partei einstellen, und zwar um so mehr, je systemkritischer und ‚alternativer‘ einst ihre oppositionelle Rhetorik angelegt war. Je mehr das Selbstbewusstsein einer Partei und die Identifikation mit ihr von der Haltung grundsätzlicher Systemkritik und der Vision einer prinzipiellen Alternative geprägt sind, um so schwerer sind derlei zu erwartende Rückschläge zu ertragen und für die innerparteiliche Willensbildung fruchtbar zu machen. Darum ist die Entwicklung einer robusten, realpolitisch belastbaren Programmatik sinnvoll, *bevor* durch Stimmenverluste für die Ausübung von Macht bezahlt wird. Dabei muss gerade eine sich alternativ zum Etablierten verstehende Partei den sehr

mühsamen, durchaus erfolgungsgewissen Spagat versuchen zwischen dem, was die Wähler bei der Stange hält, und dem, was die Mitgliedschaft aktiviert.

Detaillierte Untersuchungen zu den Landtagswahlen von 1990, 1994 und 1999 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen erlauben einen genaueren Blick auf die Wählerschaft der PDS. Obwohl aus der ‚Partei der Arbeiterklasse‘ entstanden, ist die PDS durchaus keine vor allem von Arbeitern gewählte Partei. Bei den letzten Landtagswahlen lag der Arbeiteranteil unter ihren Wählern stets unter ihrem allgemeinen Stimmenanteil; klar größer war er in Brandenburg bei der SPD, in Thüringen und Sachsen bei der CDU. Allerdings ist der Arbeiteranteil unter den PDS-Wählern seit 1990 allenthalben klar gestiegen. Noch markanter ist aber der Anteil von wirklich Gutsituierten, von ‚Besserverdienenden‘ unter den Wählern der PDS. Gestiegen ist der Anteil der Angestellten; in beträchtlichem Umfang finden sich Beamte und Selbständige (Freiberufler und Unternehmer), letztere mit deutlich nach oben weisender Tendenz. Diese sind allerdings auch häufige Wähler der CDU und SPD, der letzteren vor allem in Brandenburg. Die Wählerschaft der PDS gibt also keinen klaren Hinweis, auf wen und wessen Interessen sich die – an Mitgliedschaft drastisch schrumpfende – PDS in Abhebung von den anderen in Ostdeutschland großen Parteien auf Dauer einlassen sollte. Das ist nun einmal der Nachteil einer Rolle als (ostdeutscher) ‚Volkspartei‘. Vieles hängt für die Zukunft folglich davon ab, ob die Programmatik der PDS einen großen Teil der – künftig viel weniger als heute von DDR-Zeiten geprägten – Wählerschaft ansprechen wird und die Partei ihre Stimmen nicht nur als Protestventil und Hebel taktischen Wählens, sondern ihrer realpolitischen Funktion und eigenen Kompetenz willen erhält.

Letzteres ist aber noch lange nicht der Fall. In den Kompetenzvermutungen der Wähler liegt die PDS überall weit abgeschlagen hinter CDU und SPD, nur im für die SPD überaus entmutigendem Sachsen im wesentlichen gleichauf mit der SPD. Ob es um Wirtschaft und Arbeitsplätze geht, um Verkehrspolitik und Zukunftskompetenz, auch um Bekämpfung der Kriminalität: Überall wird den anderen Parteien von der Wählerschaft deutlich mehr zugetraut als der PDS. Am besten schneidet bei allen diesen Themen in Sachsen und Thüringen die CDU ab, in Brandenburg die SPD, liegt dort aber längst nicht so klar vor ihrer Konkurrentin wie in Thüringen und vor allem Sachsen die CDU vor der SPD. In den für die PDS noch besten Fällen – mit jeweils 7 Prozent Kompetenzvermutung zugunsten dieser Partei – stellten sich anlässlich der Landtagswahlen von 1999 die Verhältnisse so dar:

- *Zukunftskompetenz* vermuten in Brandenburg 7 Prozent der Wähler bei der PDS; bei der brandenburgischen CDU aber 20 Prozent, bei der dortigen SPD gar 32 Prozent der Wähler. In Sachsen lauten die entsprechenden Zahlen: PDS 6 Prozent, SPD 7 Prozent, CDU 56 Prozent!
- Ebenso vermuten in Brandenburg 7 Prozent der Wähler, die PDS sei kompetent bei der *Schaffung von Arbeitsplätzen*. Der CDU trauen das dort aber 19 Prozent, der SPD 22 Prozent der Wähler zu. In Sachsen sind es auch nur 7 Prozent der Wähler, die der PDS im Einsatz für mehr Arbeitsplätze Kompetenz zutrauen. In die SPD setzen diesbezüglich ganze 8 Prozent der Wähler vertrauen, in die CDU hingegen 40 Prozent. Für Thüringen finden sich als entsprechende Zahlen: PDS 6 Prozent, SPD 12 Prozent, CDU 34 Prozent.
- Auf immerhin 7 Prozent Kompetenzzuweisung kommt die PDS dann ohnehin nur noch in Sachsen bei der *Bekämpfung der Kriminalität*: 7 Prozent halten sie diesbezüglich für konzeptionsstark, die SPD hingegen nur 4 Prozent der Wähler. 30 Prozent trauen eine solche Leistung der CDU zu.

Bei den zwei übrigen abgefragten Kompetenzbereichen schneidet die PDS überaus schwach ab:

- Kompetenz bei der *Verkehrspolitik* schreiben ihr in Thüringen ganze 2 Prozent der Wähler zu; der SPD 14 Prozent, der CDU 41 Prozent. Für Brandenburg lauten die entsprechenden Zahlen: 3 Prozent PDS, 18 Prozent CDU, 23 Prozent SPD.
- Und dass die PDS in der *Wirtschaftspolitik* kompetent sei, glauben in Thüringen ganze 3 Prozent der Wähler. Bei der SPD vermuten derlei Kompetenz 11 Prozent, bei der CDU 45 Prozent. In Sachsen und Brandenburg ist das Gesamtbild nicht anders: Jeweils 4 Prozent halten die PDS für wirtschaftspolitisch kompetent. Lediglich die Spitzenreiter unterscheiden sich zwischen dem SPD-Land Brandenburg und dem CDU-Land Sachsen: Im ersteren schreiben 31 Prozent der SPD, 20 Prozent der CDU wirtschaftspolitische Kompetenz zu – im letzteren 56 Prozent der CDU und ganze 5 Prozent der SPD.

Es ist also ganz offensichtlich nicht so, als ob die PDS ihre Wahlerfolge deswegen erzielte, weil man sie für sachpolitisch besonders kompetent hielte. Auch waren es nicht ihre Spitzenkandidaten, welche die Wähler mobilisierten. Diese kamen bei den letzten Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen auf einer fünfstufigen Skala nämlich gerade einmal auf Werte von 0,7, 0,6 und 0,3, während in Brandenburg der Spitzenkandidat der SPD auf 2,3 kam (CDU: 0,4!), in Sachsen und Thüringen die Spitzenkandidaten der CDU aber sogar auf 3,4 bzw. 2,5 (SPD: 0,2 bzw. 0,5). Man wählt die PDS in den neuen Bundesländern also ganz eindeutig *weder* wegen ihrer sachpolitischen Vorstellungen *noch* wegen ihres Führungspersonals. Vielmehr ist es der *Markenname* PDS und das, wofür diese Partei abseits *konkreter* politischer Gestaltungsmöglichkeiten steht, was sie so erfolgreich machte. Dieses ‚gewisse Etwas‘, das ihr bislang als einziger ostdeutscher Partei eine ziemlich große und verlässliche Stammwählerschaft gesichert hat, ist möglicherweise gefährdet, wenn entweder die Programmatik oder die Mitgliederzusammensetzung der Partei sich ändert. Was aber macht jenes ‚gewisse Etwas‘ der PDS aus?

Erstens ist es das, wofür die Traditionalisten in der PDS stehen: Die Wahrung und Repräsentation einer Kontinuität, die tief in DDR-Zeiten *zurück* reicht. Gewissermaßen verbürgt und demonstriert die PDS, dass man auf dem Gebiet der alten DDR immer noch politisch zu Hause sein kann, selbst wenn sich das umgebende System völlig verändert hat und in ihm heute die Gegner von gestern, vielleicht auch noch die Feinde, den Großteil der Macht besitzen. Auf diese Weise lindert die PDS vielerlei ostdeutsche ‚Modernisierungsschmerzen‘. Auch zieht sie einesteils jene loyalen DDR-Bürger an, die sich zwar im neuen System nicht ungerne eingerichtet haben, doch keinen Grund sehen, zusätzlich auch noch ihr altes Vertrauen auf DDR und SED dadurch zur biographischen Episode zu erklären, dass sie Parteien wählen, welche – und sei es im Nachhinein – DDR und SED offen ablehnen. Andernteils drückt für einen weiteren beträchtlichen Teil der Ostdeutschen das Eintreten für die PDS ganz bewusst die Tatsache aus, dass man zum neuen System fundamental oppositionell eingestellt ist. Eine klar PDS-affirmative Haltung stabilisiert die persönliche Selbstachtung überzeugter Anhänger des gestürzten SED-Staates, die sich nun in einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung wiederfinden, die in der – selbst erklärten – Systemkonkurrenz ganz offensichtlich gewonnen hat. Die Wahl der PDS kann darum gekränkten Stolz lindern und aufrichtige Verachtung für ein ungeliebtes System kundtun, dessen Vorzüge man möglichst relativiert sehen und dessen Schwächen man im Mittelpunkt seiner Systemwahrnehmung halten will.

Allen Formen *dieser* Attraktivität der PDS wird aber im Lauf der nächsten zwei Jahrzehnte der größte Teil ihrer nachfragenden Kundschaft abhanden kommen.

Zweitens spiegelt sich in der Wahlentscheidung für die PDS ein ganz selbstverständliches Grundgefühl der Abneigung gegen zwar nicht die materiellen Vorzüge der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse, sehr wohl aber gegen jene Prinzipien, die diesen Vorzügen zugrunde liegen. Im semantischen Horizont nachgerade exorzistischer Beschwörungsformeln sind hier die Begriffe ‚Kapitalismus‘ (oft ergänzt um ‚Globalisierung‘) und ‚Wirtschaftsliberalismus‘ (mit dem vorangestellten Etikett ‚Neo-‘ zum abscheuerregenden Feind aufgeputzt) die Fixpunkte einer Denkweise, welche die Wahl der PDS zum nach *vorne* blickend und aus voller Überzeugung vorgenommenen Bekenntnisakt macht. Alle drei Strömungen in der PDS decken diese Identifikationsmöglichkeit der Wählerschaft ab. Der große Vorzug dieser Dimension des Markenprodukts PDS besteht darin, dass aus ihr relativ wenige Verpflichtungen für konkrete Politik folgen. Die kapitalistischen, liberalen, auf Globalisierung ausgerichteten Rahmenbedingungen aller deutschen Politik sind ja von dieser schlechterdings nicht zu ändern, weder in Deutschland noch um Deutschland herum. Darum kann auch kein Wähler ernsthaft und über Bemühenszusagen hinaus derlei sogar von einer mit politischer Macht ausgestatteten PDS verlangen. Auch gibt es um so *weniger* Ansatzpunkte dafür, hier selbst von einer ‚realpolitisch‘ ausgerichteten PDS eine ‚Anpassung an die Realitäten‘ zu fordern, für je falscher man jene Rahmenbedingungen hält. Ganz im Gegenteil tut es dann besonders gut, in der PDS ein Ventil des immerhin öffentlich beachteten Protests gegen (Neo-)Liberalismus, Globalisierung und Kapitalismus zu besitzen. Mit diesem Pfund wird die PDS bei Wahlen auf unabsehbare Zeit wuchern können – solange wenigstens, wie es gelingt, jene drei Begriffe in ein negativ bewertetes semantisches Feld gebannt zu halten.

Drittens macht das Markenprodukt PDS aus, dass diese Partei von der Wählerschaft als Hebel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit wahrgenommen wird – als Hebel, den man bei den *anderen* Parteien und *im System* ansetzt. Darum tut es wenig zur Sache, dass man selbst auf hier einschlägigen Politikfeldern der PDS gar nicht in sonderlichem Ausmaß Kompetenz zutraut. Eher soll diese Partei ja ein Aufpasser, ein Stachel im Fleisch der anderen, ein Tribun der gesellschaftlich Untenstehenden und Ausgegrenzten sein. Wenig beeinträchtigt solchen Anspruch auch, dass weder die Mitglieder noch die Wähler der PDS mehrheitlich am unteren Rande der Gesellschaft stehen oder objektiv ausgegrenzt sind. **Für soziale Gerechtigkeit einzutreten ist nämlich auch dann plausibel, wenn man persönlich dergleichen kaum nötig hat,** sondern sich aus einer Position gewisser Selbstlosigkeit für andere einsetzt. Als solcher Hebel hat die PDS zwei Ansatzpunkte. Einer davon ist dauerhaft; der andere wird dahinschwindenden.

Vergehen wird die Möglichkeit, den Einsatz für soziale Gerechtigkeit wie bisher mit innerdeutschen Ost/West-Unterschieden zu verbinden. Denn davon lebte die PDS im letzten Jahrzehnt trefflich: Anders als die in gesamtdeutsche Rücksichtnahmen eingebundenen Volksparteien CDU und SPD oder die im Osten ohnehin nicht sonderlich relevanten Kleinparteien FDP und B90/Grüne konnte diese Partei das Gerechtigkeitsproblem als ein Problem der wirtschaftlichen Zerstörung, der politischen Vernachlässigung und der kulturellen Herabwürdigung der neuen Bundesländer zu skandalisieren versuchen. Da für einen Großteil der Ostdeutschen bis heute die Gleichung ‚Ossi = sozial ungerecht behandeltes Wessi-Opfer‘ zumindest emotional aufgeht, hatte diese Ausprägung der Volkstribunenrolle der PDS großen Erfolg und wird ihn auch noch einige Jahre lang haben. Allerdings sinkt der Grenznutzen solcher Argu-

mentationen immer mehr und besitzt gegen Erfahrung und Belehrung resistente Glaubwürdigkeit im Grunde nur noch in jenen Sozialmilieus, die politisch-kulturell von der PDS-Mitgliedschaft geprägt werden und sich gemeinsam mit deren altersbedingtem Schrumpfen auflösen werden. Ebenso wird sich die von der PDS bisher trefflich bediente kollektive ‚Ost-Mentalität‘ in dem Umfang auflösen, in dem die unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungsstrategien der neuen Bundesländer zu Unterschieden in den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Bevölkerung geführt haben. Dann wird einesteils stärker als bislang die parteipolitische Handschrift jener Entwicklungsleistungen gewürdigt und in das bundesweite Angebotsprofil der deutschen Parteien eingeordnet werden, andernteils stärker die Identifikation mit dem eigenen Land hervortreten als jene mit dem ehemaligen Denkgebilde von ‚Neufünfland‘. Statt um ‚soziale Gerechtigkeit für den Osten‘ wird es dann um den konkreten Weg zu sozialer Gerechtigkeit einerseits in *jedem* neuen Bundesland, andererseits in *ganz* Deutschland gehen.

Bleiben wird allerdings die Möglichkeit, soziale Gerechtigkeit für jene einzufordern, die tatsächlich am unteren Rand der Gesellschaft leben. Da nicht zu erkennen ist, wie sich ohne zwangsweise Nivellierung nach DDR-Muster eine Gesellschaft *ohne* soziale Spreizung zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ ergeben und erhalten sollte, ist dies ein in freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen *nie* verschwindender Ansatzpunkt für die Wählerattraktivität einer Partei, welche sich für sozialstaatlich korrigierende Maßnahmen des Wirtschaftsmechanismus einsetzt. Das ist innerhalb eines Parteiensystems im übrigen nicht nur eine legitime, sondern auch eine überaus funktionale und wünschenswerte Rolle. Sie übernehmend, kann die PDS auf Dauer versuchen, Wähler an sich zu binden. Das nicht nur zu versuchen, sondern auch zu tun, ist die Domäne des Reformflügels der PDS und derer, die auf kommunalpolitischer Ebene mit nachweislichem, auf Landesebene aber mit nicht nur vom politischen Gegner, sondern auch innerparteilich bestrittenem Erfolg Reformpolitik als Realpolitik betreiben. In der Tat kommt solchen Versuchen des Hinarbeitens auf soziale Gerechtigkeit in die Quere, dass mit der Übernahme von Regierungsverantwortung auch überzeugende, in der politischen Diskussion belastbare Beweise dafür erbracht werden müssen, man schaffe derlei nicht nur programmatisch, sondern auch in der politischen Wirklichkeit besser als die konkurrierenden Parteien. Doch weil eine solche gesellschaftspolitische Korrektivfunktion gerade *innerhalb* gegebener, soziale Gerechtigkeit beeinträchtigender Rahmenbedingungen zu erfüllen ist, entfaltet hier – anders als beim Diskurs um kapitalistische Globalisierung und Neoliberalismus – der Hinweis auf jene restringierenden Rahmenbedingungen überhaupt keine entschuldigende Kraft, falls die klar der PDS zuzuschreibenden korrigierenden Wirkungen, gemessen an der eigenen Programmatik der Partei, sich allzu gering ausnehmen. Chancen und Scheitern der PDS liegen hier also nahe beisammen.

3. *Strategische Perspektiven*

Nach der Wiedervereinigung war zunächst völlig unklar, ob die SED-PDS überhaupt eine strategische Perspektive haben würde. Als vorzüglicher Schachzug stellte es sich heraus, damals sowohl auf Tradition als auch auf Erneuerung zu setzen. Die Bewahrung der Tradition, in der Zeit des DDR-Zusammenbruchs aufs klarste ausgedrückt im erst später abgelegten Bindestrich-Namen, erhielt der Partei nicht nur erheblichen Besitz aus SED-Zeiten, was ihr eine gute ökonomische Basis für ihre bundesdeutsche Existenz sicherte. Noch wichtiger war, dass die Bewahrung der Tradition auch der erneuerten PDS eine überaus große und aktive Mitgliedschaft sicherte und somit die Chance, in einer Periode tiefgehenden wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Wandels im Volk Wurzeln zu bewahren und neu zu schlagen. In der Tat war es nach der Wiedervereinigung diese aktive, von Zorn, Trotz und verletztem Stolz angesichts der Zerstörung ihres Lebenswerks ganz erheblich für Opposition motivierte Mitgliedschaft, die weit mehr als nur einen Teil zur Wählerattraktivität der PDS beitrug. **Darum war das** wichtigste Startkapital der PDS die traditionell disziplinierte Teilnahme dieser Mitgliedschaft am innerparteilichen Leben, ihre verlässliche Organisationskraft im Wahlkampf, ihre – ganz unabhängig von allen Wahlkämpfen und überaus oft sehr uneigennützig an den Tag gelegte – große Aktivität im vorpolitischen Raum, entfaltet vor allem zum Nutzen von Mietern, Kleingärtnern und von – aus unmittelbar oder mittelbar politischen Gründen – um ihre soziale und wirtschaftlichen Position gebrachten Mitbürgern. Ohne dies alles hätte sich jener Glücksfall nicht so vorteilhaft auswirken können, den für die PDS ihre ehemalige Doppelspitze darstellte: einesteils der wort- und mediengewandte Sympathieträger Gysi, und andernteils, als perfekter Ausgleich zu dessen mitunter eher pointensüchtig als durchdacht wirkender Aufgewecktheit, der Parteivorsitzende Bisky als personifizierte Solidität und Bonität.

Beide trieben es mit der Emanzipation von der SED hin zur PDS und mit deren Heranführung an die bundesdeutsche Ordnung klugerweise gerade so weit, dass die – nach SED-Maßstäben völlig unerhörte – Öffnung der PDS für den Werte-, Verfahrens- und Ordnungskonsens des deutschen Grundgesetzes viel mehr als nur taktisch motivierte Glaubwürdigkeit gewann, es innerhalb der Partei aber dennoch möglich blieb, ziemlich offen zu halten, was mit diesem Einschwenken auf bundesdeutsches Verfassungsdenken denn nun genau, wirklich und auch verbindlich gemeint sei. Auf diese Weise gelang es der damaligen PDS-Führung glänzend, sich nach außen – zumal für die Medien und die SPD – ‚schnittstellenfähig‘ zu machen, *zugleich* aber innerparteilich jene Multikulturalität zu ermöglichen, welche die SED-Getreuen sich ebenso wie die neue bundesdeutsche Linke als Zweige *einer* Familie erleben ließ. Das sicherte der PDS ihre Existenz sowie Wählerattraktivität und eröffnete ihr die freie Wahl zwischen verschiedenen Entwicklungswegen – außerparlamentarisch ohnehin, und parlamentarisch in der Trias von Opponieren, Tolerieren und Koalieren.

Künftig kaum mehr reversible Entscheidungen stehen nun aber an. Viele Prozesse, welche auch und gerade ohne solche Entscheidungen die PDS bislang trugen oder förderten, sind in ihr Endstadium eingetreten. Erstens steht das in der letzten Dekade so wichtige Sozialkapital der PDS bald nicht mehr zur Verfügung: die in freiwilliger Parteidisziplin geübte, weit überdurchschnittlich gebildete, durch Zorn, Trotz und verletzten Stolz politisch nachhaltig motivierte, in vergleichsweise jungen Jahren aus dem Arbeitsleben ausgegrenzte und darum mit großen freien Zeitbudgets für die PDS einsetzbare Mitgliedschaft. Zweitens lässt sich aus DDR-nostalgischem und anti-westlichem Ressentiment immer weniger Nutzen ziehen, desgleichen aus ossitypischem Opfergehab. Drittens *will* ein nennenswerter Teil der Partei die politische Macht nicht abstrakt, sondern ganz konkret, um hier und jetzt im Sinne eines demokratischen Sozialismus zu wirken. Das aber verlangt das Loslassen jener auch die GRÜNEN so lange kennzeichnenden Attitüde, eine systemoppositionelle Alternativbewegung ohne Mitregierungsansprüche zu sein, die mit den etablierten Parteien angeblich nicht mehr als die Bezeichnung und den rechtlichen Status gemeinsam habe. Statt dessen geht es darum, sich eine *nachhaltig* wählerwirksame Programmatik zuzulegen und verlässlich mehrheitsbildende Partner zu gewinnen.

Nach Lage der Dinge kommt für die PDS als strategischer Partner sowohl in den neuen Bundesländern als auch auf Bundesebene nur die SPD in Frage. Einesteils ist eine Partei des auf-

richtig demokratischen Sozialismus ohnehin Fleisch vom Fleisch der SPD. Andernteils besitzt die SPD – ungleich der Union – ungemein große Toleranz gegenüber der Existenz demokratisch legitimierter Parteien zwischen sich selbst und dem der eigenen Position nächstgelegenen Ende des Verfassungsbogens. Wie schon die GRÜNEN nach kurzer Zeit der Irritation von der SPD eher als möglicher Bündnispartner begrüßt denn als möglicher Konkurrent um Stimmen im gleichen Wählersegment niedergekämpft wurden, wird es die SPD auch auf Dauer mit der PDS halten. Die PDS sozusagen als USPD zur Linken der SPD: das würde programmatisch nicht nur einer sich andeutenden Emanzipation der PDS von der KPD-Tradition entsprechen, sondern auch der PDS als einziger wirklich authentisch linker *und* zugleich demokratischer Partei einen dauerhaften strategischen Vorteil zu Lasten der SPD sichern. Da die GRÜNEN nicht wirklich eine Partei ‚links‘ der SPD sind, gibt es an dieser Stelle des Parteienspektrums auch tatsächlich Entfaltungsraum. Es gibt ihn um so mehr, als das Politikprojekt der PDS auch bewusst in Konfrontation zum ‚linken Liberalismus‘ bzw. zum ‚liberalen Linkssein‘ entwickelt werden kann, welches derzeit in Deutschlands öffentlichem Politikdiskurs kulturell dominiert. Links vom linksliberalen Milieu angesiedelt, mag die PDS also sehr wohl einen eigenständigen Weg zwischen Linksextremismus und SPD finden, etwa eine Verbindung marxistischer Gesellschaftsanalyse mit traditionellen („Sekundär“-)Tugenden und Werten wie Gemeinschaftssinn und Familie, Tradition und Disziplin, Recht und Ordnung. Einen solchen Weg gehend, wird die PDS aber bestimmt nicht zur ‚SPD-Nachfolgepartei‘.

Ansonsten ist die zentrale Frage, ob linke Sektierer oder orthodoxe Traditionalisten die PDS in die Rolle einer von der SPD kleinzukämpfenden Radikalenpartei locken werden, oder ob es der Reformflügel der PDS wirklich schafft, eine nicht-opportunistische Linie des linken, nicht linksliberalen Realismus gegenüber einer SPD attraktiv zu machen, die in der politische Mitte eher der Demoskopie als verlässlichen Grundsätzen folgt. Die nur noch wenigen Vorbehalte, auf welche Bündnisse mit der PDS in der ostdeutschen SPD stoßen, werden bald durch die Einsicht abgeschliffen sein, dass die SPD als Seniorpartner in Regierungsbündnissen mit der CDU in der Regel an Unterstützung verliert, während sie im Regierungsbündnis mit der PDS sich zum eigenen Vorteil sowohl gegenüber der PDS als auch der Union profilieren kann. Aus der Oppositionsrolle heraus führt für die ostdeutsche SPD ohnehin künftig der Weg nur noch über ein Bündnis mit der PDS. Mehrheitsfähig wird ein solches Bündnis aber nur werden, wenn in der PDS der realpolitische Flügel den Ton angibt.

Unverrückbarer Gegner der PDS bleibt von ihren liberalen Grundsätzen her die FDP. Keine andere Partei steht dem – auch heutige PDS-Mandatsträger stark prägenden – linken Etatismus der Partei des demokratischen Sozialismus so fern wie diese. Auf keine zielt auch ähnlich scharf die intellektuelle Spitze der PDS-Kritik an Globalisierung und (Neo-)Liberalismus. Die FDP fällt machtpolitisch aber einstweilen nur auf Bundesebene ins Gewicht, in den neuen Bundesländern allerdings auch auf kommunaler Ebene, wird im Osten auf Landesebene aber bestenfalls allmählich wieder zu einem ins Kalkül zu ziehenden Mitspieler werden. So bleibt der zentrale Gegenspieler der PDS die Union. Den grundsätzlichen Konflikt stellt dar, dass die bundesdeutsche Verfassungs- und Wirtschaftsordnung, so wie die Herrschaftspraxis sie formte, weitgehend das Werk der Union ist, die PDS aber genau *diese* praktische Konkretisierung der Prinzipien freiheitlicher demokratischer Ordnung überwinden will. Überlagert wird dieser Konflikt vom nicht minder tiefgehenden Konflikt darüber, ob der Sozialismus, wo immer er zur Macht gelangte, wirklich nur an der schlechten Ausführung einer an sich guten Idee scheiterte, oder ob diese Idee nicht schon von ihren Ansätzen her verfehlt ist: hinsichtlich

ihres Menschenbildes, ihrer Vorstellungen von den Funktionsbedingungen einer leistungsfähigen Wirtschaft, und des freiheitssichernden Verhältnisses von Staat und Gesellschaft.

Vor allem aber bleiben PDS und Union polar einander gegenüberstehende politische Gegner, weil die PDS nun einmal bewusst die am meisten links stehende Partei des Verfassungsbogens ist und die Union den Anspruch hat, von der politischen Mitte bis zum äußersten innerhalb des Verfassungsbogens akzeptablen rechten Rand *alle* politischen Positionen abzudecken. Diese – von der SPD am linken Rand seit dem Aufstieg der GRÜNEN stets **verweigerte** – Integrationsleistung kann die Union aber nur erbringen, solange sie über eine punktuelle und projektbezogene Zusammenarbeit mit der PDS *nicht* hinausgeht. Wenn es also in der politischen Mitte Überschneidungen und Konsens zwischen Teilen der Union und Teilen des realpolitischen Reformflügels der PDS gibt, ist das zwar überaus wünschenswert. Wo sich dergleichen ereignet, ist dies sogar ein wertvoller Beweis für die Stimmigkeit und Lebenskraft eines politischen Pluralismus, in dem politische Parteien einander nicht als Feinde betrachten, sondern sich als Mannschaften verstehen, die um der Integration aller nicht-extremistischen politischen Positionen willen miteinander konkurrieren und schlechterdings die Rolle haben, alle jene politischen Gegnerschaften auszutragen, die es in einer Gesellschaft nun einmal gibt. Doch weil PDS und Union ihre Rollen nun einmal an den einander gegenüberliegenden Enden des politischen Spektrums zu spielen haben, können sie zwar sehr wohl Partner in der Bewahrung und Förderung des *Grundkonsenses* unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung sein, müssen aber beim Ringen um die konkret durchzusetzenden politischen Maßnahmen Rivalen und Gegner bleiben. Bei diesem Ringen schnürt die Union im übrigen die PDS – und ohnehin die SPD – um so mehr ein, je klarer sie sich als eine *soziale* Union, als Sachwalterin der die Masse der Wählerschaft darstellenden ‚kleinen Leute‘ positioniert und sich – nach dem Beispiel der CSU – die in freien Wahlen immer wieder überprüfte Glaubwürdigkeit für den Anspruch sichert, in Wirtschaftsfragen nicht weniger kompetent zu sein als bei der Sicherung sozialer Gerechtigkeit. Als wirtschaftspolitisch kompetente Partei klar sozialstaatlicher Prägung könnte die Union sogar um so tiefer in traditionelle Wählerpotentiale der PDS eindringen, als sich dort überaus viele gern staatstragende Kleinbürger mit ausgeprägtem Sinn für Recht und Ordnung finden.

III. Programmatische Anpassungen an neue Herausforderungen

Aufgrund von Wandlungen ihrer Mitgliedschaft, ihrer Wählerschaft und ihrer objektiven Handlungsumstände wird sich für die PDS eine bloße Fortsetzung ihres bisherigen Kurses nicht auszahlen. Da bei linken Parteien Anpassung an neue Umstände sich in erster Linie über Programmdiskussionen vollzieht, geben sowohl die Taktiken der Programmdiskussion als auch die diskutierten, veränderten oder unverrückbaren Inhalte dem Beobachter darüber Aufschluss, welcher Weg sich wird tatsächlich einschlagen lassen. Derzeit sind sowohl zukunfts-trächtige Neupositionierungsversuche der Parteiführung als auch erhebliche Widerstände dagegen zu erkennen, was beides die PDS in eine Zerreißprobe ungewissen Ausgangs führen mag. Im Grunde sind in dieser Programmdiskussion drei Aufgaben zu erfüllen. Erstens ist das besondere linke Profil der PDS herauszuarbeiten: Welche Weltsicht liegt ihm zugrunde? Welche Analyse von anzupackenden Problemen und der politischen Gestaltung zugänglichen Wirkungszusammenhänge? Welche Politikvorschläge werden auf den wichtigsten Politikfeldern unterbreitet? Zweitens muss Klarheit darüber geschaffen werden, ob und wie weit sich die PDS auf die bundesdeutsche Verfassungsordnung einlässt. Und drittens muss die Haltung zur DDR und zum sich von der SPD über die KPD und SED zur PDS spannenden Traditions-

zusammenhang geklärt werden, da die Antworten auf die ersten beiden Fragen eng damit zusammenhängen, wie man den Politikansatz und die Ausgestaltung des SED-Staates beurteilt.

1. Zum Politikprojekt der PDS

Natürlich verfolgt die PDS in ihrem neuen Programmentwurf einen ganz besonderen, sie von allen anderen Parteien unterscheidenden Politikansatz. Er bezieht sich vor allem auf den Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung, welcher den bislang auf den Rahmen des Staates beschränkten politisch-demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten überaus enge Grenzen setzt, sowie auf eine Reihe von Dilemmata der etablierten Praxis sozialstaatlicher Wirtschaftssteuerung. Eigenes Profil wird vor allem auf den Gebieten der Demokratie- und Friedenspolitik, der Arbeits- und Sozialpolitik sowie der Bildungs- und Umweltpolitik entwickelt. Die zentralen gegnerischen bzw. konkurrierenden Projekte, mit denen sich der Programmentwurf auseinandersetzt, sind jene des (,Neo-)Liberalismus sowie der sozialdemokratischen ,Neuen Mitte'. Der eigenen Tradition entsprechend von einer ausgedehnten marxistischen Gegenwartsanalyse und Kapitalismuskritik abgeleitet, greift der Programmentwurf jedenfalls die wichtigen zeitgenössischen politischen Gestaltungsaufgaben auf und entwickelt anhand vorgeschlagener Lösungswege eine aktualisierte und ziemlich anschauliche Vorstellung davon, was eine erneuerte PDS unter ,Sozialismus' verstehen will.

Viele der Grundgedanken dieser Sozialismuskonzeption sind, wenn auch ohne das Etikett des ,Sozialismus' und ohne die sie tragenden marxistischen Theoreme, weit über die PDS hinaus Konsens oder konsensfähig. Das gilt etwa für die folgende Zielbeschreibung: „Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder gleichermaßen Zugang zu den grundlegenden Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens erhält. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit und solidarische Gemeinschaftlichkeit dauerhaft verbunden sind“. Und überaus viele würden sich quer durch die politischen Lager auch einer wie folgt verstandenen Konzeption des Sozialismus nicht verschließen: „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind. ... Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: ‚Was braucht der Mensch?‘. ... Sozialismus fragt danach, welche Lebensbedingungen Menschen hervorbringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit die Verfügung über diese Güter nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt. Sozialismus ist für uns jene historische Bewegung, die die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse so gestalten will, dass diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird. ... Für uns ist sozialistische Politik eine Politik für Gerechtigkeit. Ihr Ziel ist es, die strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. ... Sozialistische Politik ist dem Leitbild selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen in einer Gesellschaft des gerechten Zugangs zu ihren Freiheitsgütern verpflichtet. Die reale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft, Frieden und Schutz vor Gewalt, die Erhaltung der Natur und ihre gerechte Nutzung, der Zugang zu Erwerbsarbeit für alle, gleiche soziale Chancen beim Zugang zu Bildung und Kultur und soziale Sicherheit sind die Güter, die jeder und jedem in den heutigen und künftigen Generationen, im Norden und Süden der Erde zustehen. Sie sind die Allmende der Gegenwart, unser gemeinsamer Reichtum. Ohne sie können Menschen nicht glücklich sein. ... Notwendig

sind die radikale Ökologisierung der Gesellschaft und ein neuer Typ des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritts“.

Doch natürlich können diese Ziele auf unterschiedlichen Wegen angestrebt werden. Es hängt darum von der dem politischen Urteil zugrunde gelegten Analyse ab, welchen Weg man empfiehlt oder zu vermeiden drängt. Hier hat die PDS ihre ganz besonderen Positionen, über welche natürlich keine so rasche Verständigung mehr möglich ist wie über jene allgemeinen Zielsetzungen. Die konkreten Politikpositionen der PDS kreisen – in klassischer marxistischer Tradition – um die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, und zwar sowohl innerstaatlich durch Veränderungen der Eigentumsformen als auch zwischenstaatlich durch politische Kontrolle der Globalisierung. Typisch ist für alle Positionsnahmen des Programmentwurfs, dass nach recht gründlichen Analysen nicht allzu konkret gesagt wird, durch welche *institutionellen Mechanismen* jene Ziele denn erreicht werden sollen. Schon gar nicht wird erörtert, wie sich tatsächlich zielführende institutionelle Mechanismen wohl auf die beschworenen politischen Freiheitsziele *auswirken* würden. Im Grunde wird einfach unterstellt, er werde alles schon zusammenpassen – etwa, und ganz zentral, Gleichheit mit Freiheit. Oder es kommt zu argumentativen Unklarheiten und Widersprüchen, in denen sich sowohl die Heterogenität der multikulturellen PDS spiegelt als auch die Notwendigkeit, durch Formelkompromisse zusammenzuhalten, was eine bis zum Ende geführte Argumentation vermutlich trennte. Insofern geht der Programmentwurf überaus geschickt mit den prekären innerparteilichen Interessen- und Diskursstrukturen um: Die den Theoriediskurs beherrschenden Traditionalisten haben die Feder geführt – und den Realpolitikern wird derlei noch lange nicht auf die Füße fallen, weil auf absehbare Zeit ganz einfach die Macht fehlen wird, die Praktikabilität der empfohlenen Therapien zu testen.

Als gemeinsame Basis, auf der sich die heterogene, unter Erneuerungsdruck geratene PDS zusammenhalten kann, dient einesteils der traditionell marxistische Argumentationshorizont. Andernteils verbindet jenes utopische Denken, das ohnehin so typisch für die gesamte sozialistische Bewegung ist. Dieses zeigt auch im neuen Programmentwurf seine Achillesferse, nämlich die – souverän gemeinte – Verachtung für die real existierenden funktionslogischen Wirkungskreisläufe in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Solche Verachtung wurde zwar zur Ursache des Scheiterns der sozialistischen Politikexperimente. Doch verzichtet wird auf die Verachtung funktionslogischer Imperative eigentlich nur dort, wo die Lehren aus dem Scheitern des sowjetischen Modells ganz unübersehbar sind, nämlich bei der Sicherung individueller politischer Freiheitsrechte. Für den ganzen Bereich der Wirtschaftspolitik ist hingegen die folgende Passage überaus bezeichnend: „Sozialistische Politik widersetzt sich den so genannten Sachzwängen. Es sind Zwänge, die sich aus der Übermacht der einen und der relativen Machtlosigkeit der anderen ergeben. So wie im politischen System die Gewaltenteilung eine Bedingung für Demokratie ist, so ist die Teilung von ökonomischer Macht Bedingung einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung. Eine gemeinwohlorientierte Entwicklung kann nur aus der Institutionalisierung sozialer und ökologischer Gegenmächte gegenüber der Macht bloßer Kapitalverwertung und der Besitz- und Konsummaximierung derjenigen erfolgen, die den gesellschaftlichen Reichtum gehortet haben“.

Die Logik des Funktionierens von Institutionen wird hier von einer Frage stimmiger Systemkonstruktion auf der Grundlage eines realistischen Menschenbildes zu einer reinen Machtfrage umgeformt. Solchermaßen wird aber der aus der Geschichte des Sozialismus so wohlbekannte, so fatale Irrtum reproduziert, dass Machtverhältnisse zu ändern auch schon die Funk-

tionslogik der Dinge ändern würde. Doch was sich ändert, ist im schlimmsten Fall nur die Funktionsfähigkeit der Dinge, denen man beim Versuch, sie gegen den Strich zu bürsten, auch gleich das Fell abzieht. Natürlich *kann* es aber gelingen, durch *geeignete* institutionelle Mechanismen jenen *Nutzen umzuverteilen*, den funktionslogisch *intakt* gehaltene Strukturen hervorzubringen vermögen. An dieser Stelle kommt dann Machtkontrolle sehr wohl ins Spiel. Doch durch machtgestützte Institutionalisierungen funktionslogisch *Intaktes umzunutzen* ist etwas ganz anderes als der Versuch, funktionslogische Zusammenhänge machtpolitisch *außer Kraft zu setzen*. Ambivalenz des diesbezüglich Gemeinten durchzieht aber so gut wie alle entsprechenden Passagen des Programmentwurfs. Wenige Beispiele können genügen:

Die Macht sozialistischer Politik „ist die der Demokratisierung der Gesellschaft. Demokratie aber hängt von den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft ab. Wer machtlos ist, hat keine Verhandlungsmacht und ist kein Partner. Die Allmacht des organisierten großen Kapitals zieht die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft zwangsläufig nach sich. Dies wollen wir ändern.“ Darum gilt: „Die Eigentumsfrage ist für uns eine Grundfrage sozialistischer Bewegung. Sie ist für uns nicht primär eine Frage der Rechtstitel, sondern eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen. Die Alternative zum kapitalistischen Eigentum besteht für uns deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und der Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. ... Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich in die Lage versetzen, demokratisch über die grundlegenden Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft bestimmen zu können. Eine solche Verfasstheit der Gesellschaft verlangt weitreichende und demokratische Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse, um gegenüber allen Eigentumsformen übergreifende und gemeinsame Interessen zur Geltung zu bringen. ... Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch Gegenmächte bewirkt werden. Auf absehbare Zeit wird es vor allem darauf ankommen, die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum oder scheinbar anonyme Aktienfonds schrittweise einzuschränken: durch Widerstand gegen Deregulierung und Selbstentlassung der Wirtschaftseliten aus sozialen Verpflichtungen, durch sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen, durch Steuer-, Struktur- und Forschungspolitik, durch mehr Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsräten, von Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen. ... Die fortschreitende Privatisierung von öffentlichem Eigentum und damit von öffentlicher Verfügungsmacht lehnen wir ab. Wir wollen die Bewahrung von Gemeineigentum und seine Ausweitung, wo dies sinnvoll ist. In anderen Fällen unterstützen wir den Übergang bisher staatlichen Eigentums in die Verfügung vieler Träger, die sich zugleich auf wirtschaftlich effiziente, sozial und ökologisch orientierte Weise assoziieren und deren demokratische Verfügungsmacht durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen gestärkt wird. Wir treten für die Stärkung von genossenschaftlichem Eigentum ein. ... Linke Reformpolitik wird ... dann transformatorisch wirken, wenn es gelingt, Reformen für mehr soziale Sicherheit mit solchen zu verbinden, die den Einfluss der Lohnabhängigen erhöhen, die Profitdominanz zurückdrängen, die den dritten Wirtschaftssektor in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen stärken und die zu demokratischer Kontrolle der Banken, Versicherungen und Großunternehmen führen. Einschneidender Wandel kann erreicht werden, wenn es gelingt, die Politik einer sozialen und ökologischen Regulierung zu verpflichten, statt sie profitbestimmten Weltmarktzwängen anzupassen. Dazu gehören weit reichende Rahmensetzungen für den Markt. ... Wir wollen, dass neue volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen mit

marktkonformen Instrumenten und Ordnungspolitik, mit Geboten und – soweit erforderlich – Verboten das Gewinninteresse der Unternehmen auf nachhaltige Entwicklungen orientieren“.

Wie marktkonforme Ordnungspolitik mit interventionistischen Verboten stimmig zusammengehen soll, bleibt ebenso unklar wie die erhoffte Wirkungskette von demokratischer Mitbestimmung über die grundlegenden Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft hin zu Innovation und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit. Bei den meisten Vorstellungen zur politischen Veränderung der Eigentumsbasis unserer Wirtschaftsordnung wird die PDS darum von den anderen Parteien wenig Zustimmung und viel Widerspruch erfahren. Gesellschaftlich mehrheitsfähig sind sie ganz gewiss nicht. Doch sie sind überaus geeignet, die traditionelle marxistische Linke jenseits der SPD mit einem klaren und klar diskutablen Eigenprofil auszustatten, mit identitätsstiftenden Analysen und Forderungen. So wenig man sie außerhalb der PDS für zielführend halten muss: Wichtige Themen und Anstöße werden sehr wohl in die nun wirklich nötige Diskussion um das rechte Verhältnis zwischen anonym-globaler Wirtschaftsmacht und demokratisch kontrollierbarer Staatsmacht eingebracht.

Im übrigen setzt das Politikprojekt der PDS, wiederum in marxistischer Tradition, bewusst an gesellschaftlichen und politischen Widersprüchen an, um sich von ihrer Triebkraft tragen zu lassen und die machtpolitisch wichtigen Prioritäten gemäß den vordringlich aufzuhebenden Widersprüchen zu setzen. Das ist für eine vorwiegend protestierende und opponierende Partei, wie sie die PDS auf absehbare Zeit dem Selbstverständnis des größten Teils der Mitglieder- und Wählerschaft nach bleiben wird, sehr wohl ein richtiger Zugang. Zutreffend also formuliert der Programmentwurf: „Die konkreten Aufgaben der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotenzialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsplan“. Im einzelnen konkretisiert sich das dann so: „Sozialistische Politik gründet in dem Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden Mächte und den Interessen der von ihnen Abhängigen, Ausgebeuteten, Ausgenutzten. ... Sozialistische Politik hat ihren Ausgangspunkt dort, wo Menschen sich gegen Ungerechtigkeit wehren“. Und derlei Widersprüche, solche nutzbaren Ausgangspunkte sieht das Programm nun allenthalben: „Die zunehmende Unterordnung von Politik unter die wirtschaftlichen Verwertungsinteressen ist zum wesentlichen Kennzeichen der herrschenden politischen Konzepte geworden. ... Das politische System ist offenbar weniger als in den Nachkriegsjahrzehnten in der Lage, die Probleme human und sozial gerecht zu lösen. ... Die Sackgasse, in die das System geraten ist, wird am deutlichsten in Ostdeutschland sichtbar. ... Das politische Konzept, durch die bloße Übernahme westdeutscher Institutionen einen selbsttragenden Aufschwung erreichen zu wollen, ist gescheitert. Gescheitert ist die Hoffnung, dass der Markt die Dinge richten wird. ... Wir wollen, dass von Ostdeutschland Anstöße für eine soziale und ökologische Reformpolitik in der ganzen Bundesrepublik ausgehen“.

Hier zeigt sich einesteils die immer noch und auch künftig auf lange Zeit bestehende Distanz der PDS zur bundesdeutschen Ordnung. Eigentlich sind die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundlagen dieses Staatswesens falsch, und darum entsteht aus deutscher Politik auch nichts Ersprießliches: Das ist das einende Credo des Programmentwurfs. Man mag derlei für einen orthodox-marxistischen Irrglauben halten. Doch natürlich *kann* man die Dinge so sehen. Eine Partei, die aus einer das westdeutsche Wirtschafts-, Gesellschafts- und Institutionensystem völlig *ablehnenden* Tradition stammt, kann die Dinge vermutlich auch gar nicht *anders* sehen. Wenigstens führte der Versuch einer grundsätzlichen Neubewertung der im Westen geschaffenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundlagen Deutschlands durch die PDS geradewegs in deren Spal-

tung. Im übrigen hat es für das deutsche Parteiensystem sogar einige Vorteile, wenn eine klar argumentierende Linke ein solches bewusst alternatives Denken im öffentlichen politischen Diskurs hält. Einerseits zwingt derlei dazu, mehrheitlich konsentierende Selbstverständlichkeiten immer wieder in Frage zu stellen, was die Lern- und Leistungsfähigkeit des Systems zweifellos steigert. Zweitens gab und gibt es derlei Positionen und Fundamentalkritik ohnehin immer, so dass es in einer repräsentativen Demokratie schlechterdings angebracht ist, dass dergleichen seine öffentliche Widerspiegelung und sein Sprachrohr, in Reaktion hierauf aber auch seine kritische Gegenargumentation findet.

Zwar fallen in den Ausführungen zum konkreten Politikprojekt der PDS dem von außen kommenden Beobachter vielerlei Einseitigkeiten, nicht wenige den Gegenstand überholende Zuspitzungen der Analyse auf, ferner Ungereimtheiten und Widersprüche der Therapievorschlüsse sowie viele, offenbar vom Streben nach innerparteilichem Zusammenhalt motivierte Formelkompromisse. Doch versteht man den Programmentwurf weniger als eine wirklich ernstgemeinte Blaupause für konkrete PDS-Politik denn vielmehr als einen Versuch der Modernisierung innerparteilicher Debatten und ihrer Ausrichtung auf drängende zeitgenössische Probleme, d.h. als ein im Modus der Programmdiskussion unternommenes Unterfangen sowohl der Wahrung des Zusammenhalts als auch der politischen Neuaufstellung einer Partei des demokratischen Sozialismus, dann wirken auch diese Teile des Programmentwurfs sehr rund und den zu bewältigenden Erneuerungsschwierigkeiten der PDS überaus angemessen. Denn erstens ist das Politikprojekt der PDS klar marxistisch und steht fest in der geistesgeschichtlichen Tradition der PDS; ferner ist es eindeutig BRD-kritisch und oppositionell. Das bindet die alten und neuen Traditionalisten unter den Mitgliedern und Wählern. Zweitens geht der Programmentwurf die tatsächlichen Probleme unserer Zeit mit Vorschlägen an, die durchaus *in* der PDS mehrheitsfähig sein dürften, und bettet sie in große politische Zielvorstellungen ein, die weitestgehend auch *außerhalb* der PDS in Deutschland konsensfähig sind. Damit macht der Programmentwurf den Reformflügel diskurs- und koalitionsfähig. Drittens setzt er an behauptetermaßen vor allem in Ostdeutschland sichtbaren Widersprüchen und Defiziten des bundesdeutschen Systems an, schreibt der PDS diesbezüglich eine Art reformerische ‚*mission civilisatrice*‘ zu und gibt darum eine systematische, vorwärts-, nicht rückwärtsgewandte Begründung und Rechtfertigung dafür, dass die PDS heute und in langer Zukunft eine Partei mit zwar gesamtdeutschem Mitgestaltungsanspruch, aber im Grunde allein ostdeutscher Basis ist. Im Vergleich zu diesem dreifachen Vorzug des Programmentwurfs fallen seine in der politischen Praxis auf absehbare Zeit ohnehin nicht zu testenden inhaltlichen Schwächen weder taktisch noch strategisch sehr ins Gewicht. Offen aber ist, ob eine solchermaßen sehr stark auf die *innerparteiliche* Integration zielende Programmatik wirklich zu größeren Kompetenzvermutungen der *Bevölkerung* zugunsten der PDS führen und ihr auch dann ein gutes Fünftel der ostdeutschen Wählerschaft zuführen wird, wenn sowohl ihre grundsätzliche Oppositionsrolle als auch ihr nachgerade Repräsentationsmonopol ostdeutscher Sonderbefindlichkeit ausgelaufen sind.

2. Die Ankunft im bundesdeutschen Verfassungsdenken

Problematischer für die eigene Mitgliedschaft und von überaus großer Bedeutung für die anderen deutschen Parteien sind jene Passagen des Programmentwurfs, in denen die PDS endgültig ihren Frieden mit der bundesdeutschen staatlichen Ordnung zu machen versucht. Zwar ist und bleibt die PDS natürlich eine Partei auf der Grundlage marxistischer Gesellschaftsanalyse; alles andere zerrisse sie. Doch selbstverständlich sind marxistische Politikkonzepte in

Deutschland ein ganz normaler Teil des pluralistischen Spektrums wissenschaftlichen und politischen Denkens. Überaus wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass sich der PDS-Programmentwurf endlich freimacht von jenem für die marxistische Orthodoxie bislang selbstverständlichem Kurzschluss, welcher den Staat in kapitalistischen Gesellschaften letztlich nichts anderes zu sehen vermochte als ein zu überwindendes und im Grund diktatorisches Regime. Nun heißt es in erfrischender Klarheit: „Wir unterscheiden deutlich zwischen dem kapitalistischen Charakter der heutigen Gesellschaften und den zivilisatorischen Errungenschaften, die in diesen Gesellschaften erreicht wurden“. Und nicht einmal ein Grundzug der kapitalistische Basis jenes zivilisatorischen Überbaus wird mehr in Bausch und Bogen verdammt – ganz im Gegenteil: „Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz“. Auf solcher Grundlage läßt sich dann über alle Bewertungsunterschiede und Umgestaltungswünsche mit der PDS trefflich und fruchtbar streiten.

Zu jenen zivilisatorischen Errungenschaften gehören – erstens – wirtschaftliche, sozialstaatliche und partizipatorische Leistungen: „Der kapitalistische Wohlfahrtsstaat, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa und den USA entstand, konnte über eine lange Phase der Prosperität eine Annäherung an weit gehende Vollbeschäftigung, steigende Arbeitseinkommen und Sozialleistungen im Alter, bei Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit gewährleisten. Industrielle Massenproduktion materieller Güter und private Massenkonsumtion waren hervorstechende Merkmale dieses Kapitalismus. Damit verbunden war eine Ausweitung partizipatorischer Möglichkeiten – z. B. der betrieblichen Mitbestimmung. Nicht alle, aber auch nicht wenige Träume der Sozialdemokratie gingen in Erfüllung.“ Es ist zu verstehen, wenn auch in der Sache diskutabel, dass diese Leistungen vor allem der eigenen politischen Familie, sowohl der jetzigen wie der früheren, zugeschrieben werden: „Es war nicht nur, aber doch zuerst den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, sozialistischen Bewegungen und Parteien sowie der Konkurrenz mit dem Staatssozialismus zu verdanken, dass Institutionen entstanden, die den Interessen der Arbeiterschaft Geltung verschaffen konnten und das Prinzip der Kapitalherrschaft partiell durch das Prinzip sozialer Partizipation ergänzten“.

Zweitens wird eindeutig zu jenen Errungenschaften gezählt, was so überaus lange nur als ‚bürgerliche Formaldemokratie‘ galt: „Die individuellen politischen Grundrechte, freie Wahlen, die parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind für uns unverzichtbare Errungenschaften emanzipatorischer Kämpfe. ... Das Beseitigen wichtiger demokratischer Formen und Institutionen in den staatssozialistischen Ländern haben wir als zerstörerischen Rückschritt erfahren. Wir verteidigen daher heute und in Zukunft solche demokratischen Formen und Institutionen als elementare Bedingungen jeder Freiheit. ... Niemals wieder werden wir die individuelle politische Freiheit als Grundlage aller Freiheit gering schätzen. ... Die Möglichkeit aller, gleichberechtigt an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben, ist das politisch wichtigste Freiheitsgut. Es darf nicht von Besitz, sozialer Stellung, Geschlecht und Herkunft abhängig sein. ... Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen verschieden sein können und ihre Verschiedenheit geachtet wird.“ Das alles drückt genau den Verfassungskonsens der Bundesrepublik Deutschland aus und stellt die Basis für pluralistischen Wettbewerb unter einander aufrichtig akzeptierenden Konkurrenten her.

Als ein solcher *Konkurrent*, und nicht wie die SED als exklusiv rechthabende und darum mit privilegierten Herrschaftsrechten auszustattende Partei, stellt sich die PDS vor: „Der demokratische Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft oder überhaupt nicht. Er mislingt glei-

chermaßen als isoliertes Projekt kleiner Gruppen wie als Diktatur. ... Sozialistische Politik ist eine offene Suche nach Auswegen aus Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung. Wir achten andere demokratische Überzeugungen und wollen den politischen und geistigen Wettbewerb mit ihnen. Die Möglichkeiten sozialistischer Politik können nur gemeinsam mit anderen politischen und sozialen Kräften entwickelt werden. ... Wir wollen niemandem ein glücksbringendes System verordnen. Wir streben weder eine Diktatur noch die Einführung von Patentlösungen an. Im Gegenteil: Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen jene Grundgüter, jenes Eigentum und jene Macht in die Hände bekommen, die sie in die Lage versetzen, selbstbestimmt, frei und solidarisch über die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu entscheiden. Dies ist für uns wirkliche Demokratisierung und tatsächliche Sozialisierung. Dies ist unsere radikal sozialistische Position zu Macht und Eigentum.“ Um diesbezüglich belastbare Glaubwürdigkeit zu gewinnen, „will sich die PDS bundesweit als politikfähige sozialistische Alternative profilieren und im politischen Alltag ebenso wie mit ihrer innerparteilichen Kultur beweisen, dass für einen erneuerten Sozialismus Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersfühlenden und Anderslebenden, die Gleichstellung aller Mitglieder sowie Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt selbstverständlich sind“. Mehr noch wird zum Selbstverständnis der PDS formuliert, und stellenweise des Guten fast zu viel: „Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung [sic!], Ideologie oder Religion gebunden, sie ist eine pluralistische Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Die PDS entscheidet über ihren Weg, ihre Ziele und ihr politisches Profil mit demokratischen Mehrheiten. Sie räumt Minderheiten das Recht und die Möglichkeiten ein, ihre Überzeugungen und Ziele im Rahmen der Grundsätze und demokratisch-sozialistischen Orientierungen des Statuts und dieses Programms der Partei des Demokratischen Sozialismus fortgesetzt zu vertreten“. Nach außen gilt: „Sowohl dem Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung als auch der Gewinnung neuer Mitglieder soll die Öffnung von Gliederungen der Partei für gemeinsame Arbeit mit anderen dienen, die sich solidarisch in der Gesellschaft engagieren. Parteiarbeit wird künftig zunehmend Mitwirkung in sachbezogenen, offenen Projekten sein, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen zur Geltung bringen. Die PDS vermag dort sowohl ihre kommunalpolitische Verankerung als auch ihre parlamentarischen Möglichkeiten einbringen. Sie wird als Partei im Dienste der Zivilgesellschaft wirken“.

Derlei in die Tat umgesetzt, macht die PDS von einer systemoppositionellen Alternativpartei zu einem normalen Mitbewerber im Streit um den besseren Weg. In diesem Streit, und getragen vom oben umrissenen gemeinsamen Grundkonsens, ist es natürlich völlig legitim, etwa die folgenden Ziele zu setzen:

- „Wir wollen aktiv dazu beitragen, die konservativ-neoliberale Hegemonie zu überwinden und gemeinsam mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen politischen Kräften für ein neues politisches Projekt der sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung der Gesellschaft wirken“.
- „Sozialistische Politik tritt für einen grundlegenden Politikwechsel ein, in dessen Zentrum die Öffnung der gesellschaftlichen Entwicklung für emanzipatorische Prozesse und soziale und ökologische Nachhaltigkeit steht. Die Politik der SPD schließt bisher die Suche nach Kompromissen mit Kräften links von ihr und die Suche nach einer echten Alternative zum Neoliberalismus weitgehend aus. Wir wollen dazu beitragen, eine gegenläufige Entwicklung durchzusetzen, eine Öffnung der Sozialdemokratie, der geistigen und politischen Verhältnisse nach links.“

- „Wir wollen, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen gegenüber dem Staat und der Wirtschaft geschützt und ausgebaut werden. Unsere Vorstellung von der zukünftigen Rolle des Staates ist die eines entbürokratisierten und von einer selbstbestimmten Zivilgesellschaft geprägten Staates. Demokratie verlangt, dass ein solcher Staat seine Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Förderung der sozial Benachteiligten und als demokratische Institution gegenüber der Macht der nationalen und internationalen Wirtschaftsakteure wahrnimmt.“

Das alles ist *keine* Überwindung bundesdeutscher Demokratie, sondern nur ein Ringen um die eigenen Ziele *im* Rahmen einer Ordnung, die eben um der *Möglichkeit* solcher Zielsetzungen und Politik willen so ausgestaltet wurde, wie sie das eben ist. Zu einer genau diese Rolle anstrebenden und akzeptierenden PDS, staatstragend wie Deutschlands Sozialisten seit eh und je, kann man im Grunde nur sagen: ‚Willkommen im Club!‘ Dieser beweist damit einmal mehr seine große Offenheit und Integrationskraft. Offen ist nur, wie viele Mitglieder und Wähler der PDS wirklich zu diesem Club gehören wollen.

3. *Das Verhältnis zur SED, zur DDR und zum einst real existierenden Sozialismus*

Denn der Preis, den es für die Aufnahme in diesen Club zu entrichten gilt, ist für eine überwiegend so geschichtsbewusste Partei wie die PDS recht hoch. Es ist sogar fraglich, ob ihn die orthodoxen Traditionalisten in der Partei, um von den linken Sektierern ganz zu schweigen, wirklich zahlen können. Denn hier geht es um viel mehr als nur um das ‚Mischungsverhältnis‘ von Tradition und Erneuerung. Es geht nämlich um die Kerngehalte des für die kommunistische Tradition der Arbeiterbewegung so wichtigen Geschichtsverständnisses. Denn im Grunde lauten die zentralen Fragen so: Ist der Marxismus und die von ihm abgeleitete sozialistische bzw. kommunistische Vision eine *historische*, eine für die nun *vergangene* Geschichtsperiode des Ost/West-Konflikts wichtige Denkweise, oder handelt es sich hier um überzeitlich gültige Einsichten, also: um weiterhin zu verfolgende systemkonstruktive Ideen? War zumal die DDR ein von der Sowjetunion den Deutschen aufgezwungenes *falsches* Regime, oder war sie ein leider zwar gescheiterter, aber an sich wertvoller Versuch? Und geschichtspolitisch fast am brisantesten: War die Vereinigung von KPD und SPD die Krönung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, oder war sie der Beginn eines *Irrwegs* – aus dem es für die künftige Positionierung der PDS zur SPD nun nicht nur taktische, sondern auch emotionale Konsequenzen zu ziehen gilt?

Die letzte Frage lässt der Programmentwurf unbeantwortet; auf die erste reagiert er affirmativ. Zur zweiten Frage aber gibt es überaus klare Aussagen, die den Weg zum bundesdeutschen Verfassungskonsens überhaupt erst eröffnen. Die diesbezüglich wichtigste Passage ist zutreffend überschrieben mit ‚Selbstveränderung der PDS‘. Sie formuliert dann unmissverständlich: ‚Entstand die PDS in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus dem Protest von SED-Mitgliedern gegen das Politbüro und aus dem Willen, vollständig mit den Inhalten und Erscheinungen stalinistischer und nachstalinistischer Entstellungen der sozialistischen Idee zu brechen, so haben die Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus seitdem einen anhaltenden Wandlungsprozess der Partei vorangetrieben.‘ Dieser erfolgte – laut Präambel – ‚in konsequenter Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die von Menschen begangen wurden, die sich als Sozialisten und Kommunisten verstanden, in Ablehnung jeder Diktatur und jedes Versuches, mit totalitären Mitteln Fortschritt zu befördern‘. Warum aber kam es zu jenen Verbrechen im Verlauf des realsozialistischen Projekts und zu dessen Scheitern? ‚Die eigentlichen Ursachen seines Scheiterns sehen wir in den strukturellen Defiziten der staatsso-

zialistischen Gesellschaften selbst. Die Zentralisierung und umfassende Verstaatlichung der Wirtschaft erwies sich nicht als nachhaltige Alternative zur zerstörerischen Tendenz kapitalistischer Marktwirtschaft und ermöglichte auch nicht, einen wirksamen Beitrag zum Ausbruch aus der bedrohlichen globalen Entwicklungslogik zu leisten. ... Die traditionelle Gewaltenteilung wurde abgelehnt, der Sinn demokratischer Wahlsysteme missachtet; Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte wurden deklariert, aber zu selten realisiert. Es kam zu einer falschen, in großem Maße von Misstrauen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes erfüllten Sicherheitspolitik. Hinzu traten Bevormundung der Rechtsprechung, Verletzungen der Freiheit von Wissenschaft und Kultur, Mediengängelei. Es wurde auch vor Täuschung, Betrug und Lügen gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht zurückgeschreckt. Das führte letztlich zu Selbsttäuschung und Selbstbetrug. Eine überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise mit dem Ziel solidarischer Individualitätentfaltung im Einklang mit der Natur wurde nicht geschaffen. Unfähig war die DDR wie alle staatssozialistischen Gesellschaften, sich wirtschaftlich, politisch und kulturell den Erfordernissen einer zusammenwachsenden Welt und den Emanzipationsbestrebungen der eigenen Bevölkerungen zu öffnen.“ Nicht anders haben das von jeher die Kritiker der SED-Politik und des SED-Staates gesehen. Ebenso teilen sie wohl allesamt die folgende Analyse: „Der Staatssozialismus sowjetischen Typs geriet in Europa in den siebziger Jahren in eine Phase des Niedergangs. Das System der Zentralverwaltungswirtschaft machte den Übergang zu einer intensiven Entwicklung der Volkswirtschaften unmöglich. Der Kampf um die höhere Arbeitsproduktivität ging verloren. Das politische System der kommunistischen Einparteiendiktatur erfuhr wachsenden Widerstand. Emanzipatorische Ansprüche, Pluralisierung der Gesellschaft und Öffnung stießen auf die Grenzen der politisch-wirtschaftlichen Strukturen dieses Systems.“

Kaum ein Gegner von SED und DDR wird auch dem folgenden Gedankengang widersprechen: „Die Oktoberrevolution 1917 war einerseits der legitime Versuch einer Antwort auf das zivilisatorische Versagen des Kapitalismus im Ersten Weltkrieg. Sie erschütterte die Welt des Kapitalismus. Andererseits blieb ihre welthistorische Bilanz von Anfang an widersprüchlich und defizitär. Die gleichermaßen existenzielle Frage nach der individuellen Freiheit und der herangereiften Verwirklichung der uneingelösten Ansprüche der Großen Französischen Revolution wurde missachtet. ... Ihre [d.h. der Oktoberrevolution] staatssozialistische Entartung hat aber Millionen sinnloser und unverzeihlicher Opfer gekostet und die Idee des Sozialismus nachhaltig beschädigt. Die Verletzung ökonomischer und ökologischer Notwendigkeiten hat ihr die Entwicklungsmöglichkeiten genommen. ... Die DDR blieb jedoch immer vom sowjetischen Staatssozialismus geprägt. Die SED als herrschende Partei war nicht fähig und nicht bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und auch unentschuld bare Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige um großer Ideale willen Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen haben. Dafür stehen wir in einer moralischen Verantwortung. Es sind eben diese Erfahrungen und die Schlussfolgerungen daraus, weshalb die Wahrung der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgten Grundrechte für uns unverzichtbar geworden ist. Es gibt keinen noch so hehren Zweck, der die Verletzung grundlegender Menschenrechte und universeller demokratischer Standards rechtfertigt und der durch ihre Verletzung nicht zerstört würde.“

In der Tat ist es so, und eben dieser antitotalitäre Konsens stand bereits am *Anfang* bundesdeutschen Verfassungsdenkens. Wenn sich ihm die PDS anschließt, auf der Grundlage einer so klaren und richtigen historischen Analyse, wird sich darüber jeder deutsche Verfassungs-

patriot aufrichtig freuen. Viel eher ist Skepsis angebracht, wie weit es – wenigstens jetzt schon – innerhalb der PDS gelingen wird, Konsens über diese Analyse und die aus ihr zu ziehenden Konsequenzen zu stiften. Solche Zweifel gründen nicht zuletzt im Verständnis für die zutiefst menschliche Neigung, dem Gegner nach dessen Sieg nicht auch noch in der Sache Recht geben zu wollen. Es wäre aber möglichst vielen Mitgliedern der PDS zu wünschen, die Kraft und Größe zum Nachvollziehen dieser Einsichten aufzubringen. Die Wahrheit macht nämlich frei – sowohl gegenüber sich selbst als auch gegenüber dem politischen Gegner. Zu bezahlen wäre für solche Freiheit aber dadurch, dass die PDS einen nennenswerten Teil ihrer Stammwählerschaft einbüßte: jenen nämlich, dem Existenz und Erfolg der PDS als in kommunistischer Tradition stehender Partei zu verbürgen scheinen, dass SED und DDR keine historischen Irrtümer waren und sich nichts findet, was das eigene gute Gewissen beunruhigen könnte.

IV. Ergebnis

Die PDS hat in bewundernswerter Weise den Wandel von der SED-PDS zu einer zwar markant links positionierten, doch ansonsten ganz normalen bundesdeutschen Partei versucht. Sie ist auf diesem Weg sehr weit, fast schon ans Ziel gekommen. Gute Führer, reformwillige Realisten an der Basis und eine disziplinierte Mitgliedschaft haben das ermöglicht. Ausgrenzung von Machtpositionen, was die Bilanzierung konkreter Erfolge lange Zeit ersparte, und geschickte Opfer- und Oppositionsrhetorik haben ein Übriges getan, um der PDS in Ostdeutschland so viel Wählerattraktivität zu verschaffen, dass trotz schwieriger Umstände ihre Existenz auf absehbare Zeit gesichert ist.

Doch das Ziel bundesdeutscher Normalität ist für die PDS noch nicht erreicht. Weniger dem Misstrauen und den Vorbehalten ihrer Konkurrenten ist das geschuldet als vielmehr der noch gegebenen Umstrittenheit gerade dieses Ziels in den Reihen der PDS. Es gibt nämlich in der Partei noch keinen Konsens darüber, wie weit man wirklich in jenem bundesdeutschen System heimisch und normal werden will, das wichtigen eigenen Zielsetzungen doch so sehr widerspricht. Sehr wohl aber gibt es die Notwendigkeit, hier alsbald einen klaren Kurs zu steuern. Denn seit die PDS in Ostdeutschland regierungsfähig geworden ist und auch mitregiert, sinken ihre Chancen drastisch, Wählerstimmen weiterhin durch Alternativen- und Oppositionsgehebe an sich zu binden. Vielmehr muss darum gerungen werden, dass die Bürger – was sie bislang mehrheitlich gerade *nicht* tun – der PDS auch aktive politische *Gestaltungskompetenz* zuschreiben. Eine sich darum bemühende Programmatik kann sich aber nicht mehr allzu unverbindlich geben. Dann allerdings wird der politische Gegner die Programmatik an den Realzusammenhängen, der Wähler am Grad der Übereinstimmung von PDS-Regierungshandeln mit PDS-Programmatik und vor allem daran messen, ob tatsächlich verwirklicht wird, was programmatisch in Aussicht gestellt wurde. Und weil das vollständig ohnehin nie einer Partei gelingt, tut die PDS gut daran, sich auch in Ostdeutschland auf Wahl-niederlagen einzustellen. Die Zeit der durch Niederlagen nicht zu belastenden Formelkompromisse zwischen Traditionalisten und Reformern wird darum bald zu Ende sein. Vor allem aber ist das Zeitfenster für den Abschluss der Erneuerung der PDS deswegen recht eng, weil ihr in einer großen und aktiven Mitgliedschaft bestehendes Sozialkapital rasch dahinschmilzt. Neue Aktivmitglieder zu gewinnen, setzt aber mehr Klarheit über den künftigen Kurs der PDS voraus, als derzeit besteht.

Angesichts all dieser Herausforderung ist die von der PDS-Führung zu erbringende Steuerungsleistung wirklich schwierig. Sie ist um so schwieriger, als die PDS tatsächlich eine Partei der legitimen inneren Vielfalt ist und es – bei problematischer Streitkultur – eine sehr komplizierte innerparteiliche Diskurs-, Interessen- und Machtlage auszubalancieren gilt. Noch anspruchsvoller macht diese Aufgabe, dass die Schwungmasse der Mitgliedschaft auf Parteitagen eher rückwärtsgewandt ist, der Reformflügel aber dadurch behindert wird, dass die realpolitisch wirksame Handschrift der PDS dort *immer* schwer zu erkennen ist, wo als durchaus zu ersetzender Juniorpartner mitregiert wird. Auf absehbare Zeit müssen darum gleich doppelte Glaubwürdigkeitsschwierigkeiten – nach innen und nach außen – ertragen werden, und keineswegs ist gewiss, dass die Partei *nicht* einem Bündnis aus orthodoxen Traditionalisten und linken Sektierern in die Hände fallen wird.

Die Neugeburt einer normalen bundesdeutschen sozialistischen Partei links von der SPD aus dem Erbgut des Kommunismus kann also immer noch zur Fehlgeburt werden. Möglicherweise führt dieses Bild aber auch in die Irre. Vielleicht ist nämlich diese *neue, bundesdeutsche Linke* schon seit zehn Jahren da und jetzt nur in die Pubertät gekommen, in der sie unentschieden ist, ob sie emotional heimatgebende Bewegung oder normal funktionierende Partei werden will. Aus der Erfahrung wüsste man da schon zu raten. Aber aus Erfahrung zu lernen, gilt als Sache der Konservativen – und zu denen will doch gerade die PDS nicht gehören.

Stärken, Probleme und Perspektiven der PDS in den neuen Bundesländern

LOTHAR PROBST

1. Vorbemerkung

Anfang der neunziger Jahre gingen politische und wissenschaftliche Beobachter des Parteiensystems im Westen noch davon aus, dass es sich bei der PDS um ein nach und nach verschwindendes Relikt aus der Konkursmasse der untergegangenen DDR handeln würde. Stellvertretend für diese Stimmen soll hier Patrick Moreau zitiert werden, der in seinem 1991 veröffentlichten Buch über die „Anatomie der PDS“ folgende Prognose abgab:

„Die PDS ist wahlpolitisch und organisatorisch zu einer regionalen Partei verkommen, die die Interessen eines immer kleineren Bevölkerungsteils der ehemaligen DDR repräsentiert. Sie befindet sich in einer Krise, die durch den beschleunigten Niedergang ihrer organisatorischen Kapazitäten und ihres Anhängerpotentials gekennzeichnet ist.“¹

Tatsächlich ist genau das Gegenteil eingetreten. Die PDS hat ihre Position in den ostdeutschen Bundesländern seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich ausbauen können und bezeichnet sich nach den überragenden Wahlergebnissen im Jahr 1999 in Thüringen und Sachsen mit einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein bereits als „SPD-Nachfolgepartei“². Auch die vor einigen Jahren von Michael Brie in Umlauf gebrachte Charakterisierung der PDS als ostdeutsche „Volkspartei“³ wird heute weitgehend akzeptiert. Was sind die zentralen Erfolgsbedingungen für die einzigartige Karriere der PDS in Ostdeutschland? Wie sind ihre Stärken und Schwächen, wie ist ihre weitere Perspektive im bundesdeutschen Parteiensystem einzuschätzen? Der folgende Beitrag wird diese Fragen zunächst im Kontext der Entwicklung des Parteiensystems in der Bundesrepublik aufgreifen und sich dann mit der Binnenentwicklung der PDS beschäftigen.

2. Zur Entwicklung des Parteiensystems seit der deutschen Einheit

Zur Charakterisierung des bundesrepublikanischen Parteiensystems wird in diesem Beitrag auf drei Grundbegriffe aus der Parteienforschung zurückgegriffen: Fragmentierung, Polarisierung und Segmentierung. Der Grad der Fragmentierung eines Parteiensystems hängt von der Anzahl und politischen Bandbreite der Parteien ab, der Grad der Polarisierung wird durch die jeweiligen ideologischen Gegensätze bestimmt, und der Grad der Segmentierung gibt darüber Aufschluss, wie kooperationswillig und koalitionsfähig die Parteien untereinander sind. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird in der Regel betont, dass die Geschichte der westlichen Bundesrepublik bis Ende der achtziger Jahre im wesentlichen durch ein stabiles Partei-

1 Patrick Moreau: PDS - Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn 1991, S. 458.

2 Dietmar Bartsch, zitiert nach einem Bericht des Weser-Kurier („PDS auf der linken Überholspur“) vom 6. Dezember 1999, S. 2.

3 Michael Brie: Das politische Projekt PDS - eine unmögliche Möglichkeit. In: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9-38.

ensystem mit einem schwachen Grad an Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung geprägt war.⁴ Dies gilt insbesondere für das Zweieinhalb-Parteiensystem aus CDU, SPD und F.D.P., das zwischen 1956 und 1979 Bestand hatte. Auch als es den Grünen Anfang der achtziger Jahre gelang, in dieses „Kartell“ einzubrechen und sich schrittweise im Parteiensystem zu etablieren, wurde diese Stabilität nicht ernsthaft gefährdet. Im Gegenteil: Mit der ersten rot-grünen Koalition 1985 in Hessen bewegten sich die Grünen de facto auf eine Integration in das parlamentarische System der Bundesrepublik zu.

Erst Ende der achtziger Jahre, als Erfolge rechtsextremer Parteien in den Parlamenten einiger westdeutscher Bundesländer zu verzeichnen waren, deutete sich eine gewisse Erosion der Stabilität des Parteiensystems an. Als dann nach der deutschen Einheit mit der PDS eine weitere Partei die parlamentarische Bühne betrat, verstärkten sich die Befürchtungen, dass die Tendenz zur Fragmentierung, ideologischen Polarisierung und Segmentierung des Parteiensystems weiter zunehmen würde. In Teilen der politikwissenschaftlichen Literatur ging man aber 1990 zunächst noch von einer mehr oder weniger bruchlosen Übernahme des Parteiensystems der alten Bundesrepublik durch die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler aus, während die PDS in diesem Szenario eher als temporäres Phänomen gesehen wurde, das nach einer gewissen Übergangszeit von selbst verschwinden würde.⁵ Durch die Wahlergebnisse im Superwahljahr 1994 wurde diese Einschätzung allerdings gründlich widerlegt, und es zeichneten sich bereits damals die Linien ab, die seitdem die Entwicklung des Parteiensystems bestimmen.

Auf Bundesebene hat sich seit 1990 – durch die konstanten Wahlerfolge der PDS im Osten – ein Fünf-Parteiensystem herauskristallisiert, in dem die PDS de facto die Stellung einer Außenseiterpartei einnimmt, die von den anderen Parteien auf dieser Ebene – zumindest bisher – aus ihren Koalitionsüberlegungen ausgeschlossen bleibt. Aus der Sicht der Parteienforschung ist aber vor allem die von erheblichen Disparitäten gekennzeichnete Auseinanderentwicklung des Parteiensystems in den ost- und westdeutschen Bundesländern interessant. Dadurch, dass F.D.P. und Bündnisgrüne bereits nach den Wahlen im Superwahljahr 1994 zu reinen Westparteien mutiert sind, hat sich in den ostdeutschen Bundesländern⁶ ein stabiles Drei-Parteiensystem durchgesetzt, wenngleich es unter bestimmten Bedingungen auch den rechtsextremen Parteien gelingen kann, in diese Phalanx einzubrechen (Wahlerfolge der DVU 1998 in Sachsen-Anhalt und 1999 in Brandenburg). Das Besondere an dieser Konstellation ist die Tatsache, dass CDU, SPD und PDS drei große Blöcke repräsentieren, die, je nach Bundesland und Ausgangslage, Stimmenanteile zwischen 20 % und 50 % umfassen können. Bemerkenswert ist auch die hohe Wählervolatilität innerhalb dieser drei Blöcke, die in der Wahlforschung darauf zurückgeführt wird, dass sich in Ostdeutschland bisher – mit Ausnahme der PDS – kaum Stammwählermilieus herausgebildet haben. Das Wahlverhalten ist vor diesem Hintergrund außerordentlich mobil und stimmungsabhängig sowie sehr stark auf bestimmte Themen und Personen fixiert. So konnte die PDS bei den Landtagswahlen 1999 z.B. in Sachsen 40.000 Stimmen von der SPD, 21.000 Stimmen von der CDU, 12.000 Stimmen von den Bündnisgrünen und 40.000 Stimmen von bisherigen Nichtwählern dazugewinnen. Wählerwanderungen in dieser Größenordnung und in

4 Vgl. Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993; Gerard Braunthal: *Parties and Politics in Modern Germany*, Boulder/Colorado 1996.

5 Vgl. u.a. Heinrich Bortfeldt: *Von der SED zur PDS*, Bonn/Berlin 1992, S. 495.

6 Vgl. für Thüringen die Tabelle im Anhang.

dieser Bandbreite, z.B. von der CDU zur PDS, sind in Ostdeutschland keinesfalls ungewöhnlich.

3. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik

Das Drei-Parteiensystem in Ostdeutschland hat auch – nicht zuletzt aufgrund der relativen Stärke der PDS – im Laufe der neunziger Jahre zu neuen politischen Konstellationen geführt, die in der alten Bundesrepublik nicht denkbar waren. Da sich die PDS zunächst als reine Oppositionspartei definierte und zugleich von den anderen Parteien als nicht koalitionsfähig angesehen wurde, drohten in einigen ostdeutschen Bundesländern, in denen es keine absoluten Mehrheiten für SPD oder CDU gab, große Koalitionen zwischen diesen beiden Volksparteien zum Regelfall zu werden. Diese Aussicht führte bereits 1994 zu einer Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt – ein Novum in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik, für deren westliche Parteien stabile Regierungsmehrheiten ein unhinterfragtes Dogma waren. Für die PDS, die im „Magdeburger Modell“ die Rolle des Tolerierungspartners spielte, bedeutete diese Erfahrung eine Art „Schnupperkurs“ beim Mitregieren und eine erste vorsichtige Öffnung in Richtung Regierungsbeteiligung, ohne dass sie unmittelbar für politische Entscheidungen verantwortlich gemacht werden konnte. Eine weitere Zäsur stellte die Landtagswahl 1998 in Mecklenburg-Vorpommern dar. Bereits seit langem deutete sich an, dass Teile der SPD – u.a. ihr Parteivorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff – sich aus der Umklammerung der CDU lösen wollten, zum anderen hatte die PDS-Führung in Mecklenburg-Vorpommern unter ihrem Vorsitzenden Helmut Holter längst den Gestus der Fundamentalopposition aufgegeben und drängte an die Macht, so dass hier die Voraussetzungen für die Bildung der ersten SPD-PDS-Koalition außerordentlich günstig waren. Die Wahrnehmung dieser unterschiedlichen Optionen hat der PDS keinesfalls geschadet. Im Gegenteil: durch ihre Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern hat sie den Beweis angetreten, dass sie sich nicht mehr als Oppositionspartei „pur“ versteht. In Sachsen-Anhalt probiert sie weiterhin – zumindest gegenwärtig noch – in Ruhe das Modell „Tolerieren“ aus, während sie sich in den anderen ostdeutschen Bundesländern, von einer gestärkten Position aus, als soziale Oppositionspartei profiliert. Insofern hat es die PDS bisher verstanden, alle drei Optionen – Mitregieren, Tolerieren, Opponieren – flexibel zu nutzen, um dadurch ihren politischen Aktionsradius zu erweitern. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung haben mögliche Koalitionen mit der PDS längst ihr negatives Image verloren und bilden auch für die politischen Gegner der PDS kaum noch eine mobilisierende Angriffsfläche. Die PDS, das hat auch die CDU inzwischen begriffen, gehört gewissermaßen zur Normalität in den neuen Bundesländern und lässt sich nicht länger aus dem Koalitionskalkül der anderen Parteien ausschließen. Darüber hinaus kommt der PDS zu gute, dass die SPD-Führung zunehmend Gefallen daran findet, mit verschiedenen Koalitionsoptionen zu spielen – vor allem im Hinblick auf zukünftige Wahlen in Ostdeutschland. Dass die PDS die Chancen erkannt hat, die in dieser Entwicklung liegen, zeigen die Reaktionen aus dem Kreis der intellektuellen Vordenker der Partei. Michael Brie hat die SPD bereits zum „strategischen Partner für die PDS in den ostdeutschen Bundesländern“⁷ erklärt. Die Einbeziehung der PDS in die Rentenkonsensgespräche der Bundesregierung und das Treffen des Bundeskanzlers mit Helmut Holter anlässlich der Abstimmung über die Steuerreform haben in jedem Fall die PDS endgültig mit dem Gütesiegel der verfassungskonformen Partei versehen. Ihre Integration in das Parteiensystem der Bundesrepublik kann

7 Michael Brie in einem Interview der Fernsehsendung „Bericht aus Bonn“ am 13. Oktober 2000.

insofern als abgeschlossen gelten. Einmal mehr hat sich in diesem Zusammenhang das politische System der Bundesrepublik als außerordentlich flexibel und absorptionsfähig erwiesen. Mit den Grünen und der PDS konnten ohne größere Friktionen zwei Parteien in das Parteiensystem integriert werden, die zunächst beide – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Geschichte und ihres Profils – von ihrem programmatischen Ansatz und politischen Habitus her als Antisystemparteien die politische Bühne betreten hatten. Indem sich beide Parteien nach und nach auf die Regeln des parlamentarischen Systems eingelassen haben und ihnen zugleich nach einer Latenzphase Möglichkeiten der Mitgestaltung eingeräumt wurden, konnten antidemokratische und systemoppositionelle Tendenzen neutralisiert werden.

4. Stärken der PDS in Ostdeutschland

Im Westen war man lange Zeit geneigt, die PDS als Störfaktor, als dysfunktionales Element im Parteiensystem der Bundesrepublik wahrzunehmen – vor allem mit Blick auf mögliche Koalitionsbildungen. Um die Erfolgsgeschichte der PDS im Osten zu erklären, ist es jedoch notwendig, das Problem genau von der anderen Seite her zu betrachten. De facto nimmt die PDS eine funktionale Korrektivfunktion im Parteiensystem der Bundesrepublik wahr, in dem sie als genuin ostdeutsche Regionalpartei ein Repräsentationsdefizit ausgleicht.⁸ Dabei handelt es sich aber keinesfalls, wie oft angenommen wird, um ein Repräsentationsdefizit im Hinblick auf materielle oder vordergründig soziale Interessen, sondern vor allem um ein Repräsentationsdefizit im Hinblick auf Identität und Wahrnehmung von ostdeutscher Befindlichkeit.⁹ Zwar geht diese Befindlichkeit auch auf unterschiedliche soziale Lagen und ein nach wie vor erhebliches Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland zurück, aber sie ist vor allem Ausdruck einer soziokulturell und politisch erlebten Ausgrenzung ostdeutscher Erfahrungen aus der gesamtdeutschen Gesellschaft. Als einzige Partei mit einem eindeutigen und unverwechselbaren Ostkolorit artikuliert die PDS politische Positionen und Stimmungen, die „in Ostdeutschland generell verbreitet sind und die sich in den Ostflügeln aller Parteien mehr oder weniger abzeichnen, dort jedoch minoritär bleiben“¹⁰. Die Existenz der PDS und ihre Unterstützung durch mehr als zwei Millionen ostdeutsche Wählerinnen und Wähler zwingt die überwiegend westdeutsch geprägten Parteien und politischen Institutionen dazu, auf „Ostprobleme“ stärker einzugehen, als wenn es die PDS nicht geben würde. Insofern kanalisiert die PDS einen Teil der Unzufriedenheit, die sich zwangsläufig aufgrund sozialer, politischer und kultureller Anpassungsleistungen der Ostdeutschen an die neuen systemischen Vorgaben ergibt. Ohne Zweifel profitiert die PDS dabei von der Tatsache, dass im Westen die von den Ostdeutschen erbrachten Anpassungs- und Aufbauleistungen in einer außerordentlich prekären und schwierigen Übergangsphase oft nicht angemessen gewürdigt werden. Dies drückt sich u.a. darin aus, dass sich fast 75 % der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse in der gesamtdeutschen Gesellschaft fühlen. Sehr häufig wird den Ostdeutschen auch eine „Modernisierungsblockade“ unterstellt, obwohl empirische Studien belegen, dass die meisten Ostdeutschen – trotz erheblicher sozialer Verwerfungen – die berufliche, soziale und persönliche

8 Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten: Postkommunisten im Spagat. Zur Funktion der PDS im Parteiensystem. In: Deutschland Archiv, Heft 6/1997, S. 1244-1249.

9 Vgl. u.a. Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte – Organisation – Wähler – Konkurrenten, Opladen 1996, S. 285.

10 Ebenda, S. 876.

Umbruchsituation erstaunlich pragmatisch und flexibel bewältigt haben, ohne dass es zu extremen Anomiesymptomen gekommen ist.¹¹

Zu den Stärken der PDS zählt auch die Tatsache, dass sie die einzige sozial verankerte Partei im Osten ist, die über ein breites politisches Vorfeld verfügt und fest in lokalen Milieuzusammenhängen verankert ist.¹² Gerade auf kommunaler Ebene kann die Partei ihre Vorteile als starke Mitgliederpartei, als identitätsstiftende Milieupartei und als pragmatische Interessen- und Protestpartei ausspielen. In den kommunalen Parlamenten ist die PDS längst in institutionelle Prozesse integriert; sie arbeitet dort pragmatisch und sachorientiert an der Lösung kommunaler Probleme mit. Bereits 1998 stellte die PDS 190 Bürgermeister in kleineren und mittleren Gemeinden. Davon sind zwar die meisten ehrenamtlich tätig, dennoch zeigen diese Zahlen eine relativ hohe Akzeptanz der PDS auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus sitzt die Partei in zahlreichen kommunalen Parlamenten mit der stärksten Fraktion und ist mit Tausenden von Mitgliedern in Gemeinden und in Stadtteilen präsent, in denen die anderen Parteien bisher so gut wie überhaupt keine Mitglieder rekrutieren konnten. Dank ihrer kommunalen Verankerung und pragmatisch orientierten Alltagspolitik gelingt es der PDS auch, ganz unterschiedliche soziale Interessen zu bündeln und eine breite Palette von Gruppen zu repräsentieren. So zeigt z.B. das Wählerprofil, dass es keinesfalls die ökonomischen Einheitsverlierer sind, die PDS wählen, sondern im Gegenteil überdurchschnittlich viele Gutsituierte, vor allem Beamte, Angestellte, Hochschulabsolventen und sogar kleinere und mittlere Unternehmer.¹³ Wenn man es etwas provokativ formulieren wollte, könnte man sagen, dass die PDS die Partei der „Besserverdienenden“ in Ostdeutschland ist. Im Vergleich mit allen anderen Parteien in Ostdeutschland befindet sich die PDS jedenfalls in einer geradezu komfortablen Lage. In der insgesamt entstrukturierten ostdeutschen Gesellschaft verfügt sie als einzige Partei über ein festes Potenzial von Wählern, die eine starke ideologische Affinität zur PDS aufweisen und sich auf hohem Niveau mit der Partei affektiv identifizieren. Vor diesem Hintergrund erscheint die These, dass die PDS sich mit wachsender Machtbeteiligung von selbst „entzaubern“ wird, wenig plausibel. Natürlich drohen der PDS dort, wo sie – wie die anderen Parteien – eine rein klientelistische Interessenpolitik verfolgt, die sie angesichts der Finanzschwäche der ostdeutschen Länder und Kommunen als Mitregierungspartei auf Landes- und Kommunalebene nicht ausreichend bedienen kann, Verluste durch die Enttäuschung bestimmter Wählergruppen; aber insgesamt zeichnet sich die PDS-Politik in den Niederungen der ostdeutschen Alltagspolitik gerade durch ihren Pragmatismus, ihre sachorientierte Mitarbeit an der Bearbeitung von Problemen und ihren Verzicht auf die Durchsetzung von Maximalforderungen aus, so dass es nicht viel zu entzaubern gibt. Gleichwohl können zu vollmundige Versprechen, wie sie etwa in Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf die Etablierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors nach dem Eintritt in die Regierungskoalition gemacht worden sind, auch zum Bumerang für die PDS werden.

11 Vgl. Peter Becker: Ostdeutsche und Westdeutsche auf dem Prüfstand psychologischer Tests. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 24/1992, S. 27-36.

12 Vgl. die Studie von Lothar Probst: Die PDS – von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg 2000.

13 Siehe u.a. Neugebauer, Stöss (Anm. 9), S. 228; Jürgen Falter, Markus Klein: Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. In: Gerhard Hirscher (Hrsg.): Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel: Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994, München 1995.

Die PDS verfügt in Ostdeutschland noch über eine Reihe weiterer Trümpfe. Trotz der dramatischen Mitgliederverluste, die die Partei seit 1989/90 zu verzeichnen hat¹⁴, ist sie immer noch mit Abstand die Partei mit den meisten Mitgliedern in Ostdeutschland. In vielen politikwissenschaftlichen Analysen wird mit Recht darauf hingewiesen, dass die Überalterung der Mitgliedschaft perspektivisch ein strukturelles Problem für die PDS darstellt; dabei wird aber häufig unterschätzt, dass die älteren Parteimitglieder gegenwärtig noch ein wichtiger Bestandteil des „sozialen Kapitals“ der Partei sind. „Sie sind“, wie Tobias Dürr schreibt, „im lokalen Netzwerk der Mietervereine, Gartenlaubenbesitzer und apolitischen Vereinigungen verankert, die sich durch eine lebensweltlich abgestützte Erinnerungskultur an die untergegangene DDR auszeichnen.“¹⁵ Darüber hinaus verfügen sie als Rentner über erhebliche Zeitressourcen, die sie in die politische Arbeit einbringen können. Insofern sind sie eine wichtige Aktivitätsreserve für die Parteiarbeit vor Ort und agieren als eine Art Transmissionsriemen in ihrem sozialen Umfeld.¹⁶

So wie die Älteren jenseits der 60 das „soziale Kapital“ der PDS repräsentieren, repräsentiert die mittlere Generation der 40- bis 50-Jährigen das intellektuelle Kapital der Partei. Es handelt sich dabei vor allem um Mitglieder aus der zweiten Reihe der Dienstleistungsklasse der DDR, die in der Regel über eine gute akademische Ausbildung verfügen, auf den verschiedenen Leitungsebenen der PDS präsent sind und auf Parteitag, in den Medien sowie in den Parlamenten das öffentliche Erscheinungsbild der PDS prägen. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder in Kreis- und Landesvorständen sowie im Bundesvorstand gehören zu dieser Altersgruppe. Auch die Parlamentsfraktionen in Kommunen, Ländern und im Bund werden von der Alterskohorte der 40- bis 50-Jährigen dominiert. Durch eine clevere Ausbalancierung von Tradition und Erneuerung hat es diese neue Führungsgeneration nach 1990 verstanden, der PDS die Aura einer linkssozialistischen Partei zu geben, die das Erbe der SED hinter sich gelassen hat, ohne die vermeintlichen Errungenschaften der alten DDR aufzugeben. Auf diese Weise ist es ihr gelungen, den alten Traditionsverbund der SED nach innen zusammenzuhalten und die PDS gleichzeitig gegenüber neuen Wählerschichten zu öffnen.

Wie stark die organisationspolitischen Vorteile, die die PDS in die Waagschale werfen kann, wiegen, lässt sich an den massiven strukturellen Problemen aller anderen Parteien in Ostdeutschland ermessen. Deren Organisationszustand zeichnet sich bisher durch gravierende Schwächen aus: eine niedrige Zahl an Mitgliedern und Aktivisten, eine geringe Organisationsdichte und schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen, ein Mangel an Kandidaten für Mandate und Parteiämter, ein starker hauptamtlicher Apparat, dem vergleichsweise wenige Mitglieder gegenüberstehen, eine fehlende vorpolitische Vernetzung sowie eine geringe emotionale Bindung der Mitglieder und Wähler an die eigene Partei.¹⁷ Diese Aufzählung unterstreicht noch einmal die Ausnahmestellung, die die PDS unter den Parteien in Ostdeutschland einnimmt.

14 Siehe Probst (Anm. 12), S. 18.

15 Vgl. Tobias Dürr: Abschied von der inneren Einheit. In: Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember 1996, S. 10.

16 Siehe Probst (Anm. 12), S. 27.

17 Vgl. Ursula Birsl, Peter Lösche: Parteien in West- und Ostdeutschland: Der gar nicht so feine Unterschied. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/1998, S. 7-24.

5. Probleme und Perspektiven der PDS in Ostdeutschland

Den unverkennbaren Stärken der PDS stehen auf der anderen Seite eine Reihe von Problemen und Schwächen gegenüber, auf die in der politikwissenschaftlichen Literatur immer wieder hingewiesen wird. Angesichts der Robustheit der PDS geht man dort zwar nicht mehr – wie noch vor zehn Jahren – von einem schnellen Ende der Partei aus, unterstreicht aber, dass sie aufgrund eines Modernisierungsdefizits langfristig überflüssig zu werden drohe.¹⁸ Die Programmatik der Partei, so heißt es, sei immer noch von Sozialromantik gekennzeichnet; zugleich werde auf wesentliche Fragen der gesellschaftlichen Modernisierung in der Bundesrepublik keine Antwort gegeben – eine Kritik, die auch von einigen intellektuellen Denkern innerhalb der PDS geteilt wird.¹⁹ Diese Feststellungen stützen sich auf die Beobachtung, dass es in der PDS immer noch ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber den Institutionen der modernen demokratischen Gesellschaft gibt und etatistische sowie autoritäre Traditionen nach wie vor einen großen Rückhalt in Teilen der Parteibasis genießen. Eva Sturm, Verfasserin einer Studie über die PDS, argumentiert darüber hinaus, dass die Zukunftsperspektiven der PDS durch ihren Charakter als ostdeutsche Milieupartei begrenzt seien, weil dieses „Milieu historisch einmalig (ist) und sich nicht reproduzieren (lässt)“.²⁰ Schließlich und endlich werde sich auch die strukturelle Überalterung langfristig negativ auf die Mobilisierungsfähigkeit und Stärke der PDS auswirken.

Die Plausibilität dieser Argumente liegt auf der Hand. So wird trotz des Beitrages, den die älteren Parteimitgliedern für die soziale Verankerung und den Zusammenhalt der PDS gegenwärtig noch leisten, die Überalterung mehr und mehr zum Problem, zumal es der PDS bisher nicht gelungen ist, in ausreichendem Umfang politischen Nachwuchs zu organisieren und in die Parteiarbeit zu integrieren.²¹ Bei den Kommunalwahlen im Mai 2000 in Thüringen, bei der die Altersgrenze für die 143 zu vergebenden öffentlichen Ämter gesetzlich auf 65 Jahre festgelegt war, konnte die PDS – offensichtlich aus Mangel an jüngeren Mitgliedern – nur 66 Kandidaten benennen, obwohl sie dort 11.400 Mitglieder hat. Probleme gibt es aber nicht nur im Hinblick auf die Mitgliederstruktur, sondern auch in Bezug auf die Führungsebenen. So wird sich wahrscheinlich der inzwischen vollzogene Rückzug von Lothar Bisky und Gregor Gysi aus der Parteiführung nachteilig auf die innere Kohärenz der PDS auswirken. Beide, darin sind sich die meisten Beobachter einig, werden nur schwer zu ersetzen sein. In den neunziger Jahren hatte sich an der Spitze der PDS eine effektiv organisierte Führungscrew etabliert, die die Partei relativ gut im Griff hatte und ihre Talente arbeitsteilig einsetzte: Lothar Bisky als Parteivorsitzender integrierte die Partei nach innen, Gregor Gysi war die witzig-spritzige charismatische Führungsfigur nach außen in Richtung Öffentlichkeit und Medien, Andre Brie verkörperte den intellektuellen Vordenker, der der Partei auch schon einmal

18 Vgl. Eva Sturm: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000, S. 324.

19 Parteintellektuelle, wie etwa Dieter Klein, argumentieren von der Plattform westlicher Modernisierungstheorien aus, in denen die Basisinstitutionen westlicher Gesellschaften – wie rechtsstaatliche Konkurrenzdemokratie, ein innovationsoffener Marktmechanismus und der Sozialstaat – als unverzichtbar gelten. Sie erwarten in diesem Zusammenhang von der PDS, dass sie sich zu diesen Basisinstitutionen bekennt und sie als Chance für die Evolutionsfähigkeit der Gesellschaft versteht. Damit ist zugleich ein Abschied von einem teleologischen und die Kontingenz historischer Entwicklungen leugnenden Geschichtsverständnis verbunden.

20 Sturm (Anm. 18), S. 321.

21 Vgl. Jürgen Dittberner: Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung, Opladen 1997, S. 234.

vor das Schienbein trat, und Hans Modrow war und ist der Brückenkopf zwischen der reformpolitisch orientierten Führung und der traditionell ausgerichteten Mitgliedschaft. Es wird sich erst noch herausstellen müssen, ob dieses ausbalancierte Bündnis unter der neuen Parteivorsitzenden Gabi Zimmer Bestand haben wird. Gabi Zimmer verkörpert mit ihrer Biographie vor allem ein Stück Ost-Identität und garantiert als Kompromisskandidatin, die die offensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Plattformen innerhalb der Partei scheut, vor allem die Einheit der Partei. Gleichzeitig steht sie für einen Kurs, der die Fortsetzung der Reformorientierung der Partei mit Traditionspflege zu verbinden weiß. Die Art und Weise, wie sie die PDS auf dem Parteitag im Herbst 2000 in Cottbus durch ihr Bekenntnis zu Deutschland mit der Bundesrepublik zu versöhnen suchte und gleichzeitig den in der PDS auch vorhandenen traditionellen Vorstellungen von nationaler Identität eine Ausdrucksform gegeben hat, war als politische Inszenierung durchaus gelungen, auch wenn Teile der „modernen Sozialisten“ und die „Deutschland halt's Maul“-Fraktion innerhalb der PDS eher allergisch auf dieses Bekenntnis reagiert haben. Zugleich zeigt die Auseinandersetzung um dieses Bekenntnis, dass die Frage, auf welcher Achse des politischen Koordinatensystems die PDS sich selbst verortet, nicht einfach in das klassische Rechts-Links-Raster passt. Vielmehr zeichnet sich ab, dass eine neue, pragmatisch orientierte Reformfraktion, für die sowohl Gabi Zimmer als auch der neue Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Roland Claus, stehen, Elemente eines Modernisierungskurses mit spezifisch ostdeutschen Traditionen und Einstellungen verbinden will.

Allerdings sind die Zeiten, in denen die PDS wie selbstverständlich von Wahlerfolg zur Wahlerfolg eilt, voraussichtlich erst einmal vorbei. Auf dem Sockel eines soliden und relativ homogenen Stammwählerpotentials hat die Partei in den letzten Jahren ihre Position in den ostdeutschen Bundesländern systematisch ausbauen können und dabei - wie am Beispiel Sachsen weiter oben bereits gezeigt wurde - auch Wechselwähler und Nichtwähler mobilisiert. Aufgrund der hohen Wählervolatilität in Ostdeutschland kann sich die PDS dieser Wähler aber keinesfalls sicher sein. Aus der Wahlforschung wissen wir, dass Wählerinnen und Wähler der PDS in einigen Fragen eher konservativ orientiert sind und dass insbesondere ihre Rechts- und Ordnungsvorstellungen eine gewisse Affinität zu denen von CDU-Wählern aufweisen.²² Man darf vor diesem Hintergrund gespannt sein, wie ein Teil der PDS-Wählerschaft auf eine sich sozialer gerierende CDU reagiert, zumal diese jetzt von einer ostdeutschen Frau geführt wird, die sich nicht nur gegen das Westestablishment ihrer Partei durchgesetzt hat, sondern auch die soziokulturellen Verständigungs-codes der Ostdeutschen versteht und spricht.

Angesichts der skizzierten strukturellen Probleme dürfte die Prognose, dass die PDS bei den Wahlen 1999 ihren Zenit erreicht hat, nicht allzu riskant sein. Dennoch spricht einiges dafür, dass die Zukunftsaussichten der PDS auf mittlere Sicht besser sind, als es in einem Teil der politikwissenschaftlichen Literatur diskutiert wird. Es ist zwar zu erwarten, dass mit der weiteren Integration Ost- und Westdeutschlands die PDS einen Teil ihrer Korrektivfunktion im Hinblick auf die Repräsentation von ostdeutscher Befindlichkeit in der gesamtdeutschen Gesellschaft einbüßen wird, aber alle bisherigen Untersuchungen weisen darauf hin, dass die PDS als Trägerin eines „neuen ostdeutschen Selbst- und Wir-Bewusstsein“ auch zukünftig ein relativ stabiles Wählerpotential im Osten ausschöpfen kann. In Ostdeutschland ist die PDS inzwischen mehr als eine reine Milieupartei. Dank ihrer Stärke und ihres institutionellen Ge-

22 Vgl. Meinhard Creydt: Gnadenlose Normalität. Eine Vergegenwärtigung der PDS-Praxis anlässlich ihres zehnten Geburtstages. In: Kommune, Heft 1/2000, S. 47-49.

wichts (z.B. in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern) kann sie sich auch mit organisierten Interessengruppen verkoppeln, denen sie Ressourcen anbieten kann. Insofern ist ihre Zukunft als ostdeutsche Regionalpartei nicht gefährdet. Die Frage ist allerdings, wie die PDS auf die an sie herangetragenen Modernisierungserwartungen reagieren wird. Wenn sie eine Zukunft haben wolle, dann müsse sie sich, so hört man sowohl aus der Politikwissenschaft als auch aus den Reihen einiger intellektueller PDS-Parteidenker, zu einer „modernen sozialistischen Partei“ weiterentwickeln, die den sich abzeichnenden Ausdifferenzierungen der ostdeutschen Gesellschaft Rechnung trägt und sich stärker als bisher von etatistischen Politikvorstellungen verabschiedet.²³ Einer an westlichen Vorbildern orientierten Modernisierung sind angesichts der Mentalitäten sowohl innerhalb der Parteibasis als auch unter einem Teil der Wählerschaft der PDS allerdings Grenzen gesetzt, zumal die Lücke im Bereich der „subjektiven Modernisierung“ zwischen Ost- und Westdeutschland nicht voluntaristisch überwunden werden kann. Für die Politikfähigkeit der PDS, die auch weiterhin in erster Linie von ihren Erfolgen als ostdeutsche Regionalpartei abhängen wird, könnte sich als sehr viel entscheidender herausstellen, wie sie dosierte Schritte einer programmatischen Modernisierung, die sich stärker auf Prozesse der Individualisierung und Libertät einlässt, mit der Fähigkeit verbindet, sich gleichzeitig zum Fürsprecher und Vertreter andersgearteter ostdeutscher Gemeinschaftserfahrungen zu machen.²⁴ Prozesse soziokultureller Pluralisierung sind in der DDR gebremster und anders verlaufen als im Westen; der den Ostdeutschen bescheinigte Traditionalismus, ihre Abwehrhaltungen und kulturellen Eigensinnigkeiten gegenüber der sozialen Dynamik, die mit der Implementierung von Marktgesetzen und funktionalen Interessenkonflikten im Osten eingezogen ist, werden im westlichen Modernisierungsdiskurs oft zu einseitig als „Modernisierungsblockade“ diffamiert. Es handelt sich bei diesen Reaktionen jedoch eher um eine Art „Modernisierungsschmerz“, der insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und beschleunigter Modernisierung auftritt. Die politische Herausforderung besteht für die PDS gerade darin, diesen kulturellen Abwehrhaltungen und Gefühlen einen eigenen politischen Artikulationsraum zu verschaffen, ohne sie in ressentimentgeladene antiwestliche Politik zu übersetzen. Sollte ihr dieser Spagat gelingen, wird sie ihren Platz in der ostdeutschen Parteienlandschaft ohne Probleme verteidigen können.

Selbst die Chance, auf dieser Basis in Zukunft vielleicht doch noch zu einer gesamtdeutschen Partei zu werden, ist noch nicht verspielt. Mit einer moderaten, linkssozialistischen Kapitalismuskritik, die sich gleichwohl vorbehaltlos auf die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie einlässt, könnte die Partei in der öffentlichen Auseinandersetzung ein politisches Terrain besetzen, das von allen anderen Partei mehr und mehr preisgegeben wird: nämlich die Verteidigung gewachsener Lebenswelten und sozialer Traditionsbestände gegenüber dem Zugriff einer ungebremsen Modernisierung infolge globaler Wirtschaftsprozesse. Dass man als Anwalt und Fürsprecher des Teils der Gesellschaft, der Gerechtigkeitsvorstellungen nicht einfach zugunsten der Erfordernisse des Weltmarktes preisgeben will, auch im Westen durchaus Punkte machen kann, hatte zuletzt der alte Labour-Linke Ken Livingstone bei seinem erfolgreichen Wahlkampf in London bewiesen. Ob die PDS allerdings mit einer orthodox

23 Siehe u.a. Neugebauer, Stöss (Anm. 9), S. 280ff.

24 Dietrich Mühlberg argumentiert in diesem Zusammenhang zu Recht, dass „Entwicklungsverzögerungen“ auf dem Gebiet der subjektiven Modernisierung erst allmählich aufgeholt werden können. Dabei ist für das kulturelle Selbstwertgefühl allerdings entscheidend, ob auch eigene kulturelle Traditionsbestände eingebracht werden können. Siehe Dietrich Mühlberg: Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen. In: Berliner Debatte Initial, Heft 2/1999, S. 13.

agierenden Parteiorganisation im Westen und ohne ihren Vormann Gregor Gysi, der mit seiner linkspopulistisch eingefärbten Rhetorik genau diese Position öffentlich kommunizieren konnte, auf den Spuren von Livingstone wird wandeln können, muss gegenwärtig wohl eher bezweifelt werden.

Anhang

Tabelle: Landtagswahlen in Thüringen seit 1990

	1990		1994		1999	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2.001.204		1.952.951		1.965.937	
Wähler	1.436.300		1.461.118		1.176.803	
Wahlbeteiligung		71,8		74,8		59,9
CDU	634.769	45,4	605.608	42,6	592.474	51,0
SPD	318.490	22,8	420.236	29,6	214.801	18,5
PDS	136.098	9,7	235.556	16,6	247.906	21,3
GRÜNE	90.643	6,5	64.041	4,5	21.617	1,9
DVU					36.386	3,1
F.D.P	129.543	9,3	45.651	3,2	13.001	1,1

Die PDS. Sozialistische Volkspartei unter gewandelten Bedingungen

ERHARD CROME

Seit der „Wende“ und der deutschen Einheit werden zur PDS im Gefüge des deutschen Parteiwesens zwei Fragen immer wieder – und immer wieder neu – debattiert. Die erste ist die nach ihrer schieren Existenz. Für Vertreter der etablierten westdeutschen Parteien und ihnen zuarbeitende Politikwissenschaftler war (ist) sie ein Fremdkörper, das Eingewöhnte störend. So wird zu begründen gestrebt, dass und weshalb es sie eigentlich nicht geben können soll. Auch im Jahre 2000 wurde dies etwa von christdemokratischer Seite wieder versucht.¹ Dass die größeren Bezirke in Berlin so zugeschnitten wurden, wie sie jetzt sind, soll auch darauf gezielt haben, den Einfluss der PDS in den Bezirken zu mindern und möglichst den Wiedereinzug in den Bundestag auf dem Wege des Erreichens von drei Direktmandaten zu verhindern. Die Debatte um das gewünschte Verschwinden soll hier jedoch nicht weiter verfolgt werden.

Die andere Frage ist die nach der Daseinsweise der PDS, ob sie besser eine ostdeutsche Volkspartei sein sollte oder aber eine gesamtdeutsche linkssozialistische Partei. Letzten Endes kann es eine Antwort nur in der politischen Praxis geben. Und die wiederum verbindet sich zum einen mit der Frage nach dem Platz einer linken Programmpartei im gesamt- bzw. westdeutschen Parteiengefüge und zum anderen mit der nach einer nachhaltigen Vertretung der spezifisch ostdeutschen Interessen im heutigen Deutschland. Bereits auf der DDR-Forscher-Tagung in Bonn-Röttgen im Mai 1991 hatte der dort anwesende Sachverständige westdeutscher Provenienz gemeint, im Geflecht bundesdeutscher politischer und anderer Interessen sei das Beste, was den ostdeutschen Interessen passieren könnte, ihre Vertretung durch eine gesamtostdeutsche Volkspartei nach dem Muster der CSU in Bayern. Dass es anders kam, hat Gründe.

Voraussetzungen

Vier Bedingungsgefüge sind meines Erachtens bei der Erörterung des Platzes der PDS im politischen Leben Deutschlands zunächst vorzusetzen. Sie sollen hier allerdings nur benannt und in ihrer Wirkungsrichtung umrissen werden, ohne dass sie ausführlicher behandelt werden könnten. Ausgangspunkt neuen Nachdenkens über Politik von „links“ muss – dies *erstens* – das Scheitern des Realsozialismus sein. Er war durchaus die Probe auf's Exempel dessen, was von der proletarischen Revolution seit Marx erwartet worden war: die Enteignung der „Kapitalistenklasse“ durch den Staat der siegreichen „Arbeiterklasse“, die Abschaffung der „Anarchie der Produktion“ durch die „sozialistische Planwirtschaft“, auf deren Grundlage die „Springquellen“ des gesellschaftlichen Reichtums fließen sollten, wodurch freies Volk auf freien Boden zu stehen kommen sollte. Am Ende war nicht einmal das Politbüro wirklich frei, geschweige denn das Volk; die Wirtschaft erstickte an bürokratischer Regulierung und erstarb

1 Vgl. Viola Neu: Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen. Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 10, Berlin 2000 (http://www.kas.de/publikationen/2000/staat/pds_west.pdf).

schließlich an Innovationsschwäche. Das Scheitern von Gorbatschows Perestroika machte die schlussendliche Reformunfähigkeit des überkommenen Systems zur Genüge deutlich.

Die Spaltung der historischen Arbeiterbewegung im Umfeld des ersten Weltkrieges erfolgte programmatisch letztlich an dem Punkt der Auseinandersetzung um den Platz der Demokratie. Bestand bereits in der alten Sozialdemokratie eine Spannung zwischen der Demokratiefrage und der Eigentumsfrage, die Rosa Luxemburg bekanntlich auch in ihrer Kritik an Lenins und Trotzki's Oktoberrevolution deutlich gemacht hatte, so schlug sich diese ab 1918 in der Differenz und Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nieder. Für die einen genoss die Demokratie Priorität, wobei durchaus auch der „Sozialismus“ mit einem starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft anvisiert war. Für die anderen lag die Priorität in der Enteignung der Produktivkräfte, wobei die Demokratie abgeschafft wurde und das Politbüro als alleiniger Akteur hinterblieb. Das Fiasko des Realsozialismus ist das Scheitern jener Annahme.

Demokratischer Sozialismus kann seither lediglich noch bedeuten, dass stets nur soviel Sozialismus gewagt werden kann, wie die politischen Verhältnisse der Demokratie zulassen. Jeder Versuch, dass kleine Wunderheiler-Gemeinschaften gegen die Mehrheit der Gesellschaft die Macht an sich zu reißen versuchen, würde nur mehr erneut in eine Politbüro-Diktatur münden. Programmatisch gibt es nach 1989/91 keine akzeptierbare Alternative zum Primat der Demokratie. Das Verwiesensein auf die parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland in ihrer real existierenden Gestalt kann daher kein „taktischer Rückzug“ in einem traditionell leninistisch-revolutionaristischen Sinne sein, sondern ist die dauerhafte Wirkungs- und Existenzbedingung der PDS. Zum Grundgesetz und vor allem den in ihm verankerten Grundrechten ist daher nicht einfach ein Lippenbekenntnis in Erwartung „anderer Zeiten“ abzulegen, sondern es ist Errungenes, zu Verteidigendes und zugleich auch etwas Uneingelöstes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes, und das ist gleichsam die regulative Idee für den gesamten Grundrechtskatalog – und sie ist realiter für jeden Obdachlosen, der in der Berliner S-Bahn hin- und herfährt, mehr als „angetastet“.

Die Vereinigung Deutschlands, die eigentlich logische Konsequenz des Scheiterns des Realsozialismus als Gesellschaftssystem und seines Zusammenbruchs als Staatengefüge war, und dennoch für viele, zumal Intellektuelle in Ost und West unverhofft kam (bzw. dann von ihnen mit Misstrauen beobachtet wurde), hat *zweitens* den dauerhaften Rahmen für politisches Wirken geschaffen. Und der ist offenbar ebenso dauerhaft von einer *kulturellen Differenz zwischen Ost und West* geprägt.² Nur die beiden großen Parteien in Deutschland, SPD und CDU/CSU, haben vergleichsweise ausgewogene Strukturen und politische Reichweiten in beiden Landesteilen bzw. „Kulturkreisen“, während FDP und Bündnis 90/ Die Grünen heute mehr oder weniger eindeutig Westparteien sind und die PDS Probleme mit ihrer Westausdehnung hat.³ Alle drei Parteien jedoch haben den Anspruch formuliert, gesamtdeutsch politikfähig sein zu wollen, was jeweils bedeutet, auch im anderen Teil (wieder) Einfluss zu gewinnen und zu diesem Zwecke insbesondere die kulturelle Differenz zu bewältigen. Dabei sind für

2 Vgl. Dietrich Mühlberg: Kulturelle Differenz als Voraussetzung innerer Stabilität der deutschen Gesellschaft? In: Berliner Debatte Initial, Heft 2/2000, S. 47-58.

3 Vgl. Neu (Anm. 1); André Brie: Die PDS in Ost und West – Fakten und Argumente statt Vermutungen. Studie zur Analyse der PDS-Wahlergebnisse 1998/99 und zu den Möglichkeiten der weiteren PDS-Entwicklung, Berlin 2000 (<http://www.pds-online.de/Partei/aktuell/0008/brie-studie.pdf>).

die politischen Verläufe politische Kulturen von Bedeutung, die im Osten – zumindest bei Bürgern und Wählern mit eher linken Einstellungsmustern – durch Vorbehalte gegenüber Wesenszügen des Kapitalismus sowie der Sozialdemokratie und im Westen – bei dem großen Teil von Menschen mit „nicht-linken“ Einstellungen – durch sehr tief sitzende antikommunistische Ressentiments geprägt sind. Letztere werden mittels der „Nachfolgepartei“-Schelle, die die konservativen Parteien und entsprechende Großmedien der PDS immer wieder gern umzuhängen bestrebt sind, zielgerichtet gegen diese einzusetzen versucht. Insofern ist bei einer Bewertung der Resultate der bisherigen „Westausdehnung“ und der Wahlergebnisse im Westen zunächst auf die Folgen dieser kulturellen Differenz zu sehen, bevor über möglicherweise fehlerhafte Vorgehensweisen oder dubioses Westpersonal geredet wird.

Drittens sind die politischen Folgen der Globalisierung genauer zu betrachten. Gewiss handelt es sich zunächst um einen Angriff auf den Wohlstand, hier vor allem den der breiten Massen, der mit der fordistischen Regulation in den entwickelten Ländern „des Nordens“ während der vergangenen Jahrzehnte erreicht wurde. Zugleich jedoch ist es eine weitreichende Attacke auf die Demokratie.⁴ Die mittlerweile als Allgemeinplatz gehandelte Aussage, Globalisierung bedeute für den Staat einen Steuerungsverlust, besagt eigentlich, dass angesichts demokratisch verfasster Staatswesen die demokratischen Institutionen, und damit letztlich die Wahlbürger, an Regelungskompetenz verlieren, das heißt an Einfluss auf die Bestimmung ihrer eigenen Lebensumstände. Statt dessen werden wirtschafts- und damit auch sozialpolitisch wesentliche Entscheidungen in demokratisch nicht legitimierten Gremien irgendwelcher Fondsvorstände oder supranationalen Institutionen wie IWF und Weltbank getroffen, deren Folgen die respektiven Bevölkerungen dann überkommen wie in der Überlieferung der Heiligen Schrift Ägypten die „Sieben Plagen“.

Auch unter dieser Perspektive erweist sich Demokratie als zu verteidigendes Gut. Eine Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit auch im Sinne sozialpolitischer Zwecksetzungen kann über internationale Verbünde von der Größe der EU erfolgen und über eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Linke Politik kann sich daher nicht darauf beschränken, die EU und ihre Institutionen zu verteufeln, sondern sie ist gut beraten, etwa die Möglichkeiten des Europäischen Parlaments zu nutzen, um die soziale Dimension des EU-Verbundes zu stärken. Dazu bedarf es allerdings ernsthafter Alternativkonzepte zu den derzeitig dominierenden Vorstellungen des Neoliberalismus. Das gilt übrigens für alle Ebenen und Sachgebiete der Politik. Wird der Anschein zu erwecken versucht, die Globalisierung bewirke auch eine Entsubjektivierung der Politik, dass also die eigentlichen Subjekte der Entscheidungen verschwunden seien, es eigentlich gar keine gäbe, und statt dessen behauptet wird, es würden gesichtslose „Sachzwänge“ walten, so gilt es die Interessen und ihre Träger bzw. Sachwalter jeweils deutlich zu benennen und das je Mögliche für eine sozial und ökologisch nachhaltige, verantwortliche Politik zu tun. Das schließt neue Protestformen, wie in Seattle oder zur IWF- und Weltbank-Tagung in Prag (September 2000), nicht aus, sondern erfordert sie förmlich.

Viertens schließlich, was sind die Implikationen der gegenwärtigen Welt der politischen Korrektheit? Der Kapitaleigner sieht nicht mehr aus, wie der Kapitalist auf den Karikaturen der 1920er Jahre. Der Soldat soll nicht mehr angeschnauzt werden, sondern als Bürger in Uniform höflich behandelt. Die Psychologen empfehlen, in den Wartezimmern der Sozialämter beru-

4 Vgl. Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek 1998.

higende Musik zu spielen. Weibliche und männliche FeministInnen insistieren auf das große „I“. Die Welt des wohlhabenden Nord-Westens Europas ist, zumindest für ihre Staatsangehörigen, freundlicher und nicht-autoritärer geworden seit dem Kulturwandel von 1968, der von Seiten des bürgerlichen Lagers in Deutschland gerade zu attackieren versucht wird.

Und dennoch ist dies vor allem eine Welt der Wörter, des Stils, der „korrekten“ Interpretation, hinter der sich real etwas anderes verbirgt. Es ist eine Welt, so der Befund aus einer britischen Perspektive⁵, der im Kern auch für Deutschland gilt, die in ihrem Wesen von einer westeuropäischen Linken nach dem zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, die eine eigentümliche liberale politische Klasse ist. Die Haltung dieser liberalen Linken basiert auf abstrakten politischen Bildern, die in der Arbeiterklasse auf wenig Verständnis stoßen. Sie ist gegen das Konzept der Nation und des Patriotismus, und Kollektivwerte sind ihr verdächtig. Kritisch bezieht sie sich auf Werte wie Tradition und Gemeinschaft, ihr Verständnis von Kultur ist elitär, während Massenkultur und Sport eher abgelehnt werden. Sie glaubt letztlich, den Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung durch Ermahnungen und didaktische Herangehensweisen erfolgreich bekämpfen zu können. Begriffe wie nationale Identität, Patriotismus, Familie, sozialer Zusammenhalt, Werte, Moral, Gemeinschaft, Tradition, Gesetz und Ordnung, Disziplin wurden von der westlichen Linken nach dem Krieg konzeptionell in den Rahmen von Wertvorstellungen gestellt, die als typisch autoritär und „rechts“ galten. Dagegen wurde ein politischer Liberalismus gehalten, der so tat, als gebe es bereits eine klassenlose Gesellschaft und als seien lediglich politische Reformen nötig, um die Arbeiterbewegung entsprechend zu formen. Das größte Problem der linksliberalen Analyse war immer, dass die grundlegenden Strukturen der Gesellschaft im wesentlichen unverändert geblieben sind, und die Arbeiter diejenigen Schichten oder die Klasse bilden, die den Wohlstand schaffen, auf dem alles aufbaut, aber dennoch die Hauptlast jeder ökonomischen Schiefelage tragen. Der Rückbau des Sozialstaates im Zeichen der Globalisierung und seine Verwandlung in ein Subventionssystem für die unteren Mittelschichten können – so noch Thompson – sowohl einen Haider und fremdenfeindliche Umtriebe in den westeuropäischen Ländern begünstigen als auch die Erfolge einer linkssozialistischen Partei wie der PDS.

Im Sinne weiterer Analyse der Umstände der Politik der PDS sind daher nicht nur programmatische und politisch-konzeptionelle Unterschiede zur Sozialdemokratie genauer anzusehen, sondern auch die Auswirkungen dieses westlichen linksliberalen Milieus und seine kulturelle Dominanz in wesentlichen Zweigen des öffentlichen Diskurses in Deutschland. Das bedeutet, etwa für die Westausdehnung der PDS, eben nicht nur die antikommunistischen Stereotypen in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung bzw. Wählerschaft zu berücksichtigen, sondern auch die kulturelle Hegemonie dieses linksliberalen Diskurses in den anvisierten Wählerschaften, die die PDS bei ihrer Westausdehnung im Blick hat. Die von Sozialdemokratie und Grünen gebildete Bundesregierung ist der wesentliche politische Ausdruck dieser politischen Klasse und ihrer Diskurse, aber nicht notwendig und dauerhaft der einzige.

Partei in der Demokratie

Wenn von „Partei“ in einem modernen politischen Gefüge die Rede ist, meint dies – so die verallgemeinernde Aussage der Politikwissenschaft – in seinem allgemeinsten Begriffsver-

5 Vgl. Peter Thompson: Jörg Haider, Tony Blair und der Wirtschaftsliberalismus. In: Berliner Debatte Initial, Heft 4/2000, S. 93-100.

ständnis „eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben.“ Diese Minimaldefinition „beruht auf zwei, zudem eng miteinander verknüpften (indes nur höchst selten explizit gemachten) Prämissen: Sie unterstellt als Voraussetzung für die Formierung und Existenz von Partei, dass in einer (gruppenmäßig) differenzierten Gesellschaft Interessenverhältnisse vorhanden sind, und sieht die Partei definiert durch die Dialektik von Teil und Ganzem. Parteien repräsentieren (wie schon der Name sagt) Teilinteressen und streben doch nach Totalität, indem sie ihr Partikularinteresse als allgemeines durchzusetzen versuchen. Parteien sind einerseits um so schlagkräftiger, je homogener sie sind und um so authentischer sie ihr Partikularinteresse vertreten können; zur Verwirklichung ihrer Ziele bedürfen sie andererseits einer möglichst breiten Unterstützung (in Wettbewerbsdemokratien der parlamentarischen Mehrheit), was zu Kompromissen und zur Verwässerung ihrer Ziele zwingt sowie geringere Kohäsion und verminderte Schlagkraft zur Folge hat. Diese gleich dreifache Dialektik zwischen Teil und Ganzem, Besonderem und Allgemeinem, binnenstruktureller Kohäsion und außengerichteter Koalitionsfähigkeit ist es, die das Spezifikum politischer Parteien in den jeweiligen gesellschaftsgeschichtlichen Kontexten ausmacht. Parteien sind also Ausdruck von Interessenkonflikten, die sie artikulieren und politisch organisieren, die sie gleichzeitig aber auch ‚aufzuheben‘ trachten.“⁶

Interessen sind ausdrücklich nicht in einem vulgärmarxistischen Sinne als Klassen- oder ökonomische Interessen unterstellt; kulturelle, nationale, territoriale oder vorwiegend politische – i.S. der politischen Selbstdefinition – Konflikte und Konstellationen fließen in die Konstituierung und Artikulation von Interessen ein.

Die klassische Politikwissenschaft hat herausgearbeitet, dass für die Ausprägung demokratischer Parteiensysteme in Europa die Prozesse der Nationenwerdung, der Industrialisierung und der Ausdehnung des Wahlrechts auf immer größere Teile der erwachsenen Bevölkerung bestimmend waren. Insofern werden Konflikt- bzw. Bruchlinien (engl. cleavages) unterschieden im Problemfeld Staat – Kirche bzw. Konfessionen; Stadt – Land bzw. Industrie- und Handelsinteressen vs. agrarische Interessen; Kapital – Arbeit sowie Zentrum – Peripherie.⁷ Alle traditionellen Parteien, von den konservativen über liberale, christlich-demokratische und agrarische bis zu den sozialistischen, lassen sich anhand dieser interessenkonstituierenden Konfliktlinien sozialhistorisch erklären. Hinzu kommt der seit den 1960er/1980er Jahren ausgemachte „Wertewandel“ von eher traditionellen bzw. „materialistischen“ Werten zu „postmaterialistischen“.⁸ Dies meint kulturelle, soziale, schließlich intellektuelle Bedürfnisse und deren Befriedigung, die allerdings stets die Befriedigung der physiologischen und physischen Bedürfnisse zur Voraussetzung haben. (Marxisch gesprochen: Die Menschen müssen erst essen, sich kleiden und wohnen, bevor sie Philosophie und Politik betreiben bzw. den Umweltschutz an die Spitze der Prioritätenliste stellen können.) Von daher wird dann das Aufkommen der Grünen Parteien in Europa erklärt.⁹ In den postkommunistischen Transformati-

6 Rainer-Olaf Schultze: Stichwort „Partei“. In: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, München/Zürich 1991, S. 449.

7 Vgl. Seymour M. Lipset, Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments, New York 1967.

8 Vgl. Ronald Inglehart: Wertewandel in westlichen Gesellschaften. In: Helmut Klages, Peter Kmieciak (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M./New York 1979, S. 279-316; Ronald Inglehart: Kultureller Umbruch, Frankfurt a.M./New York 1989.

9 Vgl. Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

ongesellschaften – so auch im Osten Deutschlands – kommt die Bruchlinie hinzu, die mit dem Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit verbunden ist.

„Kommunistisch“ wird hier ausdrücklich nicht pejorativ verstanden; ich folge der theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie Peter Ruben vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte entwickelt hat. Danach ist *Kommunismus* die Herstellung einer *Gemeinschaftsordnung*, die auf dem Prinzip der Abschaffung des persönlichen Produktivvermögens bzw. Eigentums beruht, *Sozialismus* dagegen eine *Gesellschaftsordnung*, die „systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates unter der Herrschaft der Arbeit“ (Lorenz Stein).¹⁰ Soziale Demokratie, demokratische politische Verhältnisse, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat sind die modernen Gestalten, in denen eine politisch erwirkte Kontrolle über die Kapitalverwertung im Interesse der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder sich erreichen lassen kann, um eine Dominanz „der Arbeit“ gegenüber „dem Kapital“ herzustellen. Das setzt die Fortexistenz und Nutzung der Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft voraus, während deren Abschaffung nur wieder die Notdurft der staatssozialistischen – im sozialtheoretischen Sinne „kommunistischen“ – Zuteilungswirtschaft reproduzieren würde. Die allerdings hatte ja 1989 gerade Konkurs angemeldet.

Das Problem des politischen Feldes

Nach den Schulauffassungen deutscher Politikwissenschaftsprofessoren sind die Parteien, die sich entlang dieser Bruchlinien gebildet haben, zugleich auf einem Links-Rechts-Kontinuum zu verorten, so dass es auf dieser Linie idealtypisch jeweils nur einen Platz für eine Partei geben könne. Tatsächlich jedoch überlagern sich die Bruchlinien. Insofern bleibt in den Transformationsgesellschaften die Bruchlinie „Kommunismus – Antikommunismus“ auch dann konstitutiv, wenn politisch-programmatische Positionen nachwendisch eigentlich Nähe signalisieren sollten. Im deutschen Alltagsgeschäft der Politik taucht dies beispielsweise immer wieder im Verhältnis der SPD oder von Bündnis 90/ Die Grünen zur PDS auf, oder bei bestimmten Sachthemen, etwa dem Reizthema Renten für ehemals „systemnahe“ Personen der DDR-Vergangenheit.

Ein sachlicherer Blick auf diesen Problemkomplex wird möglich, wenn man die deutsche Situation mit der in anderen Transformationsgesellschaften postkommunistischen Typs vergleicht, etwa mit Ungarn und Polen. Nach dem Ende des kommunistischen Herrschaftssystems stellte sich in den entsprechenden Ländern das Problem eines linken politischen Feldes – programmatisch und personell – auf neue Weise. Auch wenn sich das neue Parteiensystem auf einem Links-Rechts-Kontinuum aufgebaut hat, das sich zunächst und in erster Linie ideologisch begründete, als dass ihm ein ausdifferenziertes Interessengefüge hätte zugrunde liegen können, blieb am Ende das Problem, wer das linke Feld im politischen Spektrum ausfüllen konnte. Nachdem in Ungarn sowohl jene Gruppen, die in personeller Kontinuität die alte, vorkommunistische Sozialdemokratie verkörperten, als auch die neu formierten kommunistischen Kräfte schon mit den ersten Wahlen nicht ins Parlament kamen, konnte sich die Ungarische Sozialistische Partei (USP), die aus dem Reformflügel der alten, kommunistischen

10 Vgl. Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1998, S. 5ff; Ders.: Zehn Jahre danach – Bemerkungen zum Thema. In: Hans Misselwitz, Katrin Werlich (Hrsg.): 1989: Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Berlin 2000, S. 39-57.

Staatspartei USAP hervorgegangen war, deutlich als „die“ sozialistische, linke Partei konstituieren. Das hat ihr den Wahlsieg von 1994 erleichtert. Sie kann seither als jene Partei angesehen werden, die im Grunde das linke politische Feld repräsentiert.

In Polen agierten in den 1990er Jahren auf dem linken Feld sowohl das „Bündnis der Demokratischen Linken“ (SLD), das hauptsächlich ebenfalls aus der kommunistischen Staatspartei, hier der PVAP, kam, als auch die „Union der Arbeit“ (UP), die aus mehreren linksgerichteten Post-Solidarnosc-Gruppen hervorgegangen war. Die UP erreichte nach den Wahlen von 1993, als die SLD erstmals an der Regierung beteiligt war, fast neun Prozent der Sitze im polnischen Sejm und kritisierte die Regierung „von links“. Die SLD war somit die wählerstärkste Partei auf dem linken Feld, vertrat dieses aber nicht allein. Bereits hier zeigte sich, dass eine ähnliche Programmatik, sich ähnelnde Politikansätze und sozial vergleichbare Zielgruppen die Existenz mehrerer Parteien im gleichen politischen Lager¹¹ nicht ausschließen, zum Beispiel dann nicht, wenn sie einen inkompatiblen historischen Kontext haben. Sich im alten System als Kombattanten gegenüberstanden zu haben, wiegt schwerer als die programmatische oder soziale Nähe. (Dass die UP bei den Sejm-Wahlen 1997 den Wiedereinzug ins Parlament knapp verfehlte und anschließend in politische Turbulenzen geriet, steht auf einem anderen Blatt.)

In Deutschland steht auf dem linken Feld die PDS der traditionsreichen SPD – in gewissem Maße auch Bündnis 90/ Die Grünen – gegenüber, mit deren politischem Potential und Einfluss sie sich kaum zu messen vermag. Die Wahlergebnisse der 1990er Jahre – zum Bundestag, zu den ostdeutschen Landtagen sowie zu den verschiedenen Kommunalvertretungen – weisen darauf hin, dass die PDS mittlerweile zu einem festen Bestandteil des politischen Gefüges in Deutschland geworden ist. Geht man davon aus, dass es sich bei politischen Systemen um Koalitionen zwischen bestimmten politischen Eliten, die Parteien gebildet haben und diese prägen, und bestimmten Wählersegmenten handelt¹², dann sind die Konstituierung, die Gestaltungen und die ‚Lebenswege‘ von Parteien in einem politischen Feld durchaus als ein historisch offener Prozess zu verstehen. Parteien drängen erfahrungsgemäß dazu, ein politisches Lager zu monopolisieren, um von daher ihre politische Position in der Gesellschaft insgesamt auf- und auszubauen – auch deshalb vor 1933 der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten oder zwischen Hitler und Hugenberg; nach 1945 beispielsweise zwischen der CSU und der Bayernpartei um den Platz der bayerischen Regionalpartei. Das bedeutet jedoch nicht, dass am Ende stets nur eine Partei je politisches Lager verbleibt und das Feld beherrscht.

11 Der Begriff des „politischen Lagers“ ist sinnvoll für die Analyse von Parteiensystemen und Wählerverhalten über längere historische Zeiträume hinweg. Mit ihm können Kontinuitäten und Kräftekonstellationen analytisch deutlich gemacht werden, auch wenn sich die konkreten Parteiformationen durch Um-, Aus- und Neugründungen verändern. Auf Deutschland bezogen finden sich dieser Begriff und seine Anwendung in: Karl Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1992. Dort heißt es: „Ein politisches Lager lebt in seinem Zusammenhalt im Unterschied zu einem Milieu stärker von der Abgrenzung gegen andere als von eigenen positiven Gemeinsamkeiten und kann deshalb im Prinzip sogar sehr heterogene Milieus enthalten, die irgendwann einmal, aus gegebenenfalls sehr unterschiedlichen Gründen, eine historische Koalition mit politischen Eliten eingegangen sind. Ein Milieu trägt sich u.U. aus sich heraus, ein Lager dagegen bedarf des Gegenüber. Ein politisches Lager kann nicht nur verschiedene Parteien, sondern auch unterschiedliche sozialmoralische Milieus umfassen, darüber hinaus Menschen, die aus lokalen und überlokalen Milieuzusammenhängen überhaupt herausgefallen sind. So gesehen ist das Lager ein weniger integriertes kulturelles Gebilde als das Milieu.“ (S. 21/22)

12 Vgl. Rohe (Anm. 11), S.19-29.

Auch zwischen PDS und Sozialdemokraten in Ostdeutschland ist es nicht in erster Linie die Programmatik, sondern der Graben zwischen den Kombattanten im alten System, der die politische Differenz konstituiert hat. Die Mitgliedschaft der PDS (Ende 1996 83.549 Mitglieder in den ostdeutschen Bundesländern, ohne Berlin) besteht mehrheitlich aus ehemaligen SED-Mitgliedern. Die Gründungs-Mitgliedschaft der SPD im Osten (Ende 1996 26.863 Mitglieder, ohne Berlin¹³) dagegen setzt sich vor allem aus Oppositionellen zusammen, die sich in den 1980er Jahren unter dem Dach der Kirche zusammenfanden, darunter etliche evangelische Pfarrer, und alten Mitgliedern der SPD, die sich gegen die SED gewandt hatten und von denen viele in der DDR inhaftiert waren. Aus Furcht vor einer ‚SED-Unterwanderung‘ hatten sie es 1990 abgelehnt, die Reformer aus dem SED-Umfeld in größerer Zahl aufzunehmen. Aus der Sicht des Vergleichs mit anderen Transformationsgesellschaften und der Kenntnis historischer Analogien scheint die Entwicklung nun auf eine dauerhafte Konkurrenz zweier Parteien auf dem linken Feld hinauszulaufen.

In seiner historisch-politischen Analyse spricht Karl Rohe von „Schwellenzeiten, in denen sich ein Parteiensystem gesellschaftlich breiter auskristallisiert“. Konkret schreibt er hier über die Situation in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts; im weiteren Sinne ist jedoch, so meine These, genau dieser Ansatz auf die Transformationsgesellschaften postkommunistischen Typs anwendbar, darunter auf den Osten Deutschlands. Es bildet sich ein neues Parteiensystem aus; neue politische Eliten suchen bei möglichst breiten Wählerschichten, die ihrerseits erst durch die historischen Umbrüche zu Wählern wurden, Unterstützung, um so Einfluss auf die politische Gestaltung unter der Voraussetzung der Demokratie zu nehmen. Rohe verfremdet einen Marx’schen Ansatz und nennt dies eine „ursprüngliche politische Akkumulation“: „Politische Eliten sind ... so etwas wie politische Unternehmer mit Eigeninteressen, die – aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken auch immer – um politische Macht und Einfluss kämpfen und dafür um politische Unterstützung in der Gesellschaft nachsuchen.“ Wahlen dienen der Bekräftigung solcherlei Unterstützung bzw. dem Bekunden einer Ablehnung. Daher gilt: „Parteiensysteme und damit die Beziehungen zwischen Wählern und politischen Eliten bedürfen der ständigen Pflege und symbolischen Erneuerung, wenn sie nicht erodieren sollen. Umgekehrt heißt das: Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, dass ihre gesellschaftliche Basis gleichsam ‚weggerutscht‘ ist, sondern auch darin, dass politische Eliten es bewusst oder unbewusst versäumt haben, die ‚politische Koalition‘ mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.“¹⁴

Die PDS hat seit 1990 offenbar ihre eigene Symbolik zu vermitteln verstanden, auch unter Nutzung der „Fehlstellen“ der Präsentation der anderen Parteien. Allerdings darf hier der Platz programmatischer Bekundungen nicht überbewertet werden. Nochmals Rohe: „Wähler müssen sich in den Signalen und Zeichen, die eine Partei aussendet, mit ihren Interessen ‚wiederfinden‘ können. Das ist nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von

13 Zahlenangaben nach: Ursula Birsl, Peter Lösche: Parteien in West- und Ostdeutschland: Der gar nicht so feine Unterschied. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/1998, S. 11. Der Parteivorstand der PDS gibt eine Gesamt-Mitgliederzahl der Partei per 31.12.1999 von 88.594 Mitgliedern an, darunter etwa 4.000 in den westdeutschen Landesverbänden. Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes. In: Cottbusser Parteitag, 14./15. Oktober 2000, Berlin 2000, S. 54.

14 Rohe (Anm. 11), S. 25/26.

realen und symbolischen ‚Politiken‘ gebildet wird. Dafür ist freilich nicht unterschiedslos jede konkrete Politik, die eine Partei aufgreift, in gleicher Weise bedeutsam. Wichtig sind vor allem jene ‚Politiken‘ und ‚issues‘, die den Nexus berühren, um derentwillen die ‚politische Koalition‘ einst eingegangen wurde, und das sind, bezogen auf die Stammwählerschaft, stets Politikinhalt mit einer kulturellen Dimension. Entscheidend ist deshalb die vor allem durch Führungspersonal und Politiker vermittelte Fähigkeit einer Partei, ihrer Kernklientel wenigstens von Zeit zu Zeit deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich steht.“¹⁵ Dies ist der PDS, jenseits ihrer bisherigen programmatischen Unausgewogenheiten, offenbar seit 1990 um so deutlicher gelungen, je stärker die Anfeindungen seitens anderer Parteien oder deren Führungsgruppen ausfielen.

Typologisches

Immer wieder wird in der tagespolitischen Debatte in Deutschland der PDS die „SED-Nachfolgepartei“-Schelle umzuhängen versucht. Dabei geht es den betreffenden Akteuren nicht um Geschichte und deren Aufarbeitung, sondern um Denunziation aus leicht zu durchschauenden Gründen, bisher stets mit dem Effekt: der Ossi merkt die Absicht und ist verstimmt – so wählt er noch eher PDS. Politikwissenschaftlich gewendet steht dahinter die Frage, ob Demokratie mit ursprünglich nicht demokratisch gesinnten oder sozialisierten Personen, Parteien oder Gruppierungen einzuführen bzw. zu verstetigen ist. Obwohl der postkommunistische Fall nicht der erste in der Geschichte ist, erinnert sei zumindest an Westdeutschland mit seinen alten Nazis in der Gründungsphase der Bundesrepublik oder an Spanien und Portugal in den 1970er Jahren, wird hier diese Problematik immer wieder mit besonderem Eifer debattiert. Es ist wohl das Fortwirken des Antikommunismus – nun ohne Kommunisten – als Sozialpathologie der spätbürgerlichen Gesellschaft.

Die Beendigung des „kommunistischen Experiments“, der Theorie und Praxis des „sozialistischen Aufbaus“ auf dem Wege des „Runden Tisches“, so in Polen, Ungarn und der DDR, war das Eingeständnis der alten Eliten, dass sie nicht mehr weiterwussten, und der Opposition, dass sie nicht gegen die aufgehäuften Waffen im Lande, über die die kommunistische Staatspartei so oder so noch immer verfügte, die Macht ergreifen konnte.¹⁶ Für beide Seiten waren Wahlen, die Überantwortung der Frage nach der Zukunft der Gesellschaft an das Wählervotum der Bevölkerung, dann 1988/89 der Ausweg, die Auseinandersetzung zu beenden, ohne das Gesicht zu verlieren. Dies eröffnete zugleich Teilen der Eliten des alten Systems neue Chancen, weshalb sie sich dem friedlichen Systemwechsel nicht versperrten.

Für die kapitalistische Marktwirtschaft ist es gleichgültig, ob der Kapitaleigner vorher englischer Pirat, süddeutscher Handelsherr oder aber kommunistischer Nomenklaturfunktionär bzw. oppositioneller Dissident war. Entscheidend ist das Agieren als Unternehmer, als Träger privatwirtschaftlichen Eigentums. Analog gilt für die politische Demokratie: Egal ob der Politiker zuvor preußisch-kaiserlicher Durchhaltepolitiker (wie Gustav Stresemann), kommunistischer Parteifunktionär (wie Herbert Wehner), ehemaliges Mitglied der Nazi-Partei (wie Kurt

15 Ebenda, S. 27.

16 Die Solidarnosc ging bereits in ihrer Gründungsphase vom Konzept einer „sich selbst beschränkenden Revolution“ aus. So schrieb Adam Michnik 1980: „Aber in Wahrheit ist es so, daß sich dieses Land ohne eine Übereinkunft der Machthaber mit der Gesellschaft nicht regieren läßt.“ Das war natürlich auch umgekehrt gemeint. Zitiert nach: Rita Röhr: Hoffnung – Hilfe – Heuchelei. Geschichte des Einsatzes polnischer Arbeitskräfte in Betrieben des DDR-Grenzbezirks Frankfurt/Oder 1966-1991, Berlin 2001, S. 147.

Georg Kiesinger oder Karl Carstens) bzw. ehemaliger Wehrmachtsoffizier (wie Franz Josef Strauß oder Helmut Schmidt) war – entscheidend ist das bewusste Agieren im Kontext der Demokratie unter den gewandelten Systembedingungen, nicht der individuelle Beitrag zum Systemwechsel. Dazu gehören die Anerkennung von Wahlen als Ausgangspunkt von Macht und Herrschaft, die Achtung der Verfassung und der Wahlgesetze, die Verteidigung der Regeln der Konkurrenzdemokratie und deren regelmäßige Befolgung.

Der wesentliche Unterschied zwischen autoritären Regimes, wie sie vor 1989 in der kommunistischen Variante in Ostmitteleuropa bestanden¹⁷, und demokratischen Systemen besteht im Kern darin, „dass erstere durch unverbindliche institutionelle Verhältnisse und (zumindest für die strategischen Gruppen) klare Resultate charakterisiert sind, während sich letztere durch Bestimmtheit der politischen Regeln und Ungewissheit der politischen Resultate auszeichnen“. Ein erfolgreiches Funktionieren demokratischer Systeme erfordert „zum einen die Anerkennung formal-legaler Verfahren als der einzigen Grundlage sozialer Konfliktlösung und zum anderen die Bereitschaft aller relevanten sozialen Gruppen, sich an ‚Geben-und-Nehmen-Interaktionen‘ zu beteiligen, deren Resultate zuvor ungewiss sind. Beide Bedingungen stehen im Gegensatz zu den sozialen Gewohnheiten, wie sie in den vergangenen 45 Jahren des kommunistischen Regimes“ ausgeprägt wurden“¹⁸. Die neuen Gewohnheiten können aber unter den gewandelten Umständen angeeignet werden, in einem Lernprozess der respektiven Bevölkerungen, der Wähler, wie der Parteien und neuen Eliten. Indem es auf dieser Regelmäßigkeit beruht, stehen für ein demokratisches Regime aus systemischen Gründen die „langfristigen Legitimationschancen ... ungleich besser“, als für ein autoritäres.¹⁹ Ein Garant der Demokratie in den postkommunistischen Ländern ist so ihre Alternativlosigkeit; jede weitere durchgeführte Wahl verstetigt die Institutionen der Demokratie. Die Stabilität der demokratischen Verhältnisse im Osten Deutschlands beruht zuallererst auf diesem Zusammenhang; erst danach wäre unter realpolitischer Perspektive über die faktischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland zwischen Wessi-Übergewicht und Ossi-Minderheit zu reden.

17 Bei der Unterscheidung zwischen totalitären und autoritären Systemen folge ich der politikwissenschaftlich-analytischen Sichtweise von Juan Linz. Dabei geht es nicht um die Unterscheidung zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Systemen; totalitäre und autoritäre Regime sind beide nichtdemokratische. Es geht um die Unterscheidung totalitärer Regime von anderen nichtdemokratischen Herrschaftsformen. Und hier hält Linz nicht – wie die vielzitierte Hannah Arendt – den Terror für ausschlaggebend, sondern „eine bestimmte Form des politischen Lebens“. (Juan J. Linz: Totalitäre und autoritäre Regime. Potsdamer Textbücher 4, Berlin 2000, S. V.) Linz' Bestimmung totalitärer Herrschaft enthält drei entscheidende Punkte: 1. „ein monistisches, aber nicht monolithisches Machtzentrum“, 2. eine exklusive Ideologie, mit der sich die herrschende Partei oder Gruppe identifiziert, 3. die „Beteiligung und aktive Mobilisierung der Massen“ (S.25). Im Grunde ist hier die Ideologie das zentrale Moment, weil sowohl die Konstituierung des politischen Zentrums, hier der kommunistischen Partei, als auch das Mobilisierungsbemühen der politischen Führung gegenüber den Massen über die Ideologie vermittelt werden. Linz unterscheidet vom ursprünglichen Totalitarismus Stalins den Typus posttotalitärer Regime. Die politischen Führungen – etwa in der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag der KPdSU, mit dem Chruschtschow die Entstalinisierung einleitete, in Ungarn nach dem Volksaufstand 1956 oder in der DDR unter Honecker – haben sich entschlossen, eine weniger ideologielastige Politik zu betreiben (im Vergleich zur vorherigen kommunistischen Politik im eigenen Lande) und größere Toleranz gegenüber einer Entpolitisierung des täglichen Lebens zu üben, begleitet von einer Bürokratisierung und Professionalisierung. Die Rücknahme des Ideologischen bleibt jedoch nicht folgenlos. Die Kader der verschiedenen Ebenen verlieren ihre ideologische Bindung; der friedliche Verlauf der Umbrüche 1989 war eine Folge dessen. Typologisch sind diese post-totalitären Regime als eine Variante autoritärer Herrschaft anzusehen (S. XXXV und 245-256).

18 Mira Marody: Staat und Gesellschaft in Polen. In: Berliner Debatte Initial, Heft 4/1992, S. 54.

19 Andreas Pickel: Ökonomische Transformation und politische Ordnung. Zur Funktionalität autoritärer und demokratischer Herrschaftsformen. In: Berliner Debatte Initial, Heft 2/1994, S. 108.

Bezogen auf die Parteien, die aus den kommunistischen Staatsparteien hervorgegangen sind, ist die Systemdifferenz der Unterschied auf das Ganze. Kriterium ihrer Bewertung kann nicht ihre Vergangenheit oder Herkunft sein, sondern ihr Agieren im derzeitigen parlamentarisch-demokratischen System, das Befolgen der demokratischen Spielregeln. Vielfach wird die Frage gestellt, welche Gewähr sie bieten würden, dass sie es auch künftig tun. Eine erste Antwort liegt dort, wo festzustellen ist, dass die Menschheit im 20. Jahrhundert das „kommunistische Experiment“ absolviert hat und nichts für dessen Wiederholung spricht. Eine zweite Antwort folgt aus dem Unterschied zwischen den früheren Staatsparteien und diesen Parteien. Für die PDS beispielsweise gilt: Sie ist nach mehreren Austrittswellen und angesichts heute beträchtlicher Überalterung eine Partei von kaum mehr vier Prozent der früheren Mitgliederstärke der SED. Während diese mit über zwei Millionen Mitgliedern in einer DDR mit weniger als 17 Millionen Einwohnern agierte, befindet sich die PDS in einem Deutschland mit etwa 82 Millionen Einwohnern. (Die Mitgliederrelationen zwischen kommunistischer Staatspartei und Wahlpartei in der Demokratie sind gleichsam repräsentativ: In Ungarn hatte die USAP in den 1980er Jahren etwa 880.000 Mitglieder; die USP umfasst heute etwas mehr als 38.000 Mitglieder.)

Der Hauptunterschied aber liegt nicht in der Zahl der Mitglieder, sondern im Charakter der Parteien: USAP, PVAP und SED waren als kommunistische Staatspartei allzuständig; ihr Wesen und Daseinszweck waren die Aufrechterhaltung der Macht zwecks grundsätzlicher Änderung der Gesellschaft nach vorgefasstem Plan. Sie fühlten sich – wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung – ausgerüstet mit einem Monopol historischer Siegesgewissheit und systemischen Herrschaftswissens. Zur Verwirklichung dessen waren sie leninistische Parteien „neuen Typs“, mit einem hierarchischen, undemokratischen Parteaufbau, dem sich die Parteimitglieder zu unterwerfen hatten.

Die PDS dagegen ist demokratische Partei unter parlamentarisch-demokratischen Bedingungen. Ihre Rolle ist nicht „führend“ in der Verfassung festgeschrieben, sondern muss in jeder Wahl auf's Neue errungen werden. Zugleich steht die Stärkung der demokratischen Komponenten innerhalb der Partei im Verhältnis zu ihrem Wirken in der Gesellschaft als demokratische Partei. Der veränderte Parteityp ist am Ende entscheidend. Nur die im Innern demokratische Partei ist dies auch in der Gesellschaft. Und dieser gegenüber kann es nur eine gleichsam dienende Funktion geben: als Moment linker Politikvernetzung.

Agieren in der Demokratie

Nachdem klar ist, dass es „die Partei“, die quasi ein Schwertbrüderorden mit Heilslehre war, nicht mehr geben kann, muss sie sich auf die „normalen“ Funktionsmechanismen der parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse einstellen, eine „normale Partei“ unter „normalen Verhältnissen“ sein. Sie unterscheidet sich so von den anderen Mitbewerbern im Parteiengerüße vielleicht dadurch, dass sie die Gesetze – etwa zur Parteienfinanzierung – genauer einhält, als die bürgerlichen Parteien, die immer meinen, ihnen gehöre das Land; dass sie sozialpolitisch konsequenter die Interessen der Elenden und Verdammten dieser Erde zu vertreten versucht; dass sie Freiheit und Menschenwürde auch sozial definiert. Sie unterscheidet sich von den anderen Parteien aber nicht dadurch, dass sie etwa die neue Wesenheit eines Wissens um die Transzendenz heilsgeschichtlich verkörpern wollte – was der Kern der Darstellung der kommunistischen Verheißung war.

Das gilt für alle Parteien in den Transformationsgesellschaften, die aus den früheren Staatsparteien hervorgegangen sind, so in Deutschland für die PDS. „Analog zum Parteibegriff sind auch die Funktionen, die die politischen Parteien heute wahrnehmen, bestimmt durch das Spannungsverhältnis von Teil und Ganzem, Besonderem und Allgemeinem. Ihr Handeln unterliegt in allen Funktionsbereichen und Aufgabenfeldern dieser Dialektik. So haben die Parteien einerseits ihre Spezialinteressen im Auge zu behalten, andererseits für die Interessenintegration zu sorgen. Auf der Mitglieder- und Wählerebene muss es ihnen sowohl um Interessenrepräsentation als auch um Stimmen- (wie Mitglieder-)maximierung gehen. Auf der Programmebene wird von den Parteien einerseits die gesellschaftsverändernde Programminnovation gefordert, andererseits unterliegen die Parteien je nach Gesellschaftsstruktur und politischem System bestimmten systematischen Handlungsimperativen, werden von ihnen systemfunktionale Problemlösungen verlangt. Analog verhält es sich bei weiteren Funktionen: Einerseits zielen die Parteien darauf, Anhänger wie Wähler für die eigene Programmatik zu mobilisieren. Andererseits sind sie wichtige Sozialisationsagenten, bestimmen sie politische Einstellungen und Verhaltensmuster mit, integrieren sie Mitglieder und Bürger in das bestehende politische System. Die Parteien bilden so dann die Rekrutierungsbasis für das politische Personal: ihnen fällt dabei vor allem die Regierungs- und Oppositionsbildungsfunktion zu. Zu ihren Aufgaben gehört es aber auch, ihre Führer und Mitglieder zu alimentieren und für individuelle Gratifikationen zu sorgen. Politische Parteien handeln damit stets im Spannungsfeld folgender Funktionsgegensätze:

1. Interessenartikulation versus Interessenaggregation bzw. -integration;
2. Interessenrepräsentation versus Stimmenmaximierung;
3. Programmformulierung und -realisierung versus systemfunktionale Problemlösung;
4. Mobilisierung versus Sozialisation;
5. Realisierung von Eigen- und Gefolgschaftsinteressen versus Rekrutierung des politischen Personals.²⁰

Resümierend lässt sich hier zunächst feststellen, dass die Probleme, mit denen die PDS gegenwärtig zu ringen hat (Programmfragen, Politikakzentuierung bzw. -gestaltung, Personaldebatten auf Bundes- und Länderebene), die normalen Probleme einer jeden Partei im parlamentarisch-demokratischen Politikgefüge sind. Sie sind hier nur deshalb besonders schwerwiegend, weil ein beträchtlicher Teil des politischen Personals mit DDR-Sozialisation die damit verbundenen Auseinandersetzungen als für sich neu und so fürchterlich quälend empfindet, und darüber hinaus sowohl die etablierten (west-)deutschen Parteien als auch die versprengten kommunistischen Grüppchen nur auf das Scheitern der PDS warten, die einen, um ihre Wählerschaft zu beerben, die anderen, um auf „kommunistische“ Art „Recht“ zu behalten in Erwartung des neuen Messias in Gestalt der „Weltrevolution“ – am Sankt Nimmerleinstag.

Die Partei zu sein, die „immer recht“ hatte, bedeutete, dass aus der Perspektive einer kommunistischen Partei ein tatsächlich gleichberechtigter Dialog, auf gleicher Augenhöhe, nicht möglich war. Analog dem Auftrag des Apostels Paulus, dass der Christenmensch, der hinausging, die anderen zu missionieren, der „neue Mensch“ war, der das Himmelreich verdient hatte, war der überzeugte Kommunist der „neue Mensch“, der die anderen zu überzeugen und zu Großtaten anzuspornen ausgezogen war. Und wer nicht wollte, der wurde im Zweifel als Klassenfeind erschossen. In einem Gespräch, in dem der eine der Wissende, die anderen die

20 Schultze (Anm. 6), S. 451/452.

Unwissenden sind, der eine der Überzeugte, die anderen die Zu-Überzeugenden, findet ein Meinungs austausch auf gleicher Augenhöhe nicht statt, nur Agitation. Das Verhältnis der PDS zu Wählern wie zu anderen politischen Kräften und Parteien kann grundsätzlich nur von der Möglichkeit des Irrs und von der Gleichrangigkeit der Argumente ausgehen. Für eine demokratische Partei in einer säkularisierten Welt, in der eben nicht mehr ein herrliches Jenseits nach der ‚sofortigen Durchführung der proletarischen Weltrevolution‘ versprochen werden kann, ist ein anderes Selbstverständnis von Politik in der Sache ausgeschlossen. Sollte es dennoch – mehr oder weniger stillschweigend – versucht werden, führt es lediglich zu einer Vergrößerung der Aversionen gegen sie.

Dies gilt selbstredend auch für die verschiedenen Strömungen innerhalb der PDS. Der Aufruf der Grundsatzkommission (Juni 2000), endlich „aus den trennenden Gräben“ hervorzutreten, wird nur verständlich, wenn davon ausgegangen werden musste, dass der kommunistische Habitus des Besserwissers noch nicht einmal innerhalb der Partei der Vergangenheit angehört. Woher nimmt der aber seine Impertinenz im Angesicht des Scheiterns des kommunistischen ‚Projekts‘ (um es wertfrei und also euphemistisch auszudrücken)?

Exkurs 1: Was aber ist eine „Volkspartei“ ?

Die politikwissenschaftlichen Befunde sind in der Regel eher pejorativ. So heißt es etwa, nochmals Schultze: „Wähler- bzw. Volksparteien tendieren dabei dazu, die Mobilisierungs- und Programmfunktion zugunsten der Stimmenmaximierung zu vernachlässigen. Die Konflikte, die aus dieser Dialektik zwischen Besonderem und Allgemeinem folgen, sind indes nicht einseitig aufhebbar. Denn der Verzicht auf die Formulierung konkreter Utopien zugunsten bestimmter gesellschaftlicher Interessen, die Unterordnung unter das Konzept möglichst diffus angelegter Stimmenmaximierung können auf Dauer nur dazu führen, dass die Parteien ihre spezifische, aus den gesellschaftlichen Konfliktinteressen resultierende Identität einbüßen, wodurch sie in existentielle Gefahr geraten, da die aus der jeweils spezifischen Interessenrepräsentation abgeleiteten Programmforderungen nach einer zielgerichteten Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen man agiert, auch und gerade im Volksparteiensystem des Sozialstaates notwendig zum Parteibegriff gehören.“²¹ Im Grunde liest sich dies wie eine Beschreibung der derzeitigen Dilemmata der PDS, und es ist doch nur ein Fazit der politikwissenschaftlichen Parteienforschung der Bundesrepublik. Und dies wurde formuliert zu einem Zeitpunkt, da die deutsche Einheit und deren Weiterungen noch gar nicht im Blickfeld waren.

Die Funktionsbedingungen einer Volkspartei – unter dem Blickwinkel der damaligen Sozialdemokratie – hatte schon Eduard Bernstein gesehen. Für ihn erschien Stimmenmaximierung allerdings nicht als etwas Diffuses, sondern war die logische Folge einer Situation, da die sozialen Interessen der Klassen, Schichten oder Individuen nicht notwendig mit ihrem politischen Handeln zusammenfallen. Trotz entsprechender sozialer Lage würden nicht alle Arbeiter zu Sozialisten, wie umgekehrt Angehörige anderer Klassen und Schichten aus politischen oder ethischen Gründen „gegen ihr persönliches oder Klasseninteresse ihre Kräfte und Mittel der Bewegung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus Elend und Abhängigkeit leihen“²².

21 Ebenda, S. 452.

22 Eduard Bernstein: Texte zum Revisionismus. Ausgewählt, eingeleitet und herausgegeben von Horst Heilmann, Bonn 1990, S. 188.

Bernstein hat auch den Begriff der „Volkspartei“²³ schon verwandt, zum einen unter Hinweis darauf, dass die Sozialdemokratie schon immer bei Wahlen auch „bürgerliche Demokraten“ unterstützt bzw. auf der Liste gehabt habe, zum anderen unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Mehrheiten, was nur jenseits der sozialen Grenzen der Arbeiterklasse möglich ist: „Jede Bewegung, die über das Stadium der Sektiererei hinaus, zur Parteibildung gelangt ist, braucht den Erfolg. Sie muss sich bekräftigen, fortschreiten, denn nur Bekräftigung ist Leben, und Stillstand heißt Tod. Nun sind aber der Ausdehnung der proletarischen Partei Grenzen gezogen in der Stärke und der Entwicklungshöhe des Proletariats.“ Sie wäre „zum stillen Abwarten verurteilt“, gelänge es ihr nicht, Anhänger und Wählerschaften darüber hinaus zu finden.²⁴

Um den Begriff der „Volkspartei“ als analytische Kategorie für die historische und politikwissenschaftliche Forschung nutzbar zu machen, unterscheiden Lösche und Walter – im ausdrücklichen Anschluss an Bernstein – drei Ebenen. So bezeichnet Volkspartei erstens „eine politische Organisation von Bürgern, die in der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder, Funktionäre und Wähler nicht auf eine Schicht oder Klasse oder eine anders (beispielsweise durch Konfession oder gemeinsam erlittene Vertreibung) definierte partikuläre Gruppe beschränkt bleibt, sondern mehrere, ja prinzipiell alle Schichten und Gruppen umfasst“. Dabei spiegelt sie nicht einfach die Sozialstruktur der Gesellschaft wider, sondern hat eine ihr entsprechende „soziale Komposition“, die allerdings in der Tendenz „den allgemeinen gesellschaftlich-strukturellen Veränderungen“ folgt, „die sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Bevölkerung und Wählerschaft vollziehen“. Zweitens sind Volksparteien bemüht, möglichst viele verschiedene Wählergruppen anzusprechen, „gezielt und mit modernen Werbemethoden“. „Insbesondere erfolgen Angebote an jene Wählerschichten, die an die eigenen Stammwähler angrenzen.“ Als Teil eines repräsentativ-demokratischen politischen Systems zu agieren bedeutet schließlich drittens, „dass Volksparteien willens, bereit und in der Lage sein müssen, allein oder in Koalition mit anderen Parteien die Regierungsverantwortung zu übernehmen, also Macht auszuüben“.²⁵

Die These vom Siegeszug der Volkspartei in den westeuropäischen Parteiensystemen in den 1960er Jahren stand im Kontext der Debatten um sozialen Wandel und Entideologisierung. Der klassische Text stammte von Otto Kirchheimer. Er gehörte einst zu jenen reformistischen Sozialwissenschaftlern und Staatsrechtlern, die bereits „unter den Bedingungen der Endphase der Weimarer Republik über ihr Scheitern, über die Voraussetzungen von politischer Stabilität, von einem Neben- bzw. Miteinander der rivalisierenden Klassen und Interessen, über die Bedingungen von Demokratie“²⁶ nachgedacht hatten. Kirchheimer schrieb: „Die bürgerliche Partei alten Stils mit ihrer individuellen Repräsentation wird jetzt zur Ausnahme. Wenn auch einige dieser Parteien sich weiter am Leben halten, so bestimmen sie doch nicht mehr den Charakter des Parteiensystems. Zugleich formt sich die Massenintegrationspartei, die in einer Zeit schärferer Klassenunterschiede und deutlich erkennbarer Konfessionsstrukturen entstan-

23 Bei ihm allerdings in Anführungszeichen gesetzt. Ebenda, S. 150.

24 Ebenda, S. 151.

25 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 2-3.

26 Richard Stöss: Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – Eine Theorie. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980, Band I, Opladen 1983, S. 133.

den war, zu einer Allerweltpartei (catch-all-party), zu einer echten Volkspartei, um. Sie gibt die Versuche auf, sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern, und lenkt ihr Augenmerk in stärkerem Maße auf die Wählerschaft; sie opfert also eine tiefere ideologische Durchdringung für eine weitere Ausstrahlung und einen rascheren Wahlerfolg. Die Perspektive einer mehr begrenzten politischen Aufgabe und des unmittelbaren Wahlerfolgs unterscheidet sich wesentlich von den früheren, umfassenden Zielen; heute werden die Ziele von früher als erfolgsmindernd angesehen, weil sie Teile der potentiell die ganze Bevölkerung umfassenden Wahlklientel abschrecken.“²⁷

Diese Spezifik machte er vor allem an den Parteien sozialdemokratischen Typs fest: „Hinsichtlich der Massenparteien auf Klassenbasis können wir in diesem Umformungsprozess im groben drei Stadien unterscheiden. Da ist zunächst die Periode, in der die Stärke der Partei ständig wächst, sie dauert bis zum Beginn des ersten Weltkrieges. Danach finden wir in den 20er und 30er Jahren die erste Erfahrung in der Regierungsverantwortlichkeit (MacDonald, Weimarer Republik, Front Populaire); sie ist wenig zufriedenstellend, wenn man sie einerseits den Erwartungen der Anhänger oder Führer dieser Massenparteien und andererseits der offensichtlichen Notwendigkeit eines umfassenden Konsensus im Hinblick auf das politische System gegenüberstellt. Hierauf folgt das gegenwärtige, mehr oder minder fortgeschrittene Stadium, in dem die Parteien alle Teile der Bevölkerung zu erreichen streben, wobei einige noch versuchen, ihre besondere Wählerschaft – die Arbeiterklasse – an sich zu fesseln und gleichzeitig andere Wählerschichten mit einzubeziehen.“²⁸

Interessanterweise schenkte er dann dem Vorgehen der Parteien dieses Typs in Wahlen besondere Aufmerksamkeit. „Wenn die Partei auch nicht hoffen kann, alle Wählerschichten zu erreichen, so darf sie doch vernünftigerweise erwarten, mehr Stimmen in all den Schichten zu gewinnen, deren Interessen nicht so stark miteinander kollidieren, dass jeder Versuch, sie gleichzeitig zu gewinnen, von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre oder die Gefahr der Selbstzerstörung einschliesse. Kleinere Differenzen zwischen Ansprüchen verschiedener Gruppen, z.B. zwischen Angestellten und Arbeitern, können überbrückt werden, wenn die Betonung besonders auf Programmpunkten liegt, die beiden Gruppen zugute kämen, etwa eine Absicherung gegen die nachteiligen Auswirkungen der Automation. Noch wichtiger ist die absolute Konzentration auf Fragen, mit denen solche Ziele berührt werden, die in der Gemeinschaft kaum Widerstand hervorrufen. Wenn eine Partei danach trachtet, einen Appell, der sich zuvor nur an eine besondere Bevölkerungsschicht richtete, auf eine größere Wählerschaft auszudehnen, dann bieten gesellschaftliche Ziele, die über Gruppeninteressen hinausgehen, die besten Erfolgsaussichten. Wenn eine Partei z.B. sehr intensiv bessere Bildungsmöglichkeiten propagiert, so wird sie wahrscheinlich schwache Proteste gegen die hohen Kosten oder die Gefahr einer Nivellierung der Bildung von Seiten der Elite zu hören bekommen, die ehemals Bildungsprivilegien genossen haben. Die Popularität einer solchen Partei wird bei allen anderen Schichten nur davon beeinflusst, wie schnell und mit welcher Intensität sie im Vergleich zu ihrer Konkurrenzpartei diese wichtige Frage, die alle angeht, aufgegriffen hat und wie geschickt ihre Propaganda die Zukunftsaussichten der einzelnen Familie mit den verbesserten Bildungsmöglichkeiten zu verbinden gewusst hat. In dieser Hinsicht ist die po-

27 Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Heft 1/März 1965, S. 27.

28 Ebenda.

tentielle Wählerschaft fast unbegrenzt. Das umfassende Ansprechen großer Schichten hat sich hier bereits zu einem fast unbegrenzten Appell an die Gesamtbevölkerung ausgeweitet.“²⁹

Dies mag sich lesen wie das Programm des Opportunismus. Unter der Voraussetzung jedoch, dass nicht „die Partei“ – die aus Auserwählten besteht, die über die alleinseligmachende Wahrheit verfügen – den „neuen Menschen“ in Gestalt der Massen durch Erziehung formt, sondern sie mit ihrem konkreten Politik-Angebot den Wähler dort treffen muss, wo er ist, erscheint dies nur konsequent, wenn man sich auf den tatsächlichen Politikbetrieb einlässt. Dennoch ergibt sich natürlich die Frage nach einer Alternative. Kirchheimer – dessen Text die Schwierigkeiten noch heute anzumerken sind, mit denen schon die vergleichsweise wenig ideologische Sozialdemokratie damals zu ringen hatte – behandelt sie, für die 1960er Jahre nicht zufällig, anhand der beiden (damals noch) großen kommunistischen Parteien in Westeuropa: „Aus dieser Entwicklung schließen sich die zuweilen recht großen Überbleibsel der alten Massenparteien auf Klassenbasis, wie die französische und die italienische KP, aus. Diese Parteien sind teils erstarrt, teils gefestigt, weil hier offizielle Ablehnung und legitime Beschwerden einzelner Schichten zusammentreffen. In dieser Situation wird die mehr und mehr in den Hintergrund versinkende, wenig brauchbare revolutionäre Erfahrung als zeremonieller Ballast mitgeschleppt. In welcher Lage befinden sich solche Parteien, die immer noch eifersüchtig auf die Loyalität ihrer Mitglieder bedacht sind, während sie andererseits weder einen Anteil am – ihnen gegenüber feindlichen – Staatsapparat erringen können noch zur Teilnahme an der Regierung bereit sind? Bei der Werbung von Mitgliedern und dem Versuch, ihre Mitglieder bei der Stange zu halten, sehen sich diese Parteien den gleichen Schwierigkeiten wie andere politische Organisationen gegenüber. Jedoch können sie im Gegensatz zu ihren Konkurrenten im Rahmen des bestehenden politischen Ordnungssystems aus der Not keine Tugend machen und sich dem neuen Stil der Allerpartei voll anpassen. Dieser konservative Zug kostet sie nicht das Vertrauen ihrer Stammwähler. Andererseits stellt die bei den Wahlen aufs neue erprobte Loyalität der Anhänger kein so starkes Band dar, dass sie als Grundlage für größere politische Aktionen dienen könnte.“³⁰ Dies ist die Stellung und Perspektive einer Partei, die sich als Fundamentalopposition zu den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen sieht und nicht bereit oder in der Lage ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Wird diese Problemkonstellation auf die heutige Situation übertragen, ergeben sich durchaus sehr ernsthafte Fragen. Was beispielsweise ist und kann ein Programm der Partei? Ist es nur das Symbolische, das vom politischen Personal der Partei der Mitgliedschaft und den Wählern vermittelt wird, um zu verweisen auf das Eigentliche, das man nur leider im tagespolitischen Geschäft nicht verwirklichen kann? Oder sollen die hohen Wertmaßstäbe festgeschrieben werden, die, kämen sie tatsächlich zu konsequenter Anwendung, jede Regierungsbeteiligung in einer Koalition früher oder später scheitern lassen müssten, was praktisch Regierungsunfähigkeit auf Dauer bedeutete? Kann eine Partei über eine dauerhafte und parteispezifische Wahrheit verfügen, eine ganz eigene Weltsicht, die nur dem Gewissen verpflichtet wäre und nur nach den eigenen Interessen fragt? Wer aber entscheidet, was das Gewissen ausmacht und was die Interessen?

29 Ebenda, S. 28.

30 Ebenda, S. 33.

Fundamentalistische Positionen sind wohlfeil und leichthin zu formulieren. Bezogen auf die aktuellen Entwicklungen der PDS etwa lautet ein solcher Vorwurf so: „Eine weitere ‚Allerweltpartei‘ braucht dieses Land nicht.“³¹ Wer so schreibt, will nicht die PDS als Volkspartei, sondern als eine elitistische Veranstaltung reiner Lehre. Und er merkt nicht, dass er jenen Vorschub leistet, die mit vergleichbar großer Geste meinen, „dieses Land“ brauche die PDS nicht. Beruhigend ist nur, dass am Ende die Wähler entscheiden, was sie wollen, dass dieses Land brauchen soll.

Partei als Organismus

Die eher soziologische Organisationsperspektive auf Parteien hat in jüngerer Zeit besonders Elmar Wiesendahl untersucht. Sein Ansatz ist es, die Eigenheiten einer Partei nicht nur oder nicht in erster Linie aus ihren erklärten Zielen abzuleiten, sondern sie als eigentümlichen sozialen Organismus anzusehen. Sein Herangehen beschreibt er wie folgt: „Parteien stellen sich in der Organisationsperspektive als organisierte Handlungsgebilde oder auch kollektive Akteure dar, deren Binnenaktivitäten und Interaktionen mit der Außenwelt erforscht und mit Umwelt- und Strukturverhältnissen in Beziehung gesetzt werden.“³² Er sieht die Massenpartei als Moment der Massengesellschaft. Es gelingt der Massenpartei zunächst, „die Humanressourcen von Heerscharen freiwilliger Gefolgsleute organisatorisch so zu bündeln, dass sie als effektive kollektive Waffe in der politischen Auseinandersetzung um die Wählermobilisierung genutzt werden können“³³.

Gerade deshalb aber hält er die Betrachtungsweise der klassischen Parteienforschung für falsch, nach der die Massenpartei als Organisationsgebilde „einen zielgewissen, einheitlich handelnden kollektiven Akteur“ verkörpere und die Organisationsstruktur lediglich „als Funktion, als abhängige Variable eines Zwecks“ erscheine.³⁴ In der gängigen modernen Parteienforschung komme „der Akteursbezug zu kurz, indem von der Tatsache abstrahiert wird, dass Parteien, bei allem, was sie darstellen und tun, aus Menschenhand hervorgehen und durch Menschen, die sich als Freiwillige in ihnen engagieren, aufrechterhalten, weiterentwickelt und verändert werden“. Künftige Theoriearbeit müsse sich „vom Primat des Zwecks oder der Umwelt als Erklärungsgrundlage der Organisationswirklichkeit lösen. Gefragt ist dagegen ein ganzheitliches Sinnkonstrukt von Partei, das den strukturellen Eigensinn von Organisationen wiederentdeckt und Umwelt als Erwartungs- und Ressourcenkontext einbezieht, der zwar in Parteien hineinwirkt, aber gleichzeitig auch umgekehrt von Parteien penetriert wird. Dabei ist auch das ‚Unternehmerische‘ von Parteien neu zu überdenken. Überhaupt muss den Wahlfreiheitsspielräumen und Selbststeuerungsmöglichkeiten von in Parteien handelnden Akteuren in Abgrenzung zum Zweck- und Systemdeterminismus bisheriger Parteienforschung weitaus größere Bedeutung beigemessen werden.“³⁵

Dieser allgemeine Befund mahnt zu mehr Gelassenheit im Hinblick auf die derzeitigen Auseinandersetzungen in der PDS um Programm-, Politik- und Organisationsfragen. Oder anders

31 Heinz Niemann: Was bedeutet uns Rosa Luxemburg heute? Den „Adler“ nicht zum Wellensittich machen. In: Neues Deutschland vom 23. März 2001, S. 16.

32 Elmar Wiesendahl: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 21.

33 Ebenda, S. 33.

34 Ebenda, S. 42, 44.

35 Ebenda, S. 90, 93.

gesagt: Sie muss sich als Organisation immer wieder selbst erfinden, um den Mitgliedern Heimat zu geben, aber deutlicher, effektiver und nachhaltiger in die Gesellschaft wirken, weil sie über Wählereinfluss verfügen muss, will sie dort etwas bewegen. Als Partei hat sie auf die Dauer nur dann eine Chance, wenn sie für die Gesellschaft da ist, in ihr und für sie eben eine „dienende“ Rolle spielt.

Insofern bleibt auch die engere politikwissenschaftliche Perspektive auf die Rolle der Partei(en) nach wie vor relevant. So schreibt Stöss über die „Volksparteien“: Sie „wirken als Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Gesellschaft bei der Herstellung des politischen Gesamtwillens, bei der Legitimation staatlicher Herrschaft und der Gewährleistung ihrer Stabilität und Kontinuität auf der Grundlage eines Konsenses über die Rechtsordnung vor allem dadurch mit, dass sie das politische Führungspersonal heranbilden und bei Wahlen miteinander um die Besetzung der politischen Führungspositionen konkurrieren“³⁶. Indem die PDS sich regelmäßig an Wahlen beteiligt, Bürgermeister und mittlerweile auch Landesminister stellt, trägt sie selbstverständlich zur Legitimation und Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland bei. Wenn der Konsens hinsichtlich der Rechtsordnung im Sinne der Staats- und Verfassungsordnung das Kriterium für den Umgang der Parteien miteinander ist, kann und muss natürlich auch ein Zusammenwirken der PDS mit allen anderen Parteien, die in diesem Konsens stehen, etwa auch der CDU, so auf kommunaler Ebene, möglich sein, wenn eine politische Einigung über gemeinsame Ziele möglich ist.

Obwohl der gesamte Diskussionsstrang um das Problem „Volkspartei“ seit Bernstein bzw. in der politikwissenschaftlichen Debatte der alten Bundesrepublik seit Kirchheimer eine Reihe von Aufschlüssen gebracht hat, die für die Analyse der gegenwärtigen Parteienlandschaft im allgemeinen und der Entwicklung der PDS im besonderen hilfreich sind, sollte doch die politische Ambivalenz der Begrifflichkeit ebenfalls nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Alf Mintzel etwa lehnte eine Wissenschaftlichkeit des Begriffs der „Volkspartei“ bereits in den 1980er Jahren ab; es sei eher ein politischer Begriff, den sich die Parteien angeeignet haben. „Der Begriff sollte endlich allgemein und entschieden dorthin zurückverwiesen werden, wo er seinen Ursprung hatte und wo er noch heute im Sinne politischer Parteikonzepte in propagandistischer und polemischer Absicht Verwendung findet.“ Er sei insbesondere Ausdruck des propagierten politischen Selbstverständnisses bzw. Selbstmissverständnisses und der tagespolitischen Polemik der großen Parteien der Bundesrepublik, dessen Ziel (Anfang der 1980er Jahre!) „in der politischen Abwehr und Abwertung der ‚Grünen‘ und verwandter Gruppierungen“³⁷ bestand. Zehn Jahre später fügte er hinzu: „Die ‚Volkspartei-Problematik‘ stellte ein typisch deutsches und nach 1945 ein typisch westdeutsches Problem dar, verständlich nur vor dem spezifischen Hintergrund der jüngsten deutschen Geschichte.“³⁸

Aus der Perspektive der PDS hat das Volkspartei-Problem mithin einen spezifischen Hintergrund. Die Großparteien CDU/CSU und SPD hatten zunächst versucht, den Volkspartei-Begriff gegen sie so zu wenden, wie sie es Anfang der 1980er Jahre gegen die Grünen getan hatten, ihr also einen marginalen, vergänglichen, temporären Charakter zuzuschreiben. Das

36 Stöss (Anm. 26), S. 140.

37 Alf Mintzel: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit, Opladen 1984, S. 324.

38 Alf Mintzel: Auf der Suche nach der Wirklichkeit der Großparteien in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hans-Dieter Klingemann, Wolfgang Luthardt (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse, Opladen 1993, S. 69.

fand seinen Niederschlag auch in einschlägiger politikwissenschaftlicher Tendenzliteratur.³⁹ Nachdem die PDS ihre deutlichen Wahlerfolge im Osten, insbesondere den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag 1994 erreicht hatte, unterstrich sie nun ihrerseits ihren „Volkspartei“-Charakter in Ostdeutschland und machte deutlich, dass sie hier politisch auf gleicher Augenhöhe mit SPD und CDU agiert, gleichsam im ursprünglichen Wortsinne Partei ist, die „das Volk“ vertritt, in seiner inneren Differenziertheit und Pluralität. Vor diesem Hintergrund hatte dann Michael Brie, wohl als erster, die PDS als „sozialistische Volkspartei“ analytisch anzugehen versucht, allerdings noch mit einem Fragezeichen versehen.⁴⁰

Für die Analyse des Parteiensystems schlägt Mintzel seinerseits vor, eher mit dem Begriff der „Großpartei“ zu arbeiten. „Das Parteiensystem wird realiter von der Gesamtheit aller existierenden Parteien, von Großparteien und Kleinparteien sowie ihren mannigfaltigen Wechselbeziehungen, konstituiert. Regionale und auf der Grundlage partieller Interessenlagen gebildete Kleinparteien haben im Parteiensystem ebenso ihren Platz und ihre spezifische Funktion wie Großparteien. Die Entwicklung und der Wandel der Großparteien haben ... die Vielzahl der Kleinparteien nicht zwangsläufig verschwinden lassen. Die Integrationskapazität und Absorptionskraft der Großparteien war und ist noch immer groß, aber nicht unbeschränkt ... Kleinparteien sind Ausdruck der Differenziertheit, Komplexität, Flexibilität und relativen Offenheit des gesellschaftlichen und politischen Systems. Neuentstehende Parteien oder die Metamorphosen bestehender Parteien können seismographische Signale für Veränderungen im gesellschaftlichen System sein und innovativen Charakter tragen.“⁴¹

Der Platz der PDS im politischen System hängt am Ende wesentlich von ihrer politischen Innovationsfähigkeit ab. Und die Folgerung kann schließlich nur sein: Sie ist auf Dauer gesehen dazu verurteilt, eine ostdeutsche Volkspartei *und* eine gesamtdeutsche linkssozialistische Partei zu sein. Die Herausforderung der nächsten zumindest zehn Jahre besteht darin, die darin liegende Spannung produktiv zu bewältigen.

Die Bedingungen im Osten

Drei Entwicklungsprozesse haben die reale Situation im Osten Deutschlands seit 1990 wesentlich und nachhaltig geprägt. Zum ersten hat ein weitgehender Prozess der *Deindustrialisierung* stattgefunden. Macht der Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands in Gesamtdeutschland etwa 19 Prozent aus, so liegt der ostdeutsche Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 11 Prozent, am Industriepotential bei etwa 6 Prozent, am deutschen Export 3 Prozent und an For-

39 So meinten die Herausgeber eines Bandes zum Thema Volksparteien im vereinigten Deutschland zum einen, dass das Parteiensystem der alten Bundesrepublik „wohl gerade wegen des Erfolgs der Volksparteien“ auf den Osten übertragen worden sei, und entschuldigten sich zum anderen bei ihren Lesern, dass aus mehreren Gründen auch „die PDS als Nachfolgeorganisation der SED“ zu behandeln war. Der Begriff der „Volkspartei“ war somit von vornherein als gegenüber der PDS ausgrenzend gemeint. (Vgl. Einleitung. In: Peter Eisenmann, Gerhard Hirscher (Hrsg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München 1992, S. 8f.)

40 Vgl. Michael Brie: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. In: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9-38, insbesondere S. 35.

41 Mintzel (Anm. 38), S. 96f.

schung und Entwicklung 2,5 Prozent.⁴² „Die industriellen Kerne sind zu Miniaturen verkommen, die Versorgung der Inlandsnachfrage muss fast zur Hälfte mit Leistungen von außen gesichert werden. Diese Situation ist auf Dauer gestellt ... Im statistischen Durchschnitt hat jede Firma in Ostdeutschland gerade mal 6,7 Mitarbeiter. Großbetriebe – das Herzstück einer jeden Wirtschaft – sind in Ostdeutschland eigentlich nur im Versorgungsbereich (Energie und Wohnungen) zu finden. Bei einem Ranking der ‚größten ostdeutschen Unternehmen‘ wurde auch die Schiefelage im Vergleich zu Westdeutschland deutlich. Die 77 Unternehmen (mit einem Jahresumsatz von über 250 Mio. DM) haben zusammen soviel Umsätze wie die Telekom AG und soviel Beschäftigte wie der Bayer Konzern.“⁴³

Ist die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Technik Ausgangspunkt für wirtschaftliche Leistungskraft, so gilt: „Nach der Abwicklung der ostdeutschen Industrieforschung – personell ist sie seit 1990 auf ein Fünftel geschrumpft – besteht keine Hoffnung, dass sich im Umfeld vorwiegend kleiner und mittlerer Unternehmen in Ostdeutschland Forschungs- und Entwicklungskapazitäten von selbst etablieren.“ Wolfgang Thierse hofft auf staatliche Förderung.⁴⁴ Die kann jedoch das über die Treuhandanstalt und die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Bundesregierung Anfang der 1990er Jahre geschaffene Fehlen wirtschaftlicher Anreize nicht ersetzen. Waren Ende der 1980er Jahre 50 Prozent der Industrieausrüstungen der DDR älter als zehn Jahre (in der BRD waren es 30 Prozent), so waren immerhin 50 Prozent jünger; verschwunden sind sie nahezu alle.⁴⁵ Fand also die systemische Schwäche des kommunistischen Herrschaftssystems in der DDR ihren wirtschaftlichen Ausdruck im Zurückbleiben der Wirtschaft der DDR im Vergleich zu der BRD, so ist Deindustrialisierung statt Sanierung in Ostdeutschland Ergebnis der Anfang der 1990er Jahre bewusst und absichtsvoll vorgenommenen Weichenstellungen.

Die unmittelbaren sozialen Folgen sind bekannt. Von den Ende der 1980er Jahre etwa 16,6 Mio. Einwohnern der DDR standen ca. 9,8 Mio. im Arbeitsprozess. Von diesen waren Ende 1993 nur noch etwa 6,2 Mio. erwerbstätig. „Davon waren aber noch etwa 500.000 über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt bzw. mit Kurzarbeit belastet. Kurz, mit der Wende haben ... 3 bis 4 Millionen ihren sicheren Arbeitsplatz und damit ihre Identität verloren. Frauen waren und sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Zwar wurde über Vorruhestandsregelungen und über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen oder eben über Arbeitslosengeld materielle Not weitgehend abgewendet, aber fast jeder zweite von denen, die früher berufstätig waren, assoziiert die Wende mit Statusverlust“⁴⁶, so der Soziologe Heinz Sahner. Darauf fußt die anhaltende Abwanderung aus dem Osten: In den Jahren 1989 bis 1999 war ein negativer Wanderungssaldo zwischen Ost und West von mehr als 1,1 Mio. Menschen zu verzeichnen, und es waren ja meist die jüngeren, gut qualifizierten Menschen, die in Richtung Westen gingen. Darauf fußen die weiterhin prekäre Beschäftigungssituation, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland, schließlich die „konjunkturelle Abkopplung des Os-

42 Angaben nach: Fritz Vilmar: Gegeninformationen zur Vereinigungspolitik. Eine ideologiekritische Zehnjahresbilanz. In: Telegraph, Nr. 102-103/2001, S. 14; Andrej Holm: Kolonie DDR – Zur ökonomischen Lage in Ostdeutschland. In: Telegraph, Nr. 1/1998 (<http://www.ostpage.de/991206.htm>, S. 7).

43 Holm (Anm. 42), S. 7.

44 Vgl. Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland. In: Die Zeit, Nr. 2/2001 (http://www.zeit.de/2001/02/Politik/200102_thiersepapier1.html).

45 Vgl. Vilmar (Anm. 42), S. 15, unter Bezugnahme auch auf Untersuchungen von Harry Nick.

46 Heinz Sahner: Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung. In: Der Hallesche Graureiher (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie), Nr. 3/2000, S. 2.

tens“, die Verringerung des die Länder und Kommunen treffenden Steueraufkommens und der Rückgang des Anteils der Investitionen an der Bruttowertschöpfung im Osten, die Thierse anmerkt. Die Abwärtstrends beschleunigen sich gegenseitig.

Haben Ungarn und Polen Ende der 1990er Jahre das Gesamtvolumen ihres BIP von 1989 deutlich überschritten, in der gesamtwirtschaftlichen Leistung also die Talsohle des Systemwechsels durchschritten, so liegt Ostdeutschland zehn Jahre nach der deutschen Einheit bei kaum 94 Prozent des Ausgangsniveaus, und dies trotz umfangreicher Investitionshilfen.⁴⁷ Eine Erklärung dafür findet sich nur dann, wenn man Ostdeutschland nicht für sich betrachtet, sondern als Teil eines gesamtdeutschen Transferkreislaufes: Die Deckung der Produktionslücke im Osten (die Differenz zwischen Verbrauch Ostdeutschlands und eigenem BIP betrug 1999 218 Mrd. DM) wird durch Transferzahlungen und Kapitalexport aus dem Westen ausgeglichen, real jedoch durch Warenlieferungen aus dem Westen. Diese wiederum brachten und bringen den westdeutschen Herstellern Umsatz- und Gewinnzuwächse „in Größenordnungen, die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher ihresgleichen suchen“. Dauerhafter Zuwachs an Arbeitsplätzen, an Steueraufkommen in den westdeutschen Regionen und Niederhaltung ostdeutscher Produktion sind die Folgen.⁴⁸

Das sozialökonomische Ergebnis ist „eine sich verstärkende ökonomische und soziale Polarisierung in Ost und West,“ der „Kontrast von privater Reichtumskonzentration im Westen und öffentlicher Verschuldung in Ost und West sowie ein Andauern der Ost-West-Disparität in den Lebensverhältnissen“⁴⁹.

Dies wiederum ist zugleich Ergebnis des zweiten Prozesses, der vollzogenen *Eigentumsverteilung* im Osten. Als wichtigste Schnittstelle zwischen ökonomischer und politischer Macht wurde 1990 die Währungspolitik genutzt: Will man den Übernahmeprozess aus machtpolitischen Gründen so schnell wie möglich durchführen, dies waren Erfahrungen des Anschlusses Österreichs und des Sudetengebietes, dann muss man die Währungsumstellung sofort vollziehen und die zu beseitigende Währung des Anschlussgebietes beim Notenumtausch künstlich aufwerten, um seine Wirtschaft angesichts erheblich geringerer Produktivität schlagartig von ihren Außenhandelsbeziehungen abzutrennen und den Binnenmarkt für die Produkte der Annexionsmacht zu öffnen.⁵⁰ Auf dieser Grundlage war die DDR-Volkswirtschaft wohlfeil zu haben: Hatte Detlev Karsten Rohwedder den Substanzwert der ostdeutschen Wirtschaft auf noch etwa 600 Mrd. DM geschätzt, schloss die Treuhand nach dem segensreichen Wirken seiner Nachfolger mit 254 Mrd. DM Verlust ab.

Unter denen, die die Firmen dann für die berühmte „Eine DM“ bekamen, war aber wohl kein Ossi. „Die Abschaffung des Volkseigentums eröffnete die Chance eines gigantischen Vermögensabflusses von Ost nach West.“⁵¹ Bei der Verteilung des Produktivvermögens der DDR kamen 85 Prozent in westdeutsche Hände, 9 Prozent in ausländische und lediglich 6 Prozent

47 Vgl. Ulrich Busch, Anja Schneider: Zehn Jahre am Tropf. Vergebliches Warten auf einen selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial, Heft 4/2000, S. 102.

48 Vgl. ebenda, S. 108.

49 Ulrich Busch: Sieben fette Jahre? Kritische Bemerkungen zu Charakter und Umfang der Transfers. In: Berliner Debatte Initial, Heft 2-3/1998, S.101.

50 Vgl. Karl Heinz Roth: Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952 bis 1990 (KONKRET. Texte 25), Hamburg 2000.

51 Daniela Dahn: Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 27.

an Bewerber aus dem Osten.⁵² Für die ersten sieben Jahre deutsche Einheit wird geschätzt, dass seit 1990 Vermögenswerte im Wert von 650 Mrd. DM direkt an Westeigentümer gingen; die jährlichen Unternehmensgewinne und indirekten Steuereinnahmen lagen bei 150 Mrd. DM. Damit wurden in diesem Zeitraum etwa 1700 Mrd. DM aus dem Osten abgezogen; gegenüber 350 Mrd. DM „spezieller Leistungen für die neuen Bundesländer“ ergibt dies einen Saldo zugunsten der westlichen Gewinner der Einheit von etwa 1350 Mrd. DM.⁵³

Die ostdeutschen Haushalte haben seit 1990 – im statistischen Durchschnitt – eine rasche Entwicklung der privaten Gebrauchsvermögen und eine beachtenswerte Zunahme der Geldvermögen zu verzeichnen. Vergleicht man die aktuellen Daten zur Vermögenslage der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland, so nochmals Ulrich Busch, ergibt sich bezogen auf das Geld-, Immobilien- und Gebrauchsvermögen eine Ost-West-Relation je Haushalt von 0,39 für das Bruttovermögen und von 0,41 für das Reinvermögen. Setzt man dies ins Verhältnis zu den Relationen für die Produktivität (0,60) und die Haushaltseinkommen (0,79), so ergibt sich, „dass die Ungleichheit in der Verteilung der Vermögen auf die Haushalte Ost- und Westdeutschlands *viel größer* ist als die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen“, die ja durch Transferzahlungen im Sozialbereich abgefedert werden. Diese „Vermögenslücke“ hat sich im Verlaufe der 1990er Jahre nicht verringert, sondern vergrößert. Die Folgerung ist, dass „die mit der Vereinigung gesetzten Bedingungen und Verteilungsstrukturen *nicht* zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland führen“.⁵⁴

Als für die politischen Verhältnisse in Ostdeutschland wesentliche Folgerungen aus dieser Situation formuliert Edelbert Richter, es sei kein Wunder, „dass viele Ostdeutsche, wie Umfragen belegen, bisher keinen rechten Geschmack an der Freiheit finden konnten ... Denn nach alter liberaler Lehre sind Arbeit und Eigentum die wirtschaftlichen Grundlagen dafür, die Freiheit auch zu üben und auszuüben. Die Paradoxie der Vereinigung ist, dass die Ostdeutschen in Demokratie und Soziale Marktwirtschaft integriert wurden, indem sie zugleich von deren wesentlichen Bedingungen, eben Arbeit und Eigentum, weitgehend *ausgeschlossen* wurden.“⁵⁵

Wenn von der Lage und der Stimmungslage im Osten die Rede ist, nutzt es nichts, über Befindlichkeiten sich zu mokieren. Der derzeitige geistige und kulturelle Zustand im Osten hat eine sozialökonomische Grundlage.

Das hatten die Regierenden wohl befürchtet. Jedenfalls trugen sie Sorge, den Osten politisch und verwaltungsmäßig unter Kontrolle zu halten. Das Mittel dafür, dies der dritte Entwicklungsprozess, war das, was euphemistisch „*Elitentransfer*“ genannt wurde. Stasi-Debatte und behauptete Staatsnähe in Tateinheit mit unterstellter Inkompetenz dienten der Öffnung der Wege für das Westpersonal in den Osten. Nach der großen „Potsdamer“ Elitestudie (Erhebungszeitraum 1995) beträgt die „Ostquote“ bei den deutschen „Positionseliten“ (in Prozent) in der Verwaltung 2,5, in der Wirtschaft 0,4, im Militär 0,0, in der Justiz 0,0 und in der Wis-

52 Vgl. Thomas Koch: Der neue Mittelstand Ost: von Natur aus flugunfähig oder Vogel mit gestutzten Schwingen? In: Berliner Debatte Initial, Heft 2/2000, S. 64.

53 Vgl. Holm (Anm. 42), S. 6.

54 Ulrich Busch: Der offenen Vermögensfrage erster Teil: Die Illusion gleicher Lebensverhältnisse. In: Miseswitz, Werlich (Anm. 10), S. 207, 208-209.

55 Edelbert Richter: Der offenen Vermögensfrage zweiter Teil: Die Produktivvermögenslücke. In: Ebenda, S. 214.

senschaft 7,3.⁵⁶ (Dies, zur Erinnerung, bei einem Bevölkerungsanteil von knapp 20 Prozent.) Dümcke und Vilmar hatten diesen Vorgang als „Kolonialisierung der DDR“ bezeichnet und neben der Übertragung der Institutionen des Westens in den Osten und des Eigentums des Ostens in den Westen betont: „Alle gesellschaftlich bedeutsamen Gebiete werden personell durch die alte Bundesrepublik dominiert. Personelle Schlüsselpositionen – abgesehen von wenigen Ausnahmen – werden durch Vertreter Westdeutschlands besetzt. Aufgrund dieser Entwicklung kommt es zwangsläufig zu einer Ausschaltung, einer zwar nicht physischen, aber sozialen Liquidierung der gesellschaftlichen Eliten, insbesondere der Intelligenz der ehemaligen DDR.“⁵⁷

Die Besetzung der Positionen im Osten geschah quasi leninistisch. Man besetzte zunächst die Kommandohöhen und machte von da aus den Rest. Exemplarisch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereiche an den Universitäten: Da gab es die „Strukturkommission“, die die beabsichtigten Lehr- und Forschungsprofile definierte (und ausdrücklich nicht von besonderen, vorhandenen Kapazitäten ausging), den obrigkeitlich eingesetzten „Gründungsdekan“, der das ganze zu exekutieren hatte, dann einerseits die „Berufungskommission“, die das neue Personal auf die Stellen hievte, andererseits die „Evaluierungskommission“, die dem vorgefundenen Ostpersonal seine wissenschaftliche Minderwertigkeit oder Staatsnähe zu bescheinigen hatte. Nachdem die Westdominanz gesichert war, vergossen einige der Führungskader des westdeutschen Wissenschaftsmanagements ein paar Krokodilstränen für die Medien, man habe nicht gewusst, dass es so viele gute ostdeutsche Wissenschaftler gegeben habe.

In den Ministerien ist man rigoroser. Da wird, wie kürzlich in Brandenburg, erklärt, man fände nicht genug gute Leute im Osten für die offenen Stellen höheren Kalibers. Leninistisch ganz einfach zu erklären: Die Kader entscheiden alles, vor allem die, die über den Kadereinsatz entscheiden. Als Helmut Holter in Mecklenburg-Vorpommern sein Ministerium übernahm, konnte er den Pressesprecher und den Kraftfahrer mitbringen. Der Rest des Personals war gesetzt. Dafür gibt es ja das deutsche Beamtenrecht.

Bei den Elitestudie-Autoren wurde gegen die Kolonialisierungsthese von Dümcke und Vilmar polemisiert und gemeint, dass insgesamt ehemalige DDR-Bürger unter der „Positionselite“ Deutschlands mit 12 Prozent, angesichts fast 20 Prozent Bevölkerungsanteil, zwar unterrepräsentiert, von den Elitepositionen in Ostdeutschland aber 60 Prozent in ostdeutscher Hand seien. „Allein in den Bereichen Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Militär bilden sie auch in den neuen Bundesländern eine solche Minderheit, dass von einer ‚Kolonialisierung‘ gesprochen werden kann.“⁵⁸ Die Rolle gerade dieser Bereiche in den realen Machtstrukturen einer Gesellschaft soll hier nicht weiter thematisiert, sondern sie lediglich erwähnt werden. Gegen die Kolonialisierungsthese wird insbesondere auf die Bereiche Politik und Massenmedien verwiesen. Dem entgegnet Vilmar: „Nicht die Minister als (partei-)politische Repräsentanten, aber die eigentlichen politischen Macher in den neuen Ländern, die Staatssekretäre, kamen noch 1994, mit einer einzigen Ausnahme, aus dem Westen. Sämtliche Intendanten der Funkmedien und sämtliche Chefredakteure der 15 großen (Abonnements-)Bezirkszeitungen sind

56 Vgl. Wilhelm Bürklin, Hilke Rebenstorf u.a.: *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen 1997, S. 67.

57 Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hrsg.): *Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*, Münster 1996, S. 17.

58 Bürklin, Rebenstorf (Anm. 56), S. 201.

Westdeutsche, und diese gehören sämtlich 11 westdeutschen, überwiegend konservativen Medienkonzernen.“⁵⁹

Für die ostdeutsche Bevölkerung hatte die Kolonialisierung zur Folge, dass sie sich „aufgrund der totalen Westdominanz in einem enormen Anpassungsdruck (befindet), der es nicht möglich macht, sich mit der eigenen – wie auch immer problematischen – Vergangenheit auseinanderzusetzen“. Die unzweifelhaft vorhandenen „Bemühungen um die Demokratisierung Ostdeutschlands werden durch den gleichzeitig sich vollziehenden Kolonialisierungsprozess aufs schwerste diskreditiert – sie werden unglaubwürdig“. Insofern gleiche die Kolonialisierung der DDR „in den Ergebnissen bedrückend dem Muster der klassischen Kolonialisierung, nämlich dem Ausschluss der Bevölkerung von der soziokulturellen Selbstbestimmung sowie ihrer Degradierung zu Menschen zweiter Klasse. Und diese zunehmend empfundene Behandlung erzeugt bei sehr vielen eine Verweigerungshaltung. Der Demokratisierungsprozess wird als bloße Verschleierung einer gigantischen Vereinnahmung abgewertet, die Demokratie erscheint wiederum als unglaubwürdig, als bloßer Schein.“⁶⁰

Die Ostdeutschen haben, spätestens mit ihrem Wahlverhalten 1998, als sie wesentlich zur Abwahl der Kohl-Regierung beitrugen (von den 13 Überhangmandaten im derzeitigen Bundestag, die alle der SPD zufielen, kamen 12 aus dem Osten), bewiesen, dass sie die Möglichkeiten der Demokratie durchaus zu nutzen wissen. Föderalismus, repräsentative Demokratie, auch marktwirtschaftliche Austauschbeziehungen bieten, und zwar unabhängig von den Intentionen der Herrschenden bei ihrer Einführung, Entfaltungsmöglichkeiten, die dem Eigensinn der Akteure, auch der „kleinen Leute“ Raum bieten.⁶¹

Eine Folge aber ist wohl von Dauer: Die ostdeutsche Gesellschaft hat keine eigene Öffentlichkeit, in der sie ihre Probleme artikulieren und in politische Willensbildung umsetzen könnte. Die in den 90er Jahren zunächst regierenden Konservativen haben absichtsvoll verhindert, dass der Herbst 89 dauerhaft zu einer politischen Öffentlichkeit führt. Es kam nicht – ich folge hier der Analyse von Rainer Land – „zu einer *politischen* Reflexion der eigenen Lage, der eigenen Interessen und möglicher Gestaltungsoptionen“. So gilt bis heute: „Die ostdeutsche Teilgesellschaft besteht aus Mentalitätsgemeinschaften ohne politische Selbstreflexion und ohne politischen Willen.“⁶²

Die politische Gesellschaft im Osten Deutschlands ruht auf inzwischen gesetzten wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Gegebenheiten auf, ihr Kommunizieren erfolgt aber in eigenen Codes, unter eigenen, spezifischen Voraussetzungen. Die meisten der Westler, die im Osten auf die einträglichen Posten kamen, waren zunächst Kriegsgewinnler nach dem Scheitern des Kommunismus. Etliche blieben mental, inhaltlich und strukturell auf den Westen bezogen und wollen keine der Funktionen im Osten wirklich wahrnehmen, die den sogenannten „Eliten“ gemeinhin zugeschrieben werden. Sie sind meist wieder gegangen oder tun es noch. Die anderen müssen sich auf die Situation im Osten einstellen, werden sozusagen kulturell assimiliert – ein Vorgang, der, um beim Begriff zu bleiben, in anderen Kolonialisierungsprozessen stets auch zu beobachten war. Zugleich haben etliche Ostmenschen, ob aus der frü-

59 Vilmar (Anm. 42), S. 16.

60 Dümcke, Vilmar (Anm. 57), S. 17, 19-20.

61 Darauf hatte Michael Brie schon Mitte der 1990er Jahre verwiesen. Die Polemik dazu siehe ebenda, S. 19.

62 Rainer Land: Der Herbst 1989 und die Modernisierung der Moderne. In: Misselwitz, Werlich (Anm. 10), S. 164.

heren Opposition, aus der „Dienstklasse“ der DDR oder „normale Werktätige“, zunächst das gleiche getan, wie früher: unter den gesetzten Bedingungen sich scheinbar konform zu verhalten, um sie dann eigeninitiativ und im eigenen Interesse zu modeln.

Insofern korrespondiert die strukturelle Stärkung der PDS im Osten mit dem Scheitern der ursprünglichen Gestaltungsabsichten der bürgerlichen Regierung. Sie steht zugleich in einem Spannungsverhältnis dazu, dass – angesichts der oben beschriebenen Situation der „ursprünglichen politischen Akkumulation“ nach dem Systemwechsel – die anderen Parteien, insbesondere die „großen Volksparteien“, zunächst – wie von Journalisten formuliert – als „westdeutsche Hohlkörper“ erschienen. Die PDS wurde von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung als jene politische Kraft wahrgenommen, die dem wachsenden Unwillen über den Gang der Dinge im Osten, über die leeren Versprechungen von den „blühenden Landschaften“ Ausdruck gibt. Zugleich hat die PDS selbst das Personal bereitgestellt, das den Lernprozess unter den neuen Bedingungen widerspiegelte und zugleich verkörperte, das nicht als „Besserwisser“ kam, sondern als lernender Beteiligter.

Die Ostdeutschen sind skeptischer in der Bewertung der politischen Entscheidungsträger und der politischen Institutionen als Westdeutsche: 65 Prozent der Westdeutschen, aber nur 45 Prozent der Ostdeutschen sehen „die Demokratie, wie sie sich gerade präsentiert, als besonders zufriedenstellend an“⁶³. Die soziokulturellen Befunde bei Pollack und Pickel stützen die oben dargestellten Feststellungen. Verknüpft mit einer Untersuchung der Wahlergebnisse zum Bundestag 1998 kommen sie zu dem Schluss, dass die PDS jene Partei ist, „die die Sorgen der Ostdeutschen abbildet“. Danach geben 75 Prozent der PDS-Wähler an, „die PDS genau aus dem Grund der Repräsentanz der Ostdeutschen zu wählen“⁶⁴.

Nachdem das Parteiensystem in Ostdeutschland seine derzeitige Gestalt angenommen hat, kann von drei „Volksparteien“ im Osten ausgegangen werden; SPD, CDU und PDS agieren auf im Grunde gleicher Augenhöhe. Kann von ablehnenden Beobachtern noch moniert werden, dass die Krisen des Transformationsprozesses dies bewirkt hätten, so bleibt nach der „ursprünglichen politischen Akkumulation“ zu konstatieren, dass die Perspektive dieses Platzes nicht von den Anfeindungen der politischen Gegner oder Mitbewerber der PDS abhängt, sondern von der praktischen und symbolischen Erneuerung der Bindungen zwischen dem politischen Personal der PDS einerseits und ihren Anhängern und Wählern andererseits. Hier aber spielen eine dezidiert antikapitalistische, „linke“ programmatische Position sowie die Stellung der PDS dazu, wie die DDR als Staat und Gesellschaft im Rückblick zu bewerten sei, nur bedingt eine Rolle. Schwerer wiegt das politische Wirken der PDS-Bürgermeister bzw. ihrer Minister in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Die Perspektive der PDS als Volkspartei im Osten entscheidet sich an ihrer Kompetenz zur Lösung der Probleme Ostdeutschlands.

63 Detlef Pollack, Gert Pickel: Soziokultureller Wandel in Ostdeutschland – Kommunikative Missverständnisse zwischen Ost- und Westdeutschen (http://viadrina.eu-frankfurt-o.de/~vgkulsoz/soziokultureller_wandel.htm).

64 Detlef Pollack, Gert Pickel: Projekt: Soziokultureller Wandel in Ostdeutschland (http://viadrina.eu-frankfurt-o.de/~vgkulsoz/soziokultureller_wandel_in_ostde.htm).

Die Bedingungen im Westen

Von der Position der SPD im Frühjahr 1990 wird in der im Auftrage Helmut Kohls gefertigten Aktenedition zur deutschen Vereinigung berichtet, sie habe eine Grundgesetzänderung gewollt, einen Volksentscheid über diese und über die deutsche Vereinigung sowie eine Mitwirkung des Bundesrates am Prozess der deutschen Vereinigung. Dies alles aber hätte sie nur gefordert, so die Unterstellung, um „ihre Chancen auf den Regierungswechsel (zu) verbessern“. Das sei für Kohl ein Grund mehr gewesen, „auf das Verhandlungstempo zu drücken“⁶⁵. Abgesehen von dem Eingeständnis, dass eben nicht etwa sowjetische Imponderabilien, sondern der bundesdeutsche Wahlkampf der eigentliche Fluchtpunkt der Kohlschen Tempoerhöhung im Jahre 1990 war, ist so doch vor allem eines klar: Die bürgerliche Regierung wollte selbst und allein über die Gestaltung der deutschen Einheit verfügen, und das Volk, den großen Lämmel, nicht dreinreden lassen, vor allem das westdeutsche Volk nicht.

In der in gleichem Geiste gefertigten, das bürgerliche Heldenleben der Nachwelt nahebringen wollenden vierbändigen „Geschichte der deutschen Einheit“ stellte Karl-Rudolf Korte zur deutschlandpolitischen Situation bis zum Sommer 1989 fest, das Regierungshandeln Kohls habe „normativ und operativ in der Kontinuität der bisherigen Politik“ gestanden. Als jedoch Anfang November 1989 die Massenproteste in der DDR ihren Höhepunkt erreicht und die Massenausreise aus der DDR eine internationale Dimension angenommen hatten, „entschied sich Kohl nach telefonischer Rückversicherung mit Gorbatschow und Bush für eine qualitative Änderung seiner bisherigen Deutschlandpolitik. Er mischte sich offen in die inneren Angelegenheiten der DDR ein und forderte sichtbare politische Reformen. Er setzte dazu die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik ein, um die DDR zu verändern: Umfassende finanzielle Hilfe koppelte er an das Ende des Machtmonopols der SED.“⁶⁶

Da die DDR bereits in Änderung begriffen war, konnte dies nur bedeuten, den Veränderungsprozess von Westdeutschland aus unter Kontrolle bekommen zu wollen. Was unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit ostdeutscher Entwicklung aus heutiger Perspektive als kontraproduktiv erscheint: die Deindustrialisierung, die Übertragung des Produktiveigentums an westdeutsche Eigner, die Unterstellung der ostdeutschen Bevölkerung unter eine von außen aufgenötigte Kolonialverwaltung, erweist sich herrschaftssoziologisch als schlüssig. Die Ostdeutschen sollten gehindert werden, eigene, neue Wege von Demokratie, Selbstbestimmung und Wirtschaftsordnung zu versuchen. Die DDR des Stalinismus hatte den Wettkampf der Systeme in Deutschland schon am 17. Juni 1953, spätestens am 13. August 1961 verloren; insofern konnte dies nur heißen, dass ein alternatives Modell der Demokratie, das aus der Revolution des Herbstes 1989 hervorzugehen „drohte“, verhindert werden sollte. In diesem Sinne lautet die Interpretation des Ausgangs der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 denn auch, es sei ein deutliches Votum „für den raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und einen vollständigen Übergang zur westlichen Demokratie wie zur sozialen Marktwirtschaft nach Bonner Modell“⁶⁷ gewesen. Wohlgemerkt: er hat nicht Demokratie und Marktwirtschaft, sondern das „Bonner Modell“ bedeutet. Und zwar in seiner real existierenden, damaligen Gestalt, die

65 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 133.

66 Geschichte der deutschen Einheit, Band 1: Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982 – 1989, Stuttgart 1998, S. 475f.

67 Geschichte der deutschen Einheit, Band 3: Wolfgang Jäger in Zusammenarbeit mit Michael Walter: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998, S. 524.

ihrerseits von großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung als reformbedürftig angesehen wurde. Es ging nicht um „Deutsche Einheit“ oder nicht, sondern darum, eine Vereinigung nach Artikel 146 des Grundgesetzes zu verhindern, der eine breite gesamtdeutsche Demokratie- und Reformdebatte bedeutet hätte. Deshalb findet in den bürgerlichen Sonntagsreden der Herbst 1989 nur bezogen auf den Kollaps „des SED-Staates“ Würdigung, nicht aber als ein demokratischer Impuls – wie umgekehrt heute, zwölf Jahre später, auch der westdeutsche Impuls von 1968 nachträglich abgetrieben werden soll.

Der tatsächliche Prozess der deutschen Vereinigung war geprägt von der „Kommunistenfurcht“ des deutschen Bürgertums. Mit der deutschen Einheit ist ihm ein „Sieg“ in den Schoß gefallen, den es nicht selbst errungen hatte – den Sturz der SED-Herrschaft hatte ja die DDR-Bevölkerung bewerkstelligt, bevor sie sich mehrheitlich für die deutsche Einheit entschied. So scheint im bürgerlichen Lager in Deutschland ein diffuses Grundmisstrauen in die gegenwärtige Situation zu walten, das auch in einer möglichst weitgehenden Denunziation all dessen, was mit DDR zu tun hatte, seinen Ausdruck findet. Erklärbar scheint dies wohl nur, wenn man unterstellt, dass es nicht um die real existiert gewesene DDR geht, sondern um die Denunziation der Idee von einer grundsätzlich anderen Gesellschaft, um die präventive Verunmöglichung jedweden sozialistischen Strebens.

Die Verteufelung des historischen Phänomens „DDR“ als Sozialpathologie des vereinigten Deutschlands wird allerdings erklärlich, wenn man sich die Geschichte des bürgerlichen Lagers in Deutschland genauer anschaut. Die Niederlage der Revolution von 1848 hatte einerseits seine Botmäßigkeit unter Fürstenhäuser und Adel erhärtet, andererseits neue Ängste vor aufmüppigen Handwerksburschen und anderem „Pöbel“ geweckt. Der Schatten der französischen Revolution von 1789 lag über dem ganzen 19. Jahrhundert. Nichts fürchtete der Bürger 1848 mehr als neuerliche „Unordnung“. So wird der Bürger, wie Furet betont, „aus Angst zum Traditionalisten“. „Zwar hat er die Menschenrechte aus der Taufe gehoben, doch heute macht ihm die Freiheit und noch mehr die Gleichheit angst. Er war der Vater der Demokratie, in der jeder Mensch allen anderen gleichgestellt und durch das soziale Gefüge mit ihnen verbunden ist ... Doch die Demokratie hat die Instabilität ihrer Regierungen und die Bedrohung durch die Masse, das heißt die Armen, offenkundig gemacht. Nun verunsichern die Prinzipien von 1789, die dem Bürger einst seinen aufsehenerregenden Eintritt in die Weltgeschichte ermöglichten, diesen mehr denn je.“⁶⁸ So unterwirft es sich gern dem königlich-preußischen Revolutionär Bismarck, der sein Programm 1866 auf den berühmten Satz gebracht hatte: „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.“⁶⁹

Die Verwirklichung des ursprünglich bürgerlich-demokratischen Programms der deutschen Einheit durch Bismarck 1871 brachte die Subordination des Bürgertums unter den junkerlich-preußischen Staat mit sich. Das Deutsche Reich in seinem inneren Zustand aber war, wie Haffner bemerkte, mit „einer schief zugeknöpften Weste“ zu vergleichen: „Der Staat stand unter falschem Management. Die wirtschaftlich absinkenden, langsam parasitär werdenden preußischen Junker, die nicht wussten, wie ihnen geschah, hatten plötzlich einen modernen Industriestaat zu führen. Das kapitalistische Bürgertum, seit 1849 an Verantwortungslosigkeit gewöhnt und durch Verantwortungslosigkeit verwöhnt, suchte draußen die Macht, die ihm drinnen verwehrt war, und drängte auf außenpolitische Abenteuer. Und die sozialdemokrati-

68 Francois Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 25/26.

69 Zitiert nach: Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985, S. 617.

schen Arbeiter, objektiv die stärkste Reserve der Nation, die willigen Erben der Verantwortung, auf die das Bürgertum verzichtet hatte, waren ‚Reichsfeinde‘.⁷⁰ Diese Unterwerfung hielt bis zur militärischen Niederlage Deutschlands, Resultat jener außenpolitischen Abenteuer, im Jahre 1918 an. Es folgten die sozialdemokratische Revolution im November 1918⁷¹ und die Weimarer Reichsverfassung, die recht eigentlich Folge der Revolution war. Ein Dutzend Jahre später fanden sich weder im Bürgertum noch in der Arbeiterschaft genügend Kräfte, die bereit waren, die junge Demokratie zu verteidigen. Das Hitlerregime stellte gleichsam den Status quo ante wieder her, den der Verantwortungslosigkeit für das Bürgertum, verkoppelt mit dem Drang zu außenpolitischen Abenteuern, und es hatte gegenüber dem Bismarck-Reich den zusätzlichen „Vorzug“, dass die eigenständigen Organisationen der Arbeiterschaft, deren Potenz in Schicksalstagen der Nation im November 1918 zu besichtigen gewesen, zerschlagen waren. Das Resultat war der 8. Mai 1945.

Die Bundesrepublik Deutschland (alt) war – ganz anders, als in DDR-Geschichtsdarstellungen immer behauptet – etwas Neues in der deutschen Geschichte. Zunächst unter dem Gesichtswinkel, welche sozialen und politischen Kräfte sie trugen. Teile des Bürgertums, die sich auf parlamentarisch-demokratische Traditionen Deutschlands beriefen, und die mehrheitssozialdemokratisch geprägte Arbeiterschaft trugen diese Verhältnisse sozial; Kräfte, die ursprünglich vom Zentrums-Lager kamen, sowie die Sozialdemokratie trugen sie politisch. Beide waren einst die „Reichsfeinde“ Bismarcks; beide hatten, abgesehen von kurzen Perioden während der Weimarer Republik, Deutschland nie regiert. Die Besatzungsmächte waren mit der Absicht angetreten, Vorkehrungen zu treffen, dass die Deutschen nicht noch einmal die Welt in einen Krieg zu stürzen vermögen. Nach empirischen Daten aus der britischen Zone ergaben Umfragen bis 1949, dass eine deutliche Mehrheit der Meinung war, der Nationalsozialismus sei ‚eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt wurde‘⁷² – das bedeutet: die Einführung der Demokratie im Westen war für deutsche Verhältnisse eine ebenso neue Sache, wie die des „Sozialismus“ im Osten. Die Akzeptanz der Demokratie durch die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik erfolgte dann Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre, mit dem ökonomischen Erfolg des „Wirtschaftswunders“⁷³. So wurde die Bundesrepublik politisch etwas anderes als das vorherige Deutschland, geprägt von einem Grundkonsens hinsichtlich der demokratischen Ordnung, der liberalen Freiheitsrechte und einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialordnung.

Die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik mit ihrem westlichen Schwergewicht und ihrer westlichen Verankerung war Grundlage für ihre Attraktivität im Jahre 1990, die die Mehrheit der DDR-Bürger die rasche Vereinigung wählen ließ. Umgekehrt haben die Bürger der Bundesrepublik die Einheit nicht nur nicht gewählt, Kohl hatte ihnen auch versprochen, es würde sie nichts kosten. Insofern ist das Ostthema für politisches Agieren im Westen eher kontraproduktiv.

Hinzu kommt, dass die beiden „Volksparteien“ dort, SPD und CDU/CSU, soziostrukturell, politisch und institutionell bisher fest verankert waren. Neben ihnen konnte es nur „Kleinparteien“ geben. Wenn es aber stimmt, dass diese gleichsam Ausdruck neuer Problemlagen sind,

70 Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin 1993, S.7/8.

71 Ich folge hier Haffners Argumentation.

72 Vgl. Erwin K. Scheuch: Zeitenwende. In: BISS public, Heft 6/1992, S.69/70.

73 Vgl. ebenda, S.77.

ergibt sich, auch in Deutschland – jenseits von Kommunismus und Antikommunismus – neue Antworten auf die neuen Fragen zu geben. Auch im Westen sind seither einige der alten Gewissheiten in Bewegung geraten. Unter dem Druck der Globalisierungsargumente der in- und ausländischen Großunternehmen droht eine Demontage der Sozialstaatlichkeit, des „rheinischen Kapitalismus“, die den Nachkriegskompromiss zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft aufzukündigen tendiert. Die bürgerliche Regierung scheiterte auch in Westdeutschland 1998 an ihrer Reformunfähigkeit. Die anhaltende inhaltliche und personelle Krise der CDU hat jetzt das Projekt der neuen FDP-Führung zur Folge gehabt, mit den „Volksparteien“ auf gleicher Augenhöhe agieren zu wollen, was in der Sache meint, sich selbst zu einer größeren Partei im bürgerlichen Lager zu machen und mit der CDU hier um die Meinungsführerschaft zu konkurrieren. Westerwelle und Möllemann wissen genau, dass keine Partei auf den Platz einer Großpartei auf Dauer abonniert ist und ihn mangels Substanz auch einbüßen kann, wenn ihr politisches Personal die Erneuerung des Bündnisses mit ihren Wählerschaften nicht zu leisten vermag. Geht diese Rechnung auf, gerät das Parteiengefüge im Westen insgesamt in Bewegung, vielleicht auch nicht nur dort. Entscheidend aus der Sicht der Linken aber ist, welche neuen Antworten sie zu geben vermag. Die SPD muss sich an ihrem Regierungshandeln messen lassen. Die Perspektive der PDS als gesamtdeutsche linkssozialistische Partei ergibt sich so daraus, inwiefern sie angesichts der gewachsenen sozialen Polarisierung auch im Westen Deutschlands, der neuen sozialen Probleme dort und entgegen den neoliberalen Angriffen politische Konzepte zu entwickeln vermag, die Alternativen zum Seienden verkörpern, die Gesellschaft unter der Perspektive selbstbestimmten Lebens des einzelnen und also von unten denken sowie die real regierende SPD von links kritisieren. Linkssozialistische Programmatik ist hier konstitutiv.

Exkurs 2: Unter der Voraussetzung sozialdemokratischen Regierens

Die Wahlen 1998 brachten bekanntlich – rechnet man die Stimmen für SPD, Grüne und PDS zusammen – erstmals, seit es allgemeine Wahlen in Deutschland gibt, eine „linke“ Mehrheit; vorher hatten die bürgerlichen bzw. rechten Parteien immer eine Mehrheit der Stimmen.

Geht man von dem „Lager“-Konzept Rohes aus⁷⁴, so war das „sozialistische Lager“ vor dem ersten Weltkrieg die Sozialdemokratie Bebels. Sie wuchs von 3,2 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der ersten Reichstagswahl 1871 auf 34,7 Prozent im Jahre 1912.⁷⁵ Damit war sie wählerstärkste Partei, aber erreichte eben nur etwa ein Drittel des Elektorats – auch deshalb Bernsteins damalige Überlegungen zur „Volkspartei“. Seit dem ersten Weltkrieg besteht das „sozialistische Lager“ stets aus mehreren Parteien. SPD und USPD erhielten bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919, unmittelbar nach der Novemberrevolution, zusammen auch nur 45,5 Prozent, was angesichts der Verbrechen der Kaiserherrschaft und der Katastrophe des Weltkrieges auf ein erstaunliches Beharrungsvermögen der damaligen konservativ-monarchistischen bzw. nationalen und der bürgerlichen Kräfte hinweist. Bei den verschiedenen Reichstagswahlen zwischen 1920 und 1932 lagen die Wahlergebnisse von SPD, USPD und KPD zusammen zwischen 41,7 Prozent (1920) und 33,9 Prozent (1924). Im November

74 Siehe Anm. 11.

75 Vgl. Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 – 1914. Ein Handbuch, Berlin 1976, S. 526.

1932 hatten SPD und KPD zusammen 37,3 Prozent der Wähler hinter sich, im März 1933 trotz Nazi-Terrors noch 30,6 Prozent.⁷⁶

Bei den ersten Wahlen zum deutschen Bundestag 1949 erhielten SPD und KPD zusammen, trotz Kalten Krieges und Stalinisierung der SED im Osten, immerhin 34,9 Prozent. Die Linken standen – was den Wählereinfluss anbetrifft – etwa dort, wo sie vor dem ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik gestanden hatten. Die SPD erhielt auf dem Höhepunkt ihres Einflusses in der alten Bundesrepublik, bei der „Willy“-Wahl 1972 auch nur 45,8 Prozent, blieb also in einer strukturellen Minderheitsposition und hing hinsichtlich ihrer Regierungsfähigkeit vom Wohlwollen der bürgerlichen FDP ab, die dieses dann auch 1982 vorzeitig aufkündigte. Unter der Voraussetzung, dass man die Partei „Die Grünen“ als eine linke Partei ansieht, lagen die Wahlergebnisse beider zusammen vor der deutschen Vereinigung stets unter jener Marke von 1972. Bei der Vereinigungswahl 1990 hatte Kohl die „Linken“ mit der nationalen Duftmarke auf 40,9 Prozent gedrängt, hier schon SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und PDS zusammengerechnet. Mit der Krise des Einigungsprozesses im Osten und dem Reformstau im Westen stieg deren Anteil auf 48,1 Prozent 1994 und 52,7 Prozent im Jahre 1998.⁷⁷

Dies bedeutet zunächst: Deutschland hatte traditionell eine eher konservative strukturelle Mehrheit; nach dem zweiten Weltkrieg waren die konservativen Parteien CDU und CSU deren politischer Ausdruck. Die Frage für die politische bzw. politikwissenschaftliche Analyse aber ist, inwiefern es sich hier nicht eher um eine „konservative“ Grundstimmung oder -strömung handelt: Die Menschen wollen Veränderung nur in dem Maße, wie sie selbst den Eindruck haben, sie würde ihnen gut tun; eine solche Grundströmung aber wäre zunächst nicht bei einer bestimmten politischen Partei oder Gruppierung zu verorten. Im Grunde liegt dem Erringen des Platzes einer Volkspartei im Osten durch die PDS genau eine solche zugrunde: Die Menschen hatten die Zumutungen des oktroyierten „Transformationsprozesses“ satt.

Die Interpretation des Wahlergebnisses von 1998 muss zunächst unter zwei Voraussetzungen erfolgen: Viele waren des Kohls überdrüssig, und Gerhard Schröder hatte die SPD zur „Mitte“ erklärt. Worauf aber kann die SPD 2002 oder im Hinblick auf 2006 rechnen?

Zunächst wirken die tief verwurzelten antisozialistischen Ressentiments in den sich bürgerlich selbstdefinierenden Kreisen in Deutschland fort, und sie haben nicht nur die antikommunistische Richtung gegen die PDS, sondern stets auch eine gegen „die Sozen“ – und zwar unabhängig davon, was diese tatsächlich tun. Trotz des recht bescheidenen Neu-Personals an der CDU-Spitze, und bisher sind ihr in der Opposition ja nur populistische Haider-Attacken gegen Inder, Ölscheichs und Ökosteuer eingefallen, wird mit einer beachtlichen Mobilisierungsfähigkeit des bürgerlichen Lagers gerechnet. Hinzu kommt eine möglicherweise qualitativ veränderte Attraktionsfähigkeit der neuen FDP. Wenn gleichzeitig viele bisherige oder potentielle SPD-Wähler zu Hause bleiben, gewinnen die Bürgerlichen die Wahlen, auch wenn sie kein ernsthaftes Programm vorzuweisen haben. Das kann dann passieren, wenn die SPD in ihren Hochburgen an die „Partei der Nichtwähler“ verliert, weil Links-Gestimmte, Arbeiter

76 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918 – 1933, Bonn 1988, S. 630f.

77 Vgl. Uwe Andersen, Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, S. 688; <http://www.statistik-bund.de/wahlen/ergeb1.htm>.

und Arbeitslose sich von „ihrer“ Partei vernachlässigt fühlen. Das etwa war Clements Problem bei den jüngsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig hat die SPD jedoch einen beträchtlichen strukturellen Vorteil. Während die CDU in der gegenwärtigen Konstellation nur zwei Koalitionsoptionen hat, verfügt die SPD praktisch über vier: Mit allen anderen Bundestagsparteien hat sie auf Länderebene Regierungsbündnisse. Im Osten hat sich das Dreiparteiengefüge herausgebildet; hier ist die PDS Volkspartei und ein wesentlicher Faktor des politischen Kräfteverhältnisses. Wenn dann die CDU-Großväter in Sachsen und Thüringen nicht mehr zur Verfügung stehen und Wahlen dort nicht mehr mit Vaterkomplexen entschieden werden, gibt es in allen ostdeutschen Ländern eine strukturelle Mehrheit für „Rot-Rot“, die nach den Erfahrungen von Mecklenburg-Vorpommern auch in Regierungsbildung umgesetzt werden kann. In Berlin ist die Schrift an der Wand: Doppelrot-Grün, weshalb einige Herren der Zehlendorfer CDU bereits jetzt das christliche Abendland untergehen sehen. Die CDU wäre dann langfristig auch in Berlin auf die Oppositionsrolle abonniert. Das hätte für den Kanzler zudem den Charme, dass er im Feilschen mit dem Bundesrat nicht mehr mit der CDU zu verhandeln gezwungen ist, sondern gesondert mit seinen sonstigen Koalitionspartnern Abreden treffen kann, was er bei der Steuerreform ja schon vorexerziert hat.

Die PDS ihrerseits hat mit dem Cottbuser Parteitag ihre Reformoption bekräftigt. Sie ist über den Personalwechsel an der Spitze hinweg verstetigt. Wer PDS wählt, kann deshalb damit rechnen, dass mit seinem Votum auch mitregiert wird. Ist die Partei darauf schon genügend vorbereitet? Auf dem Parteitag wurde gesagt, die PDS sei nicht um jeden Preis zu haben. Hat sie aber wirklich die Option, „Nein“ zu sagen, wenn zahlenmäßig Rot-Rot geht und die SPD die Verbindung anbietet? Die Probe aufs Exempel findet allerdings dann statt, wenn im Gefüge Rot-Rot die PDS den stärkeren Part spielt – was auf den Oppositionsbänken im Süden der alten DDR ja schon der Fall ist. Dann könnte sie den Ministerpräsidenten stellen. Das müssten dann sowohl der Koalitionspartner als auch die Mitgliedschaft schlucken.

Die veränderte Situation enthält auch für die PDS einen strukturellen Vorteil: Die SPD ist nur „Mitte“, wenn links von ihr noch etwas ist; verschwände dies, wäre sie wieder „links“, was bedeutet, dass die Symmetrieachse des politischen Systems jeweils woanders ist. Zugleich bedeutet dies jedoch, dass die SPD – mit dem Schröder-Kurs – nicht mehr einfach als Teil einer „Linken“ in Deutschland einzuordnen ist. Allerdings sind die Schnittmengen der Programmatik und Politik zwischen dem linken Flügel der SPD und dem Reformflügel der PDS durchaus weiter vorhanden. Das Festhalten der Grundwertekommission der SPD am Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ macht dies deutlich. Das politische Dilemma in Bezug auf die Regierungstätigkeit aber heißt: „Mit der SPD gibt es derzeit keine linke Politik. Ohne SPD ist sie nicht mehrheitsfähig.“⁷⁸

Obwohl Brie hier gegen den traditionellen Anti-Sozialdemokratismus argumentiert, wie er aus der kommunistischen Bewegung stammt und in der SED fortgezeugt wurde, greift das Argument zu kurz. Wichtiger ist meines Erachtens: Es gibt – selbstredend unter der Voraussetzung der Demokratie und der regelmäßigen Wiederwahl – keine linke Politik, wenn es keine Mehrheit dafür in der Gesellschaft gibt. Insofern ist die SPD vielleicht die eigentliche Volkspartei in Deutschland, die die verschiedenen Strömungen in der Gesellschaft aufnimmt und pragma-

78 André Brie: Rezension zu dem Buch von Christian von Dithfurth: SPD – eine Partei gibt sich auf. In: Neues Deutschland vom 12. April 2001, S. 14.

tisch in Sachpolitik umzusetzen versucht, Sachpolitik, die von einem idealtypischen Bild der unteren Mittelschichten, vielleicht auch Unterschichten ausgeht und diese nicht schlechter zu stellen bestrebt ist, ohne „der Wirtschaft“ zu nahe zu treten. Die Brandt-Regierung stand beständig unter dem Druck des bürgerlichen Lagers; seine SPD war im damaligen politischen Gefüge die parlamentarische „Linke“. Wenn heute der Druck von links auf die mittige SPD ähnlich stark wird wie der von rechts, dann entstehen auch Chancen für linke Elemente in der realisierten Politik.

Lob der Unvollkommenheit

Als linkssozialistische Partei will die PDS als „regionale Reformkraft“ im Osten nicht nur mitregieren, um die gegebenen Verhältnisse zu verwalten, sondern auch gestalten. Dies kann sie auf Länderebene nur, wenn im Bund die Voraussetzungen dafür bestehen. Deren Gestaltung hängt von dem bundespolitischen Einfluss ab, den sie hat, und der ist nicht notwendig regierungsgebunden.

Das Spannungsfeld, ostdeutsche Volkspartei und zugleich gesamtdeutsche linkssozialistische Reformpartei zu sein, stellt sich auch als eine Frage nach der Gemengelage der Bruchlinien dar. Als gesamtdeutsche linkssozialistische Partei muss sie sich an der Konfliktlinie Kapital – Arbeit beispielsweise auf der Seite der Arbeit anlagern, und will hier „links“ von der SPD sein, was immer dies bedeutet. Zugleich muss sie die „postmoderne“ Thematik aufgreifen, schon wegen der kulturellen Disposition der Zielgruppen im Westen. Als ostdeutsche Volkspartei muss sie eine breiter angelegte Interessenvertretung an der Linie Kapital – Arbeit deutlich machen, etwa in Gestalt von Unternehmer-Arbeitskreisen in den ostdeutschen Ländern, was für den Alt- und Junglinken im Westen eine unmögliche Vorstellung ist. In Fragen des Umweltschutzes muss sie ebenfalls einen eher mittigen Standpunkt einnehmen, Stichwort: Braunkohle in der Lausitz; während sie in praktischen Fragen von ‚Ruhe, Ordnung und Disziplin‘ im Osten oftmals eher Positionen einzunehmen genötigt ist, die in Bayern von der CSU und in NRW von einer eher konservativen Sozialdemokratie eingenommen werden.

Dieses Spannungsverhältnis ist nur aufzulösen, wenn es einen konzeptionell-programmatischen Rahmen für Reformprojekte auf den verschiedenen konkreten Politikfeldern gibt, die mit einem – mehr oder weniger – konsistenten Gesellschaftskonzept zu tun haben. Die Illusionen des westlichen linksliberalen Milieus lassen viel Raum für realistische Zustandsbeschreibungen, aus denen politische Konzepte und Vorschläge abgeleitet werden können. Und der neoliberale Angriff auf die Einkommen der Arbeitenden, die sozialen Netze und die Demokratie macht solche dringlich. Wenn es durchgerechnete Konzepte zu einer alternativen Rentenpolitik gibt, bei denen das Solidarprinzip erhalten bleibt, muss man diese mit Nachdruck öffentlich verbreiten. Wenn es eigene Konzepte zur Besserung der Lage in Ostdeutschland oder zur EU-Erweiterung gibt, müssen diese bekannt werden. Das wäre vordringlicher Auftrag für die politisch Tätigen der Partei. Dass die Medien den anderen gehören, gilt auch für die SPD.

Allerdings bleibt anzumerken, dass es eine einheitliche theoretische Grundlegung einer einheitlichen Politik, aus den weiter oben ausgeführten Gründen, nicht geben kann. Ziel sollte daher sein, konsistente, aus dem Wertehaushalt der Partei, ihrem Freiheitsverständnis und ihrem Menschenbild und aus der bisherigen Gesellschaftsanalyse resultierende Begründungen für sozialistische Politik zu geben, die für die Partei, ihre Sympathisanten und Wähler schlüs-

sig sind, die im Kern von ihnen geteilt werden, ohne dass jedes einzelne Argument notwendig von allen geteilt werden muss.

Die Utopie sei tot, wurde seit 1989 getönt. Mittlerweile zeigt sich etwas anderes: Der ‚Turbo-kapitalismus‘ hat „inzwischen auch die geschichtslose Endzeitstimmung der Postmoderne weggeblasen. Die utopischen Diskurse regen sich längst wieder, die Zukunft der Arbeitswelt, die Beziehung von Arbeit und Leben, die Anrechte auf die Ressourcen der Erde wie die Aus-handlungsmodi zwischen den Gruppen und Gesellschaften jenseits der Marktkommunikation stehen wieder zur Diskussion. Vor allem aber scheint sich der Kern der neoliberalen Ideologie als untaugliche Utopie zu erweisen. Der Glaube trägt nicht, dass da jeder für sich allein verantwortlich ist. Das vollständig autonome Individuum erweist sich als Fiktion, und es beginnt die Suche nach ethischen Modellen, die die Alltagserfahrung ausdrücken, dass die Menschen einander brauchen.“⁷⁹ Vielleicht liegt die historische Aufgabe (oder Chance, je nachdem, wie man es betrachtet) einer linkssozialistischen Partei auch darin, der linke Stachel, das utopische und soziale Gewissen jenseits der großen, pragmatisch regierenden Sozialdemokratie zu sein. Dazu muss man nicht über kurzfristige Regierungsbeteiligungen spekulieren. Wenn die Substanz gemeinsamer Vorhaben für ein Regierungsprogramm für vier oder fünf Jahre ausreicht, kann man dies nach der Wahl tun, statt vorher darüber zu reden.

Es gibt kein einheitliches Subjekt linker Politik; der Traum vom „revolutionären Arbeiter“ ist ausgeträumt. Die „einheitlich und geschlossen“ handelnde „Kampfpartei“ war stets eine Schimäre, und selbst die gehörte einer längst abgestorbenen Welt an. Selbsternannten Avantgardisten, die „für“ und „anstelle“ der Mehrheit handeln wollen, weil jene angeblich nicht zum Ausdruck ihrer „objektiven Interessen“ finde, sollte politisch mit größter Vorsicht begegnet werden. Gleichzeitig müssen verschiedene Figurationen von selbstlosem, idealistischem Handeln ihren Platz in einer pluralen linken Partei haben, wenn und insofern sie dem vorangestellten Menschenbild und Wertaushalt entsprechen. Zugleich muss eine Volkspartei stets auch an die Breite ihrer Wähler- und Anhängerschaft denken, die in ruhigen Zeiten eher nicht zu „revolutionären Taten“ neigt, sondern in Ruhe ihrem Tagewerk und ihren Neigungen nachgehen will. Insofern kann ein Programm – der Partei oder für eine Wahl – immer nur Angebot sein, zum Mitdenken, Mithandeln, um als Partei gewählt zu werden, und nach Maßgabe des politischen Gewichts ggf. auch politischen Einfluss auf Regierungsebene auszuüben.

Nach dem Fiasko des Kommunismus gilt um so mehr: Es setzt sich nur soviel Sozialismus durch, als die Sozialisten durchsetzen, doch dies nur nach Maßgabe der Demokratie. Eine gute Sache, die keine Mehrheit findet, kann nicht gut durchgesetzt werden. Und dies braucht Zeit. Es gibt die Stunde der alternativen Politik, in der gehandelt werden muss, und die langen Jahre, da es nur die vielleicht besseren Wege in den eingefahrenen Bahnen gibt. Wenn es drauf ankommt, erinnern sich die Menschen ihrer Interessen. So wie es ist, bleibt es dann nicht.

79 Dietrich Mühlberg: Alltag und Utopie. Gedanken bei einem Rückblick auf die ostdeutsche Geschichte. In: Franziska Becker, Ina Merkel, Simone Tippach-Schneider (Hrsg.): Das Kollektiv bin ich. Utopie und Alltag in der DDR, Köln/Weimar 2000, S. 25.

Parteien im europäischen Mehrebenensystem¹

ANDREA VOLKENS

1. Fragestellung

Im Schneckentempo kriecht die Europäische Integration dahin – trotzdem ist der Igel oft vor dem Hasen da, denn zwei Drittel der bundesdeutschen Gesetzgebung geht heute schon direkt oder indirekt auf Beschlüsse zurück, die auf der europäischen Ebene gefallen sind. Politische Parteien können sich deswegen in vielen Politikbereichen nicht mehr darauf beschränken, ihre Positionen auf der nationalen oder der regionalen Ebene in den politischen Prozess einzubringen, sondern müssen Bündnispartner auf der europäischen Ebene suchen, um ihre Positionen durchzusetzen. Damit stellt sich die Frage, welche Einflusschancen nationale Parteien auf der europäischen Ebene haben und unter welchen Bedingungen parteipolitische Positionen in der Europäischen Union (EU) zum Tragen kommen.

Dieser Frage wird hier im Rahmen eines neoinstitutionalistischen Ansatzes² nachgegangen, bei dem institutionelle Faktoren einerseits und Politikpositionen von Parteien andererseits einbezogen werden. Die Einflusschance einer Partei wird dabei definiert als die Wahrscheinlichkeit, dass Rechtsakte der EU mit den politischen Positionen der Partei übereinstimmen. Im folgenden theoretischen Teil wird zunächst die institutionelle Struktur der EU dargestellt, um zu ermitteln, zu welchen europäischen Institutionen nationale Parteien Zugang haben und über welche Kompetenzen sie darin verfügen. Der Rechtsetzungsprozess der EU erfolgt einerseits in einem komplexen Zusammenspiel zwischen den Organen der EU, bei dem andererseits unterschiedliche Abstimmungsregeln und -verfahren gelten, die sich darüber hinaus nach Politikbereichen unterscheiden. Die Einflusschancen politischer Parteien sind von der Kombination all dieser institutionellen Faktoren abhängig, die zudem ständigen Veränderungen unterliegen. Die in den EU-Verträgen 1986 (Einheitliche Europäische Akte), 1992 (Maastricht-Vertrag) und 1997 (Amsterdam-Vertrag) vereinbarten institutionellen Veränderungen weisen neben der Ausweitung der Kompetenzen auf neue Politikbereiche zwei weitere Tendenzen auf: Erstens wurden Mehrheitsentscheidungen zu Lasten von einstimmigen Entscheidungen ausgedehnt und zweitens wurden die Rechte des Europäischen Parlaments (EP) maßgeblich erweitert. Einflusschancen von parteipolitischen Positionen bei Mehrheitsentscheidungen können im Rahmen des hier vorgestellten Ansatzes räumlich dargestellt und aufgrund ihrer Distanz zur Mehrheitsposition und zum Status Quo vorhergesagt werden. Die Beziehungen zwischen parteipolitischer Position, Mehrheitsposition und Status Quo werden im folgenden theoretischen Teil anhand eines Schaubildes dargestellt.

1 Ich danke den Teilnehmern der Konferenz „Die PDS – eine regionale Reformkraft?“ für die konstruktive Kritik an meinem Vortrag.

2 Zur Anwendung dieses allgemeinen, auf James G. March und James P. Olson (The New Institutionalism: Organizational Basis of Politics. In: American Political Science Review, Nr. 78, 1984, S. 734-749) zurückgehenden Ansatzes auf die EU vgl. Bart Kerremans: Do Institutions Make a Difference? Non-Institutionalism, Neo-Institutionalism, and the Logic of Common Decision-Making in the European Union. In: Governance: An International Journal of Policy and Administration, Band 9, Nr. 2, 1996, S. 217-240.

Der empirische Teil des Beitrags konzentriert sich auf die Frage nach Einflusschancen politischer Parteien im EP. Hier werden anhand von quantitativen Inhaltsanalysen nationaler Wahlprogramme programmatische Positionen der Fraktionen des EP, Mehrheitspositionen im EP und Positionen der nationalen Regierungsparteien der europäischen Mitgliedsländer mit den programmatischen Positionen der PDS verglichen. Auf dieser theoretischen und empirischen Basis sollen zusammenfassend die Chancen für die Durchsetzung programmatischer Positionen der PDS auf der europäischen Ebene ausgelotet werden.

2. Europäische Institutionen und Politikpositionen nationaler Parteien

Als Mehrebenensysteme werden allgemein ineinander verschachtelte und/oder verbundene Entscheidungssituationen bezeichnet.³ Das europäische Mehrebenensystem kann als dreigliedriges System von 1. regionaler und lokaler Ebene, 2. nationaler Ebene und 3. EU-Ebene dargestellt werden.

2.1 Akteure und ihre Kompetenzen in den Organen der Europäischen Union

Die Entscheidungskompetenzen aller Akteure der europäischen Institutionen sind auf bestimmte Politikbereiche beschränkt. Unter dem Dach der europäischen Institutionen müssen drei Säulen unterschieden werden, die Aufschluss darüber geben, welche Entscheidungen auf der europäischen Ebene in Form der sogenannten Gemeinschaftspolitik fallen. Schaubild 1 listet die Politikbereiche der drei Säulen auf.

Schaubild 1: Die drei Säulen der Europäischen Union nach dem Vertrag von Maastricht (1992)

Das Dach: Institutionen der Europäischen Union		
1. Europäische Gemeinschaften (EG, EGKS, Euratom) <ul style="list-style-type: none"> • Zollunion und Binnenmarkt • Agrarpolitik • Strukturpolitik • Handelspolitik • Wirtschafts- und Währungsunion • Unionsbürgerschaft • Bildung und Kultur • Transeuropäische Netze • Verbraucherschutz • Gesundheitswesen • Forschung und Umwelt • Sozialpolitik 	2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik <ul style="list-style-type: none"> • Friedenserhaltung • Menschenrechte • Demokratie • Hilfe für Drittstaaten • Gestützt auf die WEU: die Sicherheit der Union betreffende Fragen • Abrüstung • Wirtschaftliche Aspekte der Rüstung • Langfristig: Europäische Sicherheitsordnung 	3. Innen und Rechtspolitik <ul style="list-style-type: none"> • Asylpolitik • Außengrenzen • Einwanderungspolitik • Kampf gegen Drogenabhängigkeit • Bekämpfung des organisierten Verbrechens • Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen • Polizeiliche Zusammenarbeit
Gemeinschaftspolitik	Regierungszusammenarbeit	Regierungszusammenarbeit

Quelle: Marc Fritzler, Günther Unser: Die Europäische Union, Bonn 1998, S. 29.

Zum Bereich der Gemeinschaftspolitik zählen die drei Europäischen Gemeinschaften (die EG mit allen Vertragswerken der EU, die EGKS und Euratom). Hier ist die weitestgehende Form

3 Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, S. 592. Hier findet sich auch weiterführende Literatur zur Mehrebenen-Verflechtung.

der Integration erreicht, bei der Hoheitsrechte auf die Institutionen der Gemeinschaft übertragen werden. Auch in dieser Säule ist der Grad der Zuständigkeit allerdings abgestuft von gemeinsamer Politik, z.B. im Agrarbereich, bis hin zu gemeinsam verabredeten Maßnahmen, z.B. im Verbraucherschutz. In der Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Rechts politik haben sich die Regierungen der Mitgliedstaaten zwar zur Zusammenarbeit verpflichtet, die Entscheidungen verbleiben aber auf der nationalen oder, in föderalen Systemen, auch auf der regionalen Ebene.

Die Institutionen der EU, ihre vielfältigen Kompetenzverflechtungen⁴ und Abstimmungsregeln können hier nur verkürzt dargestellt werden.⁵ Schaubild 2 bietet einen Überblick über die Institutionen der EU mit ihren zentralen Akteuren und Kompetenzen.

Schaubild 2: Institutionen der Europäischen Union

Institutionen	Akteure	Kompetenzen
Europäischer Rat (ER)	Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten	Politische Zielvorstellungen, Grundsätze und Leitlinien
Rat der EU (Rat)	Minister der Mitgliedsstaaten nach Sachgebieten,	Einzelentscheidungen in Sachgebieten
Europäische Kommission (EK)	20 Kommissare	De facto Exekutive, Initiativrecht für Rechtsakte
Europäisches Parlament (EP)	626 Abgeordnete von 117 Parteien (2 Unabhängige)	Rechtsetzung bei Verfahren der Mitentscheidung, Haushalt, Kontrollrecht, Außenbeziehungen
Europäischer Gerichtshof (EUGH)	15 Richter	Vertragsverletzungsverfahren, Nichtigkeits-, Untätigkeits- und Dienstrechtsklagen
Europäischer Rechnungshof (EURH)	Rechnungsprüfer	Recht- und Ordnungsmäßigkeit von Einnahmen und Ausgaben, Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung
Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	222 Personen, Ernennung durch Rat auf Vorschlag der Mitgliedsstaaten	Beratendes Gremium
Ausschuss der Regionen (AdR) seit 1994	222 Personen, Ernennung durch Rat auf Vorschlag der Mitgliedsstaaten	Beratendes Gremium
Autonome Institutionen z.B. Europol		

Die Machtzentren der EU sind der Europäische Rat (ER), in dem auf Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs allgemeine politische Zielvorstellungen, Grundsätze und Leitlinien festgelegt werden, und der Rat der EU (Rat), in dem die Minister der Mitgliedstaaten Einzelentscheidungen in den Sachgebieten treffen. Da die Regierungen aller Mitgliedstaaten parteibasiert sind, sind nationale Regierungsparteien einflussreiche Akteure auf der EU-Ebene: So sind die Staats- und Regierungschefs oft gleichzeitig Vorsitzende von nationalen Parteien⁶

4 Zur viel diskutierten Politikverflechtungsfalle vgl. Fritz W. Scharpf: The Joint Decision Trap: Lessons from German Federalism and European Integration. In: Public Administration, Band 66, 1988, S. 239-278.

5 Ausführliche Darstellungen finden sich z.B. in Klaus Erdmann, Martin Sattler, Walter Schönefeld, Klaus Staender: Europäische Union, Heidelberg 1995; Simon Hix: The Political System of the European Union, Houndmills/Basingstoke/Hamshire/London 1999.

6 Klaus Pöhle: Europäische Parteien – für wen und für was eigentlich? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/2000, S. 599-619.

und die Minister der nationalen Regierungen gehören in der Regel einer Koalitionspartei an.⁷ Die Regierungschefs und ihre Minister sind insofern an die programmatischen Positionen ihrer Parteien gebunden, als sich ihre Parteien im nationalen Parteienwettbewerb behaupten und wieder zur Wahl stellen müssen.

Politiker der nationalen Regierungsparteien nehmen aber nicht nur direkten Einfluss auf Entscheidungen, sondern können indirekt über Personalentscheidungen auch die Zusammensetzung der Europäischen Kommission, des Europäischen Gerichts- und des Rechnungshofes bestimmen.⁸ Ebenso wie die Akteure des ER und des Rates sind die Kommissare zumeist Mitglieder einer nationalen Regierungspartei.⁹ Nationale Regierungsparteien verfügen somit über vielfältige Kanäle, um ihre politischen Positionen auf der europäischen Ebene einzubringen.

Die ca. 250 Regionen des EU-Raumes sind, ebenfalls seit dem Maastricht-Vertrag 1992, im Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten. Der AdR ist die Vertretung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und hat wegen der unterschiedlichen Ausgestaltung der Regionen in den einzelnen Mitgliedsländern der EU eine heterogene Struktur.¹⁰ Für die Bundesrepublik belegen empirische Analysen eine Dominanz staatlicher Akteure.¹¹ Einflusschancen haben hier vor allem Länderminister und halbstaatliche Einrichtungen der Bundesländer.¹² Mit dem Maastricht-Vertrag wurde der Rat zudem für Regionalminister geöffnet. Die Minister der Bundesländer haben seither direkten Zugang zum europäischen Entscheidungsprozeß erhalten. Damit hat der Maastricht-Vertrag zu steigenden strukturellen Einflusschancen der Regierungsparteien der Bundesländern geführt.

Der AdR hat allerdings nur eine beratende Funktion und keine Entscheidungskompetenzen. Die zentrale Arena der Parteien, und insbesondere der kleinen Oppositionsparteien, ist das EP, das mit erheblich mehr Kompetenzen ausgestattet ist. Dazu zählen die Aufstellung und Verabschiedung des Haushalts gemeinsam mit dem Rat, das Kontrollrecht bei der Umsetzung des Haushaltes und weitreichende Kompetenzen in der Außenbeziehungen der EG, wie die Zustimmung des Parlaments zu Beitrittsverträgen und die Zustimmung zu Rechtsakten bei Verfahren der sogenannten Mitentscheidung.¹³ Seit 1979 werden die Abgeordneten des EP alle fünf Jahre nach nationalem Wahlrecht gewählt. Ebenso wie nationale Regierungsparteien den ER und den Rat dominieren, dominieren nationale Regierungs- und Oppositionsparteien das EP. Die starke Stellung nationaler Parteien im EP ergibt sich aus der Kandidatenselektion, die

7 Vgl. Jaap Woldendorp, Hans Keman, Ian Budge: Party Government in 20 Democracies: An Update (1990-1995). In: *European Journal for Political Research*, Nr. 33, 1998, S. 125-164.

8 Pöhle (Anm. 6), S. 603.

9 Ebenda, S. 610.

10 Christian Tomuschat (Hrsg.): *Mitsprache der dritten Ebene in der Europäischen Integration: Der Ausschuß der Regionen*, Saarbrücken 1995, S. 33f.

11 Raimund Krämer (Hrsg.): *Regionen in der Europäischen Union. Beiträge zur Debatte*, Berlin 1998, S. 68.

12 Zu den Details für die einzelnen Bundesländer vgl. Roland Johné: *Vertretung der Landtage im Ausschuß der Regionen. Zur parlamentarischen Komponente der Interessenvertretung der deutschen Bundesländer in der Europäischen Union*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2000, S. 103-115; Henning Klaus: *Die deutschen Bundesländer und die Europäische Union. Die Mitwirkung der Länder am EU-Integrationsprozeß seit dem Vertrag von Maastricht*, Vierow bei Greifswald 1996.

13 Eine kurze Darstellung des EU-Gesetzgebungsprozesses bieten Heiner Schulz, Thomas König: *Institutional Reform and Decision-Making Efficiency in the European Union*. In: *American Journal of Political Science*, Nr. 4, 2000, S. 653-666, hier S. 653-656.

in sieben Ländern von nationalen, in den übrigen acht Mitgliedsländern von regionalen oder lokalen Wahlkomitees ernannt werden: „Therefore MEP’s have a career motive to respect the wishes of their national parties.“¹⁴ Obwohl die Abgeordneten einer nationalen Partei keineswegs als einheitlicher Akteur auftreten, erzeugt dies eine Rückbindung an die programmatischen Positionen derjenigen nationalen Partei, für die sie kandidiert haben.

Das EP unterscheidet sich allerdings erheblich von nationalen Parlamenten. Da das EP keine Regierung stützt, ist es nicht wie die parlamentarischen Systeme nach Regierungs- und Oppositionsrollen gegliedert. Darüber hinaus verfügt das EP nur in bestimmten Politikbereichen über das Legislativrecht, das es zudem mit dem Rat teilt. Der Einfluss des EP auf die Rechtsetzung variiert darüber hinaus mit Typen von Rechtsetzungsverfahren. Einflussreich ist das EP vor allem beim Verfahren der sogenannten Mitentscheidung, das erst 1992 eingeführt wurde.¹⁵ Bei diesem Verfahren besitzt das EP gegenüber dem Rat eine Veto-Macht, d.h. es kann Entscheidungen des Rates verhindern.

2.2 *Parteilpolitische Einflusschancen bei Mehrheitsentscheidungen*

In den Institutionen der EU kommen unterschiedliche Abstimmungsregeln zur Anwendung. Heute müssen noch in vielen Politikbereichen alle Mitglieder der jeweiligen Institutionen zustimmen, damit eine Entscheidung fallen kann. Wegen der mit der Einstimmigkeitsregel verbundenen Blockadegefahr wurde die (absolute) Mehrheitsregel aber bereits mehrfach ausgedehnt¹⁶ und steht aufgrund der im Zuge der Ost- und Süderweiterung der EU notwendigen institutionellen Veränderungen in weiteren Politikfeldern zur Disposition.¹⁷ Sofern Entscheidungen von der Mehrheit der in einem Gremium vertretenen Mitglieder getroffen werden, wird das Ergebnis einer anstehenden Entscheidung der Position der Mehrheit entsprechen, während Minderheiten überstimmt werden. Die Durchsetzung einer politischen Position ist daher um so aussichtsreicher, je mehr sie mit der Position der Mehrheit übereinstimmt. Bei räumlichen Ansätzen werden politische Positionen zwischen Polen auf politischen Dimensionen, z.B. Ausbau versus Abbau des Wohlfahrtsstaates, verortet, so dass Distanzen zwischen Parteiposition und Mehrheitsposition berechnet werden können. Räumlich betrachtet ist die Durchsetzungschance einer Parteiposition um so geringer, je größer die Distanz zwischen der Parteiposition und der Mehrheitsposition ist. Die Durchsetzungschancen einer Partei hängen allerdings nicht nur von der Distanz zwischen ihrer Position und der Mehrheitsposition, sondern vom Verhältnis zwischen Parteiposition, Mehrheitsposition und Status Quo ab.¹⁸ Diese Beziehungen veranschaulicht Schaubild 3.

Schaubild 3 zeigt drei Beispiele für unterschiedliche Verteilungen von Parteiposition, Mehrheitsposition und Status Quo auf einer beliebigen politischen Dimension wie der Links-Rechts-Dimension, in denen sich die Durchsetzungschancen für die Parteiposition voneinander unterscheiden. Der Status Quo kennzeichnet dabei den gegebenen Stand der Gesetzgebung.

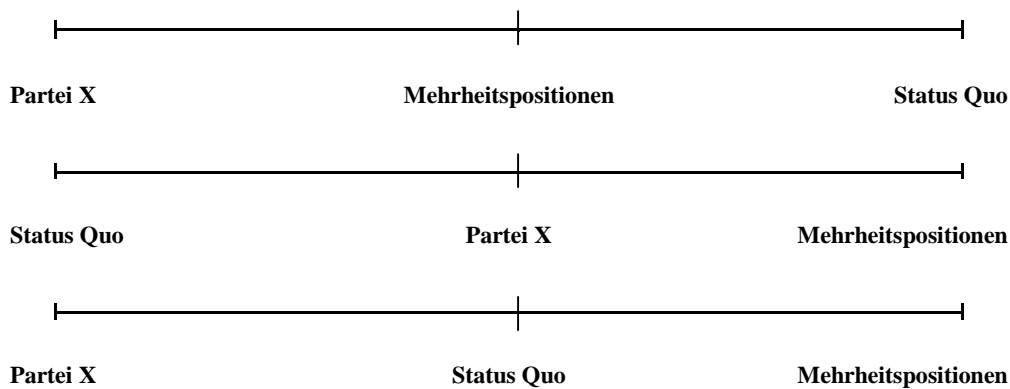
14 Tapio Raunio: Second-Rate Parties? Towards a Better Understanding of the European Parliament’s Party Groups. In: Knut Heidar, Ruud Koole (Hrsg.): Parliamentary Party Groups in European Democracies. Political Parties Behind Closed Doors, London/New York 2000, S. 231-247, hier S. 238.

15 Vgl. Thomas Hartley: The Foundations of European Community Law, Oxford 1998, S. 38-56.

16 Thomas König: Europa auf dem Weg zum Mehrheitssystem. Gründe und Konsequenzen nationaler und parlamentarischer Integration, Opladen 1997.

17 In Nizza wurde beschlossen, dass künftig bei Rechtsakten, die sich auf rund 35 von 73 Artikeln der EU beziehen, per Mehrheitsbeschluss entschieden wird.

18 George Tsebelis: Nested Games. Rational Choice in Comparative Politics, Berkeley 1990.

Schaubild 3: Theoretische Verteilungen von Reformposition, Mehrheitsposition und Status Quo

Geht man davon aus, dass nach der oben dargestellten Logik Entscheidungsergebnisse der Mehrheitsposition entsprechen, dann wird im ersten Beispiel das Entscheidungsergebnis, d.h. der neue Status Quo, stärker mit den Vorstellungen der Partei übereinstimmen als der alte Status Quo. Die Durchsetzungschancen einer Parteiposition sind also auch bei großer Distanz zwischen Parteiposition und Mehrheitsposition dann gut, wenn die Mehrheitsposition zwischen der Parteiposition und dem Status Quo liegt. Das zweite Beispiel gibt eine Situation wieder, in der eine Partei weder gewinnt noch verliert: Weil die Parteiposition in der Mitte zwischen dem Status Quo und der Mehrheitsposition liegt, wird der neue Status Quo ebenso weit von der Parteiposition entfernt sein wie der alte Status Quo. Das dritte Beispiel stellt den für eine Partei ungünstigsten Fall dar. Der neue Status Quo ist von den Reformvorstellungen noch weiter entfernt als der alte Status Quo, wenn der alte Status Quo zwischen der Parteiposition und der Mehrheitsposition liegt. Stark vereinfacht kann man aus diesen Beispielen die Schlussfolgerung ziehen, dass die Chancen einer Partei, ihre Positionen durchzusetzen, um so geringer sind, je reformorientierter die Positionen sind, die sie vertritt.

3. Programmatische Positionen der Fraktionen im Europäischen Parlament

Für die Politik des europäischen Parlaments sind nicht Stärke und Positionen einzelner Parteien, sondern Stärke, politische Positionen und Homogenität der Fraktionen entscheidend, in denen sich nationale Parteien zu übernationalen politischen Gruppen zusammenfinden. Sowohl materielle Ressourcen als auch prozedurale Rechte werden proportional entsprechend ihrer Stärke auf die einzelnen Fraktionen verteilt.¹⁹ Kleine Oppositionsparteien haben daher gute Einflusschancen im EP, wenn sie auf starke Kooperationspartner aus anderen EU-Ländern treffen, die ähnliche Politikpositionen vertreten. Die Tabelle zeigt die Fraktionen des EP nach der Wahl 1999²⁰ mit der Anzahl der Abgeordneten und Parteien²¹ und die programmatischen Positionen der Fraktionen und der nationalen Regierungsparteien im Vergleich zur PDS.²²

19 Vgl. dazu im Einzelnen Raunio (Anm. 14), S. 235-241.

20 Fraktionswechsel während der laufenden Parlamentsperiode bleiben unberücksichtigt.

21 Datenquelle ist das Statistische Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999. Fachserie 1, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise, S. 23-29.

22 Der Status Quo muss für einzelne Entscheidungen anhand von Gesetzesanalysen ermittelt werden und ist daher für aggregierte politische Dimensionen nur schwer zu bestimmen. Eine Operationalisierung für den

Tabelle: Parteien im Europäischen Parlament 1999 nach Fraktionen

Fraktionen	Abgeordnete		Parteien und Programme			Programmatische Positionen			
						Links-Rechts		Dezentralisierung	
	N	Prozent	N	Nprog	Nmiss	ξ	Std.	ξ	Std.
KVEL/NGL	42	7	14	11	3	-22	15	2	1
GRÜNE/EFA	48	8	18	16	4	-13	13	6	7
SPE	180	29	18	16	2	-8	14	2	2
UEN	30	5	5	3	2	4	4	4	2
LIEBE	51	8	17	15	1	6	21	4	4
EVP	233	37	31	22	5	14	20	4	4
TUA	18	3	5	3	2	22	27	8	7
EDU	16	2	5	0	5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Fraktionslos	8	1	4	1	3	56	-	0	-
PDS	6	1	-	1	-	-32	-	2	-
Mehrheit	-	-	-	-	-	LIBE	-	EVP	-
Regierungen	-	-	36	36	0	-4	21	2	3

KVEL/NGL	Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
GRÜNE/EFA	DIE GRÜNEN/Europäische Freie Allianz.
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
UEN	Unabhängige für das Europa der Nationen
LIBE	Liberalen Demokraten und Reformer
EVP	Europäische Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten
TUA	Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten
EDU	Europa der Demokratien und Unterschiede
PDS	Positionen im Bundestagswahlprogramm 1998
Mehrheit	mediane Fraktion
Regierungen	ungewichtete Mittelwerte aller nationalen Regierungsparteien
N	Anzahl der Abgeordneten und der Parteien
%	Anteil der Abgeordneten an der Gesamtzahl (626)
Nprog	Anzahl der verfügbaren Wahlprogramme
Nmiss	Anzahl der Parteien ohne verfügbare Wahlprogramme
ξ	ungewichteter Mittelwert
Std.	Standardabweichung der ungewichteten Mittelwerte

Programmatische Positionen berechnet anhand quantitativer Inhaltsanalysen der Programme zu nationalen Wahlen 1994 bis Ende 1998:

Links-Rechts	Programmatischer Links-Rechts-Wert: Links = minus = Eingriffe in das Wirtschaftssystem, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Frieden und Internationalismus; Rechts = plus = Freier Markt, Abbau des Wohlfahrtsstaates, Traditionale Moral, law & order, Nationalismus, Militärische Stärke; $((\text{per104}+\text{per203}+\text{per201}+\text{per305}+\text{per401}+\text{per402}+\text{per407}+\text{per414}+\text{per505}+\text{per601}+\text{per603}+\text{per605}+\text{per606})-$ $(\text{per103}+\text{per105}+\text{per106}+\text{per107}+\text{per202}+\text{per403}+\text{per404}+\text{per406}+\text{per412}+\text{per413}+\text{per504}+\text{per506}+\text{per701}))$.
Dezentralisierung	Programmatischer Dezentralisierungs-Wert: plus = Dezentralisierung; minus = Zentralisierung; $(\text{per301}-\text{per302})$.

3.1 Stärke der Fraktionen

Von den derzeit 626 Abgeordneten des EP gehören nur zwei Abgeordnete keiner nationalen Partei an, sondern wurden als unabhängige Kandidaten in das EP gewählt. Insgesamt sind

Status Quo im nationalen Raum wird vorgestellt in Thomas König, Andrea Volkens, Thomas Bräuninger: Regierungserklärungen von 1949 bis 1998. Eine vergleichende Analyse ihrer regierungsinternen und -externen Bestimmungsfaktoren. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/1999, S. 641-659.

heute 117 verschiedene nationale Parteien im EP vertreten. Die große Mehrheit der Abgeordneten und der Parteien sind in einer der derzeit acht Fraktionen organisiert. Nur acht Abgeordnete aus vier Parteien sind fraktionslos.²³ Die acht Fraktionen des EP entsprechen weitgehend den bekannten Parteifamilien der europäischen Länder.²⁴ Die mit Abstand stärksten Fraktionen des EP sind die Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten (EVP), der die christdemokratischen und konservativen Parteien angehören, mit 37 Prozent der Abgeordneten, und die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) mit 29 Prozent der Abgeordneten. Die übrigen sechs Fraktionen vereinigen jeweils zwischen 2 und 8 Prozent der Abgeordneten auf sich. Unter diesen Fraktionen zählt die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL) mit 7 Prozent der Abgeordneten zu den stärkeren Fraktionen. Die PDS stellt sechs der 42 Abgeordneten der KVEL/NGL.

3.2 Dokumentenauswahl und inhaltsanalytische Methode

Vier der acht Fraktionen sind in supranationalen europäischen Parteien oder Föderationen organisiert: die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE, seit 1992), die Europäische Volkspartei (EVP, seit 1976), die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR, seit 1993) und die Europäische Föderation der Grünen Parteien (EFGP, seit 1993). Diese vier europäischen Parteibündnisse verabschieden auch Programme zu den EP-Wahlen.²⁵ Die hier vorgestellte Berechnung der programmatischen Positionen der Fraktionen beruht auf quantitativen Inhaltsanalysen derjenigen Parteiprogramme, mit denen die nationalen Parteien der Fraktionen in der jeweiligen letzten nationalen Wahl angetreten waren. Diese Dokumentenauswahl entspricht der Bedeutung nationaler Parteien in den Fraktionen des EP. Zudem müsste sich eine Analyse der Programme europäischer Parteien auf die vier europäischen Parteibündnisse beschränken.²⁶

Die programmatischen Positionen der Fraktionen werden in mehreren Schritten berechnet. In einem ersten Schritt wird jeder Satz eines Wahlprogramms daraufhin untersucht, ob er mit einer von 56 vorgegebenen Positionen, zum Beispiel ‚Ausbau des Wohlfahrtsstaates‘, ‚Frieden und Abrüstung‘ oder ‚Ausbau der Demokratie‘, übereinstimmt.²⁷ In einem zweiten Schritt wird ausgezählt, wie viele Sätze eines Programms auf jede der 56 Positionen entfallen. Wegen der unterschiedlichen Länge der Wahlprogramme muss in einem dritten Schritt der Anteil der Sätze für eine Position auf die Summe aller Sätze des Wahlprogramms bezogen werden. Jede Position kann dann als Prozentanteil am Programm ausgewiesen werden. Die so ermittelten

23 Allerdings ordnen sich nicht alle Abgeordneten einer Partei auch derselben Fraktion zu. Daraus ergeben sich die Unterschiede zwischen der Anzahl der Parteien, der Anzahl der Parteiprogramme und der Anzahl der fehlenden Programme in der Tabelle. Parteiprogramme wurde jeweils derjenigen Fraktion zugewiesen, zu der sich die überwiegende Anzahl der Abgeordneten einer Partei zuordnet.

24 Die Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten (TUA) ist die offensichtlichste Ausnahme von dieser Regel.

25 Sven Mirko Damm: Die europäische politischen Parteien: Hoffnungsträger europäischer Öffentlichkeit zwischen nationalen Parteien und europäischen Fraktionsfamilien. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2/1999, S. 395-423.

26 Zum Verhältnis von nationalen, europäischen und internationalen Parteien vgl. Pöhle (Anm. 6).

27 Dieses Klassifikationsschema wurde von der Manifesto Research Group für den internationalen Vergleich politischer Positionen von Parteien entwickelt, vgl. Ian Budge, David Robertson, Derek Hearl (Hrsg.): *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*, Cambridge 1987. Zu den Details der Vercodungen und zur Reliabilität der verwendeten Daten vgl. Andrea Volkens: *Manifesto Research since 1979: From Reliability to Validity*. Erscheint in: Michael Laver (Hrsg.): *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, London/New York 2001.

Prozentwerte können als Indikator für die Bedeutung einer politischen Position interpretiert werden und haben vielfältige Anwendungsmöglichkeiten.

Im folgenden werden zwei Politikdimensionen näher betrachtet. Für jedes Wahlprogramm wird ein Links-Rechts-Wert berechnet, indem in einem vierten Schritt die Prozentwerte für linke Positionen von den Prozentwerten für rechte Positionen abgezogen werden. Je negativer der Wert ist, um so stärker positioniert sich eine Partei im linken Spektrum. Bei der hier verwendeten Maßzahl sind der linke und der rechte Pol inhaltlich wie folgt definiert:

- Links = Eingriffe in das Wirtschaftssystem, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Frieden und Internationalismus
- Rechts = Freier Markt, Traditionale Moral, ‚law & order‘, Nationalismus, Militärische Stärke

Es handelt sich also um einen generellen Links-Rechts-Wert, der alle Politikbereiche einbezieht.²⁸ Neben dieser generellen Links-Rechts-Dimension wird eine zweite, spezifische Politikdimension mit den Polen ‚Dezentralisierung‘ und ‚Zentralisierung‘ vorgestellt. Die Maßzahlen für diese spezifische Dimension werden berechnet, indem die Prozentwerte für die Position ‚Zentralisierung‘ von den Prozentwerten für die Position ‚Dezentralisierung‘ abgezogen wurden. Je positiver der Dezentralisierungs-Wert ist, um so stärker spricht sich eine Partei für Dezentralisierung aus; je negativer der Dezentralisierungs-Wert ist, um so stärker spricht sich eine Partei für Zentralisierung aus.

3.3 Programmatische Positionen der Fraktionen

Für 87 der 117 im EP vertretenen Parteien stehen nationale Wahlprogramme zur Verfügung.²⁹ Die Positionen der Fraktionen werden berechnet, indem in einem fünften Schritt die Links-Rechts-Werte und die Dezentralisierungs-Werte aller einer Fraktion angehörenden Parteien, deren Wahlprogramme verfügbar sind, aufaddiert und durch die Anzahl der verfügbaren Wahlprogramme der Parteien einer Fraktion dividiert werden.³⁰ Mit dieser Berechnungsmethode können die mittleren Positionen von sieben der acht Fraktionen des EP geschätzt werden.³¹

Die Links-Rechts-Werte der Fraktionen weisen eine große Spannweite zwischen -22 Prozentpunkten für die KVEL/NGL und +22 Prozentpunkten für die Technische Fraktion der Unabhängigen (TUA) auf. Den äußeren rechten Rand des Spektrums belegen mit +56 Prozentpunkten die Fraktionslosen. Dieser Wert basiert auf dem Wahlprogramm der österreichischen Freiheitlichen, der FPÖ. Die mediane Position, berechnet auf der Basis der Stärke und der Verteilung der Fraktionen, belegen die Liberalen Demokraten und Reformer (LIBE) mit 6 Prozent-

28 Diese Links-Rechts-Maßzahl hat sich im internationalen Vergleich in vielerlei Hinsicht bewährt, vgl. Michael D. McDonald, Silvia Mendes: *The Policy Space of Party Manifestos*. Erscheint in: Laver (Anm. 27).

29 Diese Daten werden demnächst auf einer CD-Rom publiziert: Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, Eric Tannenbaum: *Mapping Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors and Governments 1945-1998*, Oxford 2001.

30 Die unterschiedliche Anzahl der Abgeordneten der nationalen Parteien einer Fraktion werden bei diesem ungewichteten Mittelwert nicht berücksichtigt.

31 Die Wahlprogramm-Sammlung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung ‚Institutionen und politischer Wandel‘, konzentriert sich auf diejenigen Parteien, die für die Politik der nationalen Parlamente relevant sind. Für die in der Fraktion ‚Europa der Demokratien und Unterschiede‘ (EDU) vertretenen fünf Parteien stehen keine Daten zur Verfügung, weil zwei Parteien für den nationalen Parteienwettbewerb keine Rolle spielen und drei Parteien in den nationalen Parlamenten nicht vertreten sind.

punkten. Die nationalen Regierungsparteien der EU-Mitgliedsländer platzieren sich mit einem Wert von -4, berechnet als ungewichteter Mittelwert der Programme aller derzeitigen Regierungsparteien, links von der medianen Position. Die beiden großen Fraktionen SPE (-8) und EVP (14) gruppieren sich links und rechts der medianen Position der LIBE und der nationalen Regierungsparteien. Dieser Werte-Bereich kann als Gravitationszentrum politischer Entscheidungen der EU gedeutet werden. Mit einem Wert von -32 liegen die programmatischen Positionen der PDS weit außerhalb dieses Gravitationszentrums. Daraus kann zunächst die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die PDS ihre Positionen auf der EU-Ebene in der Regel nicht durchsetzen kann, weil ihre Positionen nicht mehrheitsfähig sind.

Diese Schlussfolgerung basiert allerdings auf Maßzahlen, die sich auf eine hoch aggregierte, alle Politikbereiche umfassende Links-Rechts-Dimension beziehen, und gilt keineswegs für alle Politikbereiche gleichermaßen. Ein Beispiel für eine Politikdimension, auf der die PDS gute Chancen hat, ihre Vorstellungen durchzusetzen, ist die Dezentralisierung.³² Auf dieser Dimension stimmt der Wert der PDS (+2) mit dem Wert der Regierungsparteien (+2) überein und liegt nahe an der Mehrheitsposition (+4). Zwar differieren die Fraktionen auch auf dieser Dimension zwischen +2 und +8. Alle Fraktionen optieren aber für mehr Dezentralisierung und keine der im EP vertretenen Fraktionen spricht sich für zunehmende Zentralisierung aus. Eine derartige konsensuale Verteilung lässt darauf schließen, dass die Rechte der Regionen in Europa in Zukunft noch weiter ausgebaut werden. Für eine Partei mit starker regionaler Wählerkonzentration wie der PDS, die zudem Länderminister stellt, würde ein weiterer Ausbau von Rechten der Regionen Einflusskanäle eröffnen, die für die Durchsetzung von Reformpositionen genutzt werden können.

3.4 Programmatische Homogenität der Fraktionen

Obwohl sich die PDS in vielen Politikbereichen in einer Minderheitenposition befindet, hat sie im EP durchaus nennenswerte Durchsetzungschancen, weil die KVEL/NGL zu den programmatisch homogensten Fraktionen des EP zählt. Je homogener eine Fraktion ist, um so leichter kann sie sich auf eine gemeinsame Politik verständigen.³³

Als Indikator für die programmatische Homogenität der Fraktionen sind in der Tabelle die Standardabweichungen von den Mittelwerten der Fraktion angegeben. Auf der generellen Links-Rechts-Dimension zählt die KVEL/NGL (15) zusammen mit GRÜNE/EFA (13) und der SPE (14) zu den programmatisch homogenen Fraktionen. Nur die Unabhängigen für das Europa der Nationen (UEN) weisen eine größere Homogenität auf (4). LIBE (21), EVP (20) und insbesondere TUA (27) sind dagegen durch programmatische Heterogenität gekennzeichnet. Im Politikbereich ‚Dezentralisierung‘ stimmen die der KVEL/NGL angehörenden Parteien weitgehend überein (1). Hier haben neben der TUA (7) vor allem GRÜNE/EFA (7) mit programmatischer Heterogenität zu kämpfen.

32 Eine Zusammenfassung von Argumenten für und gegen Dezentralisierung gibt Michiel S. De Vries: *The Rise and Fall of Decentralisation: A Comparative Analysis of Arguments and Practices in European Countries*. In: *European Journal of Political Research*, Nr. 38, 2000, S. 193-224.

33 Aktionen der Fraktionen werden im Rahmen derartiger Überlegungen als spezifisches Koalitionsproblem begriffen, vgl. Thomas König: *From Intergovernmentalism to Party Politics? An Institutional Power Analysis of European Multi-Chamber Legislation from 1958 to 1995*. In: *Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung*, AB II, Nr. 11, Mannheim 1995; Amie Kreppel, George Tsebelis: *Coalition Formation in the European Parliament*. In: *Comparative Political Studies*, Band 32, Nr. 8, 1999, S. 933-966.

Die programmatische Homogenität einer Fraktion im EP kann einer nationalen Partei allerdings nur dann zugute kommen, wenn sie sich innerhalb der Fraktion mit ihren Vorstellungen durchsetzen kann. Vergleicht man die mittlere Links-Rechts-Position der KVEL/NGL (-22) mit der programmatischen Position der PDS (-32), dann scheint sich die PDS am linken Rand ihrer Fraktion zu positionieren. Ein Vergleich mit den einzelnen Parteien der Linken Fraktion belegt jedoch, dass die PDS hier ähnliche Positionen vertritt wie die meisten anderen Parteien der Fraktion³⁴. Zusammen mit der schwedischen Vänsterpartiet (VP), der spanischen Vereinigten Linken (IU) und den französischen Kommunisten (PCF) bildet die PDS das linke Spektrum der Fraktion. Auch Portugal (CDU), Italien (RC) und Dänemark (SF) platzieren sich nahe an diesem linken Spektrum. Die programmatische Homogenität dieser sieben Parteien ist außerordentlich hoch. Weit von diesen Ländern entfernt positionieren sich dagegen die drei griechischen Parteien (KKE, CLP und DIKKI) und die finnische Allianz des linken Flügels (VL). Diese Parteien belegen das rechte Spektrum der Fraktion. Die PDS ist daher in der Lage, innerhalb der linken Fraktion ihre Positionen durchzusetzen.

4. Zusammenfassung

In diesem Beitrag sollte unter besonderer Berücksichtigung von institutionellen Faktoren einerseits und von Politikpositionen der Parteien andererseits die Frage nach den Einflusschancen nationaler Parteien auf der europäischen Ebene beantwortet werden. Aufgrund der institutionellen Struktur der EU sind nationale Regierungsparteien die mit Abstand einflussreichsten Akteure der EU: Im Europäischen Rat formulieren die Vorsitzenden der nationalen Regierungsparteien die Richtlinien für die europäische Politik, im Rat treffen sich parteigebundene Minister, um Einzelentscheidungen zu treffen, und auch die Kommissare gehören in der Regel nationalen Regierungsparteien an. Darüber hinaus treffen Politiker der nationalen Regierungsparteien wichtige Personalentscheidungen für andere Organe der EU.

Nationale Oppositionsparteien können ihre Politikpositionen in den europäischen Entscheidungsprozeß einbringen, sofern sie Europäisches Parlament vertreten sind³⁵ und dort auf starke Kooperationspartner aus anderen Mitgliedsländern treffen, die ähnliche Positionen vertreten. Entscheidungen des EP hängen von der Stärke, der Position und der Homogenität der Fraktionen ab. Die Frage, inwieweit Positionen der PDS im EP zum Zuge kommen, wurde anhand von quantitativen Inhaltsanalysen nationaler Wahlprogramme der im EP vertretenen Parteien für zwei Politikdimensionen beantwortet. Die Verteilungen der Fraktionen auf einer generellen Links-Rechts-Dimension zeigen, dass die Positionen der PDS im EP in vielen Politikbereichen nicht mehrheitsfähig sind und auch nicht mit den Links-Rechts-Positionen der nationalen Regierungsparteien übereinstimmen. Dass die programmatischen Positionen der PDS oft nicht mit den Entscheidungen des EP übereinstimmen, macht ein Engagement der PDS auf der europäischen Ebene jedoch keineswegs überflüssig. Denn Parteien im EP haben auch die Aufgabe, die Organe der EU zu kontrollieren und Kritik an deren Entscheidungen zu üben. Sie können so öffentliche Debatten anregen und für ihre Positionen mobilisieren.

34 Zu den Details vgl. Andrea Volkens: Dritte Wege in Europa - Chancen für linkssozialistische Parteien? In: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Berlin 2000, S. 119-137.

35 Da die Zahl der Abgeordneten auf 740 beschränkt wurde, birgt die Ost- und Süderweiterung der EU die Gefahr, dass kleine Oppositionsparteien aus bevölkerungsschwachen Mitgliedsländern in Zukunft nicht mehr im EP vertreten sein werden. Ich danke Uwe Hix für seinen Hinweis auf diesen wichtigen Aspekt.

Darüber hinaus befindet sich die PDS keineswegs in allen Politikbereichen in einer Minderheitenposition. Als Beispiel für eine Politikdimension, auf der die Positionen der PDS mehrheitsfähig sind und mit den Positionen der nationalen Regierungsparteien übereinstimmen, wurde die Dezentralisierungs-Dimension ausgewählt, weil diese Dimension gerade für Parteien mit regionalen Wählerstärken von besonderem Interesse ist. Die regionale Ebene wurde bereits mit dem Maastricht-Vertrag 1992 aufgewertet, in dem einerseits Regionalministern direkter Zugang zum Rat eröffnet und andererseits der Ausschuss der Regionen eingerichtet wurde. Das ‚Europa der Regionen‘ wurde zum Schlagwort, nachdem im Maastricht-Vertrag das Strukturprinzip des Föderalismus und das Handlungsprinzip der Subsidiarität festgeschrieben wurde. Die Frage der Kompetenzabgrenzungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene hat damit noch an Bedeutung gewonnen und wird bei den zukünftigen institutionellen Veränderungen der EU eine zentrale Rolle spielen. Zwar sind im Zuge von Globalisierungsprozessen viele Probleme nur auf der europäischen Ebene zu lösen; Parteien mit regionalen Wählerstärken muss aber daran gelegen sein, dass alle auf der regionalen Ebene lösbaren Probleme auch auf der regionalen Ebene entschieden werden. Für eine derartige Stärkung der regionalen Ebene belegen die empirischen Daten sowohl innerhalb des Europäischen Parlaments als auch unter den nationalen Regierungsparteien einen breiten Konsens.

Mitte-Links-Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Politikwechsel und reformpolitische Ansätze im Wandel

FRANK BERG

Mit der Bildung einer SPD-PDS-Koalitionsregierung leitete Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 1998 einen Paradigmenwechsel in den Koalitionsvarianten deutscher Länder ein. Innerhalb des Landes trat die Koalition mit dem Anspruch auf, einen „Politikwechsel“ hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Überwindung politischer Gräben zu leisten. Zwei ein halb Jahre später könnte man die tatsächlichen Ansätze eines Politikwechsels im Lande, die veränderten Akzente in der Politik wie folgt skizzieren¹:

1) Die Konstituierung der Mitte-Links-Koalition bedeutete für das Land Mecklenburg-Vorpommern an sich schon eine gravierende Veränderung der politischen Arena. Bis dahin schien es im vorherrschenden politischen Denken in Mecklenburg-Vorpommern (erst Recht in Deutschland allgemein) undenkbar, die PDS an der Regierungsmacht eines Landes zu beteiligen. 2) Mit der Regierungsbildung konnten vorherige Handlungsblockaden überwunden werden, die sich aus der Architektur der damaligen CDU-SPD-Regierungskoalition ergaben. Die Arbeitsfähigkeit der Regierung wurde verbessert. Auch die bis dato stärkeren gesellschaftspolitischen Polarisierungen im Lande reduzierten sich und nahmen z.T. neue Strukturen an. 3) Es wurde ein langfristiger Haushaltssanierungskurs eingeleitet, der die Voraussetzungen schafft; dass das Land auch in Zukunft Handlungsfähigkeit bewahren kann. 4) Deutlich spürbar ist ein kommunikativerer Politikstil der Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien. 5) Feststellbar sind eine Reihe von Politikansätzen zur Erweiterung partizipativer Demokratie. Insgesamt ist dies eine recht positive Bilanz – wahrlich weder ein „Schreckensszenario“ noch Ausdruck von „Mehltau“ (so die Terminologie der CDU-Opposition), der über dem Land läge.

Die neue Regierung hat „normale Arbeitsfähigkeit“ unter Beweis gestellt, betreibt eine „Politik der unaufgeregten Sacharbeit“ (Thomas Koch); ihre Akzeptanz im Lande stützt sich auf eine demoskopisch labile Mehrheit. Eine Veränderung der rot-roten Koalitionskonstellation ist derzeit nicht absehbar, wenngleich es unter beiden Koalitionspartnern nicht nur Befürworter, sondern auch „Bedenkenträger“ gegenüber der Koalition gibt – ein Erscheinungsbild, das auch aus anderen Bundesländern mit anderen Koalitionsstrukturen bekannt ist.

Der „große Politikwechsel“, den vor allem die Anhänger der PDS mit mehr „sozialer Gerechtigkeit“ und Rückgang der Arbeitslosigkeit verbanden, ist nicht eingetreten. Heute werden in der Folge dieser Vorstellungen von einem Politikwechsel Positionen innerhalb der PDS laut,

1 Siehe im einzelnen hierzu: Frank Berg, Thomas Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Berlin 2000; Frank Berg: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil I: Politikfeldanalysen, Manuskripte 18 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001; Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil II: Parteien- und Politikstilanalysen, Manuskripte 19 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001.

dass die Koalition keine Fortsetzung verdiene, wenn sie bei der Lösung des Arbeitslosenproblems nicht weiterkomme. War die Latte zu hoch gehängt? Es ist doch bekannt, dass die Wirtschafts- und Sozialentwicklung eines Bundeslandes in hohem Maße von der Gesamtkonstellation globaler, europäischer und bundesdeutscher Bedingungen abhängig ist. Was kann *Landespolitik* in diesem Bereich bewirken? *Traditionelle* „Linkspolitik“ stellt sich auf den Standpunkt, dass der Staat, zum Beispiel über die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen müsse. *Moderne* Linkspolitik muss nach den strukturellen Wandlungen fragen, die der heutigen und künftigen Wirtschafts- und Sozialentwicklung zugrunde liegen, und sich in *diese* Prozesse mit Alternativen, mit konkreten Vorschlägen einbringen. Die Vorstellungen von einem Politikwechsel, wie sie auch in der Koalition Mecklenburg-Vorpommerns und insbesondere innerhalb der PDS präsent waren, orientierten sich wesentlich daran, dass über die Verantwortung des Staates mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Arbeitsplätze, bessere Unterstützung der regional schwachen Gebiete, bessere Ausstattung der Schulen und Kindergärten ermöglicht werden müsste. In der praktischen Landespolitik stoßen diese Vorstellungen nicht nur auf die Realität der Haushalte, sondern auch auf die Frage, welchen Umfang öffentlicher Daseinsvorsorge sich das Land langfristig leisten kann, auf die Herausforderung, Arbeitsteilung und Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft neu zu organisieren. Aufgeworfen wurde auch die Frage, ob es gerechtfertigt ist, um den Preis zusätzlicher Kredite Arbeitsplätze zu finanzieren, die nach „kurztem Strohfeuer“ wieder auslaufen, ohne die Spur einer Chance für längerfristige Beschäftigung hinterlassen zu haben.

So steht die Koalition vor Herausforderungen strukturellen Wandels, von denen angenommen werden kann, dass ihre Bewältigung mittelfristig über den Fortbestand der Mitte-Links-Koalition entscheidet. Heute stellt sich nicht mehr schlechthin die Frage nach einem Politikwechsel gegenüber der *Vorgängerregierung*, sondern die Frage nach einem Politikwechsel, der auf die *neuen* Herausforderungen an die Entwicklung des Landes reagiert, Modernisierungs- und Reformprozesse für eine nachhaltige, zukunftsfähige wirtschaftliche, soziale, ökologische und demokratische Entwicklung auf den Weg bringt. Vor dieser Aufgabe steht Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie andere Bundesländer – entsprechend wird sich das Land dem Vergleich zu unterwerfen haben, ob und inwiefern heute weithin anerkannte regionale Modernisierungs- und Reformerfordernisse² angepackt werden. Gleichzeitig ergibt sich die Frage, ob die Spezifik einer rot-roten Koalitionsarchitektur hierbei andere Politikvarianten hervorbringt als bei den bisher üblichen Koalitionsstrukturen in (insbesondere ost-)deutschen Ländern. Hierauf gibt es noch keine gesicherte Antwort – allein die Frage ist schon des Nachdenkens wert.

Ich greife im weiteren exemplarisch vier Politikfeldbereiche heraus: Wirtschaftsförderungspolitik, Arbeitsförderungspolitik, örtliche und überörtliche Sozialhilfe, Verwaltungs- und Gemeindegebietsreform. Diese Auswahl rückt einerseits besonders wichtige Bereiche der Landespolitik in den Mittelpunkt der Untersuchung. Andererseits bedeutet „Auswahl“, dass andere wichtige Felder außen vor bleiben müssen. Zwei von den genannten Komplexen (Arbeit und Soziales) sind verwaltungsseitig von PDS-geführten Ministerien und zwei (Wirtschaft;

2 Zu „weithin anerkannten regionalen Modernisierungs- und Reformerfordernissen“ zählen beispielweise die Suche nach wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, nach den Inhalten und Zielen der Regionalentwicklung unter veränderten europäischen und globalen Bedingungen, nach einer Neubestimmung des Verhältnisses von Markt, Staat und „drittem Sektor“, nach einer tiefgreifenden Neustrukturierung und Neuorientierung des öffentlichen Sektors und nach neuen Zugängen für die Entwicklung von Bürgerbeteiligung und Demokratie.

Verwaltungs- und Gemeindegebietsreform) von SPD-geführten Ministerien zu verantworten. Bei allen vier Gebieten ist aber die Koalition jeweils als Ganzes gefragt, überlagern sich Neues und Beharrendes, Reformansätze und uneingelöste Herausforderungen bei beiden Koalitionsparteien. Nicht zuletzt deshalb werden Akteure und Akteurskonstellationen in den jeweiligen Politikfeldern zentral thematisiert. Gerade in den Akteurskonstellationen (und nicht nur in den ohnehin schwierigen objektiven Handlungsbedingungen eines alles in allem eher armen Landes) sind hauptsächlich die Chancen und Blockaden für Reformprozesse, für zu Veränderndes oder auch für zu Bewahrendes zu suchen.

Wirtschaftsförderungspolitik

Mecklenburg-Vorpommerns Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen liegen in absoluten Zahlen im Vergleich der deutschen Länder am unteren Ende. Nur Bremen und das Saarland, die allerdings wesentlich kleinere Länder sind, haben noch geringere Werte. In den Beschreibungen des wirtschaftlichen Aktionsraumes wird immer wieder auf die sehr weiträumige Besiedlung des Landes, auf eine geringe industrielle Dichte und eine gravierende gesamtwirtschaftliche Deckungslücke hingewiesen. Mecklenburg-Vorpommern ist traditionell ein agrarisch geprägtes Land. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung des Landes ist mit ca. 15% im Vergleich der neuen Bundesländer am geringsten. Im Vergleich zu Schleswig-Holstein fehlen ca. 18.000 Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, darunter vor allem auch mittlere und größere. Dennoch gibt es wertvolle wirtschaftliche Ressourcen des Landes, so u.a. hinsichtlich seiner logistisch vorteilhaften geographischen Lage zwischen West-, Nord- und Osteuropa, hinsichtlich seiner Naturschönheiten in den ländlichen und Ostseeräumen, der positiven Entwicklung des Tourismus, des verarbeitenden Gewerbes und in letzter Zeit auch der Bio- und anderer Hochtechnologien. Mecklenburg-Vorpommern ist, wirtschaftlich gesehen, zwar kein starkes, aber doch ein zukunftsfähiges Land.

Gibt es einen Politikwechsel in der Wirtschaftsförderungspolitik? Diese Frage wird im Wirtschaftsministerium selbst verneint. *Und gibt es ein Einstellen der Wirtschaftsförderungspolitik auf die zukünftigen Herausforderungen der Entwicklung des Landes?* Hierüber gehen die Meinungen auseinander. Zwar ist es ein unbestreitbares Verdienst der Wirtschaftsförderung im Lande, trotz massiven Abbaus in der ersten Hälfte der 90er Jahre wichtige Wirtschaftsstrukturen im Lande erhalten und den Aufbau neuer Strukturen wirkungsvoll gefördert zu haben, aber dieser Maßstab reicht für eine zukunftsfähige Entwicklung nicht mehr aus. Auch gibt es spürbare Neuakzentuierungen der Wirtschaftsförderungspolitik; sie erwachsen jedoch weniger aus neuen Intensionen der rot-roten Regierungskoalition, sondern aus der Veränderung von Förderschwerpunkten und Förderumfang seitens der Europäischen Union (Gemeinschaftliches Förderkonzept und Operationelles Programm – OP), seitens der Bund- und Länder-, „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ (GA) sowie aus der Veränderung der Rahmenbedingungen, des Förderbedarfes und des Marktes im Lande Mecklenburg-Vorpommern. So wird entsprechend der Förderkriterien der GA für das Regionale Förderprogramm zum 30. Rahmenplan eine noch strengere Ausrichtung auf die Kriterien Arbeitsplatzbeschaffung, regionale Aspekte, Wertschöpfung, Innovation und Märkte angestrebt. Die Höchstfördersätze sollen grundsätzlich nur noch bei 15% zusätzlicher Schaffung von Arbeitsplätzen gewährt werden. Förderfähige Branchen werden weiter eingeschränkt. Und auch die Förderintensitäten werden entsprechend der bis 2003 gültigen Neuordnung der 11 Arbeitsmarktregionen räumlich modifiziert. Überschneidungen in der Förderungspraxis sollen reduziert, Zielgenauigkeit und Klarheit überprüft und der Handlungsbedarf spezifiziert wer-

den. Zielerreichungskontrolle, Kausalitätsprüfung, Prüfung auf Mitnahmeeffekte und Wirtschaftlichkeitskontrolle sollen verbessert werden.

Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen, vor denen das Land steht, liegen klar auf der Hand und sind wohl auch unbestritten: eine absehbare Verringerung der Zuschüsse von Bund und EU (Solidarpakt I bis 2004; EU bis 2006), die bevorstehende EU-Osterweiterung, ein verstärkter Wettbewerb der Regionen und die „Einkreisung“ durch regionale Zentren (Berlin, Hamburg, Stettin, Ostseeraum), eine mittel- wie längerfristig gegebene gesamtwirtschaftliche Deckungslücke, gering entwickelte regionale Märkte und regionale Wertschöpfungen.

Gemessen an diesen Herausforderungen *gibt es m.E. keine hinreichend ausgearbeitete Strategie der Wirtschaftsförderung im Lande*. Vielleicht benötigt man keine? Besonders bei gering entwickelten Märkten und schwach entwickelter regionaler Wertschöpfung kann man jedoch nicht annehmen, dass die Wirtschaft aus eigener Kraft zukunftsfähige Potentiale aufbauen kann, ihr nur „günstige Rahmenbedingungen“ zur Investitionsförderung zur Verfügung gestellt werden müssen. Natürlich folgen die für die Wirtschaftsförderung zuständigen Akteure bestimmten Erfahrungen, Orientierungen, Leitlinien und Zielen; sie handeln selbstverständlich nicht konzeptionslos. Aber gerade, weil die Mittel der Wirtschaftsförderung in der Tendenz knapper und nicht umfangreicher werden, bedürfte es eines transparenten öffentlichen politischen Diskurses über die unter diesen Bedingungen neu zu akzentuierenden Ziele, Wege und Methoden der Wirtschaftsförderung. Dies ist Aufgabe einer Strategie (besser ausgedrückt: strategischer Entwicklungskonzepte). Operationelles Programm und Regionales Förderkonzept allein können dies nicht leisten.

Strategische Entwicklungskonzepte als Aufgabe der Politik (darunter im parlamentarischen Raum) und der Ministerialverwaltung müssen vor allem eine Antwort auf die Frage geben, wie die *Schwerpunkte* der Wirtschaftsförderung zu setzen sind. „Erfahrungen aus der ganzen Welt zeigen“ – so der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern – „dass Entwicklung besonders gut entlang von ‚Clustern‘, also Kompetenzregionen, gelingt. Dies sollten wir unterstützen. Holztechnologie, die Call-Center-Wirtschaft, Biotechnologie und Gesundheitstechnik sind aktuelle Felder.“³ Ob den gegenwärtigen Strukturen der Wirtschaftsförderung im Lande diese richtige Erkenntnis wirklich zugrunde liegt, sei mit einem Fragezeichen versehen. Wirtschaftsförderung wird weitgehend branchenneutral vollzogen (bei allerdings zunehmenden Ausschlusskriterien), eher als Ausgleichspolitik (entsprechend der GA-Intensionen) denn als regionale Standortpolitik, eher nach Antragslage denn mit gestalterischen Optionen und eher mit der Hoffnung auf externe Investoren denn als gezielte Entwicklung endogener Potenziale betrieben. Im Grunde wird diese Fragestellung heute in vielen deutschen und insbesondere auch in den ostdeutschen Bundesländern diskutiert: Welche Rolle werden in der Förderpolitik der Aufbau und die Stärkung regionaler innovativer Cluster mit überregionalen Absatzchancen einnehmen? Es ist unübersehbar, dass gerade in den noch weniger entwickelten ostdeutschen Ländern die Stimmen zunehmen, dies markanter ins Zentrum der Förderpolitik zu stellen. Allerdings hängt eine solche Schwerpunktsetzung auch sehr vom Entwicklungsgrad der Wirtschaft ab, stellt sich möglicherweise in Sachsen anders dar. In Mecklenburg-Vorpommern als einem wirtschaftlich weniger entwickeltem Land könnte es zunächst erst einmal darum gehen, Kerne für

3 Klaus Hering auf dem 2. Fördertag der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern in Hasenwinkel, April 2001.

einen selbsttragenden Aufschwung aufzubauen, die Förderungen stärker als bisher auf regionale Produktions- und Innovations-Cluster, auf regionale Wertschöpfungsketten mit überregionalem Marktanschluss, auf die Entwicklung von Innovationsclustern zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie auf gewinnorientierte regionale Unternehmensnetzwerke zu konzentrieren. Mit den vier InnoRegio-Regionen Mecklenburg-Vorpommerns, die über den Bund gefördert werden, sind tragfähige Ansätze hierfür entstanden, darüber hinaus gibt es weitere.

Vorpommern wird bisher nach den traditionellen Regeln der GA als „rückständiges Gebiet“ gefördert, also mit etwas höheren Fördersätzen. Wenn man aber strategisch denkt, könnte Vorpommern eine Schlüsselstellung bei der wirtschaftlichen Anbindung an ein künftiges regionales Zentrum Stettin/Danzig einnehmen. Wirtschaftsförderung benötigt daher nicht nur eine branchenspezifische, sondern auch eine regionsspezifische Perspektivabschätzung.

Bei der Infrastrukturförderung stellt sich ebenso die Herausforderung, eine stärkere Konzentration auf zukunftsfähige regionale Wirtschaftsschwerpunkte vorzunehmen, gleichzeitig jedoch überhaupt eine moderate Verschiebung von der gewerblichen zur Infrastrukturförderung einzukalkulieren. Seitens der Förderbedingungen der Europäischen Union werden mit dem neuen Förderzyklus (bis 2006) die Akzente stärker auf die – vor allem wirtschaftsnahe – Infrastruktur denn auf die gewerbliche Investitionsförderung gesetzt. Im Jahre 1999 wurden über das Landesförderinstitut 79% der Zuschüsse an die gewerbliche Wirtschaft vergeben und nur 21% für die Förderung der Infrastruktur; die Haushaltspläne 2000 und 2001, das Regionale Förderprogramm und vor allem das Operationelle Programm sehen weitaus höhere Anteile der Infrastrukturförderung vor. Um die Relation zwischen diesen beiden Seiten deutet sich bereits jetzt eine parteipolitische und interessenstrukturierte (verbandliche) Auseinandersetzung an, die offensichtlich an Dynamik gewinnen wird, wenn die Parteien und Verbände auf diesem Gebiet ihre Kompetenzen qualifizieren.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob die Technologie- und Innovationsförderung einen neuen Stellenwert erhalten sollte. Hierfür werden derzeit nur bis zu 3% der insgesamt zur Verfügung stehenden Wirtschaftsförderungsmittel eingesetzt. Offensichtlich werden hiermit das Innovationspotential im Lande, die Bildung junger, innovativer Unternehmen und vor allem die Förderung von innovativem Personal (Technologieförderung basiert weitgehend auf Personalförderung) zu wenig angeregt. Gleichermäßen wichtig wäre eine umfassendere, zielgerichtete und institutionell gebündelte Förderung der Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaft und insbesondere der Existenzgründungsförderung für Hochschulabsolventen, für die es mittlerweile andernorts an deutschen Universitäten und Fachhochschulen (FHTW Berlin, Uni Stuttgart usw.) kreative Beispiele gibt. Hoffnungsvoll ist jedenfalls die Einrichtung eines „Zukunftsfonds“ durch die Koalition. Über 5 Jahre hinweg sollen jährlich 20 Mio. DM speziell für wichtige Zukunftsaufgaben des Landes ausgegeben werden, ca. die Hälfte davon für Multimedia-Anwendungen im Bildungsbereich (Schulen, Hochschulen) und zur Förderung innovativer Technologien.

Von nicht unerheblicher Bedeutung ist die übergreifende Frage nach der Verteilung der Förderungen zwischen den verschiedenen Politikfeldbereichen, beispielweise zwischen Wirtschaftsförderung und Förderung der Landwirtschaft bzw. ländlichen Räume (derzeit ist EAGFL noch der größte unter den EU-Strukturfonds) sowie zwischen Wirtschafts- und Arbeitsförderung. Sicher sind diese und andere „Makrorelationen“ – zumindest im Zeitraum bis 2006 – nicht grundsätzlich zu verändern, weil sie wesentlich durch die Konditionen der Europäischen Förderungsperiode sowie durch die Bundesgesetzgebung strukturiert sind. Auf der

Länderebene sind aber sowohl die Relationen und Schwerpunkte *innerhalb* der Politikfelder beeinflussbar als auch die Kombination und Verknüpfung *zwischen* ihnen (beispielweise zwischen Wirtschafts-, Arbeits- und ländliche-Räume-Förderung).

Antworten auf diese Fragen bzw. Herausforderungen werden im wirtschaftspolitischen Raum zwar immer häufiger gesucht; es fehlen jedoch eine systematische Diskussion und eine verbindliche Verständigung über wirtschaftsstrategische Optionen. Die Probleme einer zukunftsfähigen Konzentration der Fördermittel und einer entsprechenden Gestaltungspolitik sind in den Denkhäushalten von Regierung, Wirtschaftsinstitutionen und politischen Parteien durchaus präsent, bisher jedoch sind Folgerungen für die praktische Förderpolitik nur in Ansätzen erkennbar. Neu akzentuierte „sachlich-strukturelle“ und „räumlich-strukturelle“ Indikatoren für die Formulierung von Schwerpunkten ändern diese Grundeinschätzung nicht. Die politisch nach Legislaturperioden und Wahlterminen ausgerichteten Denkhorizonte scheinen die Sicht auf Herausforderungen zukunftsfähiger Entwicklungen, wie sie mit dem Auslaufen des gegenwärtigen Solidarpakts und vor allem mit der EU-Osterweiterung entstehen, zu begrenzen.

Eine konzentriertere regionale und inhaltliche (Neu-)Ausrichtung der Förderungen setzt voraus, dass Regierung und Koalition politisch belastbar sind und den Willen haben, sich diesen Belastungen zu stellen. Nicht nur die Perspektiven der dann *mehr*, sondern auch die Perspektiven der dann *weniger* geförderten Bereiche und Regionen bedürfen der Diskussion. Das setzt wiederum einen breiten Diskussionsprozess im Lande und in den Verbänden, Kommunen, Parteien etc. voraus, um die absehbaren politischen Konflikte bei eindeutigen Schwerpunktsetzungen von Förderungen bestehen zu können – eine schwierige Herausforderung für das Land und insbesondere für die Koalition. Die gegenwärtige Zurückhaltung gegenüber zukunftsfähigen Strukturentscheidungen bei den Förderungen begrenzt jedoch – ebenso wie die Zurückhaltung, in eine Verwaltungsreform einzutreten (siehe unten) – mittelfristig den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum des Landes. Dabei ist unbestritten, dass die Landesebene nur im Rahmen der von der Europäischen Union und vom Bund gesetzten rechtlichen und finanziellen Förderkonditionen handeln kann, von daher der eigene Handlungsspielraum beschränkt ist – vor allem, weil die zur Verfügung stehenden originären Landesmittel knapp sind. Die eigenständigen strategischen Handlungsoptionen sind aber zweifellos umfassender auszuloten – so man sie denn nutzen will.

Wirtschaftspolitische Experten sind in den Koalitionsparteien – aber auch bei der CDU-Opposition – „dünn gesät“, und regelmäßige Arbeitskreise, Arbeitsgruppen bzw. Diskussionsrunden zu diesem Thema mit Experten außerhalb der Parteien sind selten. Die wirtschaftspolitischen Positionen in bezug auf die *Landesentwicklung* können bestenfalls aus den Wahlprogrammen der Parteien vom Jahre 1998, aus der Koalitionsvereinbarung oder aus Statements, Arbeitspapieren, internen und öffentlichen Veranstaltungen entnommen werden. Den Koalitionsparteien SPD und PDS (aber auch der CDU-Opposition) stellt sich ganz offenbar die Aufgabe, nicht nur auf der bundespolitischen Ebene, sondern sehr konkret auch auf der landespolitischen Ebene – trotz und gerade wegen der rechtlich und finanziell eingeschränkten Handlungsspielräume – ihre eigenen wirtschaftspolitischen Positionen umfassender zu definieren und weiterzuentwickeln. Denn auf diesem Gebiet entscheiden sich wesentlich die Zukunftsfragen der Entwicklung des Landes.

Gerade dann, wenn sich Politik als „links“ definiert – was zumindest von der PDS und einer Minderheit innerhalb der SPD angenommen werden kann – sollten keine Barrieren gegenüber

einer auf regionale Produktions- und Innovations-Cluster konzentrierten Wirtschaftsförderungspolitik, die sowohl Bestandteil integrativer Regionalentwicklung ist als auch gezielt nach überregionalen Absatzchancen sucht, bestehen.⁴ Demgegenüber verlieren die traditionellen Orientierungen einer ausgleichsorientierten Subventionspolitik, einer branchenneutralen, breit gestreuten Förderung („Gießkannenprinzip“) oder auch einer primär an der Hoffnung auf externe Investitionen orientierten Förderpolitik immer schneller ihren Nutzwert. Bestenfalls – wenn überhaupt – waren sie in den 90er Jahren eine Zeit lang berechtigt, als es nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland erst einmal darum ging, möglichst das noch gegebene Wirtschaftspotenzial zu erhalten, ehemals vorhandenes wieder „zu beleben“ und bestmögliche Bedingungen für den erwarteten Kapitalstrom von West- nach Ostdeutschland zu gewähren. Moderne Linkspolitik muss sich, wenn sie von Bestand sein soll, auf diesen Wechsel einstellen und bereit sein, die damit einhergehenden Strukturwandlungen und Interessenkonflikte politisch zu begleiten bzw. zu moderieren. Inwieweit sich die „Linken“ in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich auf diesen Wechsel einstellen können, bleibt weiter zu beobachten.

Denn noch immer ist hier das Argument präsent, dass Wirtschaftsförderung auch Arbeitsplätze vernichte und daher zu prüfen wäre, ob statt dessen nicht besser ein Teil dieser Mittel in den Bereich der Arbeitsförderung „umgelenkt“ werden sollte. Diese wie auch andere Vorstellungen, die darauf abzielen, die Wirtschafts- oder Landwirtschaftsförderung zugunsten anderer Verwendungszwecke oder mit dem Ziel der Einsparung landeseigener Komplementärmittel rückzubauen, sind für eine zukunftsfähige Entwicklung ungeeignet, unterstützen statt dessen kurzfristig wirksame konsumtive Ausgaben mit der Aussicht einer perspektivischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtsituation. Selbst die strikte Bindung der Höchstsätze der Wirtschaftsförderung an die Schaffung von 15% zusätzlicher Arbeitsplätze, wie sie gegenwärtig praktiziert wird, hat die problematische Seite, dass auf diese Weise innovative, zukunftsfähige Clusterbildungen eingeschränkt werden könnten, wenn sie nicht sofort die entsprechende Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze erbringen.

Gemessen an den wirtschaftspolitischen Herausforderungen konzentrieren die Koalitionsparteien (und auch die Opposition) ihre Aktivitäten noch recht wenig auf die Entwicklung ihrer eigenständigen Kompetenzen. Die Erarbeitung des Operationellen Programms und der Regionalen Förderprogramme gingen faktisch an den Parteien vorbei. Eigenständige Akzentsetzungen, strategische Vorgaben oder auch „Rückendeckungen für unpopuläre Entscheidungen“ sind seitens der Koalitionsparteien gegenüber dem Wirtschaftsministerium kaum erkennbar. Hierin zeigt sich ein – nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern typisches – strukturelles und Kompetenzgefälle zwischen Ministerialebene einerseits und Parteien- bzw. Fraktionsebene andererseits. Die Frage ist jedoch, ob sich die Parteien bzw. Landtagsfraktionen damit abfinden wollen. In beiden Koalitionsfraktionen scheint der Wille zu wachsen, stärker eigene Akzente zu entwickeln – nicht gegen, sondern gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und anderen wirtschaftspolitischen „Profis“. Tatsächlich hält das Wirtschaftsministerium die „Zügel“ der Wirtschaftsförderung fest in der Hand. Das war auch in der Vergangenheit so, wird sich aber in Zukunft nicht mehr ohne weiteres fortsetzen lassen. Denn die politischen Belastungen, die sich aus den zu erwartenden einschneidenden Kürzungen der Wirtschaftsförderungsmittel sowie aus den notwendigen regionalen und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen

4 Vgl. hierzu auch Uwe Kremer, Benjamin Mikfeld: Regionalwirtschaft und strukturpolitische Doppelstrategie. In: Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Münster 2000, S. 14-43.

ergeben, sind nur über eine breite politische Beteiligung zu „schultern“. Sie müssen sich darüber hinaus dem Maß der *Nachhaltigkeit* im Sinne wirtschaftlicher Wertschöpfung, regionaler Wettbewerbschancen und sozialer Gerechtigkeit stellen. Diese Aufgabe kann nur im Verbund von Parteien, Ministerialverwaltung, Verbänden und Wirtschaftsförderungsinstituten sowie unter Einbeziehung der Öffentlichkeit gelöst werden.

Kooperative Gremien in diesem Sinne sind derzeit das Bündnis für Arbeit (hier insbesondere die Arbeitsgruppe 3) und der neu eingerichtete (und den Vorschriften der EU-Förderung entsprechende) Begleitausschuss für die Steuerung der EU-Strukturfonds. Hier sind wichtige wirtschaftspolitische Kompetenzen gebündelt, die aber bislang wenig für die Bewältigung von Zukunftsfragen des Landes genutzt werden, in deren Arbeit die politischen Parteien noch nicht unmittelbar einbezogen sind und die im übrigen auch durch mehr Transparenz und Öffentlichkeit an Gewicht gewinnen könnten.

Generell stellen sich auch für die *institutionelle Steuerung* der Wirtschaftsförderung neue Herausforderungen, gewinnt dieses Thema zunehmend an Gewicht in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Die Entscheidungskompetenzen der Wirtschaftsförderung (und damit die Verantwortung über ein Fördervolumen von ca. 850 Mio. DM GA-, EFRE- bzw. Landesmittel) sind derzeit beim Wirtschaftsministerium zentralisiert. Zur Erledigung konkreter Wirtschaftsförderungsangelegenheiten nutzt es per Geschäftsbesorgungsvertrag hauptsächlich das Landesförderinstitut (LFI), ferner das Technologieberatungsinstitut (TBI) und die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW). Das Wirtschaftsministerium orientiert auch für die Zukunft auf eine Zentralisierung der Fördermittelvergabe, will auf diesem Wege mehr Effizienz im Verwaltungsablauf der Förderungen erreichen und begründet dies mit Vorteilen der „Förderung aus einer Hand“. Die zahlreichen Förderprogramme für mittelständische Unternehmen sollen übersichtlicher gestaltet und effektiver verwaltet werden. Es wird eine „Leitstelle Unternehmensservice“ als zentraler Anfrage- und Vermittlungspunkt für Wirtschaftsförderungen eingerichtet, die jedoch im traditionellen „Front-Office-Verfahren“ verbleibt statt modernes „Back-Office“ bzw. „One-stop-service“ zu praktizieren.

Tatsächlich gibt es viele Gründe, die Wirtschaftsförderung, insbesondere auch bei „Großförderungen“, in absehbarer Zukunft weitgehend zentralisiert zu belassen. Dennoch wären die Möglichkeiten auszuloten, schrittweise zu einem *differenzierteren* Steuerungssystem überzugehen, das bei kleineren Förderprojekten und besonders in Fragen der Infrastruktur stärker als bisher eine dezentrale Ressourcenverwaltung und -entscheidung ermöglicht – auf der Grundlage von Zielvereinbarungen, Budgets und zentralem Controlling. Dies ist gegenwärtig nicht in Sicht. Da in der Landesregierung *insgesamt* der Gedanke einer Verwaltungsreform noch nicht ressortübergreifend aufgegriffen wurde, erfolgt auch die Wirtschaftsförderung nach eher traditionellem Muster: Alle Entscheidungskompetenzen bleiben vorerst beim Ministerium, Kontraktmanagement in Förderungsfragen bleibt aus. Die Koalitionsparteien thematisieren diese Frage der institutionellen Steuerung bisher nicht oder sehen eher die Gefahren eines solchen Weges.

Sicher wird einerseits zu Recht auf die Schwierigkeiten und Gefahren eines deregulierten Steuerungssystems aufmerksam gemacht: Dezentrale Kompetenzen seien zu wenig entwickelt, Fördermittel würden möglicherweise nicht mehr sinnvoll eingesetzt, und das Wirtschaftsministerium selbst verlöre dann eventuell den Kontakt zur Wirtschaftspraxis im Lande. Allein aus der Sicht einer grundlegenden Verwaltungsstrukturreform im Lande (siehe unten) würden sich für die institutionelle Struktur der Wirtschaftsförderung ohnehin Konsequenzen

ergeben müssen, deren Bedeutung heute zumindest mit angedacht werden sollte statt auf der gegenteiligen Option einer weiteren Zentralisierung zu beharren.

Insgesamt gesehen, wären folgende Neuorientierungen eines „Politikwechsels“ im Bereich der Wirtschaftsförderungspolitik zur Diskussion zu stellen:

1. Innovative regionale Cluster mit überregionalen Absatzchancen ins Zentrum der Förderpolitik! Kerne für selbsttragenden Aufschwung aufbauen. Konzentration der Förderungen auf regionale Produktions- und Dienstleistungscluster, regionale Wertschöpfungsketten mit überregionalem Marktanschluss, Innovationscluster zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie gewinnorientierte regionale Unternehmensnetzwerke.
2. Behutsame Verschiebung von der „Ausgleichspolitik“ zu einer „regionalen Standortpolitik“ („Standorte“ im Sinne von regionalen Vernetzungen).
3. Regionale und branchenspezifische Perspektivabschätzungen (Stettin als Oberzentrum) erarbeiten.
4. Endogene Potenziale in den Mittelpunkt der Förderpolitik stellen; gleichwohl auch die Akquisition von externen Investitionen verstärken (Ansiedlungsmanager).
5. Auch die Infrastrukturförderung auf regionale Wirtschaftsschwerpunkte konzentrieren (regionale Cluster, regionale Wirtschaftsbeziehungen Raum Stettin/Danzig u.a.); gleichzeitig moderate Verschiebung von der gewerblichen zur Infrastrukturförderung.
6. Organisationsmanagement auf neue Grundlagen stellen: „One-stop-service“; Verkürzung und Vereinfachung.
7. Politikmanagement: ergebnisorientierteres, konstruktiveres Prüfen und ggf. Aufgreifen der Forderungen der Wirtschaft im politisch-administrativen Raum.
8. Politische Vorschläge, wie sie auch aus anderen Bundesländern an die Bundesebene zu Wirtschaftssonderförderprogrammen vorgetragen werden, parteiübergreifend unterstützen.
9. Wirtschaftliches Denken und Handeln als Werteorientierung in der Gesellschaft verstärken („Unternehmergeist“; Schulen, Hochschulen, Politik und Verwaltung).
10. Wirtschaftspolitische Strategie entwickeln (auf der Grundlage der vorgenannten Punkte), Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Zukunft des Landes zu einem Schwerpunktthema im politischen Raum machen.

Arbeitsförderungspolitik

In Mecklenburg-Vorpommern besteht eine tiefe strukturelle Beschäftigungslücke. Im Dezember 2000 gab es im Lande nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 167.269 Arbeitslose und insgesamt 231.879 Arbeitssuchende. Die Arbeitslosenzahl entspricht einer Arbeitslosenquote von 19,4% an den abhängig beschäftigten Erwerbspersonen oder von 18,2% an der Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen. Zum gleichen Zeitpunkt waren 24.646 Personen in ABM- und 9.692 Personen in SAM-Maßnahmen beschäftigt. 18.265 Personen nahmen an (Vollzeit-)Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teil, 1.282 Beschäftigte wurden über BHI (Beschäftigungshilfe für Langzeitarbeitslose) gefördert. Insgesamt befinden sich damit regelmäßig über 50.000 Personen in beschäftigungspolitischen Vollzeitmaßnahmen (bei BHI Fördermaßnahmen mit ca. 50%iger Lohnförderung). Damit wird etwa jeder Elfte der insgesamt 589.300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand September 2000) weitgehend über die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Weiterhin überqueren 60.900 Personen regelmäßig als Arbeitspendler die Landesgrenzen Mecklenburg-Vorpommerns, um einer Ar-

beit nachgehen zu können, die sie im eigenen Lande nicht finden. Unter Berücksichtigung eines Großteils arbeitsfähiger (und arbeitswilliger) Sozialhilfeempfänger (über 50.000 Personen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt) und der zeitweiligen Stellen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fehlen etwa 250.000 reguläre Arbeitsplätze im Land.

Anders als in der Wirtschaftsförderungspolitik ist in der Arbeitsförderungspolitik eine konzeptionelle Trendwende zu erkennen, die mit den Intensionen der neuen Regierungskoalition zusammenhängt, aber auch durch veränderte Förderungsbedingungen seitens der Bundesanstalt für Arbeit einerseits, der Europäischen Union andererseits beeinflusst wird. Dies konnte sich bislang noch nicht in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen niederschlagen – ohnehin hat ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern hierauf nur partielle Einflussmöglichkeiten. Um diese zu nutzen, erlangte die Arbeitsförderungspolitik seit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 *eine Reihe neuer Merkmale*, die ansatzweise bereits in die Grundüberlegungen des Programms Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern (AQMV) eingeflossen sind, die sich aber erst schrittweise und gerade seit allerjüngster Zeit in einem komplizierten Prozess des Umsteuerns der Arbeitsmarktpolitik ausprägen. In diesem Zusammenhang wird vom Arbeitsministerium – von vornherein im Diskurs und gemeinsam mit den Sozialpartnern – an der Neuausarbeitung des AQMV gearbeitet.

Zu den wichtigsten neuen Merkmalen gehört ein stärker entwickelter *Regionalisierungsansatz* bei der Arbeitsförderung. Die Orientierung auf *gemeinwohlorientierte Arbeitsförderungsprojekte* (GAP) und der Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) sind ebenfalls neu. Hierbei könnte nicht zuletzt der Aufbau *regionaler Konsensgremien* eine innovative Anregung auch für andere Bundesländer sein. Ein neuer Akzent besteht weiterhin darin, dass ergebnisorientierte *Projektförderungen* gegenüber der traditionellen Kofinanzierung individueller Eingliederungshilfen und auch gegenüber der Zielgruppenförderung an Gewicht gewinnen. Und nicht zuletzt ergeben sich neue Aspekte bei der *Integration von Jugendlichen* in den Arbeitsmarkt, bei der Prävention vor *Langzeitarbeitslosigkeit*, beim Verhältnis von *Qualifizierungsförderung und traditioneller ABM-Förderung*, hinsichtlich stärkerer Akzentuierung der *berufsbegleitenden Weiterbildung*, der Förderung von *Existenzgründungen*, der Förderung des „*Unternehmergeistes*“, der Einbeziehung von *Frauen* in die Europäische Sozialfonds-Förderung (ESF) sowie des Bemühens um stärkere *Transparenz* der Förderkonditionen.

All diese Momente stehen in Übereinstimmung mit der Neufassung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes und des Operationelles Programms 2000-2006, werden hiervon zum Teil massiv beeinflusst und forciert; sie setzen aber auch markant eigene Akzente.

Insgesamt ist das Land heute sichtbar flexibler auf der Suche nach neuen, intelligenten Modellen der Arbeitsförderung. Schritt um Schritt werden hierfür Strukturen, Modelle und Experimente (zum Beispiel Modellprojekt Jobrotation; Beschäftigungshilfen für Sozialhilfeempfänger) aufgebaut, im (ebenfalls neu aufgebauten) *Bündnis für Arbeit* diskutiert und auf den Weg gebracht – und das ist durchaus konkretes Resultat der neuen Regierungspolitik. Im folgenden sollen einige Akzente der Arbeitsförderungspolitik näher unter dem Gesichtspunkt ihrer Stärken und Schwächen beleuchtet werden.

Trotz der relativ umfangreichen Mittel der EU und auch des Landes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind die Mittel, die die Bundesanstalt für Arbeit für diesen Zweck in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung stellt, ungleich höher: im Jahre 2001 zum Beispiel rund 2,68 Mrd. DM gegenüber knapp 300 Mio. DM von Land und EU (inklusive 46 Mio. DM Ausbildungsförderung, die über das Wirtschaftsministerium geregelt wird).

Um auf die Mittelvergabe der Arbeitsämter überhaupt Einfluss nehmen zu können, bedarf es vor allem guter Kooperationskontakte zum Landesarbeitsamt und zu den vier regionalen Arbeitsämtern. Die Qualität dieser Kooperation wird von den befragten Akteuren unterschiedlich und widersprüchlich beschrieben, was zumindest auf Verbesserungsmöglichkeiten hinweist.

Das Arbeitsministerium orientiert in seiner gesamten Arbeitsmarktpolitik darauf, möglichst umfassend die Mittel der Bundesanstalt zu nutzen. Für das Land stellt sich aber zunehmend das Problem, die hierfür erforderlichen Kofinanzierungen aufbringen zu können. Konnten diese Kofinanzierungen bislang weitgehend durch ESF-Mittel abgedeckt werden, werden nunmehr mit dem neuen OP die Bedingungen verändert – letztlich mit dem Ziel, mehr Nachhaltigkeit in der Beschäftigungsförderung zu erreichen. Obwohl der Anteil der „aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik“ an den ESF-Förderungen („EU-Politikfeld A“) in Mecklenburg-Vorpommern deutlich höher als im Bundesdurchschnitt ist (46% gegenüber 36%), sind im neuen OP die Akzente sowohl innerhalb des Politikfeldes A als auch im Gesamtkontext aller 6 ESF-Politikfelder wesentlich stärker zugunsten präventiver und nachhaltiger Maßnahmen (insbesondere Ausbildung, Weiterbildung, „lebenslanges Lernen“, Prävention vor Langzeitarbeitslosigkeit, Herausbildung von Unternehmergeist etc.) gesetzt. Eine Folge ist, dass die bisherigen traditionellen ABM-Maßnahmen („ABM in Regie“), die hauptsächlich im Rahmen der Politikfelder A und B mit ESF-Mitteln kofinanzieren sind, nur noch zu 10% des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts (je 5% Land und Bundesanstalt für Arbeit) bezuschusst werden können (ABM in Vergabe und ABM für Behinderte weiterhin mit insgesamt 25% – eine Art „erzwungener Schwerpunktsteuerung“). Hierzu gab es „heiße Debatten“ im Lande, letztlich aber eine relativ breite Zustimmung, darunter seitens der Gewerkschaften. Die Veränderungen berühren empfindlich die bisherige Hauptsäule beschäftigungspolitischer Maßnahmen: die Regie-ABM-Maßnahmen. Hinzu kommt die beabsichtigte Kürzung von ABM-Maßnahmen seitens der Arbeitsämter. Absehbar wird damit ein sukzessiver Umstrukturierungs- und Selektionsprozess unter den Beschäftigungsträgern. Die bisherige Art und Weise der vom Land vorgenommenen Stammstellenförderung und des Stützens umfangreicher arbeitsmarktpolitischer Strukturen wird sich nicht auf bisherige Weise fortsetzen lassen. Ihr müssen differenzierte Bewertungen über die Nachhaltigkeit der Förderungswirkungen zugrunde gelegt werden. Vor allem die seitens der Bundesanstalt vorgesehene drastische Kürzung von ABM-Stellen wird sich auf Grund des Schlüssels (eine Stammstelle für 40 ABM-Stellen) auf eine Reduzierung der Stammstellen auswirken und mit einschneidenden Konsequenzen für die Träger verbunden sein. Gleichzeitig ergibt sich die Möglichkeit, beschäftigungswirksame Maßnahmen stärker auf berufsnahe bzw. wirtschaftsnahe Weiterbildung, auf Vergabe-ABM und andere Maßnahmen mit größerer Nachhaltigkeitswirkung zu konzentrieren.

Die Arbeitsämter bauten auch ABM- und SAM-Maßnahmen für die Realisierung des Landesprogramms Jugend- und Schulsozialarbeiter zurück. Einerseits fällt damit die Finanzierung des Programms stärker auf das Land und die Kreise/Kommunen (je zur Hälfte) – was in einigen Kreisen heftige Kritik auslöste –, andererseits geht es um kompetente Fachleute in unbefristeten Stellen, was über ABM und SAM nicht oder nur sehr bedingt realisiert werden kann. Wenn es um regional verortete Leistungen im gemeinwohlorientierten Bereich geht und die Regionalisierung der Beschäftigungsförderung ernst gemeint ist, ist es aber nicht unangemessen, die kommunale Ebene an der Finanzierung dieser Aufgaben zu beteiligen.

Das Land kann weder die Reduktion des Anteiles der ESF-Kofinanzierung noch die Kürzung von ABM-Maßnahmen seitens der Bundesanstalt durch eigene Mittel kompensieren. Eine solche Kompensation – selbst wenn sie möglich wäre – brächte zudem nur zeitweilige beschäftigungswirksame Ergebnisse hervor und hätte strukturkonservative Nebenwirkungen. Bis vor kurzem verfügten einige Interessengruppen, Organisationen und Beschäftigungsgesellschaften im Lande noch über jeweils hunderte ABM-Stellen, ohne dass diese konsequent in integrierte regionale Entwicklungskonzepte eingeordnet gewesen wären. Auch wenn auf diese Weise zeitweilige Beschäftigungseffekte organisiert wurden, bleibt dem Land keine andere Wahl, als sich auf die Neuorientierungen der EU (und in bestimmter Hinsicht auch der Bundesanstalt für Arbeit) einzustellen, die die Beschäftigungsförderung auf Maßnahmen mit größerer Nachhaltigkeitswirkung orientiert sehen wollen. Das bedeutet die Herausforderung eines „Umsteuerungsprozesses“ in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderungspolitik. Ungeachtet dessen bleibt die Forderung des Landes verständlich, der Bundesgesetzgeber bzw. die Bundesanstalt mögen von der Regelung abrücken, dass 50% der „verstärkten (Sachkosten-)Förderung“ (§ 266 SGB III) vom Land kofinanzieren sind.

Denn so verständlich auch die Nachhaltigkeitsorientierungen der Europäischen Union und der Bundesanstalt in der Arbeitsförderungs politik sind, bleibt es gerade in Mecklenburg-Vorpommern eine Tatsache, dass für sehr viele Menschen im Lande und in ganzen Teilregionen die Förderung über ABM oder über andere öffentliche Mittel die einzige Chance bleibt, überhaupt je ein Beschäftigungsverhältnis wahrnehmen zu können. Arbeitsmarktpolitik ist nicht *allein* (aber doch *immer mehr*) unter Strukturbildungs- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu entwickeln, sondern auch als Sozialpolitik und als Politik gegen die Entvölkerung von Regionen.

Weit über die Hälfte der seitens des Landes eingesetzten Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen kommen aus dem ESF-Fonds. Faktisch für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes – bei der „Stammstellenförderung“ für Beschäftigungs- und Weiterbildungsträger trägt das Land einen höheren Anteil – werden maßgeblich ESF-Mittel mitgenutzt. Es ist aber nicht nur der finanzielle Beitrag der Europäischen Union, der von Bedeutung ist, sondern es sind auch deren inhaltliche Orientierungen. Mehr noch als in der Wirtschaftspolitik (wo dies zum Teil auch zutrifft) könnten gerade politische Kräfte, die sich als „linksdemokratisch“ oder im Sinne einer „Mitte-Links-Koalition“ verstehen, an die Orientierungen der Europäischen Union anknüpfen. In der Landespolitik der Koalitionsparteien ist dieser Gedanke bisher kaum präsent, was dazu beiträgt, dass ihre gleichgelagerten Orientierungen unter den Interessenvertretern der Wirtschaft nicht als EU-Politik, sondern eher als exotische und letztlich zu überwindende „Linkspolitik“ wahrgenommen werden. Das gilt erst einmal für solche Orientierungen wie beispielweise diejenigen zur Schaffung regionaler Beschäftigungsnetzwerke und gemeinwohlorientierter Projekte, zur nachhaltigen Verknüpfung von Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik sowie dem Gender-Mainstreaming-Ansatz. Weitaus geringer ist in den Koalitionsparteien die Akzeptanz jener EU-Politik, die auf mehr Nachhaltigkeit in der Beschäftigungsförderung zielt und damit in der Praxis zunächst zahlreiche Strukturen der traditionellen ABM-Förderung in Frage stellt. In diesem Prozess des Umsteuerns steht das Land noch am Anfang und wird – schneller als es die eigenen finanziellen Mittel des Landes „abzufedern“ vermögen – von den Entscheidungen der EU „getrieben“. Prinzipiell stellt aber hier die Politik der Europäischen Union eine Anforderung, der sich heute jede (und also auch eine Mitte-Links getragene) zukunftsorientierte Politik stellen muss.

Die institutionelle *Steuerung* der Arbeitsmarktpolitik wird – auf *politisch-strategischer Ebene* – zunächst durch das AQMV als gesetzlicher Grundlage des Landes bestimmt. Dabei sind die 17 Richtlinien des gegenwärtig noch gültigen AQMV vor allem von administrativer, verwaltungstechnischer, rechtlicher und insbesondere haushaltsrechtlicher Bedeutung und bieten von daher eine verlässliche Grundlage der Arbeitsförderung. Sie drücken aber nicht direkt die Schwerpunkte der Arbeitsförderung aus. Spielräume in der Arbeitsmarktförderung entstehen dadurch, dass bestimmte Projektvorhaben in verschiedene (untereinander deckungsfähige) Richtlinien eingeordnet werden können.

Formell sind den Richtlinien auch entsprechende Budgets zugeordnet, auf deren Grundlage die Versorgungsämter ihre Antragsbearbeitung durchführen (*operative, verwaltungstechnische Ebene der Steuerung*). Für die Versorgungsämter sind somit die Richtlinien und die ihnen zugeordneten Budgets die Handlungsgrundlage. Auf diese Weise – die Versorgungsämter entscheiden nach Antragslage entsprechend der auf Richtlinien aufgeteilten Budgets und immerhin auch nach Erfahrungswerten – entsteht das sogenannte „Windhundverfahren“. Seine problematischen Effekte und Wirkungen sind bekannt und sollen mehr und mehr eingeschränkt werden. Dies ist auch dringend notwendig, denn die zur Verfügung stehenden Mittel reichen für den angemeldeten Bedarf nicht aus; zudem sind die Projekte komplexer und die Projektkosten, z.B. für berufliche Bildungsprojekte, höher geworden. Für die Kofinanzierung von SAM-Maßnahmen (evtl. mit Ausnahme GAP) erfolgte bisher kaum eine Schwerpunktsteuerung. Ähnlich ist es bisher bei der Kofinanzierung der Sachkosten für ABM-Maßnahmen. Das wird sich ändern müssen, da hier – wie bereits oben erwähnt – weniger als bisher ESF-Mittel zur Kofinanzierung eingesetzt werden können.

Es ist geradezu dringlich geworden, die Weichen für die Steuerung von Förderungsbewilligungen klarer schon im *Vorfeld* des verwaltungsseitigen Bearbeitungsprozesses von Anträgen zu stellen und die *strategische* Komponente des Steuerungsprozesses zu stärken. Bisher erfolgen die Bewilligungen noch zu sehr nach Antragslage und Einzelfällen, die dann im Nachhinein strategisch legitimiert werden. Um dies zu ändern, setzt das Arbeitsministerium erstens auf *regionale Konsensanträge vor Ort*, die bei der Vergabe Priorität genießen; zweitens auf die *Aktionsprogramme*, die als Element der strategischen Steuerung zunehmend das AQMV ergänzen; drittens auf „Budgetgespräche“ beim Minister, in denen die jeweils aktuellen Förderprioritäten entsprechend der Antragslage und dem Bedarf präzisiert werden. Bei all dem wäre auch in der Arbeitsförderungs politik eine transparentere und klarere Schwerpunktsetzung einschließlich transparenter Budgetverteilungen erstrebenswert, angefangen bei der Gliederung der Haushaltsplanung über die regelmäßige Veröffentlichung klar strukturierter Schwerpunkte (z.B. über Internet) bis hin zur Neufassung des AQMV (derzeit im Prozeß der Erarbeitung). Möglicherweise werden die Voraussetzungen hierfür mit der Einführung des ISAP-Systems (Informationssystem Arbeitsmarktpolitik) verbessert; es handelt sich jedoch nicht zuvorderst um ein technisches Problem, sondern zunächst erst einmal um eine Frage der Politik in diesem Bereich: inwieweit tatsächlich die Transparenz über Schwerpunkte, finanzielle Mittel und Förderungsverlauf angestrebt wird.

Konzentration der Förderungen auf die Herausbildung nachhaltiger Wirtschafts- und Regionalstrukturen statt Reagieren nach Antragslage – das ist noch immer das hauptsächliche Problem. Die Überwindung des „Windhundprinzips“ bei den Förderungen schließt aufgrund geringer Landesmittel eine Schwerpunktsteuerung auch durch Einschränkung entsprechend der regional zu setzenden Prioritäten ein. Politische Konflikte mit einer ausdifferenzierten

arbeitsmarktpolitischen Lobby sind insoweit vorprogrammiert – Konfliktmanagement und das Gewinnen von politischen Mehrheiten für strukturelle Veränderungen werden zur neuen Herausforderung. Landesweit übergreifende Kriterien hierfür sind zu setzen, das wichtigste besteht in der *Nachhaltigkeit*.

Wenn dies geschähe, würde auch die *praktisch moderierende und beratende Ebene der Steuerung*, wie sie unter anderem von der BBJ GmbH und von der Trägergesellschaft des Landes (TGL) wahrgenommen werden, an Bedeutung gewinnen. Oft sind die Beratungsleistungen noch durch den Mangel an Transparenz über die konkret zur Verfügung stehenden Budgets eingeschränkt. Dies schließt auch die Frage ein, inwieweit sich das Arbeitsministerium selbst aus unmittelbaren Beratungsfunktionen zurückziehen könnte. Normalerweise gehört diese Tätigkeit nicht unbedingt zum Aufgabenbereich einer Ministerialverwaltung. Gegenwärtig sind im AQMV noch 5 von 17 Richtlinien mit dem Vermerk versehen, dass die Antragsberatung über das Ministerium für Arbeit und Bau erfolgt.

Nicht wenige der im Lande tätigen arbeitsmarktpolitischen Akteure schätzen ein, dass – wie generell die ressortübergreifende Kooperation zu wenig entwickelt ist – auch die Arbeitsmarktpolitik im Lande noch entschieden *zu wenig als ressortübergreifendes Handlungsfeld, als Schwerpunkt- und Zukunftsaufgabe der Regierung als Ganzes* gesehen und praktiziert wird. Immer mehr Felder der Landespolitik (neben „Arbeit“ zum Beispiel auch „Jugend“, „EU-Osterweiterung“ und „Verwaltungsreform“) sind nur noch ressortübergreifend zu lösen. Interministerielle Arbeitsgruppen sind hierfür ein bewährtes Instrument, reichen aber nicht aus, da es zunehmend um die Lösung gravierender *struktureller* Veränderungen im Lande geht, die eines verwaltungsressort- und auch politisch übergreifenden Handelns bedürfen, um nicht auf halber Wegstrecke liegen zu bleiben oder in politischen Konflikten zu zerbröseln. Im Mittelpunkt steht hierbei die Verknüpfung von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Struktur-/Raumplanungspolitik. Ressortübergreifendes politisches Denken und Handeln, flexiblere Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft, Institutionen und Verbänden wären hierfür mehr denn je gefragt. So würde beispielweise die von allen Seiten bejahte „Verzahnung“ von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik erfordern, strategische Schwerpunkte der Regionalentwicklung abzustimmen, den Institutionalisierungsrahmen von Regionalisierungsprozessen zu koordinieren, regionale Raumplanung mit Wirtschafts- und Arbeitsförderungsschwerpunkten zu verbinden – hinzu kämen Koordinierungsaufgaben zumindest mit den Sozial-, Umwelt und Bildungsressorts. Arbeitsmarktpolitische Konsequenzen, wie sie gerade aus strukturellen Veränderungen von *Landesinstitutionen* entstehen (Polizeistrukturereform, Reduzierung im Forstbereich, Schulstruktureform, Verlegung der Landespolizeischule, der Diskussion um die Zukunft der Fachhochschule Güstrow u.a.m.), die offensichtlich erst der Anfang umfangreicher institutioneller Strukturveränderungen auf der Landesebene sind, können nicht allein von den jeweils zuständigen Ministerien und auch nicht allein vom Arbeitsministerium getragen werden, sondern bedürfen massiven Rückhalts der Koalition und des Kabinetts als Ganzes sowie intensiver ressortübergreifender Verflechtungen bis hin zu Umstrukturierungen der Ministerialverwaltung.

Zu den markantesten Diskussionsfeldern der Arbeitsmarktpolitik gehören *die Themen ÖBS (Öffentlicher Beschäftigungssektor) und GAP (Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderungsprojekte)* – und dies nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Koalition. Zur Jahreswende 2001 waren ca. 730 Personen in GAP-Projekten und 350 Personen in Projekten der Landesinitiative für Jugend- und Schulsozialarbeit beschäftigt. Beides wird in der Koalition meist als „Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor“ verbucht. Besonders innerhalb

der PDS werden allerdings zum Teil sehr weitgehende Kriterien an die Entwicklung eines öffentlichen Beschäftigungssektors gelegt, die von den gegenwärtig laufenden GAP-Projekten bei weitem nicht immer erfüllt werden. Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderungsprojekte erscheinen danach noch nicht als Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Gegen den Koalitionsstandpunkt wird auch von der Opposition argumentiert: GAP-Projekte habe es schon immer gegeben, auch wenn sie nicht so genannt wurden. Es seien einfach SAM-Projekte. Das habe etwas mit den Förderungen der Arbeitsämter, aber nicht mit einer neuen Landesstrategie zu tun. Tatsächlich stützen sich die GAP-Projekte weitgehend, aber nicht ausschließlich, auf SAM-Förderungen nach Sozialgesetzbuch III.

Die entscheidende Frage, ob es sich hierbei um etwas „Neues“ und „Zukunftsfähiges“ handeln könnte, ist jedoch nicht in der Art und Weise der Finanzierung (Bundesanstalt und/oder Land), sondern darin suchen, ob mit diesen Projekten *nachhaltige (!) Grundlagen für neue wirtschafts-, arbeitsmarkt- und bürgergesellschaftliche Strukturen (!)* geschaffen werden können. Da landeseigene Mittel kaum zur Verfügung stehen, ist es nur folgerichtig, dass die Mittel der Bundesanstalt weitgehend in Anspruch genommen werden und mit den damit verbundenen Spezifika (Individualförderung) und den nicht mehr zeitgemäßen Traditionalismen (Zeitbegrenzung, Altersgruppeneingrenzung, begrenzte Zielgruppenförderung, Ausklammern oder Einschränkung von Sachmittelförderung, untertarifliche Bezahlung usw.) umgegangen werden muss.

Die zukünftige Bedeutung der GAP-Projekte hängt sehr weitgehend davon ab, ob sie in demokratischen (nicht unbedingt 100%ig konsensualen) regionalen Entscheidungsprozessen in die *Gesamt-Regionalentwicklung* eingebunden werden können – in *Modelle der integrierten Regionalentwicklung* – und ob auf diese Weise neue Strukturen eines „dritten Sektors“ geschaffen werden können. Sie müssen auf regionale Bedarfe orientiert sein, die demokratisch und transparent zu ermitteln sind – Egoismen und Gefahren des Klientelismus sind durch die Art des Findungs- und Entscheidungsprozesses so gering wie möglich zu halten. Hierbei handelt es sich um mehr als schlechthin um einen „öffentlichen Beschäftigungssektor“ – einem für viele sowieso missverständlichen Begriff.

Der heute weit über die politische Linke hinaus diskutierte Begriff des „Dritten Sektors“ zielt auf die Schaffung von Strukturen gesellschaftlich notwendiger, weithin gemeinwohlorientierter Arbeit, für die weder eine entsprechende Marktnachfrage noch eine entsprechende staatliche oder kommunale Daseinsfürsorge wahrgenommen wird. Es handelt sich nicht um „Brückenfunktionen zum ersten oder allgemeinen Arbeitsmarkt“, wengleich Übergänge in den Marktbereich und somit in den „allgemeinen Arbeitsmarkt“ möglich sind. Es handelt sich vielmehr um die Etablierung dauerhafter Strukturen für die Wahrnehmung gesellschaftlich nützlicher, notwendiger und meist auch hoch qualifizierter Arbeiten im sozialen, kulturellen, Bildungs- und ökologischen Bereich mit überwiegend öffentlicher (staatlicher wie auch kommunaler; Bundesanstalt für Arbeit, Land und Kommunen/Kreise) Finanzierung, aber so weit es geht auch unter Einbeziehung von Eigenerwirtschaftung, Spenden und ehrenamtlicher Arbeit. In der Praxis bestehen solche Strukturen einerseits in hochprofessionellen Bereichen wie den Wohlfahrtsverbänden; andererseits – und dies gewinnt ebenso an Bedeutung – in Vereinen, Instituten, gGmbH's usw., die auf der Eigeninitiative ihrer Mitglieder gründen. Auch wenn die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und anderen Voraussetzungen dieses Dritten Sektors in Deutschland insgesamt grundlegender Novellierungen bedürften, ist es nicht chan-

cenlos, diese Wege in einzelnen Bundesländern zu erproben und zu unterstützen. Hierbei spielt Mecklenburg-Vorpommern eine „Vorreiterrolle“.

Der schrittweise Ausbau des Dritten Sektors ist ein strategische Option, die nicht nur arbeitsmarktpolitische Effekte verspricht (obgleich sie die arbeitsmarktpolitische Krise bei weitem nicht allein nicht lösen kann), sondern auch die Attraktivität des Landes und die langfristigen Wirtschaftsinteressen positiv beeinflusst. Dies setzt u.a. voraus, dass die Projekte, die in diese Richtung führen, einem ergebnisorientierten, wirkungsorientierten Controlling unterworfen werden, wofür bislang noch wenig Voraussetzungen bestehen. Erscheinungen von rein „konsumtivem“ Verbrauch öffentlicher Mittel kann damit entgegengewirkt werden. Wenn auf diese Weise die Idee des ÖBS bzw. des Dritten Sektors konzeptionell und praktisch weiter ausgebaut wird, könnte davon ausgegangen werden, dass die gegenwärtig vorherrschenden (überwiegend ordnungspolitischen) Vorbehalte seitens der Wirtschaftsverbände nicht unumstößlich bleiben müssen, Konsensoptionen neu erschlossen werden können. Dies um so stärker, je mehr die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Dritten Sektor gezielter auf die Verbesserung weicher Standortfaktoren für Schwerpunktcluster der Wirtschaft und auf Projekte der nachhaltigen integrierten Regionalentwicklung konzentriert werden.

Der *Regionalisierungsansatz* bei der Arbeitsförderung hat Voraussetzungen in den vergangenen Jahren, darunter auch aus der Zeit der Vorgängerregierung. Zunehmend in den letzten Jahren wurde das AQMV regionalisiert, über die entsprechenden regional ansässigen Strukturen und Träger umgesetzt. Die Systematik und Zielstrebigkeit, mit dem dieser Ansatz jetzt betrieben wird, ist dennoch neu – umso mehr, da im Arbeitsministerium davon ausgegangen wird, dass man zur Zeit noch *am Beginn* der Erarbeitung einer Regionalisierungsstrategie stehe. Ein entsprechender Vorschlag für die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik wurde im Herbst 2000 auf einer Beratung der AG 4 des Bündnisses für Arbeit zur Diskussion gestellt. Insgesamt geht es bei der Regionalisierung sehr wohl darum, die Förderprogramme noch zielgerichteter auf die Bedürfnisse der (z.B. Planungs- bzw. Arbeitsmarkt-) Regionen auszurichten. Aber darüber hinaus geht es um mehr: Letztlich könnte man das Ziel vermuten, solche regionale Netzwerkstrukturen zu entwickeln, denen die Orientierungen, Leitideen und konkreten Entscheidungen über beschäftigungspolitische und damit verbundene wirtschaftsfördernde Maßnahmen in ihrer Region anvertraut werden, einschließlich der Verfügung über die finanziellen Mittel. Die Steuerung durch das Ministerium und die landesweit tätigen Förderinstitute könnte sich dann auf strategische Fragen der Arbeitsmarktpolitik bzw. Arbeitsförderung, auf regional übergreifende Fragen, auf Erfahrungsaustausch und Wettbewerb, Monitoring und Kontrolle beschränken; sie hätten für diese Aufgaben zugleich mehr Bewegungsraum. Für das Arbeitsministerium würde dies einen Paradigmenwechsel seiner institutionellen Steuerung bedeuten: keine Reduzierung, aber eine erhebliche Akzentverschiebung seiner Steuerungsmodi zugunsten strategischer Aspekte sowie der Steuerung über Instrumente des New Public Managements (Zielvereinbarungen, Ergebnis- statt Verfahrenskontrolle, Budgetierung, Kosten-Leistungs-Rechnung, Controlling usw.). Für die Versorgungsämter würde dies bedeuten, eher als Dienstleister der Regionen denn als „Geschäftsbesorger“ des Arbeitsministeriums tätig zu werden. In der Arbeitsförderung kann dieser Weg prinzipiell umfänglicher und weitgehender gegangen werden als dies im Bereich der Wirtschaftsförderung (siehe oben) möglich ist – dennoch stellen sich auch hier Fragen nach den dezentralen Kompetenzen, müssen erst entsprechende institutionelle Voraussetzungen aufgebaut werden.

Der von BBJ in Kooperation mit TGL unterbreitete Vorschlag („Regionale Partnerschaften“ als Leitgremium, regionale Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen, „Regionalsekretariate“ als Knotenpunkte der Kommunikation usw.) beinhaltet in der Konsequenz auch die Idee, den Wirkungskreis dieser institutionellen Struktur *schrittweise auf Fragen der Struktur- und der Wirtschaftspolitik* auszudehnen bzw. mit institutionellen Strukturen auf diesen Gebieten zu verkoppeln, da die Arbeitsmarktpolitik auch in den Regionen des Landes nur in der Verzahnung mit der Struktur- und der Wirtschaftspolitik Erfolgchancen hat. Zwar sind bislang die regional verankerten Netzwerke der Beschäftigungsförderung noch kaum auf Fragen der regionalen Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik eingestellt; in der Perspektive wäre eine solche Koppelung – wie sie im konkreten auch immer aussehen mag – jedoch nicht nur denkbar, sondern auch wünschenswert und notwendig. Bei all dem ist die Etablierung transparenter, demokratischer arbeitsmarktpolitischer regionaler institutioneller Strukturen zwar in den letzten Jahren deutlich vorangekommen, jedoch noch nicht ausreichend für einen kurzfristigen Übergang von der zentralen zu einer dezentralen Steuerung und Ressourcenverwaltung der finanziellen Mittel für Beschäftigungsförderung. Wenn regionale Netzwerke in der Perspektive größere Kompetenzen in der Arbeits- (und bedingt auch in der Wirtschafts-) Förderung erhalten sollen, sind immer auch Gefahren des Klientelismus, der Vetternwirtschaft, politischer Blockaden und strategischer bzw. operationeller Inkompetenz zu bedenken. Transparente, regionale, demokratische institutionelle Netzwerke, transparente Entscheidungs- und kompetente Managementprozesse bauen sich nicht „per Verordnung“ auf. In der Perspektive führt jedoch kein Weg an einer schrittweisen Kompetenzübertragung auf die regionale Ebene vorbei. Bestehen gegenwärtig hierfür vor allem die Voraussetzungen auf der Kreisebene (Kreistage und Kreisverwaltungen als „belastbare“ Institutionen regionaler Wirtschafts- und Arbeitsförderungs politik), so geht es schon heute und vor allem perspektivisch um eine Erweiterung auf regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsregionen, z.B. Planungs- bzw. Arbeitsmarktregionen.

Für eine nachhaltige Arbeitsförderungen in Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich insgesamt folgende Schlussfolgerungen:

- *Konzentration der Förderungen auf die Herausbildung nachhaltiger Wirtschafts- und Regionalstrukturen statt Reagieren nach Antragslage* – das ist das übergreifende Hauptproblem.
- Erstes Standbein der Arbeitsförderung ist *„wirtschaftsnahe Arbeitsförderungs politik“*, und zwar zunehmend unter dem Gesichtspunkt der *präventiven Unterstützung des Strukturwandels der Arbeit*. Dies schließt zumindest folgendes ein: A) Für die Wirtschaft sollten vorausschauend und *bedarfsgerecht* qualifizierte Arbeitnehmer „bereitgestellt“ und die (potenziellen) Arbeitnehmer müssen selbst auf diesen Bedarf vorbereitet werden. B) Die Wirtschaft muss ihrerseits diesen Bedarf klarer artikulieren und zur beruflichen Fortbildung ihrer eigenen Mitarbeiter beitragen. C) Wirtschaftnahe Arbeitsförderung sollte – ähnlich der Wirtschaftsförderung – nicht „gestreut“, sondern auf Schwerpunktcluster konzentriert werden. D) Es geht zunehmend um wirtschaftsnahe Förderinstrumente, die sich auf den *Strukturwandel* der Erwerbsarbeit einstellen. Das stellt sich z.B. in folgenden Formen dar: Halbtagerwerbsarbeit aber gleichzeitig Halbtagsunternehmerin (Tourismus); Existenzgründer aber gleichzeitig berufliche Weiterbildung; Küstenfischer aber gleichzeitig arbeitslos; Kinderbetreuung und gleichzeitig Teilzeitarbeit; arbeitslos aber dies gleichzeitig für Bildungsreise im Ausland nutzen; Jobrotation etc. E) Eher Arbeit subventionieren als Arbeitslosigkeit finanzieren.

- Zugleich bleibt Arbeitsmarktpolitik *sozial verpflichtend, gemeinwohlorientiert und aktiv arbeitsplatzschaffend* – dies vor allem mit Bezug auf die Entwicklung des Dritten Sektors (ÖBS), bei überwiegend qualifizierten Leistungen, nicht zu Niedriglohnkonditionen, aber flexibel in der Arbeitszeit. Der Dritte Sektor muss mehr unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und Schwerpunktsetzung entwickelt werden: *Projekte zur nachhaltigen integrierten Regionalentwicklung*. Auch die Zielgruppenförderung sollte stärker auf diesen Schwerpunkt hin orientiert werden. Besonders ältere Bürgerinnen und Bürger könnten in diesem Bereich gemeinwohlorientierter Beschäftigung (Humandienstleistungen, Ökologie, Bildung, Kultur) sinnvolle Tätigkeitsfelder finden.
- Prinzipiell muss sich die Arbeitsförderung des Landes mangels eigener Mittel auch in Zukunft auf die Schwerpunktsetzungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Europäischen Union einstellen, was im konkreten Falle zum Beispiel eine stärkere Orientierung nicht nur auf betriebsnahe Qualifizierungen, sondern auch auf SAM und Vergabe-ABM statt auf Regie-ABM einschließt. Die mit diesem Umstrukturierungsprozess verbundenen Negativfolgen für die Beschäftigungssituation und für Beschäftigungsträger müssen möglichst gedämpft werden. Gleichzeitig ist eine Förderpolitik zu entwickeln, die tatsächlich nachhaltige Beschäftigungswirkungen zeigen kann.
- Es geht um einen schrittweisen *Ausbau regionaler Entscheidungskompetenzen* über Projekte, Budgets, Konditionen (vorerst Kreisebene; im weiteren regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsregionen) sowie in diesem Zusammenhang um eine maßvolle Beteiligung der kommunalen (regionalen) Ebene an der Finanzierung regionaler Projekte.
- Es geht um eine *Modernisierung der institutionellen Steuerungsformen*: Seitens der Regierung ist ein wirksames Controlling (statt traditioneller Verwaltungskontrolle) über Standards, Ergebnisse und Nachhaltigkeit erforderlich. Die Steuerung nachgeordneter Behörden und Dienstleister könnte schrittweise über Zielvereinbarungen, Budgets, Kontraktmanagement und moderne Controlling-Formen erfolgen. Ministeriell ressortübergreifende Konzepte für strukturelle Wandlungsprozesse gewinnen an Bedeutung. Der Institutionalisierungsrahmen von Regionalisierungsprozessen bedarf der Koordinierung (Wirtschaft, Arbeit, Regionalplanung). Versorgungsämter könnten im Zuge einer Funktionalreform als Dienstleister der Regionen entwickelt werden.

Örtliche und überörtliche Sozialhilfe

Nach § 96 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise die *örtlichen* Träger der Sozialhilfe. Die Länder bestimmen hingegen die *überörtlichen* Träger der Sozialhilfe. Einige Länder haben sich *selbst* zu überörtlichen Sozialhilfeträgern bestellt und diese Aufgabe dann teilweise auf dem Wege der Delegation (gegen Erstattung der Kosten) an die Kreise/kreisfreien Städte weitergeben, so *Mecklenburg-Vorpommern* (auch *Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen*). Die Kreise und kreisfreien Städte führen diese Aufgaben in der sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers durch. In Mecklenburg-Vorpommern gehören zu diesen durch die Kreise/kreisfreien Städte für das Land durchgeführten Aufgaben die teilstationären und stationären Hilfen der Eingliederungshilfe (§§ 39ff. BSHG), die Blindenhilfe (§ 67), die Hilfe zur Pflege (§ 68), die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 72). In anderen Bundesländern wird derzeit schon ein anderer Weg gegangen: Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers liegt hier nicht mehr beim Land, sondern bei der kommunalen Ebene, und zwar bei „höheren Kommunalver-

bänden“, so in *Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen bei den Landeswohlfahrtsverbänden, in Bayern bei den Bezirken, in Nordrhein-Westfalen bei den Landschaftsverbänden.*

Einen ähnlichen Weg will nun auch Mecklenburg-Vorpommern gehen. Dabei unterscheidet sich Mecklenburg-Vorpommern von den zumeist CDU- bzw. CSU-geführten Ländern (Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen, Bayern, NRW – SPD-geführt) nicht nur durch einen erheblichen Modernisierungsabstand, durch die viel geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Einwohnerzahl und Einwohnerdichte, sondern auch durch die politische Koalitionsarchitektur. Dort lag die Übertragung der Aufgaben überörtlicher Sozialhilfe an höhere kommunale Ebenen auf Grund der Größe der Länder viel näher und war zwingender als im relativ einwohnerschwachen Mecklenburg-Vorpommern. All dies macht das Vorhaben besonders pikant, wird hier doch einerseits ein Anschluss an Modernisierungs- und Reformwege der leistungsfähigsten Bundesländern gesucht und stellt sich andererseits die Frage, welche Spezifik dabei das rot-rot geführte Land Mecklenburg-Vorpommern einbringen wird.

Nicht schlechthin ein „imaginärer Reformwille“, sondern die sachlichen Gründe, nach Wegen einer besseren Patientenbetreuung zu suchen, waren ausschlaggebend für die Suche nach einer neuen Gesamtlösung. Die bisherige Trennung von Entscheidungs- und von Kostenverantwortung bei den Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe ist problematisch, so zum Beispiel bei der Entscheidung, ob ein Hilfebedürftiger selbständig wohnt und ergänzende ambulante Betreuung erhält (betreutes Wohnen) oder in einer stationären Einrichtung untergebracht wird. Da hierfür die Entscheidung bei der kommunalen Ebene liegt, entsteht ein „Sog“ hin zur stationären Betreuung, die von der Landesebene finanziert werden muss. Dieser „Entscheidungssog“ ist nachteilig für die Betreuung der Patienten, da die notwendigen therapeutischen Maßnahmen unabhängig davon bestimmt werden sollten, welche der beiden öffentlichen institutionellen Ebenen für die Kosten zuständig ist. Nach allen Erfahrungen entsprechen in der Mehrzahl der Fälle eher die *ambulanten* Hilfen, für die der örtliche Sozialhilfeträger zuständig ist, den Behandlungserfordernissen und auch den Wünschen der Hilfeempfänger. Ein Zusammenführen von Entscheidungs- und Kostenverantwortung an einer Stelle wäre somit im Interesse sowohl der Patienten als auch eines verantwortungsvollen Umgangs mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln.⁵ Nachdem diese Erkenntnis, eine neue Gesamtlösung suchen zu müssen, einmal Fuß gefasst hatte, stand in der Folge die Bewältigung umfangreicher Akteursverhandlungen und die Ausarbeitung eines tiefgreifenden Reformkonzeptes an, dessen Ausmaße und Folgewirkungen wohl erst nach und nach erfasst werden konnten (bzw. können).

Ab dem Jahre 2002 soll ein neues Gesetz (zu verabschieden noch im Jahre 2001) mit folgenden wesentlichen Veränderungen in Kraft treten: A) Die bisher per Auftragsache („Delegation“) durch die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte wahrgenommenen Aufgaben des *überörtlichen* Trägers (in einem Umfang von über 350 Mio. DM) sollen nunmehr *in die sachliche Zuständigkeit (in den „eigenen Wirkungskreis“)* des *örtlichen* Trägers, also der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte verlagert werden. Das Land hätte dann nur noch die Aufgaben der Rechtsaufsicht (nicht mehr jene der Fachaufsicht) zu erfüllen; es könnte keine fachlichen Weisungen mehr erteilen. B) Die dann verbleibenden Aufgaben des überörtlichen Trägers, die bisher durch das Sozialministerium selbst durchgeführt worden sind, sollen – das ist nach der

5 Eine solche Zusammenführung ist aus gesundheitspolitischer Sicht zwar günstiger als die bisherige Trennung, aber nicht absolut unproblematisch – könnte doch auch die Neigung gefördert werden, die kostengünstigsten statt die für die Patienten günstigsten Formen der gesundheitlichen Betreuung zu wählen.

Diskussion auch anderer Varianten geklärt – ebenfalls auf die kommunale Ebene verlagert werden. Allerdings gebietet der Gegenstand dieser Aufgaben eine tatsächlich *überörtliche* Wahrnehmung, das heißt, hierfür muss auf der kommunalen Ebene eine Möglichkeit gefunden werden, diese Aufgaben *zentral* wahrzunehmen. Vorgesehen ist hierfür mittlerweile die Bildung eines speziellen Verbandes der Kreise und kreisfreien Städte, der im Auftrage der Verbandsversammlung eine „schlanke Verwaltung“ vorhält, die diese Aufgaben übernimmt. Die Schwierigkeiten dieses Reformprozesses liegen im Detail und hier vor allem in den konkreten finanziellen Regelungen der Anpassung an Kostensteigerungen und wechselnde Fallzahlen sowie in der Berücksichtigung von „Altfällen“ (vor Inkrafttreten des BSHG).

Die ersten Ideen und die Initiative für die Entwicklung des Reformvorhabens gingen Anfang des Jahres 2000 vom Sozialministerium aus und stützten sich u.a. auf die bis dato angefallenen Zwischenergebnisse eines Modellprojekts im Bereich der Sozialpsychiatrie. Seit Ende März 2000 wurden weitere Akteursgruppen in die ersten Überlegungen des Reformvorhabens und dann in die Diskussion möglicher konkreter Schritte und Varianten einbezogen: Sozialexperten der beiden Koalitionsfraktionen, kommunale Spitzenverbände, Finanzministerium. Es gab eine Presseerklärung. Im weiteren (seit etwa April) wurden Sozial- bzw. Wohlfahrtsverbände in die Diskussion einbezogen, dann das Innenministerium, wobei die Beziehungen zwischen Sozial- und Innenministerium nicht frei von Kommunikationsproblemen waren. Auch Vertreter der Opposition wurden ausführlich informiert. Seitens des Sozialministeriums und der anderen beteiligten Akteure bestand Konsens, dass vor allem eine Übereinstimmung mit den beiden kommunalen Spitzenverbänden erreicht werden sollte. Auf Grund der ursprüngliche Neigung der kommunalen Spitzenverbände, keinen neuen Kommunalverband für die Wahrnehmung der überörtlichen Sozialhilfemaßnahmen zu schaffen, wurden andere Varianten angeboten („Restaufgaben“ beim Land belassen; einen Kreis/eine kreisfreie Stadt mit diesen Aufgaben „beleihen“). Entsprechend war auch der Platz einer „Widerspruchsstelle“ zu diskutieren. Auch hierzu gab es Varianten bei den Vorschlägen, da nicht von Anfang an (darunter innerhalb der Koalitionsparteien selbst) gemeinsame Auffassungen vertreten wurden. Der schwierigste Verhandlungspunkt bestand (und besteht noch) in den konkreten Modi der Finanzverteilung und in den entsprechenden Anpassungsverfahren. Caritas und andere Wohlfahrtsverbände brachten kritisch sowohl ihre Interessen zur Berücksichtigung von Fallzahlen und steigendem Kostenaufwand für Hilfeleistungen als auch ihre Befürchtungen ein, dann einzelnen Kreisen mit vakanten Finanzsituationen als Verhandlungspartner gegenüberzusitzen. Besonders seitens des Finanzministeriums wurde darauf gedrängt, dass Kommunen und Leistungsträger eigene Beiträge zur Kostensenkung erbringen und hierfür über das Finanzierungssystem angeregt werden müssten. Seit September 2000 wurden diese und andere offenen Fragen in einer speziellen Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Sozial- und Finanzministeriums sowie der kommunalen Spitzenverbände, behandelt. Wenngleich noch im Dezember 2000 der Städte- und Gemeindetag feststellte, dass bisher nur *in wenigen Punkten* mit dem Finanzministerium Einigkeit über die finanzielle Ausgestaltung der Aufgabenübertragung bestehe, vollzog sich die Diskussion bis dahin unspektakulär, sachorientiert und mit dem Bestreben nach Interessenausgleich. Im April 2001 konnte eine prinzipielle Einigung über die grundlegenden Verfahrensfragen einschließlich der finanziellen Regelungen gefunden werden, so dass das Projekt in den Gesetzgebungsprozess eingebracht wurde.

Trotz aller Interessenunterschiede und verbleibenden Interessenkonflikte bleibt die Feststellung: *Diesem Reformprojekt sind die Gegner abhanden gekommen.* Von keiner Seite, weder von den verbandlichen noch von den parteipolitischen Akteuren, weder aus der Ministerial-

verwaltung noch aus der kommunalen Ebene werden diesem Projekt *prinzipielle* Einwände entgegengebracht. Selbst die CDU-Opposition verbleibt – zumindest bislang – in „wohlwollendem Desinteresse“. Dabei ist das Projekt voll von komplizierten Interessenkonstellationen, die normalerweise jede Menge Konfliktstoff in sich bergen. Sie konnten bisher auf dem Wege von Gesprächen und Verhandlungen gelöst werden – komplizierte, konfliktträchtige Fragen (vor allem der Finanzierung) stehen allerdings noch aus.

Es liegt vor allem an folgenden vier Punkten, die dieses erstaunliche Phänomen eines bisher „konfliktarmen Reformprozesses“ erklären: A) Ganz offensichtlich liegt der Nutzen für die Patienten auf der Hand. B) Es wird damit nicht mehr, sondern in der Tendenz eher weniger Geld für die Verwaltung dieser Sozialangelegenheiten verbraucht. C) Eine wichtige Rolle spielt das Projektmanagement, das frühzeitig alle beteiligten Akteure in den Diskurs einbezog, in der Ausarbeitungsphase entsprechend konstruktive Varianten bot, seriös und kompromissfähig war. Dies wiederum war nur möglich, weil insgesamt in der Regierungskoalition eine arbeitsfördernde Atmosphäre herrscht. D) Es ist wohl zum ersten Mal in Mecklenburg-Vorpommern so, dass sich die Landesregierung mit einem solchen Reformprojekt nicht neue Aufgaben und Ressourcen heranzieht, sondern das Angebot unterbreitet, sich selbst im Interesse des Gemeinwohls und zugunsten der kommunalen Ebene zurückzunehmen. Wer wollte dagegen opponieren?

In dem Vorhaben ist einerseits ein *bedeutsamer Schritt der Demokratisierung und verwaltungsreformerischen Modernisierung* zu sehen, zugleich entlastet sich das Land damit perspektivisch objektiv von einem potentiellen Konfliktfeld. Vor allem läge das Vorhaben einer landesrechtlichen Neuordnung der §§ 99/100 BSHG voraussichtlich (nicht „automatisch“) im Interesse der hilfebedürftigen Menschen im Lande, deren Betreuungskonzept nicht mehr davon abhinge, ob für die eine oder andere Betreuungsform die Landes- oder die kommunale Ebene zuständig ist. Es wäre jedoch noch viel mehr: ein erster praktischer Ansatz der Regierung in Richtung einer *Wiederbelebung der „Funktionalreform“*, ein nicht zu unterschätzender Schritt zur Einlösung des Prinzips der „*Subsidiarität*“ und somit ein bedeutende Maßnahme der *Demokratieentwicklung*. Weiterhin stünde diese Entwicklung in Übereinstimmung mit dem Sinn einer *Verwaltungsreform*, der Modernisierung des Verwaltungshandelns, weil sich die Landesebene weitgehend aus dem eigentlichen „Verwaltungshandeln“ herauszöge und ihre Tätigkeit in diesem Feld auf das „Regieren“ konzentrierte. Seitens des Sozialministeriums könnten Erfahrungen gesammelt werden, um perspektivisch die Übertragung weiterer Aufgaben auf die kommunale Ebene zu prüfen – zum Beispiel jene nach KJHG (Jugendhilfe). Parallel zu diesen Beispielen wären Schritte der Funktionalreform auch in anderen ministeriellen Bereichen dringlich.

Verwaltungs- und Gemeindegebietsreform

In den empirischen Untersuchungen zu unseren Studien (siehe Fußnote 1) wurde sehr schnell deutlich, dass die bestehenden Konfliktlagen zwischen Land und Kommunen (siehe dazu weiter unten) tiefere Ursachen haben als dass sie in den Rang „normaler Verteilungskonflikte“ gestellt werden könnten. Auch die nicht selten anzutreffende Behauptung, dass die kommunale Ebene über die dort stark verankerte CDU-Opposition gegen das Land instrumentalisiert werde, scheint nicht plausibel, wenn man davon ausgeht, dass die Repräsentanten von Kommunalorganisationen in erster Linie als Vertreter ihrer Organisationen und nicht in erster Linie als Vertreter von Parteien agieren.

Folglich war nach anderen Erklärungen zu suchen, waren tieferliegende strukturelle Konflikte zwischen Landes- und kommunaler Ebene zu vermuten. Unsere Untersuchungen bestätigen diese Annahme und führten letztlich zu der Hypothese, dass die Konflikte nicht durch einfaches Konfliktmanagement, sondern nur durch eine tiefgreifende Landesverwaltungs- und Funktionalreform zu lösen sind.

So ergaben sich in verschiedener Hinsicht Hinweise für eine aufgehende strukturelle Schere zwischen Land und Kommunen:

- bei den Leistungen des Landes für die Kommunen, die tendenziell abnehmen (1999: 33,11% der Gesamtausgaben des Landes, 2000: 32,52%, 2001: 32,3%);
- bei der Anzahl der Beschäftigten des Landes im Verhältnis zur Anzahl der Beschäftigten bei den Kommunen (in Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Quotient – bezogen auf das Jahr 1999 und pro 1000 Einwohner – am höchsten unter den deutschen Bundesländern, mit den Ausnahmen Saarland, Rheinland-Pfalz und Thüringen – in diesen Ländern jedoch bei wesentlich kleinerer Fläche bzw. kleinerer Ausstattung der kommunalen Ebene);
- bei gegenläufigen Tendenzen der Personalausgaben, der laufenden Bezüge, der Beschäftigtenanzahl und der Haushaltsstellen (wachsend auf der Landesebene, sinkend auf der kommunalen Ebene; gegenläufig auch zu strukturähnlichen Ländern wie Brandenburg und Schleswig-Holstein).

Es ist davon auszugehen, dass diese strukturellen Differenzen nicht für parteipolitische Vorhaltungen geeignet sind – allein schon deshalb nicht, weil sie historisch in den 90er Jahren entstanden sind und aller drei Landtagsparteien daran ihren Anteil haben.

Auch gibt es aktuelle Gründe für diese strukturellen Differenzen:

- Mecklenburg-Vorpommern hatte zum Zeitpunkt der Untersuchung etwa 20% mehr Schüler als beispielweise Schleswig-Holstein; entsprechend sind die 20% mehr Lehrer gerechtfertigt.
- Das Land hat die geringste Einwohnerdichte der deutschen Bundesländer und benötigt deshalb auch relativ pro Einwohner mehr Polizeikräfte.
- Das Land hat nur 33% seiner Bediensteten im Beamtenverhältnis gegenüber z.B. 69% in Schleswig-Holstein. Durch den höheren Anteil von Angestellten in Mecklenburg-Vorpommern entstehen zwar kurzfristig höhere, langfristig jedoch geringere Personalkosten.

Nicht zuletzt müssen die tatsächlichen verwaltungsreformerischen Aktivitäten des Landes gewürdigt werden: Es gibt eine Zeitschiene zur Verminderung der Haushaltsstellen (u.a. Lehreranzahl – Reduzierung Schülerzahl). Pilotprojekte zur Kosten-Leistungs-Rechnung wurden eingeführt (Forstverwaltung, Justizanstalt Bützow, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege). Eine Reform der Forstverwaltung und eine Polizeireform (Forstkonzept 2000; Polizeireformkonzept April 2000) wurden einleitet. Ein Landesamt für Gesundheit und eine Landeszentralkasse wurden bzw. werden eingerichtet, um Strukturen zu straffen. Gearbeitet wird an einer Neuorganisation des Grundstücks- und Gebäudemanagements. Mit der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1999 wurden Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeit geschaffen. Für die Informations- und Kommunikationstechnik wurde im April 2000 ein Strategiekonzept verabschiedet; wesentliche Verbesserungen sind bereits in Angriff genommen worden.

Ein Gesamtansatz zu einer tiefgreifenden Verwaltungsreform, wie er heute in mindestens der Hälfte der deutschen Bundesländer vorliegt, fehlt jedoch. Den genannten Teilprojekten bzw. Pilotprojekten fehlt das entsprechende „reformerische Umfeld“ und ein entsprechend unterstützendes öffentliches und Verwaltungsklima. Mangelnder politischer Wille der Landesregierung wird besonders seitens der CDU-Opposition und auch seitens der Wirtschaftsverbände und Kommunen beklagt, die allerdings bislang ebenso wenig tragfähige Vorstellungen vorgelegt haben.

Scheinbar liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das Land mit seinen 46.134 Haushaltsstellen (Angabe für Ende des Jahres 2001) in den nächsten Jahren einen größeren Anteil an Personal abbauen müsse als bislang ohnehin schon vorgesehen. Dieser Weg wäre für das Profil einer Mitte-Links-Koalition problematisch. Nicht nur in den beiden Koalitionsparteien, sondern auch bei der Opposition wird davon ausgegangen, dass der öffentliche Dienst nicht noch zusätzliche Arbeitslosigkeit im Lande produzieren darf. Was aber dann? Verwaltungsreform bedeutet nicht weniger öffentliche Daseinsvorsorge, sondern effizientere, wirkungsvollere. Es geht um ein neues (öffentliches!) Durchdenken der Aufgabenteilung und um neue Kooperationsformen zwischen dem Staat einerseits, Kommunen, gesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen andererseits.⁶ Ist es wirklich sachgerecht, jede Wirtschafts- und Arbeitsförderungsmaßnahme, jedes Abwägen von Wirtschafts- und Umweltinteressen, jede Hochschul-Forschungsinvestition an zentraler Stelle zu entscheiden? Nicht alle Aufgaben, die der Staat gewährleisten soll, muss er auch selbst mit seiner Verwaltung vollziehen. Er kann seine Struktur durch Aufgabenübertragungen „ausdünnen“ und dabei gleichzeitig die Gewährleistung öffentlicher Leistungen für Bürger und Unternehmen, für Kommunen bzw. Regionen verbessern. Linksdemokratische Reformpolitik kann auch in Zukunft die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem Markt unterwerfen. Aber mehr Wettbewerb um die Wahrnehmung gemeinwohlorientierter Leistungen, mehr Orientierung an sachgerechten Zielen und Wirkungen statt an bürokratischen Vorgaben, mehr demokratische Teilhabe und Eigenverantwortung wären wünschenswert. Und innerhalb der Verwaltung? Auch linksdemokratische Konzepte zur Verwaltungsreform kommen nicht umhin, *Aufgabenverselbständigungen* (innerhalb staatlicher Institutionen) und *Aufgabentransfer* zu nichtstaatlichen „Produzenten“ (kommunale Ebene; Public Private Partnership; Non-Profit-Organisationen; private Unternehmen) zu prüfen, Schritte zur *Reduzierung der Strukturbreite und -tiefe* der Verwaltungsorganisation anzustreben, *Dezentralisierungsprozesse* von Entscheidungs- und Ressourcenkompetenzen zu erwägen, *neue Steuerungsformen* einzusetzen, *Personalentwicklung und Personalmotivation* auf neue Grundlagen zu stellen. Schwerpunktthemen wie „Perspektiven der Jugend“, „Abwanderung“, „EU-Osterweiterung“ sind nur noch ressortübergreifend zu lösen. Wie aber soll man ressortübergreifende Organisationsformen der Ministerialverwaltung⁷ stärken wenn nicht über einen ressortübergreifenden Gesamtansatz zur Verwaltungsreform?

Nach allen vorliegenden Erfahrungen in anderen Bundesländern erweist es sich für die Realisierung derart weitreichender Zielsetzungen als sinnvoll, ein politisches Rahmengremium zu etablieren, in dem die Regierung, die Parlamentsfraktionen, die Sozialpartner und die Kommunalverbände verankert sind. Die Einbeziehung der Gewerkschaften ist dabei von zentraler

6 Vgl. Christoph Reichard: Staats- und Verwaltungsmodernisierung im „aktivierenden Staat“, Manuskript, 2001.

7 Vgl. hierzu Hermann Hill: Das Management eines Landes. In: Reform der Landesverwaltung. Tagung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer 1995, S. 25-38.

Bedeutung. Notwendig sind darüber hinaus aber auch tragfähige institutionelle Lösungen für die operative Steuerung eines solchen Prozesses, die insbesondere gewährleisten müssen, dass im Interesse des Gesamtanliegens Ressortegoismen der Ministerien begrenzt werden. All diese Aufgaben können nicht nur mit einzelnen „Pilotprojekten“ bewältigt werden, sondern bedürfen eines Gesamtansatzes.⁸

Für die Landesverwaltung und für eine Neuordnung der Beziehungen von Landes- und kommunaler Ebene gibt es heute jedoch weder ein übergreifendes Reformkonzept noch umfangreichere praktische Reformansätze. Am ehesten drängt gegenwärtig die CDU-Opposition auf Schritte in diese Richtung, hat bislang hierzu allerdings noch kein schlüssiges, ausdifferenziertes Konzept, sondern eher fragmentarische Überlegungen vorgelegt. Mittlerweile wird auch innerhalb der Koalition, besonders bei der PDS, der politische Wille erkennbar, sich dem Thema eines Gesamtansatzes zur Verwaltungsreform anzunehmen. Denn es ist absehbar, dass der Rückstand der Regierungskoalition in bezug auf Landesverwaltungsreform und Funktionalreform immer mehr „Gegenwind“ aus der kommunalen Ebene, aus der Wirtschaft und aus der Öffentlichkeit erhält und von der CDU-Opposition genutzt wird.

In bezug auf die kommunale Ebene sieht es anders aus, gleichwohl auch hier völlig neue Herausforderungen der Schaffung leistungsfähiger Gemeindestrukturen anstehen. Mit einer Landesverordnung vom 20. April 2000 wurde ein neues Anreizsystem für Gemeinde- und Ämterzusammenschlüsse geschaffen, und eine Enquetekommission für die Diskussion zukunftsfähiger Gemeinden/Gemeindestrukturen hat sich konstituiert. Nach der erfolgreichen Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung des Landes stehen hinsichtlich der Kommunen im Lande derzeit zwei Fragen im Vordergrund der Diskussion: zum einen jene nach der Schaffung zukunftsfähiger Gemeinden und Strukturen der (insbesondere kleinen) Gemeinden, zum anderen jene des Gemeindefinanzausgleichs (hierzu weiter unten). Nach Inkraftsetzen der neuen Landesverordnung (April 2000) über die Anreizsysteme freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse und den nachfolgenden Diskussionen im Lande entschlossen sich die Koalitionsparteien – nicht zuletzt, um einen gemeinsamen Erkenntnisprozess über das weitere Vorgehen einzuleiten – eine Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ einzuberufen. Grundsätzlich zeigten sich dabei beide Koalitionsparteien als offen und lernbereit hinsichtlich der Weiterentwicklung eigener Auffassungen, der bisher bestehenden Kommunalverfassung und ihrer praktischen Umsetzung.

Schon bei den Anhörungen im Innenausschuss zur Vorbereitung der Enquetekommission zeigten sich unter den beteiligten Akteuren differierende Akzente für die angestrebten Arbeitsschwerpunkte. Das oben beschriebene Ungleichgewicht zwischen Landes- und kommunaler Ebene wirkte sich in einer deutlichen Zurückhaltung der Kommunalverbände gegenüber den Intensionen der Koalitionsparteien aus. Die kommunalen Spitzenverbände orientierten darauf, die Enquetekommission solle verschiedene Modelle ausarbeiten, keinesfalls aber eine verbindliche Einheitslösung für das Land suchen. Die Interessen der kommunalen Verbände gehen dahin, dass die Enquetekommission keine Landtagsbeschlüsse präjudizieren dürfe, und sie dürfe auch die freie Interessenvertretung der kommunalen Ebene durch die beiden kommunalen Spitzenverbände nicht binden. Die gemeindliche Ebene könne nicht die zu erwartenden

8 Natürlich garantiert ein derartiges Gesamtkonzept keinesfalls von vornherein den Erfolg des Prozesses, besteht durchaus auch hier die Gefahr, dass Gesamtkonzepte zu „Luftblasen“ werden.

den Mittelverknappungen „auffangen“ – dies müsse viel stärker als bisher auch die Landesebene selbst tun. Viele Aufgaben, die gegenwärtig durch das Land wahrgenommen werden, könnten bürgernäher und kostengünstiger auf der kommunalen Ebene wahrgenommen werden. Ähnlich wie die kommunalen Spitzenverbände hatte auch die CDU-Fraktion bereits im März 2000 darauf hingewiesen, dass eine Überprüfung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung nicht isoliert auf der kommunalen Ebene stattfinden könne, sondern den Gesamtkontext von Landes- und kommunalen Verwaltungen sowie die Fragestellung der Funktionalreform einschließen müsse.

Obwohl diese Intensionen in den Gesamtauftrag der Enquetekommission aufgenommen wurden, stieg die CDU-Fraktion schon bei der Eröffnungssitzung der Enquetekommission mit der Begründung aus, dass ihr laut Festlegungen der Landtagsordnung in der Reihenfolge der stellvertretende Vorsitz in der Enquetekommission zustehe. SPD und PDS vertraten hierzu andere Rechtsauffassungen. Damit entstand eine schwierige Lage, zumal die CDU angekündigt hat, eigene Vorstellungen für eine umfassende Verwaltungsreform auf Landes- und kommunaler Ebene zu unterbreiten. Die kommunalen Spitzenverbände geraten objektiv in einen Zwiespalt zwischen ihrer weiteren Teilnahme an der Enquetekommission und den naheliegenden Forderungen von Teilen ihrer Mitgliedschaft, die ggf. eher Zustimmung zu den Vorschlägen der CDU als zu jenen der Enquetekommission signalisieren könnten. Dieser Konflikt „liegt in der Luft“, auch wenn er bislang noch nicht zum Tragen kam. Absehbar ist deshalb, dass die Enquetekommission letztlich nur dann ihrem Auftrag gerecht werden kann, wenn ein Weg gefunden wird, die Oppositionspartei in die Arbeit zu integrieren.

Ein schwieriger und letztlich nicht gelöster Konflikt zwischen Land und Kommunen hatte sich um den kommunalen Finanzausgleich entfacht. Nach § 5 Finanzausgleichsgesetz (FAG) muss das Land mindestens 2,5 Mrd. DM *verrechnungsfrei* an die kommunale Ebene zahlen. Damit soll eine finanzielle Mindestausstattung für die Kreise und Kommunen gewährt werden. Da das Land aber im Jahre 1999 zum erstenmal mehr Steuern eingenommen hat als im voraus berechnet, müssten die Kommunen mit 32,1 Mio. DM an diesen Mehreinnahmen beteiligt werden. Diese Rückrechnung hatte das Land in den vergangenen Jahren, als die Verrechnungsansprüche zugunsten des Landes ausfielen, immer gegen die Kommunen geltend gemacht. Nun war es erstmals umgekehrt. Die Koalitionsparteien stimmten der Argumentation des Finanzministeriums zu, dass die 32,1 Mio. DM bereits in der Ausstattung von 2,5 Mrd. DM enthalten seien. Faktisch wurde damit per Landtagsbeschluss der Zuschuss an die kommunale Ebene auf 2,5 Mrd. DM begrenzt und von der im Gesetz vorgesehen „Mindestausstattung“ abgegangen. Es scheint sich somit der Abschied von einer festen prozentualen Beteiligung der Kommunen an den Landeseinnahmen anzudeuten. Als „Kompromiss“ sollen die Kommunen eine Erhöhung der Investitionspauschale erhalten (im Jahre 2000: 10,8 Mio. DM; im Jahre 2001: 12,2 Mio. DM), die jedoch von den kommunalen Spitzenverbänden in keiner Weise als angemessen angesehen wurde. Beide kommunalen Spitzenverbände sehen diese Verfahrensweise der Koalitionsfraktionen und der Regierung für die Beziehungen zur Koalition bzw. zur Regierung als stark belastend an. Die in der ersten Jahreshälfte 2000 hoffnungsvolle Atmosphäre zwischen Land und Kommunen, die durch die Verankerung des Konnexitätsprinzips entstanden war, schien erheblich gestört.

Es handelte sich hierbei nicht um einen „beiläufigen“ oder „vorübergehenden“ Konflikt. Das *politische* Problem besteht darin, dass in den Koalitionsfraktionen der Haushalt des Landes allein in den gegenwärtigen Strukturen des Verhältnisses von Land und Kommunen gedacht

wird. Strategische Fragen wie jene nach dem weiter oben dargestellten Ungleichgewicht zwischen Land und Kommunen wurden in die Haushaltsplanung und in den kommunalen Finanzausgleich nicht eingebracht. Die Mittel für eine bessere Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs sind nicht vorhanden – das ist wahr. Aber wahr ist auch, dass sie nur deshalb nicht vorhanden sind, weil die Landesebene derzeit mit Ausnahme des Sozialressorts noch nicht bereit ist, Aufgaben, Kompetenzen und eben auch Finanzen an die kommunale Ebene abzugeben. Der „hausgemachte“ Reformstau in dieser Hinsicht ist groß und wird seitens der Koalitionsfraktionen bisher nur zögerlich thematisiert, geschweige denn praktisch angepackt.

Unter diesen Bedingungen ist es erklärbar, dass sich die Konflikte zwischen der kommunalen und der Landesebene mit knapper werdenden Finanzen deutlicher denn je artikulieren. Hierbei sind nicht das Innenministerium und auch nicht die kommunalpolitischen Sprecher der Koalitionsparteien Adressaten des Konfliktes, sondern die Regierung und die Koalition als Ganzes. Kommunalpolitik ist zu einer ressort-, politikfeld- und koalitionsübergreifenden umfassenden Herausforderung geworden. Die Koalitionsfraktionen scheinen dies zu ahnen, aber insgesamt noch zu wenig darauf vorbereitet zu sein, dass es für die von ihnen gewollte Unterstützung der Kommunen nicht mehr ausreicht, Struktur- und Demokratiefragen der kommunalen Ebene selbst zu thematisieren, sondern dass tiefgreifende, umfassende Reformprozesse in vielen Bereichen der Landespolitik und insbesondere der Landesverwaltung sowie der Beziehungen zwischen Land und Kommunen erforderlich sind.

Die kommunale Ebene reagierte deshalb nicht zufällig (und nicht etwa nur wegen ihrer stärkeren CDU-Bindung) in vielen konkreten Politikbereichen „empfindsamer“ und kritischer: beim geplanten Bildungsfreistellungsgesetz, beim Schulentwicklungsplan, beim Konzept über die IT-Ausstattung der Schulen, bei der Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie, bei der Änderung der Landesbauordnung, bei der Übertragung der überörtlichen Sozialhilfe, bei der Wohngeldnovelle, bei der Regelung des Heizkostenzuschusses u.a.m. Absehbar ist weiterhin, dass sich die kommunalen Verbände in Zukunft stärker den oben behandelten Fragen der Förderpolitik, der Regionalisierung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, der Infrastrukturförderung aus der Sicht ihrer Interessenlagen widmen werden. Eine Entspannung der Beziehungen zwischen Landes- und kommunaler Ebene kann aus all diesen Gründen nur im Gesamtkontext eines tiefgreifenden Reformprozesses erfolgen.

Ein Gesamtansatz zu einer Landesverwaltungsreform, der auch funktionalreformerische Seiten einschließt, würde selbstverständlich nicht nur für die Landes-, sondern auch für die kommunale Ebene eine gravierende Herausforderung bedeuten. Geht es doch um die Frage, inwieweit die kommunale Ebene darauf vorbereitet ist, sich in eine öffentliche Debatte um neue Aufgabenteilungen und um neue Kooperationsformen zwischen Staat und Gesellschaft konstruktiv einzubringen. Das wirft die Frage nach leistungsfähigeren, flexibleren Kreis- und Gemeindestrukturen auf. Regionalisierungsprozesse in der Wirtschafts- und Arbeitsförderung sowie in anderen Bereichen erfordern zunehmend kreisübergreifende Kooperationsformen. In anderen Bundesländern, so in Sachsen-Anhalt⁹, wird in diesem Zusammenhang über eine neue Stufe der Kreisgebietsreform nachgedacht. Auch die unmittelbare Ebene der Gemeinden ist von diesen Herausforderungen betroffen. Leistungsfähige Ämter und Gemeinden erfordern

9 Hier allerdings vor allem im Zusammenhang mit der vorgesehenen Abschaffung der Regierungsbezirke. Demgegenüber gibt es in Mecklenburg-Vorpommern diese Zwischenstufe der Verwaltungen nicht.

nachdrücklich die Einleitung eines Reformprozesses, wie er gegenwärtig auch in der Enquete-kommission zur Debatte gestellt wird. Neue Kooperationsformen zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichen sind nicht nur auf der Landes-, sondern auch auf der kommunalen Ebene zu prüfen. Die Verlagerung von Aufgabenbereichen von der Landes- auf die kommunale Ebene könnte eine zentrale Wahrnehmung kommunaler Interessen und Verwaltungsaufgaben erfordern, die über das hinausgeht, was gegenwärtig im Zusammenhang mit der Bildung eines höheren Kommunalverbandes zur Realisierung der Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers in Vorbereitung ist.

Land und Kommunen – so das Resümee – stehen beiderseits vor strukturellen Wandlungen. Das Thema der Verwaltungsreform ist zwar unabdingbar mit der Austragung der spezifischen Interessen beider Seiten verknüpft – eignet sich jedoch nicht für ein Gegeneinander beider Seiten.

(Wie) Ist die Regierungsbeteiligung der PDS bekommen?

Politikfähigkeit und aktuelle Situation der PDS im Wettbewerb der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns

THOMAS KOCH

Im Rahmen eines von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Forschungsprojekts haben Frank Berg und ich das Agieren der SPD-PDS-Koalition und der CDU-Opposition in Mecklenburg-Vorpommern von Anfang 1999 bis März 2001 begleitet und analysiert. Der nachstehende Beitrag gründet sich auf den Ertrag unserer Untersuchungen, bietet jedoch *keine Kurzfassung* der von uns vorgelegten Studie.¹ Es geht mir hier auch *nicht* so sehr um die bisherige Leistungsbilanz der Koalition bzw. der an ihr beteiligten Koalitionäre. Gleichfalls soll die Frage nach dem Sinn und Zweck der Koalition hier nicht erneut ausführlich behandelt werden, obwohl sie immer wieder aufbricht.

Dies ist nicht zuletzt gegenwärtig der Fall, weil sich abzeichnet, dass es der Koalition trotz großer und zu würdiger Anstrengungen wohl nicht gelingen wird, die Arbeitslosigkeit deutlich zu vermindern. Gerade in diesem Passus der Koalitionsvereinbarung aber sahen und sehen nicht wenige Akteure in der Landes-PDS den eigentlichen Sinn und Zweck der Koalition. Wird dieser verfehlt, so mehren sich die Zweifel, ob eine Fortsetzung der Koalition überhaupt gerechtfertigt werden kann. (Die bislang wohl schwerste Koalitionskrise im Mai 2001 hat sie zusätzlich verschärft.) Solche Zweifel ehren ihre Träger. Doch mir scheint, dass die Koalitionsvereinbarung in diesem wichtigen Punkt die gegebenen landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten überschätzt hat und einer heroischen Illusion folgte. Die rot-rote Koalition in Schwerin ist dennoch mehr als ein bloßer „Wert an sich“. Sie trägt in kaum zu überschätzender Weise zur Akzeptanz der PDS in der Bundesrepublik bei. Außerdem beweisen SPD und PDS an der Küste, dass beide Parteien sehr wohl zu einem produktiven Verhältnis finden können, was Konflikte und Belastungen natürlich nicht ausschließt. Doch erschöpft sich ihre Bedeutung kaum in solchen überregionalen Effekten, die sich aus einer Außenperspektive gleichsam aufdrängen. Die Koalition steht, wie ich meine, für ein landespolitisches „Projekt“, das sich allerdings nur mittel- und längerfristig, in der Zeitspanne mehrerer Wahlperioden einlösen lässt.²

Ist aber diese positive Sicht des externen Beobachters durch Binnenperspektiven auch gedeckt? In einer Mitgliederbefragung der AG Bilanz der Landes-PDS vom Herbst 2000 bewerteten immerhin 74,3% der Befragten die Regierungsbeteiligung der PDS „eher positiv“, 1,8% „eher negativ“ und 23,9% waren „skeptisch“. Die Regierungsinitiativen der PDS hielten 75,3% der Befragten für „realpolitisch“, 17,9% für „unausgewogen“ und 7,9% für „populis-

1 Vgl. Frank Berg: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil I: Politikfeldanalysen, Manuskripte 18 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001; Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil II: Parteien- und Politikstilanalysen, Manuskripte 19 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2001.

2 Vgl. Thomas Koch: Rot-Rot hat mehr als vier Jahre verdient. In: Neues Deutschland vom 10.03.2001, S. 10.

tisch“. Und auf die Frage, „sollte die PDS im Wahlkampf für die nächste Landtagswahl ihre Bereitschaft, Regierungsverantwortung zu tragen, von der Durchsetzung politischer Projekte abhängig machen?“, antworten 67,1% der Befragten mit „ja“, 26,3 mit „nein“; für einen „oppositionellen Wahlkampf“ votierten 6,1%.³

Wovon handelt dann aber der Beitrag, wenn die großen Fragen – was die Koalition bewirkt hat und ob es sinnvoll ist, sie nach 2002 fortzusetzen – gleichsam ausgeklammert⁴ werden? Erhellend werden soll, wie die Regierungsbeteiligung der PDS *in Mecklenburg-Vorpommern bekommt*, wie sich *ihre* aktuelle Situation (Ende 2000/Anfang 2001) im Wettbewerb der Landesparteien mit Blick auf die Landtagswahlen 2002 darstellt. Denn SPD und PDS sind in Mecklenburg-Vorpommern Partner und Konkurrenten zugleich. Und auch die dritte große politische Kraft im Lande, die CDU, verdient sehr wohl Beachtung. Daher sollen die drei Landesparteien PDS, SPD und CDU aus einer vergleichenden Perspektive betrachtet werden. Man kann sehr wohl nach ihrem Selbstverständnis konservative, sozialdemokratische und sozialistische Parteien in verschiedener Hinsicht vergleichen: weil und insofern sie Parteien sind. Leitend ist ferner die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Existenzformen ein und derselben Partei – Partei als Landesverband, Partei im Parlament (Fraktion) und Partei in der Regierung (Ministerratsmitglied). Wie die Regierungsverantwortung der Landes-PDS „bekommt“, wird danach beurteilt, ob sie in der Lage ist, ihre politische Handlungsfähigkeit zu erhöhen und ihre bisherige Position im Wettbewerb der Parteien zu halten bzw. auszubauen. Die angelegten Generalkriterien „politische Handlungsfähigkeit“ und „Position im Wettbewerb der Parteien“ konkretisieren sich dabei in einer Reihe von Subkriterien.

Übergreifende Gemeinsamkeiten: Wirkungsraum und Handlungsbedingungen der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns

Hatte Peter Glotz die Gesellschaft der Bundesrepublik vor gut zwei Jahrzehnten als „Zweidrittelgesellschaft“ gekennzeichnet, so wollte er damit darauf verweisen, dass das letzte, untere Drittel nicht oder nur schwach sozial integriert ist, gleichsam aus der Gesellschaft herausfällt. Es ist durch prekäre soziale Lagen charakterisiert, erscheint als ökonomisch entbehrlich und wird zunehmend als alimentierte Last empfunden. Diesen Gedanken hat Wolfgang Thierse unlängst erneut und modifiziert aufgegriffen zur Beschreibung der ostdeutschen Gesellschaft. In Anlehnung an Thierse⁵ lässt sich Mecklenburg-Vorpommern (wie ganz Ostdeutschland) hinsichtlich des Wirkungsraumes der drei Parteien *als eine umgekehrte Zweidrittelgesellschaft oder Eindrittelgesellschaft* charakterisieren. Nur das „obere Drittel“ entspricht dem westdeutschen Muster und Verständnis von der „gesellschaftlichen Mitte“ und ist in die Gesellschaft der Bundesrepublik tatsächlich integriert, für das „mittlere“ und „untere Drittel“ trifft das nicht oder nur partiell zu. Das „mittlere Drittel“ – die spezifisch ostdeutsche Mitte – ist durch partielle Aufstiegserfahrungen und recht massive Abstiegsängste charakterisiert, durch relativ prekäre Lebens- und Berufsperspektiven. Das „untere Drittel“ ist teils Vorstufe, teils bereits Segment

3 Vgl. AG Bilanz Themenkreis Rot/Rot: Ergebnisse der Auswertung der Fragebogen – landesweite Zusammenstellung, Rostock 09.10.2000. Grundlage der Auswertung waren 1536 Fragebogen. Es handelt sich mithin um keine Totalerhebung und auch nicht um eine Stichprobe mit Anspruch auf Repräsentativität.

4 Ich habe diese Fragen an anderer Stelle beantwortet (vgl. Anmerkung 1 und 2). Meine Position lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: 2002 sollte es eine Neuaufgabe der Koalition geben, wenn die Wahlergebnisse es ermöglichen und die Chemie zwischen den Koalitionären stimmt.

5 Vgl. Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland. In: Die Zeit, Nr. 2/2001 (http://www.zeit.de/2001/02/Politik/200102_thiersepapier1.html).

einer „klassischen Unterschicht“. In einer solchen Gesellschaft gibt es keine Partei des Staus quo. Alle drei Parteien treten für freilich differente gesellschaftliche und Verhaltensänderungen ein.

Es ist allerdings nur partiell (etwa in der Programmarbeit) sinnvoll und möglich zu sagen, dass sich die CDU der Interessen der Region aus der Perspektive des „oberen“, die SPD aus der Perspektive des „mittleren“ und die PDS aus der des „unteren Drittels“ annehmen würden. Alle drei Parteien suchen und finden Wähler im oberen, mittleren und unteren Drittel. Hinsichtlich der PDS lässt sich nicht übersehen, dass für das Projekt eines demokratischen Sozialismus die Affinität und politische Unterstützung bei Angehörigen des mittleren und oberen Drittels vorerst weit höher sind als im unteren.

Zu den Handlungsbedingungen aller drei Parteien gehört, dass sie es mit einer zerstreuten, fragmentierten Öffentlichkeit zu tun haben, die insbesondere für Landespolitik nur verhaltene Aufmerksamkeit erkennen lässt. Die Parteien haben weiter gemein, dass sie allesamt nach aktiven Mitgliedern suchen. Wie die Beteiligung an den Direktwahlen der Landräte und Oberbürgermeister 2000/2001 erkennen lässt, haben sie Schwierigkeiten, ihre Mitglieder und Sympathisanten zu mobilisieren. In der Kommunikation mit der Bürgerschaft lassen die Parteien ähnliche Praktiken erkennen – sie nutzen traditionelle Formen und Medien wie auch das Internet. Schließlich stehen die Parteien vor ein und denselben regionalen Problemlagen wie Massenarbeitslosigkeit und einer mittelfristig verbleibenden gesamtwirtschaftlichen Deckungslücke, relativ geringer Wertschöpfung, absehbarer Verringerung der Zuschüsse von Bund und EU. Mecklenburg-Vorpommern ist einem verstärkten Wettbewerb der Regionen ausgesetzt und zudem durch Zentren von überregionaler Bedeutung wie Hamburg, Berlin und Stettin eingekreist. Die Abwanderung von jungen Leuten und Fachkräften hält an; zu den Herausforderungen gehört nicht zuletzt die EU-Ost-Erweiterung.

Kein Schub in der Mitgliederentwicklung durch Übernahme von Regierungsverantwortung bei PDS wie SPD, keine Verbesserung der Altersstruktur

Die Bildung der SPD-PDS-Koalition 1998 war zweifellos eine Richtungsentscheidung erster Ordnung. Richtungsentscheidungen polarisieren gewöhnlich. Und sie mobilisieren deren Befürworter und Träger wie auch ihre Gegner. Von daher ist es gerechtfertigt, zu fragen, ob die Bildung und das Agieren der Koalition bei der PDS wie bei den anderen Landesparteien nennenswerte Zuwächse oder Verluste in der Mitgliedschaft ausgelöst hat.

Tabelle 1: Die Entwicklung der Mitgliederzahlen von CDU, PDS und SPD in Mecklenburg-Vorpommern 1990-2000

	1. Wahlperiode		2. Wahlperiode			3. Wahlperiode		
	1990 ¹	1992 ¹	1994 ¹	1996 ¹	1997 ¹	1998	1999	2000
CDU	17.000	12.300	10.600	9.200	8.854	8.304 ²	8.499 ²	8.499 ²
SPD	14.000	5.800	3.500	3.900	3.585			3.500 ⁴
PDS	38.800	18.000	14.200	12.300	11.099			9.630 ³

Quellen: ¹ = Norddeutsche Neueste Nachrichten, 16.1.1997 für 1990-1996 und Auskünfte der Landesgeschäftsstellen; ² = www.cdu-mv.de, Presseberichte vom 18.02.2000; ³ = 6. Landesparteitag der PDS/ 3. Tagung, Arbeitsmaterialien S. 20 mit dem Stand vom 30.09.2000, ⁴ = Auskunft der Landesgeschäftsstelle (Oktober 2000).

Zwar hat es im Umfeld der Koalitionsentscheidung bei der SPD einige Austritte und bei der CDU Mitgliederzuwächse gegeben. Doch die Mitgliederentwicklung aller drei Landesparteien insgesamt stagniert bzw. ist rückläufig. Der PDS hat ebenso wie der SPD der Eintritt in die

Koalition keinen Mitgliederschub eingetragen. Auch die Mitgliederverluste der PDS stehen in keinem Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung – sie erklären sich in erster Linie über die recht hohe Sterberate der Mitgliedschaft infolge der Altersstruktur der Partei.

Mithin hat weder die Bildung noch das Agieren der rot-roten Koalition die Bedingungen außer Kraft setzen oder modifizieren können, die die Bereitschaft, sich in Parteien zu organisieren, regulieren. Wie Reichart-Dreyer explizit am Beispiel der neuen Bundesländer gezeigt hat, ist die (Neu)Mitgliedschaft in Parteien auch heute nicht nur an ideelle, sondern auch an materielle Voraussetzungen gebunden, die am ehesten Angehörige der Mittelschichten bestimmter Altersstufen „bei kontinuierlichen Lebensverhältnissen“(!) erfüllen.⁶ Daher dürfen weder die Trägerparteien der Koalition noch ihre Widersacher vorerst auf nennenswerte Zuwächse hoffen. Dies gilt zwar für die PDS wie ihre Konkurrenten, doch hat die PDS eine weit problematischere Altersstruktur als diese. Unter sonst gleichen Bedingungen zeichnet sich – unabhängig davon, ob die PDS mitregiert oder opponiert – ab, dass die PDS demnächst ihren Status als mitgliederstärkste Landespartei verlieren könnte.

Die Regierungsbeteiligung der PDS fördert und fordert Kompetenzsprünge ebenso wie Vermittlungsprobleme

Die PDS ist ihrem Wähleranteil gemäß mit 20 Abgeordneten im Landtag (SPD: 27 Sitze, CDU: 24 Sitze) und mit drei Ministern erstmals in der Landesregierung vertreten. Die in die Regierungsarbeit unmittelbar involvierten PDS-Mitglieder erhalten die zuvor so nicht bestehende Chance, politische Gestaltungskompetenzen auszubilden und Gestaltungsfähigkeit zu demonstrieren. Und diese Chance wird von ihnen auch genutzt. Selbst der PDS eher fern stehende Interessengruppen und Verbände gestehen dies unumwunden zu. Dadurch, dass die PDS mitregiert, nimmt sie Kontakte zu Gesellschaftsbereichen, Interessengruppen und Verbänden auf, zu denen sie als Oppositionspartei kaum Beziehungen unterhielt. Die Regierungsbeteiligung bietet der PDS mithin die Chance, ihr Vermögen zur themen- und gruppengerechten politischen Kommunikation deutlich zu steigern.

Allerdings gilt das in erster Linie für unmittelbar in das Mitregieren einbezogene PDS-Mitglieder (wie etwa die Minister und Abgeordneten), nicht für den Landesverband schlechthin. Es handelt sich dabei insgesamt um nicht viel mehr als etwa 60 Personen des mehr als 9.600 Mitglieder umfassenden Landesverbandes. Das sind etwa 0,62%.⁷ Da der Zeithaushalt ebenso wie die psychischen und sozialen Energien dieses Personenkreises in beachtlichem Maße vom Regierungshandeln bzw. der parlamentarischen Arbeit beansprucht werden, können die Fallstricke, Widersprüche, Maßgaben, Zwänge und Handlungslogiken der Regierungsarbeit nur suboptimal der PDS-Basis vermittelt und transparent gemacht werden. Teils überschätzten Teile der PDS-Basis die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten des kleineren Koalitionspartners, teils unterschätzen sie sie und vermissen überdies die Einlösung von originären PDS-Positionen. Zudem geht es in der Landespolitik selten um sogenannte Haupt- und Staatsaktionen, wo jeder mitreden kann, vielmehr um zuweilen recht sperrige, detailgesättigte Problemlösungsangebote, Regeln und Gesetzesinitiativen, deren Alltagsrelevanz, politische Tragweite und

6 Vgl. Ingrid Reichart-Dreyer: Parteireform. In: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 352 f.

7 In dieser Zahl sind neben den Ministern, Staatssekretären, einigen wenigen Mitarbeiter in den drei von der PDS geführten Ministerien auch die Pressesprecher/Regierungssprecher sowie die 20 Abgeordneten und ihre 20 Mitarbeiter enthalten.

Bezüge zu Leitideen oder Interessen sich nicht immer sofort erschließen. Damit sind PDS-intern Kommunikations- und Vermittlungsprobleme ebenso vorprogrammiert wie dauerhafte Auseinandersetzungen über das Ob und das Wie der Regierungsbeteiligung.

Zweifellos steht auch die Landes-SPD vor ähnlichen Problemen. Sie kann ihnen aber insofern besser begegnen, als die Anzahl der in die Regierungsarbeit unmittelbar einbezogenen Mitglieder des Landesverbandes (in absoluten Zahlen wie relativ zur Gesamtmitgliedschaft) weit höher liegt als bei der PDS. Denn SPD und CDU sind in ganz anderer Weise als die PDS in den Ministerien, den landeseigenen Gesellschaften sowie in Entscheidungspositionen auf kommunaler Ebene präsent.

Das Ob und das Wie der Regierungsbeteiligung löst freilich nicht nur in der PDS immer wieder neu Auseinandersetzungen aus. Nach Einschätzung des SPD-Landesvorsitzenden sind gegenwärtig etwa 15% der Mitglieder des SPD-Landesverbandes gegen die Koalition mit der PDS.⁸

Keine *Landesregierung* in Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1990 jemals in der Ersatzöffentlichkeit der Umfragen so *gute Noten* bekommen wie die SPD-PDS-Regierung. Auf der anderen Seite ist eine gewisse *Enttäuschung* unübersehbar, die sich beispielsweise in der Debatte zur Zwei-Jahres-Bilanz der PDS in der Regierungsverantwortung äußert. Sie basiert auf der uneingelösten und nach Lage der Dinge in diesem Zeitraum jedoch auch nicht einlösbaren Erwartung, dass die Koalition einen Politikwechsel herbeiführt, der sich für die Mehrheit der Bevölkerung in spürbaren substantiellen gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegelt.⁹

Die Kritik wirft die Frage nach den Chancen eines Umsteuerns auf Landesebene auf. Die Handlungsspielräume der Koalitionäre sind vorerst eng, die dafür erforderlichen Konzepte und Instrumente stehen nicht einfach abrufbar bereit. Es fehlt an konzeptionellem Vorlauf. Sodann sind die Kräfteverhältnisse und der Konsens in der Koalition zu beachten. Die Küsten-SPD ist eigentlich keine besonders links-orientierte Abteilung der SPD, obwohl sie sich als erste und vorerst einzige zu einer Koalition mit der PDS bereit fand. Nicht zuletzt fallen zwei Handikaps ins Gewicht. Mecklenburg-Vorpommern gehört nicht gerade zu den reichsten Bundesländern. Zudem ist der Raum, der den Ländern für die Gesetzgebung geblieben ist, durch Bundesgesetze und in wachsendem Maße EU-Regelungen eingeengt worden. Damit ging eine Aufwertung des Bundesrates einher. Auch das Etatrecht der Landesparlamente ist ein eher begrenztes. Beispielsweise werden die Länder durch die Gemeinschaftsaufgaben, die durch Bund und Länder gemeinsam zu planen und zu finanzieren sind, oder durch andere Finanzhilfen, die von einer Eigenbeteiligung der Länder abhängen, zu Ausgaben genötigt, die sie von sich aus dem Umfang oder Zeitpunkt nach nicht in jedem Falle so getätigt hätten. Können sie den Eigenanteil jedoch nicht aufbringen, gibt es die sonstigen Fördermittel nicht. Einschränkend auf die Etatrechte der Landtage wirken sich ferner die Zinslast auf die Staatsschulden aus sowie die Regelungen zur Besoldung der Beamten und Vergütung der Arbeiter und Angestellten – auf die Maßgaben der entsprechenden Bundesgesetze bzw. Tarifvereinbarungen haben die Landesparlamente keinen Einfluss. *Daher ist auf Landesebene – ohne konzeptionellen Vorlauf, ohne entsprechende Kräfteverhältnisse und ohne eine Neugestaltung des bundesdeutschen Föderalismus – das Setzen neuer und anderer Prioritäten nicht so ohne wei-*

8 Vgl. Wolfgang Rex: Mecklenburg-Vorpommern. SPD will Koalition mit der PDS fortsetzen. In: Neues Deutschland vom 07.05.2001, S. 5.

9 Vgl. Neues Deutschland vom 22. 11.2000, S. 4.

teres möglich. Eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit im Maßstab eines Bundeslandes erheischt gleichermaßen soziale wie Wirtschaftskompetenz und braucht einen langen Atem.

Die mitregierende PDS ist nach ihrem Wähleranteil ein politischer Riese – hinsichtlich ihrer Teilhabe an Exekutiv- und Entscheidungspositionen auf kommunaler wie auf Landesebene noch immer ein politischer Zwerg

Zwischen den Parteien CDU, SPD und PDS besteht ein erhebliches Gefälle bei der Besetzung von Exekutiv- und Machtpositionen auf kommunaler wie auf Landesebene. Das liegt unter anderem daran, dass Wahlergebnisse keineswegs auf direktem Wege in Exekutivpositionen konvertierbar sind. Gemessen an ihrem Wähleranteil stellt die derzeitige Regierungspartei PDS sehr wenig Dezernenten, Wahlbeamte, hauptamtliche Bürgermeister, Mitglieder in Aufsichtsräten, bis Mai 2001 keinen der Landräte¹⁰, kaum Geschäftsführer in kommunalen oder landeseigenen Gesellschaften. Bei der FDP, die seit 1994 nicht mehr im Landtag vertreten ist, verhält es sich umgekehrt. Seit Anfang Mai 2001 kann die PDS auf zwei (!) Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns (Saßnitz und Plau am See) mit einem hauptamtlichen PDS-Bürgermeister verweisen. Bei der Direktwahl der Landräte errang die PDS in Ostvorpommern erstmals ein Landratsamt. Und sie hat immerhin gute Chancen auf Rügen.

Die bislang schwache Präsenz der PDS in Exekutiv- und Machtpositionen auf kommunaler und Landesebene ist keineswegs folgenlos für ihre Ausgangspositionen im Parteienwettbewerb. Sie impliziert zunächst aktuell suboptimale politische Gestaltungsmöglichkeiten für die PDS. Sodann verfügen geeignete potentielle Kandidaten der PDS für solche Positionen, die aus welchen Gründen auch immer mit ihrer Bewerbung nicht durchkommen, über unterdurchschnittliche Chancen, entsprechende Kompetenzen auszubilden und in der Öffentlichkeit zu demonstrieren, die das jeweilige Amt verlangt. Dies wiederum ist ein Startnachteil für PDS-Anwärter bei der nächsten Direktwahl in einigen Jahren. Schließlich hat die insgesamt schwache Teilhabe der PDS an Exekutiv- und Entscheidungspositionen Folgen für den Kommunikations- und Verständigungsprozess innerhalb der Partei und im Umfeld der PDS: Entsprechende Erfahrungen, Routinen, Institutionen-Kenntnisse, Regel- und Herrschaftswissen sind im PDS-internen Diskurs vergleichsweise unterbelichtet. Wenn es der PDS nicht gelingt, diesen für sie fatalen Kreislauf zu durchbrechen, droht sich ihre zwergenhafte Stellung im exekutiven Bereich zu verstetigen.

Die Regierungsbeteiligung der PDS wirkt sich indes in zweifacher Hinsicht verhalten positiv auf ihre Chance aus, Ämter und Funktionen fast aller Art mit ihren Mitgliedern oder Sympathisanten zu besetzen. Zum einen verliert für die Bürger wie die landespolitische Öffentlichkeit die Vorstellung ihre Exotik und Dramatik, dass auch dieser oder jener Landkreis von einem PDS-Landrat „regiert“ wird. Zum anderen wächst im Umfeld der PDS der politische Wille, nicht nur Kandidaten für entsprechende Ämter und Funktionen zu nominieren, sondern sie nach Möglichkeit auch zu besetzen. Dazu bedarf es freilich eines langen Atems. Die PDS

10 Bei der Direktwahl der Landräte setzte sich die PDS in Ostvorpommern mit der Kandidatin Barbara Syrbe in der Stichwahl durch. Auf Rügen erzielt die PDS-Kandidatin Kerstin Kassner die meisten Stimmen. Um den sicheren Sieg der PDS-Frau bei der Landratswahl auf Rügen zu verhindern, griff die CDU auf einen Verfahrenstrick. Sie baute auf die niedrige Wahlbeteiligung. Indem sie ihren Kandidaten für die Stichwahl bewog, nicht anzutreten, stand die PDS-Kandidatin allein zur Wahl. In diesem Fall müssen laut Wahlgesetz 25% der Wahlberechtigten Rügens für sie stimmen. Gehen weniger als 25% der Wahlberechtigten zur Wahl, so muss die Landratswahl neu angesetzt werden. So ist es dann auch gekommen. Auf Rügen wird im September 2001 der Landrat gewählt. Alle Parteien können erneut Kandidaten aufstellen.

Mecklenburg-Vorpommerns wird nicht umhin können, zu einer gezielten und langfristig angelegten Personalentwicklung überzugehen, um in etwa zehn, fünfzehn Jahren ein ebenso qualifiziertes wie ausreichendes Personalangebot für Führungsfunktionen auf kommunaler und Landesebene zu haben.

Die PDS im Spagat

Bei der Mobilisierung ihrer Mitglieder und Anhänger können die Parteien die Schranken, die das begrenzte Interesse in der Bevölkerung für Landespolitik setzt, in gewisser Hinsicht durchbrechen, wenn sie auf die Verflechtungen zwischen Bundes- und Landespolitik abheben. So tendiert die jeweilige Opposition im Landtag dazu, in starkem Maße bundespolitische Themen aufzugreifen, für die das Land und der Landtag nicht oder partiell zuständig sind. Bundestrends schlagen überdies auf die Wertung der Landesparteien teils positiv – so beim Umfragehoch für Bundeskanzler Schröder und die Bundes-SPD –, teils negativ – so geschehen z.B. bei den Anlaufschwierigkeiten von Rot-Grün 1999 und den Parteispendenaffären der CDU – durch.

Die Verflechtung von EU-, Bundes- und Landespolitik wirkt sich auf das Mobilisierungs- und Kampagnevermögen der Landes-Parteien unterschiedlich aus. In einer relativ günstigen Situation befindet sich die CDU, die weder auf die Koalition in Berlin noch in Schwerin besonders Rücksicht nehmen muss. Sie avancierte durch die Kommunalwahlen 1999 zur einflussreichsten Kommunalpartei im Lande. Auch bei der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte 2000/2001 schnitt sie bislang recht gut ab.

Die Landes-SPD steht loyal zur rot-grünen Bundesregierung. Sie verteidigt und trägt mehrheitlich auch die „unpopulären“ Maßnahmen ihrer Politik (von der NATO-Intervention im Kosovo über die Ökosteuer bis zur Rentenreform) mit. Dies absorbiert zwar einige ihrer Energien. Doch ist die Verflechtung von Bundes- und Landespolitik für die Küsten-SPD – gemessen an den Kommunalwahlergebnissen und Umfragewerten – bislang eher unschädlich, vielleicht sogar überwiegend günstig.

Im Vergleich der Parteien befindet sich die PDS hinsichtlich ihres Vermögens, ihre Mitglieder und Anhänger zu mobilisieren und zu halten, gegenwärtig in der ungünstigsten Situation. Die PDS ist nur formal im Hinblick auf die Bundesregierung in einer ähnlich vorteilhaften Position wie die CDU. Da ihr Koalitionspartner in Schwerin sich zur Bundesregierung loyal verhält bzw. sich mit deren Politik mehr oder weniger identifiziert, ist der Spielraum der Landes-PDS gegenüber Herausforderungen und Zumutungen, die die Politik der Bundesregierung mit sich bringt, begrenzt. Überdehnt sie ihn, setzt sie die Koalition aufs Spiel. Unterschreitet sie ihn, verliert sie an Glaubwürdigkeit und gefährdet den Schulterschluss mit der eigenen Basis. Die PDS kann aber auch nur partiell ihren Anteil am gemeinsamen Erfolg der Koalition gebührend herausstellen, weil die Maßstäbe für Erfolg oder Misserfolg der Regierungsbeteiligung innerhalb der Mitgliedschaft und unter den Sympathisanten der PDS strittig sind. Die PDS hat bei den Kommunalwahlen (1999) und in Umfragen an Zustimmung verloren.

Tabelle 2: Ergebnisse der drei großen Parteien bei den Kommunalwahlen 1999 im Vergleich zu 1994

Partei	Ergebnis 1999 in %	Ergebnis 1994 in %	Gewinne/ Verluste in % 1999 gegenüber 1994
CDU	39,9	30,6	+9,3
SPD	24,0	25,6	-1,6
PDS	21,9	24,3	-2,4

Tabelle 3: Wahlabsichten laut Emnid-Umfrage im November 2000 für Mecklenburg Vorpommern (Landtagswahlen)

Partei	Ergebnis Landtagswahl 1998	Votum laut Emnid-Umfrage Nov. 2000
CDU	30,2%	37 %
SPD	34,3%	33%
PDS	24,4%	20%

Quelle: Emnid, zit. nach Neues Deutschland vom 25./26.11.2000, S. 3

Achtungserfolge der PDS bei den Direktwahlen der Bürgermeister und Landräte 2000/2001 (Stand 15.Mai 2001)

In Mecklenburg-Vorpommern werden 2000/2001 erstmals die Landräte und Bürgermeister größerer Städte auf dem Wege der Direktwahl gekürt. Dass SPD, PDS und CDU allesamt häufig Abgeordnete verschiedener Ebenen nominiert haben, ja selbst der Landtagspräsident kandidierte, zeugt gleichermaßen von der Bedeutung, die die Koalitionsparteien und die Opposition diesen Wahlen beimessen wie von ihren Personalnöten. Zwar sind diese Wahlen noch nicht gänzlich abgeschlossen und ihre bisherigen Ergebnisse verdichten sich für beide Koalitionsparteien SPD und PDS noch nicht zu einem klaren Trend. Durchbrüchen und Zuwächsen der SPD wie der PDS stehen andernorts jeweils Einbrüche und Verluste gegenüber. Soviel lässt sich aber immerhin festhalten: Die Wahlbeteiligung fiel unterschiedlich, aber insgesamt gering aus. In einigen Landkreisen wie Ludwigslust und Nordvorpommern setzten sich die Anwärter der SPD bzw. der CDU auf Anhieb durch. Die Wahlergebnisse differieren deutlich zwischen Mecklenburg und Vorpommern. In der bisherigen CDU-Hochburg Vorpommern schnitt die Landes-SPD relativ schwach ab. In den Stichwahlen standen sich in der Regel Kandidaten der CDU und der PDS gegenüber, so schon in Demmin 2000, im Mai 2001 in Ostvorpommern, Rügen und in der Stadt Stralsund. In Mecklenburg verhielt es sich eher umgekehrt. Für die Stichwahlen placierten sich dort in der Regel Bewerber der SPD und der CDU, in einem Falle von SPD und FDP. In einigen Städten Mecklenburgs wie Plau oder Hagenow fiel die Entscheidung zwischen PDS- und SPD-Kandidaten. In Plau am See siegte die PDS, in Hagenow die von der SPD unterstützte Bewerberin.

In großen Städten wie Neubrandenburg und Greifswald gewannen CDU-Bewerber die Stichwahl. In der Stadt Güstrow entschieden sich die Wähler für den aus der SPD ausgetretenen Amtsinhaber. Im Landkreis Güstrow kam es hingegen zu einem Wahlbündnis von CDU und PDS bei der Stichwahl gegen den SPD-Kandidaten, der dennoch knapp gewann.

Die PDS hat bei den Direktwahlen vor allen in Vorpommern mehr als Achtungserfolge erzielt, schon allein dadurch, dass ihre Kandidaten in die Stichwahl gekommen sind. Und auch in Mecklenburg hat die PDS zumindest auf kommunaler Ebene sich für Stichwahlen qualifiziert oder Stichwahlen gewonnen. Bezogen auf die bisherigen Ergebnisse der Direktwahlen lässt sich zweierlei festhalten: Die Regierungsbeteiligung hat der PDS in etlichen Landkreisen

und Kommunen nicht nur nicht geschadet, sondern – durch das Wahlverfahren begünstigt – ihre Position im Parteienwettbewerb als eigenständige politische Kraft gestärkt und sichtbar gemacht. Zum andern lässt sich nicht übersehen, dass auch die PDS Terrain verloren hat und ihr Wählerpotenzial nicht auszuschöpfen vermochte. Die Kräfteverhältnisse zwischen den drei großen Parteien im Ergebnis der bisherigen Direktwahlen rückt die Tabelle 4 in den Blick.

Tabelle 4: Relationen zwischen den Parteien im Ergebnis der Direktwahlen (Stand Mai 2001)

Partei/Anzahl der gewählten Bewerber	SPD	CDU	PDS
Landräte	5 von 12	5 von 12	1 von 12
Oberbürgermeister kreisfreier Städte	3 von 6	3 von 6	0 von 6

Im Landkreis Rügen wird der Landrat im September 2001 gewählt.

*Im Vergleich mit der Konkurrenz: Tempoverluste der PDS in der landespolitische Programm-
arbeit bei einer Fülle konzeptionell zu verarbeitender neuer Erfahrungen und Einsichten*

Alle drei Parteien befinden sich in einer intensiven Phase der Programmarbeit sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Zwischen der Programmarbeit auf Bundesebene und auf Landesebene bestehen zweifellos Bezüge. Doch als Landesparteien sehen sich SPD, PDS und CDU mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen 2002 besonders gefordert, Lösungsansätze und Handlungsoptionen für die *landespolitischen* Problemlagen und Herausforderungen¹¹ sowie für jene Politikbereiche zu entwickeln, die primär oder doch zu beachtlichen Teilen in die Zuständigkeit des Landes fallen (wie Schul- und Bildungspolitik, innere Sicherheit, Kommune, Medien, Organisation der Verwaltung und Verwaltungsreform sowie die Vertretung von Landesinteressen nach außen). Dabei geht es nicht zuletzt um Visionen und Leitbilder für Mecklenburg-Vorpommern. Verbindet also alle drei Parteien, dass sie sich gegenwärtig schon mit Blick auf 2002 in einer intensiven Phase ihrer landespolitischen Programmarbeit befinden, so gehen sie doch unterschiedliche Wege („Zukunftsoffensive“ bei der CDU, „Programmkongresse“ bei der SPD und Mehr-Wege-Strategie bei der PDS). Und sie legen dabei ein unterschiedliches Tempo vor.

Die CDU suchte schon Ende 2000 die Diskussion in der Partei und mit den Bürgern über ihre landespolitischen Vorstellungen. Die im Entwurf vorliegende „Zukunftsoffensive“ der CDU hebt auf ein „Mecklenburg-Vorpommern als zukunftsfähige Region im Zentrum Europas“ ab. Reflektiert werden Probleme des Landes und Lösungsansätze aus der Perspektive des oberen und mittleren Drittels der gespiegelten Zweidrittelgesellschaft. Die Handschrift des Sozialstaatsflügels der Union ist nur schwach erkennbar. Zu den zentralen Ideen der CDU gehört die Einsicht, dass die Finanzspielräume des Landes abnehmen, aber an Investitionen im Interesse seiner Zukunft nicht gespart werden könne. Mithin gehören nicht-investive Ausgaben (außer für junge Familien) auf den Prüfstand. Die CDU tritt zudem für eine intensive Außenvertretung von Landesinteressen gegenüber Unternehmen sowie den Institutionen des Bundes, der EU und der Nachbarregionen ein.

11 Einige davon wurden im Abschnitt „Übergreifende Gemeinsamkeiten: Wirkungsraum und Handlungsbedingungen der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns“ benannt.

Die landespolitischen Vorstellungen der SPD zielen auf ein Mecklenburg-Vorpommern als „soziales und als modernes Land, als europäische Region und als tolerantes und weltoffenes Land“. Sie sind aus der Perspektive der spezifisch ostdeutschen Mitte konzipiert, die sich der problematischen Lage des „unteren Drittels“ bewusst ist und zugleich den partiellen Schulterschluss zum „oberen Drittel“ herstellt. Zu den Leitideen der SPD gehört die Einsicht in die Grenzen des Politischen ebenso wie der selbstbewusste Einsatz politischer Gestaltungsmöglichkeiten, um die „Eigenverantwortung“ von Individuen, Gruppen, Kommunen und Gebietskörperschaften zu stärken. Die Landes-SPD wird demnächst als zweite Partei mit ihren landespolitischen Vorstellungen in die Öffentlichkeit gehen.

Die PDS ist noch dabei, Perspektiven und Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern auszuarbeiten. Gemessen an der Öffentlichkeitsreife der landespolitischen Vorstellungen, über die jede Partei freilich selbst befindet, ist gegenwärtig ein Tempoverlust – wenn man so will: ein konzeptionelles Defizit – der PDS in Relation zu ihren Konkurrenten nicht zu übersehen. Immerhin soll dem Landesparteitag im Juni 2001 ein Strategiepapier für die nächste Wahlperiode zum Beschluß vorgelegt werden.

Wie ist es zu dem Tempoverlust in der Programmarbeit der PDS gekommen? Zweifellos werden durch die Regierungsverantwortung Energien gebunden. Auf der anderen Seite hat die Regierungsverantwortung eine Fülle von Erfahrungen und Einsichten eingetragen, die von der Landes-PDS konzeptionell verarbeitet werden wollen. Schließlich gewann die PDS durch die Regierungsbeteiligung erstmals ein reales Mitspracherecht bei der Definition der Landesinteressen und auf das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat.

Rollenverständnis, Abstimmungsverhalten und Profil der Fraktionen

In der 3. Wahlperiode (1998-2002) sehen sich alle drei im Landtag vertretenen Parteien in neuen parlamentarischen Rollen: Die SPD ist erstmals Seniorpartner in einer Koalition, die PDS gehört nunmehr zu den Regierungsfractionen und die CDU drückt nach acht Jahren in der Regierungsverantwortung die Oppositionsbank. Wie füllen die Fraktionen ihre jeweils veränderte parlamentarische Rolle aus?

Die Fraktion der SPD tendiert insgesamt eher zu einem Rollenverhalten nach dem Motto: Die von uns mehrheitlich gestellte Regierung regiert und unsere Aufgabe ist es dabei, sie zu unterstützen. Die Initiative, das Gesetz des Handelns liegt gleichsam bei der Regierung bzw. der Exekutive. Die SPD-Fraktion stimmt überwiegend einheitlich und geschlossen ab.

Auch die PDS-Fraktion trägt natürlich die SPD-PDS-Regierung. Doch es handelt sich um eine sehr lebendige Fraktion, die stärker dazu neigt, mit eigenen Initiativen das Regierungshandeln zu stimulieren, anzureichern und gegebenenfalls zu modifizieren.

Aus der Perspektive des Rollenverständnisses der SPD-Fraktion ist es hinzunehmen, wenn sich die Regierungsfractionen zeitweilig oder auf Dauer mit eigenen Anträgen zurückhalten, aus jener der PDS-Fraktion ist es ganz einfach unzulässig. Solche Unterschiede im Rollenverständnis zwischen den Mehrheitsfraktionen sind nicht ungewöhnlich. Aus ihnen resultieren jedoch auch Konflikte und Spannungen, zumal dann, wenn unterschiedliche politischen Stile mit dem Dissens zwischen den Koalitionären in einer Reihe von Sachfragen verschränkt sind. Und das ist, wie weiter unten gezeigt wird, sehr wohl der Fall.

Bei der PDS-Fraktion ist Stimmensplitting relativ häufig – festzustellen war es u.a. bei den Abstimmungen zum Standardöffnungsgesetz und zu den Abgeordnetendiäten im Jahr 2000,

bei der Position zur Steuerreform sowie beim Antrag von 9 PDS-Abgeordneten zur Bundeswehr 2001. Darin wird zwar der Bruch mit der Tradition und Praxis der Vorgängerpartei SED besonders deutlich, aber ein wiederholtes unterschiedliches Abstimmungsverhalten der PDS-Fraktion wirft für ihre Partner wie für ihre Wähler Fragen nach der Kohärenz und Konsistenz der PDS-Politik auf. Freilich können sich die Abgeordneten bei ihrem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten auf die Landeverfassung berufen. Zudem erscheint das Stimmensplitting bei der PDS-Fraktion unter taktischen Gesichtspunkten in einem anderen Licht. Es legt nämlich dem größeren Koalitionspartner bei strittigen Fragen nahe, sich intensiv um die Zustimmung der Abgeordneten des kleineren Koalitionspartners zu bemühen.

Die Koalition hat bisher insgesamt – maßgeblich auf Betreiben des Seniorpartners – eine die Koalitionsentscheidung *entdramatisierende und gleichsam relativierende, eher vorsichtige Praxis der unaufgeregten Sacharbeit verfolgt*. Dafür lassen sich gute Gründe anführen. Doch vor allem der kleinere Koalitionspartner PDS gerät dadurch in eine nahezu paradoxe Lage: Obwohl die PDS agile und kompetente Minister stellt und über eine sehr lebendige Fraktion mit dezidiertem Gestaltungsanspruch verfügt, sah sich der jüngste Landesparteitag (im November 2000) dennoch veranlasst, die Minister und Abgeordneten der PDS aufzufordern, in der Koalition „mehr Profil“ zu zeigen.

Die CDU testet(e) in der Opposition verschiedene Strategien (zwischen Fundamental- und Bereichsopposition). Gegenüber der mit entdramatisierendem Gestus regierenden Koalition hat die Opposition lange Zeit eine ordnungs- wie sozialpolitisch gefärbte Dramatisierungs- und Skandalisierungspraxis verfolgt. Die Oppositionspartei CDU hat diejenigen Maximen und Maßstäbe „vergessen“, die für die einstige Regierungspartei CDU als gesetzt galten, und ferner ihr Sozialprofil gedreht bzw. geschärft. Der relativ starke Sozialstaats- und arbeitnehmersnahe Flügel der Landes-CDU versucht sich partiell sozialer zu geben als SPD und PDS. Und so sehen sich die „Sozialräuber“ in Berlin und Schwerin scharfen Attacken ausgesetzt. Dadurch gefährdet die CDU freilich ihren Schulterchluss mit der Wirtschaft. Auf der anderen Seite spricht sich die Landes-CDU innerhalb wie außerhalb des Landtages für konsequente Deregulierung und scharfe, aber unvermeidliche Eingriffe in soziale Gegebenheiten aus, um die für nötig gehaltenen Reformen zur Modernisierung des Landes durchzusetzen. Damit aber stellt sie in einer gespiegelten Zweidrittelgesellschaft den Charakter der CDU als Volkspartei zur Disposition. Die Oppositionspraxis der CDU wirft Fragen nach ihrer Glaubwürdigkeit ebenso wie nach der Kohärenz und Konsistenz ihrer Politik auf. Trotz internen Scheidelinien stimmt die CDU überaus einheitlich und geschlossen ab.

Konflikte im „Prima-Klima-Klub“

Präsentierte sich die Koalition längere Zeit als „Prima-Klima-Klub“, so mehren sich in der zweiten Hälfte der Wahlperiode die Spannungen und Konflikte zwischen den Koalitionspartnern.

Konfliktträchtig war und ist zunächst die Auslegung und Umsetzung der Koalitionsvereinbarung. Die fixierten Vorhaben sind in unterschiedlichem Maße durch konkrete Maßgaben und Teilschritte untersetzt. Während etwa der Kurs der Haushaltssanierung glasklar festgehalten wurde und sich auch in der Praxis der Koalitionsarbeit als *die* durchgängige Linie erkennen lässt, sind andere Vorhaben, nicht zuletzt jene, die der PDS besonders am Herzen liegen, weit weniger eindeutig formuliert worden. Der PDS fehlte es an Erfahrung und sie konnte auch

kaum auf abrufbare Konzepte zurückgreifen. Hier hat die Landes-PDS zweifellos Lehrgeld zahlen müssen, aber durch die Regierungsbeteiligung auch an Know-how gewonnen.

Die PDS ist zudem der kleinere Koalitionspartner. Das Kräfteverhältnis in der Koalition entscheidet letztlich darüber, ob und wie selbst relativ klar formulierte Ziele tatsächlich umgesetzt werden. So rückte die SPD von der vorgesehenen Einführung der „schulartenunabhängigen Orientierungsstufe“ ab, die PDS hingegen vermochte für dieses Vorhaben nicht die nötige außerparlamentarische Unterstützung zu mobilisieren. Selbst in den eigenen Reihen und im Umfeld der PDS steigt die Zahl derer, die aus durchaus nachvollziehbaren Gründen ihre Kinder und Enkel frühzeitig auf das Gymnasium schicken wollen oder Privatschulen favorisieren. Daher blieb dem gegenläufigen Projekt der „schulartenunabhängigen Orientierungsstufe“ nachhaltige Unterstützung versagt. Angesichts der Gemengelage von Gründen und Gegenständen, widerstreitenden Motiven und der nur vagen Akzeptanz des im Koalitionsvertrag verankerten Vorhabens durch die Bürger war es sinnvoll, die Koalition nicht aufzukündigen, obwohl die PDS vom Koalitionspartner gleichsam vorgeführt worden ist.

Der Sparkurs der Landesregierung wird von der PDS mitgetragen, er führt indes auch zu Konflikten zwischen den Koalitionsparteien sowie zwischen den Regierungsfractionen und der Regierung. Immerhin ist auf Betreiben beider Regierungsfractionen beschlossen worden, dass künftig im Bildungs- und Sozialbereich von Streichungen abzusehen ist.

Konflikte zwischen den Koalitionspartnern erwachsen ferner aus bundespolitischen Entscheidungen, die von der Landes-SPD mehrheitlich mitgetragen werden, von der Landes-PDS hingegen nicht. So belastete 1999 die unterschiedliche Haltung von SPD und PDS zur NATO-Intervention im Kosovo die Koalition. Da aber die Beteiligung der Bundesrepublik an diesem Unternehmen Bundessache ist und von der Bundesregierung zu verantworten war, zerbrach die Koalition an diesem Dissens nicht.

Zudem gehört das Abstimmungsverhalten von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zu den handfesten oder potentiellen Konfliktfeldern zwischen den Koalitionspartnern, wenn sie sich in der zur Abstimmung anstehenden Frage nicht einigen können.

Spektakuläre Voten Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat unter Einschluss wie unter Ausschluss der PDS

Zweimal seit 1998 hat das Abstimmungsverhalten Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat – bei der Steuer- (Juli 2000) wie bei der Rentenreform (Mai 2001) – überregionale Aufmerksamkeit erhalten und auch landespolitische Konstellationen verändert. Diese Abstimmungen sollen hier noch einmal rekapituliert werden.

Die Bundesregierung war bei beiden Gesetzesvorhaben auf die Zustimmung des Bundesrates angewiesen. Bei dem gegebenen Stimmenverhältnis im Bundesrat kam es für die Bundesregierung darauf an, über den Kreis der SPD-regierten Länder hinaus weitere Länder, so auch das SPD-PDS-regierte Mecklenburg-Vorpommern zu einem positiven Votum zu bewegen. Zu diesem Zwecke wurden den umworbenen Ländern jeweils politische Tauschgeschäfte angeboten. Die Bundes-CDU wie auch die Bundes-PDS lehnten beide „Reformen“ ab. Wie aber standen die Koalitionäre in Mecklenburg-Vorpommern zur Steuer- bzw. Rentenreform? Die Landes-SPD war in beiden Fällen für das Projekt der Bundesregierung. Ihr Koalitionspartner PDS stand der Steuerreform ursprünglich eher ablehnend gegenüber. Und in der Frage der Rentenreform blieb es auch bei einem grundsätzlichen „Nein“.

Betrachten wir zunächst das *Procedere* und die Regeln, denen das Abstimmungsverhalten der Länder im Bundesrat folgt: Der Raum, der den Ländern für die Gesetzgebung geblieben ist, ist durch Bundesgesetze und in wachsendem Maße EU-Regelungen eingeengt worden. Damit ging freilich eine Aufwertung des Bundesrates einher. Denn die Länder haben der Gewichtsverlagerung in Richtung Bund nur unter der Maßgabe zugestimmt, dass sie als Kompensation dafür Zustimmungsbefugnisse bei der Bundesgesetzgebung erhielten. Diese Kompensation führte aber innerhalb der Länder zu einem Machtzuwachs der Landesregierungen und vor allem der Ministerpräsidenten auf Kosten der Landesparlamente. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist Sache der Landesregierungen, eigentlich nicht der Landesparlamente (deren Votum freilich berücksichtigt werden *kann*) und schon gar nicht der Landesparteien. Über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat heißt es in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern im „Abschnitt 4: Bundesrat und Kabinett“: „Die Koalitionspartner einigen sich im Einzelfall über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ... Kommt eine Einigung nicht zustande, so enthält sich das Land der Stimme.“ Dieser Passus beschreibt den Normal- und Regelfall. Allerdings haben die Vertreter der Landesregierungen noch eine zweite Option, die bis Mai 2001 weit weniger im öffentlichen Bewusstsein war: Im Bundesrat sind die Landesregierungen nicht so sehr Landesorgane, sondern Mitglieder eines Bundesorgans, mithin laut Grundgesetz frei und nicht an Vorgaben oder Instruktionen gebunden. Daher *kann* der Ministerpräsident eines Bundeslandes im Bundesrat durchaus nach seinem Ermessen abstimmen und das „Nein“ seines Koalitionspartners ignorieren. Er wird dies freilich nur dann tun, wenn er von der Richtigkeit seiner Entscheidung überzeugt ist und wenn er glaubt, die politischen Folgen seines Alleinganges gegenüber dem desavouierten Koalitionspartner kalkulieren und bewusst in Kauf nehmen zu können.

Im Einvernehmen beider Koalitionspartner stimmt Mecklenburg-Vorpommern im Juli 2000 im Bundesrat für die Steuerreform

Im Vorfeld der Abstimmung zur Steuerreform zeichnete sich ein Dissens zwischen den Koalitionären in Schwerin und mithin die Stimmenthaltung Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat bei dem für die Bundesregierung wichtigen Projekt ab. Da aber die Bundesregierung die Steuerreform durchbringen wollte und dafür die nötigen Stimmen benötigte, erhöhte sie offenbar den Einsatz für den in solchen Fällen üblichen politischen Tauschhandel. Es kam zu intensiven Abstimmungen und Verhandlungen zwischen allen beteiligten Seiten, so dass sich schließlich *die für diese Entscheidung maßgeblichen Gremien* der Landes-PDS in Konsultation mit der Bundesspitze der Partei mehrheitlich zu einer Zustimmung durchgerungen haben. Bei der (für manche überraschenden) Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns zur Steuerreform im Bundesrat handelte es sich mithin um ein politisches Tauschgeschäft mit Billigung des Koalitionspartners PDS.

Bei einem solchen politischen Tauschgeschäft hängt viel davon ab, ob der eigenen Klientel innerhalb wie außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns vermittelt werden kann, dass das Tauschobjekt den Handel lohnte. Zumal die Bundes-PDS die Entscheidung der Landes-PDS goutierte, aber bei ihrer ablehnenden Haltung zur Steuerreform blieb. Für die Zustimmung zur Steuerreform wurden einmal Zusagen für Verkehrsinfrastrukturprojekte in Mecklenburg-Vorpommern eingetauscht. Zum anderen ist es allein dadurch zu einer realen wie symbolischen Aufwertung der bundespolitischen Rolle der PDS gekommen, dass sie nunmehr in Kommunikations- und Verhandlungsprozesse einbezogen wurde, in denen sie zuvor nicht präsent war. Erwähnt sei noch ein weiterer Effekt des Tauschhandels: Hatte die Landes-CDU

bis dahin argumentiert, dass Mecklenburg-Vorpommern aufgrund seiner Koalitionsarchitektur in der Bundesrepublik ein Fremdkörper sei und vom Bund geschnitten werde, so verlor diese Argumentation im Zuge der Ereignisse, die der Abstimmung im Bundesrat zur Steuerreform vorausgingen und sie begleiteten, ihre partielle Rationalität und Plausibilität.

Obwohl ich den Handel nach wie vor für gerechtfertigt halte, lässt sich nicht übersehen, dass sich die Konfliktachsen mit der Zustimmung zur Steuerreform verlagerten: Handelte es sich auf Landesebene ursprünglich um einen Koalitionskonflikt, so verlagerte er sich im Zuge des skizzierten Tauschhandels in die PDS und ihr Umfeld hinein. Kritiker der Regierungsbeteiligung der PDS fühlten sich in ihrer Haltung eher bestätigt. Die PDS vermochte durch ihre Zustimmung ihre Politikfähigkeit zu steigern, die Zustimmung selbst ist ihr aber mit Blick auf ihre potentiellen Wähler nicht durchweg bekommen.

Der Ministerpräsident stimmt im Mai 2001 im Bundesrat der Rentenreform gegen den ausdrücklichen Willen des Koalitionspartners PDS zu und stellt damit die Koalition zur Disposition

Ohne Harald Ringstorff hätte es die rot-rote Koalition in Schwerin wohl nicht gegeben. Er setzte sie gegen alle Widerstände in den eigenen Reihen und einflussreicher externer Akteure unbeirrt durch. Derselbe Harald Ringstorff hat durch seinen Alleingang im Bundesrat eine schwere Koalitionskrise herauf beschworen. Denn anders als im Falle der Steuerreform hatte sich der Koalitionspartner PDS klar und unmissverständlich gegen die Rentenreform ausgesprochen. Mithin hätte sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat der Stimme enthalten müssen. Ringstorff hat mit der Zustimmung zur Steuerreform von der oben skizzierten zweiten Option Gebrauch gemacht, die Ministerpräsidenten im Bundesrat haben. Zwar ist es durchaus glaubwürdig, dass Ringstorff die Koalition nicht bewusst beenden wollte, sondern einfach unbeirrbar – wie in seiner politischen Biographie angelegt – der eigenen Überzeugung folgte: Wenn Mecklenburg-Vorpommern in hohem Maße von Bundeszuwendungen abhängig ist, dann müsse das Land sich gegenüber dem Bund auch erkenntlich zeigen. Zudem hält Ringstorff die Rentenreform offenbar für einen notwendigen Modernisierungsschritt. Doch hat er mit dem Bruch der Koalitionsvereinbarung die SPD-PDS-Koalition faktisch zur Disposition gestellt! Immerhin handelte es sich um einen kalkulierten „Affront zum Wohle der SPD“.¹²

Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass Ringstorff die Koalition bewusst beenden wollte. Denn wenn auch die Küsten-SPD als solche auf den ersten Blick in einem Dreiparteiensystem in der komfortablen Lage ist, zwischen zwei potentiellen Koalitionspartnern wählen zu können, *gibt es für die Landes-SPD in ihrer derzeitigen Verfassung und mit ihrer derzeitigen Führung keine vernünftige politische Alternative zur rot-roten Koalition.*

Damit ist nicht gesagt, dass die Landes-SPD zu einer Umorientierung auf die CDU nicht mehr in der Lage wäre. Aber eine solche Rochade wäre nach allem, was in den letzten sechseinhalb Jahren geschehen ist, mit unkalkulierbaren Risiken behaftet. Sie würde sie nicht unbeschadet

12 So sieht es zumindest Gerold Büchner in einem Kommentar der Berliner Zeitung, wenn er zu Bedenken gibt, „dass Ringstorffs Volte der SPD bei allem Erstaunen durchaus ins Kalkül passt. Der Koalitionskrach in Schwerin befeuert den Streit in der PDS zwischen Reformern und Dogmatikern, zwischen Berliner Spitze und Landesverbänden. Die Frage, wie viel Kontur eine Regierungsbeteiligung kosten darf, wird von der Theorie in die Praxis befördert. Mit seinem Alleingang hat Ringstorff seiner Partei einen Dienst erwiesen. Ihm zu unterstellen, er habe nichts dergleichen gedacht, beleidigt seine Intelligenz.“ (Affront zum Wohle der SPD, in: Berliner Zeitung vom 15.05.2001, S. 4).

überstehen. Somit hat die Küsten-SPD gegenwärtig nicht wirklich zwei Optionen, sondern nur noch anderthalb. Immerhin ist ihr Optionenspektrum dennoch breiter als das der PDS.

Was auch immer den Ministerpräsidenten zu seinem Votum veranlasst hat: Die Landes-PDS konnte danach keineswegs zur Tagesordnung übergehen, selbst wenn sie es gewollt hätte. Eine Partei, die ein existentielles Interesse daran hat, ihre Politikfähigkeit zu erhöhen und unter Beweis zu stellen, kann sich nicht in die Rolle eines Juniorpartners drängen lassen, dessen politische Vorstellungen – gegen Geist und Buchstaben der Koalitionsvereinbarung – im Konfliktfalle notfalls ignoriert werden dürfen.

Wenngleich beide Seiten letztlich die Koalition nicht aufkündigen wollten, stand der Landesverband der PDS doch vor dem Problem, eine angemessene Antwort auf den Vertragsbruch finden zu müssen. Dabei schälten sich zwei Varianten heraus, denen jeweils unterschiedliche Einschätzungen der Belastbarkeit der Koalition zugrunde lagen. Die eine Option der Landes-PDS bestand darin, für den Verbleib in der Koalition Bedingungen zu stellen, der Landes-SPD politische Kompensationen abzuverlangen. Die Vertreter dieser Antwort hielten die Koalition offensichtlich für belastbarer als die Befürworter der anderen Option, die sich letztlich durchsetzten. Sie empfahlen, die Koalition nicht durch massive Forderungen an die SPD platzen zu lassen. Denn dann, so die leitende Annahme, hätte sich für die PDS das Fenster, welches sich mit der Bildung der SPD-PDS-Koalition aufgetan hat, auf lange Zeit geschlossen. Daher müsse die PDS auf einer Klarstellung des Koalitionspartners bestehen, dürfe aber die Landes-SPD nicht mit substantiellen politischen Forderungen konfrontieren.¹³

Die Koalitionskrise gilt inzwischen als beigelegt, nachdem Ringstorff eingeräumt hatte, den Koalitionsvertrag gebrochen zu haben und die SPD sich zur Fortsetzung der Koalition bekannte. Auch die PDS-Fraktion sprach sich (bei einer Enthaltung) ebenso wie der PDS-Landesvorstand (mit 11 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung) dafür aus.¹⁴ Im Lichte der hier vertretenen Auffassung, dass die Landes-SPD gegenwärtig nur über anderthalb Optionen verfügt, mithin nicht wirklich in der Wahl ihrer Partner frei ist, wäre auch die von der Landes-PDS ausgeschlagene Reaktion möglich gewesen. Andererseits aber bietet die gefundene und praktizierte Antwort sicherlich bessere Chancen, das Verhältnis beider Koalitionspartner in eine dauerhafte strategische Partnerschaft zu verwandeln.

Zum Verhältnis zwischen Landesverbänden und Fraktionen

Auch in Mecklenburg-Vorpommern besteht ein Ungleichgewicht zwischen den Fraktionen und den Landesverbänden der drei Parteien. Die Fraktionen verfügen grundsätzlich über weit größere Ressourcen (hauptamtliches Personal, Geld, Information, Logistik, öffentliche Aufmerksamkeit) als ihre jeweiligen Landesverbände. Und dieses Ressourcengefälle läßt sich auch nicht durch Umverteilung lösen. *Die jeweiligen Landesverbände stehen daher meist im Schatten ihrer Fraktionen.* Daraus erwachsen Spannungen, die indes von den drei Parteien unterschiedlich ausgehalten und gemanagt werden. Bei der CDU sind die Spannungen eher latent. Übergreifend ist der Schulterschluss zwischen Fraktion und Landesverband bei der Abwehr äußerer Anmutungen – die Parteispendenaffäre; die befürchtete „Verschiebung der

13 Vgl. Brigitte Fehrle: Mecklenburger Kritik an Gregor Gysi. Fraktionschefin Gramkow fordert von der Bundespartei besseres Konfliktmanagement. In: Berliner Zeitung vom 22.05.2001, S.5.

14 Vgl. Wolfgang Rex: Ringstorff räumt Fehler ein, PDS gibt sich zufrieden. In: Neues Deutschland vom 17.05.2001, S. 1; vgl. Wolfgang Hübner: PDS sagt Ja zur Koalition. In: Neues Deutschland vom 18.05.2001, S. 1.

politischen Mitte nach links“ infolge der Mobilisierung gegen den Rechtsextremismus – und hinsichtlich der politischen Arbeit, die die angestrebte Rückkehr in die Regierungsverantwortung ab 2002 im Bund wie im Land ermöglichen soll. Solche Einheit und Geschlossenheit suggeriert zumindest nach außen ein Stück weit Problemlösungskompetenz.

Bei der Landes-SPD ist das Verhältnis zwischen Fraktion und Landesverband dadurch bestimmt, dass die Bedürfnisse, Aufgaben und Probleme der Regierungsarbeit oberste Priorität genießen. Dafür bestehen bei der SPD auch insofern günstige strukturelle Voraussetzungen, als der prozentuale Anteil der Mitglieder des Landesverbandes, der in irgendeiner Form direkt in die Praxis des Regierungshandelns eingebunden ist, weit höher liegt als etwa bei der PDS. Dennoch bietet diese Konstellation keine Gewähr dafür, dass die Priorität der Regierungsarbeit ohne weiteres hingenommen wird. Auf dem jüngsten SPD-Landesparteitag im Mai 2001 wurde Harald Ringstorff immerhin mit dem bislang schlechtesten Ergebnis (62%) seiner inzwischen elfjährigen Amtszeit zum Parteivorsitzenden wiedergewählt. Und sein Alleingang bei der Abstimmung im Bundesrat ist von der Landes-SPD nicht unkritisch aufgenommen worden.

Bei der PDS ist das Verhältnis zwischen Fraktion und Landesverband durch offene und öffentlich ausgetragene Konflikte charakterisiert, wobei allerdings die Konfliktlinien quer durch die Fraktion wie den Landesverband verlaufen. Ist für die Mehrheit ein Verständnis leitend, das die PDS „*als gestaltende Reformkraft*“ sieht, so wird ihr auf dem Gegenpol von einer freilich kleinen Minderheit die Rolle der „*Systemopposition*“ zugewiesen. Damit sind auch jeweils gegensätzliche Auffassungen darüber verbunden, wie die Beziehungen zwischen Landesverband, Fraktion und Ministern aussehen sollten. Auch wird die Frage nach dem Ob und Wie der Regierungsbeteiligung der PDS von „Reformern“ und „Systemoppositionellen“ unterschiedlich beantwortet.

Das zeugt von einem lebendigen Landesverband und spricht eher für als gegen ihn. Denn hier diskutiert man noch über politische Grundfragen. Es ist aber auch zu bedenken, dass potentielle Wähler (im Unterschied zu Mitgliedern), sofern sie überhaupt etwas von Parteien erwarten, nicht so sehr an deren innerparteilichen Konfliktkultur interessiert sind, sondern stärker an ihrer Problemlösungskompetenz. Wenn aber Konzepte und Lösungen, die der potentielle Wähler mit einer Landes-Partei verbindet, in dieser Partei ebenso umstritten sind wie diejenigen Personen, die sie repräsentieren, kann leicht der Eindruck vermittelt werden, dass die Politikangebote dieser Partei noch nicht ausgereift sind – mithin ihre Kompetenz, Probleme der Gesellschaft zu lösen oder produktiv zu bewegen, fraglich ist.

Fazit

Der vorstehende Beitrag ging der Frage nach, wie der Landes-PDS rund 30 Monate Regierungsbeteiligung bekommen sind. Ist die PDS „entzaubert“ worden oder hat sie sowohl ihre Politikfähigkeit steigern als auch ihre Position im Wettbewerb der Landesparteien halten bzw. ausbauen können? Wenn wir die beigebrachten Befunde noch einmal Revue passieren lassen, so ergibt sich auf den ersten Blick ein recht widersprüchliches Bild.

Die aktuelle Position der PDS im Wettbewerb der drei Landesparteien ist in mancher Hinsicht nicht gerade komfortabel. Sie hat konzeptionelle Defizite. Gegenüber ihren Konkurrenten ist ein Tempoverlust in der landespolitischen Programmarbeit nicht zu übersehen. An die Stelle der übergroßen Erwartungen, die sich gerade im Umfeld der PDS an die rot-rote Koalition geknüpft hatten, ist eine gewisse Ernüchterung und Enttäuschung getreten. Daher hat die PDS

in Umfragen wie auch bei den Kommunalwahlen (1999) an Zustimmung verloren. Bei den Direktwahlen der Landräte und Bürgermeister konnte sich die PDS im Unterschied zu SPD und CDU nirgendwo auf Anhieb durchsetzen. Aber während sie im vorpommerschen Teil des Bindestrichlandes sich als *der* Herausforderer und Rivale auf der Ebene von Landkreisen wie Kommunen für Stichwahlen qualifizierte, fällt in Mecklenburg die Entscheidung meist zwischen Bewerbern anderer Parteien. Nur in einigen Kommunen verhält es sich anders.

Die PDS verfügt über agile Minister, eine sehr lebendige Fraktion wie auch über einen lebendigen Landesverband. Eigentlich sind das Trümpfe, doch diese Trümpfe vermag sie nur bedingt auch auszuspielen. Das liegt einmal am Kräfteverhältnis in der Koalition. Zum anderen wirken sich die widersprüchlichen Effekte der Politikverflechtung (Verbundföderalismus) auf die Gestaltungsspielräume wie die Profilierung und Erkennbarkeit der Handschrift der PDS aus. Die Verflechtung von EU-, Bundes- und Landespolitik erleichtert den Zugang zu diesen Ebenen des politischen Systems, dämpft den Problemdruck, fördert Koordination und Ausgleich. Aber sie erschwert den Wechsel politischer Ziele und das Setzen politischer Prioritäten. Die Politikverflechtung erheischt langwierige Aushandlungsprozesse und läuft auf einen tendenziellen Einflussverlust der Parlamente hinaus. Das wiederum tangiert die Chancen für soziale Innovationen auf Landesebene und trägt zu Partizipations- wie Legitimationsdefiziten bei.

Die Landes-PDS hat zweifellos in den letzten 30 Monaten Lehrgeld zahlen und Federn lassen müssen. Und sie hat sich von ihrem Koalitionspartner zuweilen aus Unerfahrenheit ausmanövrieren lassen. Auch aus diesem Grunde bricht die Debatte über das Ob und das Wie der Regierungsbeteiligung im Umfeld der PDS nicht ab und wirkt sich auf die Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der Landes-PDS aus. Zumal die Regierungs- und Parlamentsarbeit ebenso Zeit wie soziale Energien bindet.

Dennoch lässt sich keineswegs sagen, dass die Regierungsbeteiligung der PDS nicht bekommt. Sie war weder ihrer Politikfähigkeit abträglich noch hat sie ihre Position im Wettbewerb der Landesparteien unterminiert. Eher das Gegenteil ist der Fall! Die in mancher Hinsicht nicht unproblematische Lage der Landes-PDS gründet in ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte seit 1989/90; sie ist mithin weder von der Regierungsbeteiligung verursacht worden, noch lässt sie sich als deren Folge beschreiben. Es sind vor allem drei Handikaps, die der Politikfähigkeit der PDS Grenzen setzen. Die Mitgliedschaft der PDS weist ein hohes Durchschnittsalter auf: Sodann unterscheiden sich Alters- und Sozialstruktur der Mitgliedschaft der PDS erheblich von der ihrer Wählerschaft. Zwar wird die PDS von einem beträchtlichen Teil der Entscheidungsträger und Multiplikatoren aller Art, von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, von Unternehmern und Freiberuflern, Wissenschaftlern und Künstlern sowie jungen Leuten gewählt, doch sind diese kaum in der PDS organisiert und an ihrem politischen Willensbildungsprozess unmittelbar beteiligt. Daher werden Erfahrungen, Einsichten und Interessen der Wählerschaft im PDS-eigenem Diskurs wie in einem Prisma gebrochen, widerspiegeln sich unzureichend in der Mitgliedschaft. Schließlich ließen sich die stets beachtlichen Wahlergebnisse der PDS auch nicht annähernd in die Besetzung von Entscheidungspositionen auf Landes- und kommunaler Ebene ummünzen. *Die Regierungsbeteiligung bietet der PDS immerhin die reale Chance, eben diese drei überkommenen Grenzen ihrer politischen Handlungsfähigkeit mittel- und langfristig zu durchbrechen.*

Die PDS Mecklenburg-Vorpommern war acht Jahre in der Opposition. Eine Oppositionspartei bildet andere Kompetenzen und Tugenden aus als eine Regierungspartei. Die mitregieren-

de PDS kann und muss nun zeigen, was sie vermag. Dabei lotet sie Spielräume aus. Ebenso erschließt sie sich, was unter den gegebenen Bedingungen vorerst nicht verändert werden kann und wo mögliche Ansatzpunkte liegen könnten, Schranken wie etwa die „Politikverflechtungsfalle“¹⁵ – langfristig – zu überwinden. Damit sind *Lernprozesse, neue Erfahrungen und Einsichten, Kompetenzgewinne* verbunden. Sicher ist das zunächst eine relativ kleiner Kreis, der daran teil hat. Nicht die gesamte PDS und ihr Umfeld sieht sich gleichermaßen durch die Regierungsverantwortung gefordert. Daher mögen sich zwischenzeitlich neue Klüfte und Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungsräumen der PDS-Mitgliedschaft auftun. Und doch lässt sich absehen, dass jene Lernprozesse sukzessive die gesamte Landespartei erfassen. Mithin ist die Landes-PDS nach 30 Monaten des Mitregierens nicht entzaubert worden, nicht in Agonie verfallen. Sie treibt auch keineswegs der Spaltung entgegen. Es sind eher Suchbewegungen und Lernprozesse, die sich vollziehen. Aber auch diese können sehr schmerzhaft sein.

Der Parteienwettbewerb ist auch auf Landesebene alles andere als ein „herrschaftsfreier Diskurs“. Von „Kampf“ zu reden, scheint durchaus angebracht. Wo aber „gekämpft“ wird, ist es auch statthaft, die Beschaffenheit der von den Kontrahenten einsetzbaren „Waffen“ in den Blick zu rücken. Aus dieser Perspektive lässt sich eines mit Bestimmtheit sagen: Die Regierungsbeteiligung bringt für die PDS *mehr „Waffengleichheit“ in den Parteienwettbewerb.*

15 Vgl. Fritz W. Scharpf u.a.: Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg 1976. Derselbe: Optionen des Föderalismus in Deutschland, Frankfurt am Main /New York 1994; S. 11-44 und S. 60.

Profilierung der PDS zur Oppositions- und gestaltenden Reformkraft

Inwieweit stützen geistige Profile innerhalb der Partei diesen Anspruch?

GÜNTER POLLACH

1. Einleitung

Die PDS will erklärtermaßen sowohl gesellschaftskritische „linke Opposition“ als auch „gestaltende Reformkraft“¹ sein, letzteres offensichtlich zunehmend auch in Regierungsverantwortung auf Länderebene. Ob und inwieweit ein solcher Anspruch auch eingelöst werden kann, hängt von sehr vielen Faktoren und Bedingungen ab. Zum Teil sind diese durch äußere Gegebenheiten gesetzt und nur sehr bedingt von der Partei selbst beeinflussbar, zum Teil spielen aber auch innerparteiliche Gegebenheiten eine wichtige Rolle.

Im folgenden Beitrag soll nur ein sehr bescheidener Sektor dieses komplexen Bedingungsgefüges beleuchtet werden, auch die Datenbasis hierfür ist begrenzt. Es geht darum, der Frage nachzugehen, inwieweit in der PDS feststellbare geistige Profile einem solchen Anspruch zur Profilierung als demokratische Opposition und gestaltende Reformkraft förderlich sind oder auch nicht. Die Datengrundlage hierfür bieten Ausschnitte aus einer repräsentativen Befragung von Fraktionsvorsitzenden der PDS, CDU, SPD, F.D.P. und Bündnisgrünen in den ostdeutschen Kommunen.² Ergebnis der folgenden Betrachtungen kann also bei weitem nicht sein, mit dem Impetus der Verkündung von allseits abgesicherten Urteilen die Möglichkeiten der PDS zur Einlösung des genannten Anspruches einzuschätzen. Im umrissenen Rahmen kann es nur darum gehen, einige sich abzeichnende Trends zu thematisieren und gegebenenfalls auch zu problematisieren.

Diesem Anliegen will ich mich im Folgenden nähern, indem ich drei Aspekte innerhalb der geistigen Profile von kommunalen Eliten der PDS (von Fraktionsvorsitzenden) beleuchte: Neigungen zur „Ostidentität“, Kennzeichen ihres Alternativbewusstseins, die erkennbare Diskussions- und Konfliktbereitschaft.

2. „Ostidentität“: realitätsferner Separatismus kontra Opposition und Reformwillen im neuen, größeren Deutschland?

Die besondere und oppositionelle Rolle der PDS in Ostdeutschland wird häufig vorrangig an ihre auffällige Vertretung von Ostinteressen, an die ihr nachgesagte Kultivierung einer „Ostidentität“ gebunden. Eng gekoppelt sind solche Einschätzungen meist mit Vorwürfen von

1 Siehe u.a.: Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002. Beschluss der 1. Tagung des 7. Parteitages der PDS. In: DISPUT 10/2000, S. 45; Rede von Gabi Zimmer auf dem Parteitag in Cottbus. In: Ebenda, S. 14.

2 Wesentliche Ergebnisse des an der Freien Universität Berlin von 1996 bis 1999 erarbeiteten DFG-Projekts „Parteien auf kommunaler Ebene in Ostdeutschland“ sind publiziert in: Günter Pollach, Jörg Wischermann, Bodo Zeuner: Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, Opladen 2000.

Nostalgie (Ostalgie), Vertretung von Sonderinteressen (nur ostdeutsche Interessen, Interessen ehemals staatstragender DDR-Eliten usw.), einer geringen Zuwendung zu heutigen Problemen Deutschlands bzw. der modernen Gesellschaft. Im Grunde schwingt da immer der Vorwurf eines rückwärtsgewandten, realitätsfernen Separatismus mit, der wirklicher Reform- und Zukunftsfähigkeit im neuen, größeren Deutschland von vornherein im Wege stehe. Wie sind solche ausgesprochenen oder auch unterschwellig vorhandenen Vorwürfe aus der Sicht empirischer Daten über die geistigen Profile kommunaler PDS-Eliten zu bewerten?

Zunächst einmal bestätigen diese nachhaltig, dass die PDS jene politische Kraft ist, bei der die Skepsis gegenüber dem bisher vollzogenen Prozess der Vereinigung besonders hoch ist und dass diese Partei „Ostidentität“ in dieser oder jener Form am massivsten verkörpert. Tabelle 1 belegt die fast einmütige Kritik in der Partei am erreichten Stand der Einheit. In der Einschätzung der kommunalen Parteieliten, die letztlich wesentlich Stimmungen der Parteibasis widerspiegelt, ist der Großteil der ostdeutschen Bevölkerung bisher unzureichend ins neue Deutschland integriert und nach wie vor in vieler Hinsicht benachteiligt. Durch die Verweigerung des zweiten Items (Herstellung der Einheit nur eine Frage der Zeit) wird eindeutig die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass es sich hierbei nicht nur um kurzfristig zu überwindende Unvollkommenheiten handele. Darüber hinaus sieht die überwiegende Mehrheit in der PDS weiterhin deutliche Unterschiede in den Wertorientierungen zwischen West- und Ostdeutschen. 92 Prozent stimmen weitgehend (71 Prozent) oder voll (21 Prozent) dem Statement zu, dass im Westen mehrheitlich eine Gesellschaft bevorzugt werde, in der der Einzelne möglichst viel Handlungsspielraum habe, auch wenn das mit größeren sozialen Ungleichheiten erkauft werde, während im Osten mehrheitlich die Herstellung sozialer Gleichheit höher bewertet werde, selbst auf die Gefahr hin, dass der Freiraum des Einzelnen beschränkt werde. Nur 8 Prozent lehnen eine solche Einschätzung weitgehend ab. Letzteres nicht nur wegen inhaltlicher Nichtübereinstimmung, sondern, wie aus zusätzlichen Bemerkungen ersichtlich, auch wegen des sehr pauschalisierenden Charakters des Statements. Unverkennbar ist jedoch die große Distanz innerhalb der PDS zu den in Westdeutschland dominierenden Wertvorstellungen. Insofern ist es wohl gerechtfertigt zu schlussfolgern, dass die Opposition der PDS innerhalb der heutigen Bundesrepublik sehr viel mit der kritischen Beurteilung des Standes der inneren Einheit und mit hoher Distanz zu dem zu tun hat, was aufgrund des „Anschlusses“ auch auf den Osten übertragen wurde und wird.

Tabelle 1: Aussagen ostdeutscher kommunaler Fraktionsvorsitzender zum Stand der Einheit Deutschlands (in Prozent)

	PDS <i>n=248</i>	CDU <i>n=198</i>	SPD <i>n=213</i>	F.D.P <i>n=139</i>	B90 <i>n=94</i>	Gesamt <i>n=892</i>
Die „Mauer in den Köpfen“ besteht immer noch. Ostdeutsche sind in das neue Deutschland nicht richtig integriert. Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich heute als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt.	98	37	77	55	78	71
Die Herstellung der Einheit „auch in den Köpfen“ ist nur eine Frage der Zeit. So wie sich die materiellen Lebensbedingungen schon weitgehend vereinheitlicht haben, werden sich auch die subjektiven Befindlichkeiten angleichen.	2	63	23	45	22	29

Quelle: Datenbasis einer Befragung im Jahre 1997 im Rahmen des DFG-Projektes „Parteien auf kommunaler Ebene in Ostdeutschland“ (siehe Anm. 2).

Das allerdings gleichzusetzen mit genereller Gegnerschaft zur deutschen Vereinigung und schließlich mit separatistischen Bestrebungen wäre sehr kurzschlüssig. Eher ist davon auszugehen, dass die Mehrheit in der PDS die Meinung ihres langjährigen Vorsitzenden Lothar Bisky teilt, der in seiner Abschiedsrede vom Amt die eigene Haltung so umriss:

„Im Herbst 1989 habe ich mir eine bessere DDR, nicht eine größere Bundesrepublik erhofft. Doch die Geschichte ist anders verlaufen. Nostalgie gibt es nun in beiden deutschen Teilgesellschaften. Beide Arten von Nostalgie sind mir fremd. Doch während die ‚Ostalgie‘ sich auf etwas bezieht, das es nicht mehr gibt, richtet sich die ‚Westalgie‘ darauf, etwas zu konservieren, das noch vorhanden, aber dennoch von der Zeit überholt ist.“³

In dem Projekt, dem die hier genutzten Daten zugrunde liegen, wurde zwar nicht direkt nach einer Befürwortung oder Ablehnung der Vereinigung schlechthin gefragt (was wegen des rein destruktiven Charakters einer solchen Fragestellung wohl auch nicht anzuraten wäre), aber indirekt wird deutlich, dass auch in der PDS die Vereinigung überwiegend als eine gegebene Realität behandelt und als solche nicht infrage gestellt wird. Gefragt wurden diejenigen, die unterschiedliche Wertvorstellungen zwischen Ost und West konstatierten, also die Mehrheit der PDS-Fraktionsvorsitzenden, danach, wie mit den unterschiedlichen Wertvorstellungen umzugehen sei. Die Antworten verteilten sich wie folgt:

- 3 Prozent: „Wir müssen diesen in Ostdeutschland vorherrschenden Wertorientierungen eine klare Alternative entgegensetzen.“
- 1 Prozent: „Wir müssen uns zwar auf diese (östlichen) Wertorientierungen einlassen, aber eine Veränderung in Richtung auf die westlichen Einstellungen unterstützen.“
- 60 Prozent: „Wir müssen darauf hinwirken, dass zwischen diesen unterschiedlichen Wertorientierungen ein Ausgleich stattfindet.“
- 36 Prozent: „Wir müssen die in Ostdeutschland vorherrschenden Wertorientierungen bewahren.“

Abgesehen davon, wie realistisch jede einzelne dieser Möglichkeiten ist, so wird doch deutlich, dass sich fast zwei Drittel der Antwortenden auf die Realität der deutschen Einheit mehr oder minder klar eingelassen haben und höchstens unter den 36 Prozent der „strikten“ Verteidiger ostdeutscher Werte solche Bürger zu vermuten sind, die sich auch heute noch kaum oder nur sehr schwer mit der Vereinigung abfinden können. Das wäre zwar immer noch eine beachtliche Minderheit, aber eben eine Minderheit. Ein generell separatistischer Hang der Partei lässt sich daraus nicht ableiten.

Tabelle 2: Aussagen ostdeutscher kommunaler Fraktionsvorsitzender zur DDR (in Prozent)

	PDS	CDU	SPD	F.D.P.	B90	Gesamt
<i>Die DDR hatte auch gute Seiten.</i>	<i>n=240</i>	<i>n=201</i>	<i>n=219</i>	<i>n=139</i>	<i>n=91</i>	<i>n=890</i>
eher Zustimmung	92	33	68	55	65	64
Neutral	7	22	16	16	22	16
eher Ablehnung	1	45	16	29	13	20
<i>Das Gesellschaftssystem der DDR war menschenverachtend. Die Menschen wurden unterdrückt.</i>	<i>n=239</i>	<i>n=204</i>	<i>n=218</i>	<i>n=138</i>	<i>n=92</i>	<i>n=891</i>
eher Zustimmung	8	70	52	53	47	44
Neutral	14	10	14	14	15	13
eher Ablehnung	78	20	34	33	38	43

Quelle: siehe Tabelle 1

3 Lothar Bisky: 10 Jahre deutsche Einheit – 10 Jahre PDS. In: DISPUT (Anm. 1), S. 9.

Unverkennbar ist allerdings die nur zögerliche, vorsichtige Distanz innerhalb der PDS zur DDR. Tabelle 2 belegt, dass nur einer von 100 PDS-Fraktionsvorsitzenden bereit ist, der DDR generell gute Seiten abzusprechen. In der Regel werden ihr solche guten Seiten zugestanden, wobei aus dem Gesamtzusammenhang der mündlichen und schriftlichen Befragungen klar wird, dass hier überwiegend Fragen der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit gemeint sind: Sicherheit des Arbeitsplatzes, Stellung der Frau in der Gesellschaft, erschwingliche Preise und Mieten etc. Schon deutlich differenzierter ist die Sicht auf die DDR, wenn es um das politische System geht. Die Zustimmung zu dem Statement, dass die DDR menschenverachtend gewesen sei und die Menschen unterdrückt habe (Tabelle 2), ist für jedes PDS-Mitglied eine schmerzliche Sache, da fast alle in dieser oder jener Weise in dieses System involviert waren und das meist nicht nur passiv. Es zeugt zumindest von eingetretenen Differenzierungen innerhalb der Partei, wenn 8 Prozent diesem Statements trotz seiner groben Pauschalität zustimmen und insgesamt nur 22 Prozent in einer 7-stufigen Skala den äußersten Wert „stimmt überhaupt nicht“ wählen (in Tabelle 2 nicht detailliert ausgewiesen). Vor allem in den kreisfreien Städten (16 Prozent) und bei den auf der Kreisebene tätigen Fraktionsvorsitzenden (9 Prozent) trifft das Letztgenannte in besonderem Maße zu.

Es bleibt natürlich die Tatsache bestehen, dass die Mehrheit innerhalb der PDS nach wie vor nicht bereit ist, einer pauschalen Verurteilung des Gesellschaftssystems der DDR zuzustimmen. Spricht das in Verbindung mit der großen Skepsis gegenüber dem Stand der Einheit nicht doch für eine unterschwellige Tendenz zum rückwärtsgewandten Separatismus anstelle einer Oppositionshaltung innerhalb der heutigen Gesellschaft? Um die Kurzschlüssigkeit eines solchen möglichen Urteils zu verdeutlichen, werden in den Tabellen die Antwortverteilungen der kommunalen Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien ebenfalls angegeben. Ein Vergleich zeigt, dass dann auch den anderen ostdeutschen Parteien, vor allem der SPD und den Bündnisgrünen, der absurde Vorwurf des Hanges zum Separatismus gemacht werden müsste. Auch in der SPD, in der F.D.P. und bei den Bündnisgrünen gibt es Mehrheiten mit einer kritischen Haltung zum Stand der Einheit sowie für die Anerkennung auch guter Seiten der DDR. Selbst in der CDU vertritt eine große Minderheit von einem Drittel der Fraktionsvorsitzenden solche Ansichten. Bei den ebenfalls klaren Mehrheiten in den anderen Parteien (von CDU mit 65 Prozent bis SPD mit 86 Prozent), die unterschiedliche Wertorientierungen Ost/West sehen, will auch nur ein geringer Teil (von 3 Prozent bei Bündnisgrünen bis 8 Prozent bei CDU) den ostdeutschen Wertorientierungen eine klare – westdeutsche – Alternative entgegensetzen, während immerhin erwähnenswerte Minderheiten hier sogar auch ostdeutsche Wertorientierungen schlichtweg bewahren wollen (von CDU mit 7 Prozent bis SPD und Bündnisgrünen mit 22 Prozent).

Die Daten sprechen also insgesamt wenig von einem Separatismus der PDS, sondern davon, dass die PDS am stärksten einer „Ostidentität“ bzw. Ostinteressen verbunden ist, die zugleich quer durch alle anderen Parteien in den neuen Bundesländern eine feste Verankerung finden. Wer der einen Partei angesichts ihrer erwähnten geistigen Profile den Vorwurf der rückwärtsgewandten, separatistischen Nostalgie unterstellt, müsste diesen Vorwurf konsequenter Weise auch graduell abgestuft den anderen Parteien machen. Kritische Haltungen zum Stand der deutschen Einheit sowie Verweigerung gegenüber einer zu simplen, pauschalisierenden Verurteilung der DDR sind also keineswegs zwangsläufig mit Separatismus, Rückwärtsgerichtetheit und Unfähigkeit verbunden, sich heute anstehenden Problemen zu stellen. Im Gegenteil, es liegt sogar nahe, dass aufgrund der Verankerung von „Ostidentität“/Ostinteressen in breiten Teilen der Bevölkerung und in allen Ost-Parteien solche Ostinteressen Bestandteile jeder kon-

struktiven Opposition und wahrscheinlich jeder Deutschland voran bringenden Reformbestrebung sein müssen. Dass die PDS sich – auch aufgrund prekärer Fehler der anderen Parteien – seit der Vereinigung hinsichtlich der Vertretung von Ostinteressen als glaubhafte Kraft profilieren konnte, ist angesichts der nur langfristig zu lösenden Probleme gerade ihr Trumpf auch für das Ringen um künftige Reformen in diesem größeren Deutschland. Ob sie diesen Trumpf auch weiter ausspielen kann oder ob er verspielt wird (z.B. durch zu geringe Fähigkeit, sich von überholten Auffassungen und Schemata zu lösen oder durch unzureichende Fähigkeiten, diese mit gesamtdeutschen Problemlagen zu verbinden) ist natürlich eine ganz andere und weiterhin offene Frage.

3. Alternativbewusstsein: Wie weit reicht es?

Sowohl die gesellschaftskritische Opposition einer sich „links“ verortenden Partei als auch ihre Fähigkeit, als gestaltende Reformkraft in der gegenwärtigen Gesellschaft zu wirken, stehen in einem engen Zusammenhang mit dem jeweiligen Alternativbewusstsein in der Partei selbst. Wollte man die schärfsten polemischen Attacken bezüglich des Alternativbewusstseins der PDS ernst nehmen, so befände sich die Partei auf einem hoffnungslosen Schlingerkurs zwischen Skylla (Verfassungsfeindlichkeit) und Charybdis (opportunistischer Sumpf der Sozialdemokratisierung). Die Wirklichkeit sieht wohl prosaischer aus.

Tabelle 3 belegt, dass insbesondere in der PDS tatsächlich in besonderem Maße solche politisch interessierten Kräfte Ostdeutschlands konzentriert sind, die trotz Diskreditierung und Untergang des „realen Sozialismus“ an der „Idee des Sozialismus“ festhalten. Wer ein solches Bekenntnis von vornherein mit Verfassungsfeindlichkeit verbindet, gibt sich selbst der Lächerlichkeit preis. Zum einen, weil er sich dem Verdacht aussetzt, das Grundgesetz der Bundesrepublik, das kein Bekenntnis zum Kapitalismus zur Voraussetzung loyaler Staatsbürgerschaft macht, nicht ernst zu nehmen. Zum anderen, weil mit einem solchen Bekenntnis zur sozialistischen Idee überhaupt nichts ausgesagt wird über die inhaltlichen Vorstellungen von Sozialismus und über die Wege und Mittel zur Erreichung eines solchen Zieles. Mit Sicherheit würde jedes einzelne PDS-Mitglied in Schwierigkeit geraten, wenn es seine Sozialismuskonzeption definieren sollte, und wird der Versuch gewagt, ergäben sich bei drei Befragten sicherlich drei Antwortvarianten. Es ist ja geradezu weltweit eine Grundschwäche sozialistischer Bewegung der Gegenwart, dass sie mehrheitlich nun weiß, wie Sozialismus nicht sein sollte und sein wird, dass es jedoch bisher nicht gelungen ist, glaubwürdige und mehrheitsfähige Konzeptionen für (eine) sozialistische Perspektive(n) und den Weg dorthin aufzuzeigen. Diese grundsätzliche Schwäche teilt die PDS mit allen anderen linkssozialistischen Kräften.

Tabelle 3: Aussagen ostdeutscher kommunaler Fraktionsvorsitzender zur Idee des Sozialismus (in Prozent)

	PDS	CDU	SPD	F.D.P.	B90	gesamt
<i>Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.</i>	<i>n=247</i>	<i>n=199</i>	<i>n=218</i>	<i>n=138</i>	<i>n=91</i>	<i>n=893</i>
eher Zustimmung	95	16	52	22	57	52
neutral	4	8	19	15	18	12
eher Ablehnung	1	76	29	63	25	36

Quelle: siehe Tabelle 1

Auffällig ist, dass die Idee des Sozialismus auch weit über die PDS hinaus ungeachtet des Niedergangs des Staatssozialismus Anziehungskraft behält. Das gilt selbst für die alten Bundesländer⁴, und in höherem Maße noch für die neuen. In der ostdeutschen SPD und bei den Bündnisgrünen ist eine positive Haltung zu einer solchen allgemeinen Grundorientierung mehrheitsfähig und selbst in F.D.P. und CDU durchaus nicht eine krasse Ausnahme. Auch das deutet darauf hin, dass insbesondere in Ostdeutschland eine positive Haltung zur Idee des Sozialismus weniger ein konkretes gesellschaftliches Gegenkonzept zum Ausdruck bringt, sondern weit eher Unzufriedenheit mit und Distanz zu bestehenden, erlebten gesellschaftlichen Verhältnissen. Mit dem Festhalten an der sozialistischen „Idee“ wird (bisher?) weniger ein konkreter alternativer Inhalt von Gesellschaft als ein alternatives Wollen bekräftigt.

Das schließt aus der Sicht einer sich als sozialistisch verstehenden Partei keineswegs aus, sondern eher ein, sich ausgehend von einer Opposition gegenüber kritikwürdigen Zuständen auch über alternative Entwicklungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft Gedanken zu machen und hierfür Aktivitäten zu entwickeln. Die Profilierung als Opposition und die Profilierung als Reformkraft sind, so schwierig sich ihre Verbindung in der Praxis erweisen mag, keine Gegensätze, sondern eng miteinander verbunden. Das Problem bei der PDS ist also nicht die Frage, ob sie sich auf die heutige Gesellschaft einlassen und in ihr wirken soll. Das ist faktisch mit der Vereinigung entschieden. Sich dieser Realität unter dem Vorwand einer „Fundamentalopposition“ zu verweigern, würde die Partei völlig überflüssig machen und mit Sicherheit ihr baldiges Verschwinden von der politischen Bühne bedeuten. Das Problem der PDS besteht vielmehr darin, inwieweit sie in der Lage ist, innerhalb der bestehenden Gesellschaft sich als eine gestaltende (Reform-)Kraft zu profilieren, inwieweit sie alternative Entwicklungen zu mehr sozialer, ökologischer, politischer Sicherheit und Gerechtigkeit initiieren bzw. spürbar mit beeinflussen kann. Ob, mit welchem Inhalt, wann und in welcher Weise daraus andere gesellschaftliche Qualitäten entstehen und ob diese dann mit dem Begriff „Sozialismus“ gefasst werden, darüber entscheiden künftige Generationen. Das festzustellen soll natürlich nicht besagen, dass es für eine sozialistische Partei überflüssig wäre, sich über Fernziele Gedanken zu machen. Zur Vermeidung von Orientierungslosigkeit wird das sogar unabdingbar sein. Aber gewiss nicht im Sinne neuer, nicht korrigierbarer Schemata und Modelle. Wenn die PDS wirklich ein Problem hat, dann besteht es darin, dass sie sich endgültig entscheiden muss, ob sie in diesem gesellschaftlichen Prozess mehr oder weniger als passiver Zuschauer und marginalisierter Fundamentalkritiker in Erscheinung treten will oder als Teil gestaltender Kräfte. Und wenn sie das Letztere wirklich will, so steht die Frage, inwieweit sie dafür gerüstet ist. Aus dieser Sicht werden im Folgenden einige weitere Daten der genannten Befragung beleuchtet.

In Tabelle 4 ist ersichtlich, dass es unumstritten zum Grundkonsens der PDS gehört, einem freien, ungehinderten Wirken der Marktkräfte nicht zuzustimmen, sondern auf eine politische Regulierung des Marktes zu setzen, um seine sozial destruktiven Wirkungen einzudämmen. Inwieweit hierbei noch Reminiszenzen aus der Zeit der Planwirtschaft eine Rolle spielen, lässt sich schwer feststellen. Solches Misstrauen hinsichtlich der Allmacht des Marktes scheint, betrachtet man auch die Antworten der Befragten aus den anderen Parteien, in der ostdeutschen Bevölkerung weit verbreitet zu sein. Selbst die CDU spaltet die Frage von Deregulierung oder Regulierung in zwei gleichgroße Lager.

4 Siehe u.a.: Oskar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 21 und 458.

Tabelle 4: Aussagen ostdeutscher kommunaler Fraktionsvorsitzender zu Deregulierung bzw. Regulierung (in Prozent)

	PDS n=247	CDU n=199	SPD n=219	F.D.P. n=138	B90 n=92	gesamt n=895
Wirtschaftlicher Fortschritt ist nur durch mehr Markt und durch Befreiung der Wirtschaft von staatlichen Regulierungen zu erreichen. Politik sollte deshalb die Kräfte des Marktes stärken. Dabei sind vorübergehend soziale Ungleichheiten in Kauf zu nehmen.	0	50	7	62	4	23
Wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stellen sich nicht von alleine ein. Die kapitalistische Marktwirtschaft erzeugt Probleme und anhaltende soziale Ungleichheiten. Der Marktmechanismus muss politisch reguliert und seine negativen Wirkungen müssen eingedämmt werden.	100	50	93	38	96	77

Quelle: siehe Tabelle 1

Die PDS unterscheidet sich von den anderen Parteien allerdings insoweit, als sie die politische Regulierung überwiegend an einen Interventionsstaat bindet. In der Tabelle 5 wird deutlich, dass Anhänger eines „neoliberalen“ Staates, das heißt eines radikalen Rückzuges des Staates vor allem aus der Wirtschaft, eine randständige Minderheit bilden. Zwei Drittel der Befragten setzen auf den Interventionsstaat, ein knappes Drittel eher auf Kräfte der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Diese Eingreifen des Staates zur Regulierung destruktiver Wirkungen des Marktes wird in der PDS aber erkennbar unterschieden von einem „starken“ Staat, der unerwünscht ist. Bereits in den Antworten auf eine Frage, die nur sehr vage in diese Richtung interpretiert werden konnte, nämlich für wie wichtig man eine „stärkere Durchsetzung des Staates gegenüber Gruppen- und Verbandsinteressen“ halte, verlagern sich die Gewichte. Das halten nur 14 Prozent für „besonders wichtig“ und 25 Prozent für „wichtig“, aber 48 Prozent für „nicht so wichtig“ und 13 Prozent für „völlig unwichtig“. Eine direkte Frage nach der Stärkung politischer Exekutivmacht des Staates hätte sicher ein weit deutlicheres Ergebnis erbracht.

Tabelle 5: Aussagen ostdeutscher kommunaler Fraktionsvorsitzender zur Rolle des Staates (in Prozent)

	PDS n=239	CDU n=203	SPD n=219	F.D.P. n=143	B90 n=94	gesamt n=898
Zur Lösung von sozialpolitischen, ökologischen, wirtschaftlichen und anderen Problemen ist ein interventionfähiger Staat unverzichtbar. (Interventionsstaat)	67	23	50	17	38	42
Der Staat sollte die Kräfte der gesellschaftlichen Selbsthilfe und Solidarität gewährleisten und ihre Entfaltung unterstützen. Nur dort, wo die Kräfte der gesellschaftlichen Selbstorganisation nicht ausreichen, ist der Staat gefordert, Aufgaben zu übernehmen. (Subsidiärer Staat)	30	54	40	47	60	44
Aufgabe des Staates ist es, die Wirkung der Marktkräfte zu fördern. Er sollte sich aber aller weiteren Eingriffe in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung möglichst enthalten. (Neoliberaler Staat)	3	23	10	36	2	14

Quelle: siehe Tabelle 1

So könnte man also schlussfolgern, dass die PDS sich hier in traditionellen sozialreformerischen Bahnen bewegt. Dem ist wohl so, aber die Frage ist doch, ob diese starke Staatsorientierung („Staatsgläubigkeit“) so noch heutigen Erfordernissen entspricht angesichts der gegenwärtigen Prozesse europäischer Einigung einerseits und stärkerer Bedeutung von Regionalisierung andererseits. Die Delegation aller Aufgaben an eine etatistische Steuerung und der damit verbundene Glaube, mit der Übernahme der „Machthebel“ in Gesellschaft und Staat alle Probleme lösen, die Gesellschaft schließlich so im sozialistischen Sinne grundlegend umwandeln zu können, greift angesichts heutiger Entwicklungsprozesse offensichtlich zu kurz. Sicher sind wir heute nicht Zeuge einer Beseitigung des Nationalstaates, aber doch einer Auflösung traditioneller Staatlichkeit, einer Aufwertung sowohl supranationaler als auch subnationaler Ebenen und Akteure. Regionale Handlungsfähigkeit, die Entfaltung endogener Potenziale und Akteure gewinnen ein ganz neues Gewicht. So erscheint es zumindest problematisch, dass in der PDS so stark am traditionellen Staatsverständnis festgehalten wird und sie zum Beispiel von allen fünf Parteien mit Abstand am wenigsten auf Kräfte gesellschaftlicher Selbsthilfe und Solidarität setzt. Negative Erfahrungen im Einigungsprozess, in dem gerade die Ausbildung endogener Akteurspotenziale in Ostdeutschland behindert wurde, warten darauf, konstruktiv bewältigt zu werden. Ähnlich verhält es sich mit den Internationalisierungsprozessen.

Für Kommunalpolitiker entsteht allerdings die Entscheidungssituation, ob sie sich auf die Probleme der Gesellschaft in ihrem Alltag einlassen sollten oder nicht, erst gar nicht. Die PDS zieht einen Großteil ihrer bisherigen Kraft und Stabilität ja gerade daraus, dass sich ihre Kommunalpolitiker auf die Alltagssorgen und -probleme der Bevölkerung eingelassen und dabei an Kompetenz gewonnen haben. Natürlich sind kommunale Angelegenheiten spezifisch und nicht immer direkt und unmittelbar mit der „großen Politik“ verbunden. Aber andererseits gibt es solche Verbindungen, und eine Reformkraft wird im Lande kaum als solche anerkannt werden, wenn sie auf kommunaler Ebene nicht auch als solche erkennbar ist. Wo steht die PDS in dieser Hinsicht?

Befragt nach den Schwerpunkten der Partei im letzten Kommunalwahlkampf setzten die PDS-Fraktionsvorsitzenden unter 19 vorgegebenen Politikbereichen mit deutlichem Abstand vor den anderen Bereichen *Sozialpolitik* an die erste und *Beschäftigungspolitik* an die zweite Stelle. Auch bei inhaltlichen Entscheidungen ist diese soziale Schwerpunktsetzung sehr ausgeprägt. Zu 96 Prozent befürworteten die befragten PDS-Fraktionsvorsitzenden die Forderung, dass die Kommunen stärker Dienstleistungen in Eigenregie für Bedürftige, Arme und Kranke anbieten müssten und dafür mehr finanzielle Mittel benötigten. Zu 95 Prozent bevorzugten sie einen öffentlich finanzierten oder geförderten, preiswerten (Miet-)Wohnungsbau und lehnen eine vorrangige Förderung des privaten Haus- und Wohnungseigentums ab. Zu 96 Prozent sind sie für den Vorrang der Förderung des ÖPNV zu tragbaren Preisen für die Bürger gegenüber einer Förderung des Individualverkehrs. Insbesondere in diesen sozialen Fragen ist die Übereinstimmung in der Partei sehr hoch, und im Vergleich der Parteien macht das Profil in dieser Hinsicht den geschlossensten Eindruck.

Unverkennbar liegt in der Konzentration auf soziale Fragen einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die Partei Anklang findet, und soziale Orientierungen gehören wohl auch unverzichtbar zum Profil einer linken Reformkraft, die gestaltend eingreifen will. Und doch entsteht zugleich der problematische Eindruck, dass die Partei sich in Fortführung von Traditionen der sozialistischen Bewegung nach wie vor zu einseitig auf die Verteilung öffentlicher

Mittel konzentriert. Da im Zusammenhang mit dem hier zugrunde liegenden wissenschaftlichen Projekt nicht direkt danach gefragt wurde, wo die Mittel für Sozialpolitik herkommen sollen, lässt sich nicht definitiv sagen, inwieweit sich die PDS diesem Problem stellt. Aber indirekt wird der Schluss unzureichender Aufmerksamkeit für dieses Problem nahegelegt, wenn die *kommunale Wirtschaftspolitik und -förderung* nicht in etwa gleichgewichtig mit der Sozialpolitik als Schwerpunkt der Parteipolitik behandelt wird, sondern vom Gewicht der Nennungen her erst mit beachtlichem Abstand an fünfter Stelle auftaucht. *Wirtschaftswachstum* allerdings wird in der PDS von drei Viertel der Befragten für wichtig (50 Prozent) oder sehr wichtig (26 Prozent) gehalten, bei Freien Demokraten, Christdemokraten und Sozialdemokraten liegt dieser Anteil noch höher. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass Zweifel an einer unbegrenzten Wachstumspolitik in Ostdeutschland, auch in der PDS, bisher noch wenig gegriffen haben. Hier machen allein die Bündnisgrünen eine Ausnahme (nur etwa ein Drittel generelle Befürwortung einer Wachstumspolitik), aber sie haben als Partei den geringsten Einfluss auf Politik in Ostdeutschland. Ein solches Wachstumsstreben ist angesichts des zwingenden Nachholbedarfs Ostdeutschlands zwar verständlich und zeitweilig vertretbar, fördert aber wohl kaum das Verständnis für eine ökologisch verantwortliche Wirtschaftspolitik für Gesamtdeutschland.

Auch die Antworten zu einzelnen anderen Politikbereichen vermitteln eher einen zu ambivalenten Eindruck, als dass sie bereits als klare alternative Ansätze erkennbar wären. Hinsichtlich des *Umweltbewusstseins* ist schwerlich ein anderes Herangehen als von vorseiten der CDU und der SPD erkennbar. Zwar möchte die große Mehrheit der PDS-Fraktionsvorsitzenden wie auch diejenigen der anderen Parteien möglichst Umweltschutz und Wirtschaftswachstum in Übereinstimmung bringen; aber trotz der offensichtlichen Illusion dieses Anliegens in der heutigen Praxis bricht auch kaum einer aus und fordert den Vorrang des Umweltschutzes vor Wachstum, umgekehrt sogar leicht eher. Hinsichtlich der *Ausländerpolitik* steht die PDS wie auch die Bündnisgrünen dafür, dass die Aufnahmekapazitäten Deutschlands für politische Flüchtlinge noch nicht erschöpft sind und die Kommunen mehr Mittel benötigen, um die Lebensbedingungen für die Ausländer zu verbessern (PDS 80 Prozent, Bündnisgrüne 75 Prozent); eine Politik „Das Boot ist voll!“ findet hier keine Mehrheit wie in CDU mit 89, F.D.P. mit 86 und SPD mit 61 Prozent Zustimmung. Das bedeutet aber nicht, dass die PDS von ausländerfeindlichen Tendenzen unberührt bleibt. Hier soll nicht darüber spekuliert werden, inwieweit die zuweilen enorm hohen Angaben zur Ausländerfeindschaft gerade in der PDS-Mitgliedschaft Resultat solider Befragung sind. Nach unserer Untersuchung sind zumindest Zweifel in dieser Hinsicht angebracht. Tatsache ist allerdings, dass selbst PDS-Eliten davon nicht unberührt bleiben. Auch in der PDS zeigt sich das allgemeine Phänomen, dass diejenigen, die kaum mit Ausländern in Berührung kommen, weit mehr Resentiments gegenüber Ausländern entwickeln als diejenigen, für die das zum Alltag gehört. Während sich in kreisfreien – und damit großen – Städten keine Stimme für eine Politik „Das Boot ist voll!“ findet, wird sie von den befragten PDS-Fraktionsvorsitzenden auf Gemeindeebene zu 44 Prozent befürwortet. Wenn in der Führung der PDS Ansätze eines alternativen Herangehens an Ausländerpolitik erkennbar sind, so gibt es zumindest auch in dieser Partei das Problem der Vermittlung zu Teilen der kommunalen Basis.

Die hier beleuchteten geistigen Profile belegen zweifellos, dass in der PDS ein beträchtliches Alternativbewusstsein wirkt, dass für die Partei alternative und Oppositionshaltungen zu vielen Erscheinungen in der heutigen Gesellschaft konstitutiv sind. Weit weniger eindeutig wird bestätigt, dass die Partei wirklich schon auf dem Wege zur Ausprägung von konkreten, poli-

tikfähigen Alternativen ist. Vieles bleibt sehr traditionell, lässt noch einen geringen Stand der Einstellung auf heutige Entwicklungsprozesse vermuten.

4. Streitkultur: Wie ausgeprägt ist sie?

Reformfähigkeit einer Partei wird ohne einen hohen Aktivitätsgrad der Mitgliedschaft, ohne Streitkultur und Konfliktfähigkeit und ohne Beschreiten auch kühner oder ungewohnter Wege kaum zu erlangen sein. Wie steht es damit aus der Sicht der Befragung von kommunalen PDS-Fraktionsvorsitzenden?

Der Aktivitätsgrad innerhalb der Partei, hier gemessen am regelmäßigen Besuch von Parteiversammlungen als Minimum, belegt mit 54 Prozent für die PDS (Bündnisgrüne 60, SPD 50, F.D.P 44, CDU 40 Prozent) durchaus eine beachtliche Handlungsfähigkeit, besonders, wenn die relative Größe der Partei bedachtet wird. Allerdings ist hierbei wohl zweierlei zu bedenken. Zum einen bedroht bereits kurz- bis mittelfristig die Überalterung der Partei die Außenwirkung dieses Aktionspotenzials; zum anderen liegt die Annahme nahe, dass die Aktivitätsbereitschaft sich in sehr traditionellen Bahnen wie Versammlungsbesuch, Plakataktion, Betreuung von Ständen, Teilnahme an dieser oder jener Kundgebung u.ä. bewegt. Eine große Scheu vor ungewohnten und neuartigen Aktivitäten ist unübersehbar. So kann sich nur etwa ein Drittel der PDS-Fraktionsvorsitzenden vorstellen, dass die Mehrheit ihrer Fraktion auch den Einsatz von Mitteln des zivilen Ungehorsams (unangemeldete Demonstrationen, Straßenblockaden u.ä.) billigen würde, um gegen Verletzung von grundlegenden Interessen und Werten Widerstand zu leisten. Bei den Bündnisgrünen sind es immerhin zwei Drittel. Lassen wir einmal den Streit beiseite, inwieweit solche Mittel in einer Demokratie legitim sind, so erweckt ein unübersehbarer Hang zu gewohnten, traditionellen, angepassten Aktionsmitteln doch Zweifel an der Aktionswirksamkeit einer Partei, die gegen zu erwartende massive Widerstände für alternative Reformprojekte streiten will.

Reformalternativen müssen zuerst innerhalb der Partei erstritten werden. Hierfür ist eine innerparteiliche Streitkultur unabdingbar. Die heftigen Diskussionen in den führenden Gremien der PDS und auf Parteitag, insbesondere auch um Reformorientierung und Regierungsbereitschaft, erwecken den Eindruck, dass es zumindest mit dem „Streit“ gut steht, auch wenn es zuweilen an der „Kultur“ noch hapert. Ist das aber an der Basis der Partei ebenso? Einen gewissen Hinweis hierauf bietet die Aktivität von Flügeln und Strömungen innerhalb der Partei, zumal die PDS sich auf innerparteilichen Pluralismus beruft, was die Existenz und Auseinandersetzung unterschiedlicher politischer und ideologischer Linien innerhalb eines gewissen Grundkonsens legitimiert.

Tabelle 6: Politische Flügel und Strömungen in den ostdeutschen kommunalen Parteien, vergleichbar mit den auf Bundes- und Landesebene bekannten (in Prozent)

	PDS <i>n=244/241</i>	CDU <i>n=205/201</i>	SPD <i>n=217/214</i>	F.D.P. <i>n=139/136</i>	B90 <i>n=94</i>
in Fraktion ja	10	23	27	11	18
in Parteigliederung ja	27	28	42	21	35

Quelle: siehe Tabelle 1

Danach befragt, ob in ihrer Fraktion oder in ihrer Parteigliederung solche aus der Bundes- und Landespolitik bekannten Flügel oder Strömungen vertreten sind, stellt sich erstaunlicherweise heraus, dass die PDS (wenn wir einmal von der F.D.P absehen) jene Partei ist, die an der

kommunalen Basis am wenigsten von solchen innerparteilichen Auseinandersetzungen berührt zu sein scheint (Tabelle 6). Hinzu kommt, dass von denjenigen, die in ihrer Fraktion bzw. Parteigliederung solche Strukturen feststellen, nur 3 Prozent meinen, diese spielen eine erhebliche Rolle, und 25 Prozent ihnen eine gewisse Rolle zustanden, während 38 Prozent ihnen eine geringe und 34 Prozent keinerlei Bedeutung zubilligten. Das widerspricht drastisch dem Erscheinungsbild auf der Führungsebene. Herrscht also an der kommunalen Basis Einmütigkeit, Einigkeit, Gleichheit der Meinungen über politische Ziele und Wege? Natürlich ist einzuräumen, dass, wenn es um kommunale Probleme geht, nicht immer hochpolitische Probleme anstehen, die unbedingt zu innerparteilichen Auseinandersetzungen führen müssen. Das erklärt aber auch nicht, warum gerade in einem Dreiviertel der kommunalen PDS-Organisationen eine solche „einmütige Ruhe“ besteht. Dafür lassen sich die unterschiedlichsten Erklärungsmuster annehmen, unter anderem: Weiterwirkung der aus der SED überkommenen Verdammung von Strömungen und Fraktionen trotz Lippenbekenntnis zum Pluralismus, Vertuschung von real bestehenden Differenzen angesichts des ständigen äußeren Druckes auf die Partei, geringe Anteilnahme an den auf zentralerer Ebene geführten Auseinandersetzungen. Ob diese oder weitere Gründe wirken oder zusammenwirken kann mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Unter dem Strich bleibt bei allen Erklärungsmustern die offene Frage, ob diese sich abzeichnende geringe oder auch „verdeckte“ Streitkultur der Basis einer Partei zuträglich ist, die um alternative Reforminhalte und -wege ringt und in der Gesellschaft gestaltend tätig sein will. Und dass es sich hier nur um ein Problem der kommunalen Basis handelt, ist z.B. angesichts des sang- und klanglosen Verschwindens der AG Junge GenossInnen als bundesweiter Zusammenschluss auch zu bezweifeln.

Von Bedeutung für eine alternative Reformkraft wäre ebenfalls die Konfliktfähigkeit nach außen. Vor die Entscheidungsfrage gestellt, ob politische Konflikte zum Alltag der Demokratie gehören und ihre Austragung die Lösung von Problemen in den Kommunen eher befördert oder ob politische Konflikte Lösungen eher behindern, erweisen sich die PDS-Fraktionsvorsitzenden hinter den Freien Demokraten als am wenigsten konfliktorientiert (Tabelle 7). Noch am ehesten findet sich Konfliktorientierung auf der Kreisebene und in kreisfreien Städten, wo etwa ein Drittel der PDS-Fraktionsvorsitzenden politischen Konflikten vorrangig eine problemlösende Wirkung zuschreiben.

Tabelle 7: Ostdeutsche kommunale Fraktionsvorsitzende zur Bedeutung von politischen Konflikten in Kommunen (in Prozent)

	PDS <i>n=247</i>	CDU <i>n=205</i>	SPD <i>n=217</i>	F.D.P. <i>n=140</i>	B90 <i>n=91</i>
Politische Konflikte befördern eher die Lösung von Problemen in Kommunen.	17	24	20	9	40
Politische Konflikte behindern eher die Lösung von Problemen in Kommunen.	83	76	80	91	60

Quelle: siehe Tabelle 1

Natürlich handelt es sich um Konfliktorientierung in Kommunen, in denen bei allen Parteien das Bestreben dominiert, Konflikte möglichst zu vermeiden und Konsens bei der Lösung sogenannter Sachfragen anzustreben. Das hat sicher auch positive Aspekte. Wenn aber die Annahme richtig ist, dass eine alternative Reformpolitik bereits in den Kommunen ansetzen und erkennbar sein muss, ergibt sich doch die Frage, ob gerade eine Partei mit einer solchen Zielsetzung so wenig auf (in der Sache) harte Auseinandersetzung setzen kann. Erfordert alternative Reformpolitik nicht weniger Anpasstheit oder gar Harmoniestreben und mehr Kon-

fliktbereitschaft? Diese schließt ja nicht aus, dass man in harter Auseinandersetzung zum Konsens mit anderen politischen Kräften gelangt. Konfliktscheue ist zwar menschlich verständlich, wenn man jahrelang im Zentrum von Konflikten im Zusammenhang mit der Bewältigung der Vergangenheit stand, ein zukunftsträchtiges politisches Mittel ist sie nicht.

5. Fazit: Odysseus im Nebel auf offener See

Wenn jetzt die Interpretation von empirischen Daten zu einem gewissen Fazit geführt werden soll, so ist noch einmal daran zu erinnern, was einleitend gesagt wurde: Aus diesen begrenzten Daten können keine allseits abgesicherten Urteile über die Möglichkeiten der PDS, sich als Oppositionskraft und gestaltende Reformkraft zu profilieren, abgeleitet werden. Trotzdem seien einige sich abzeichnende Trends resümiert:

- Die Vertretung von „Ostidentität“/Ostinteressen erwies sich nicht nur als ein Faktor der PDS-Stärke in der Vergangenheit, sie hat auch als Bestandteil künftiger Oppositions- und Reformpolitik eine Zukunftschance. Allerdings nur unter der Bedingung, dass sie westdeutschen Interessen nicht entgegengesetzt wird, sondern es gelingt, sie in eine gesamtdeutsche Gestaltungsaufgabe einzubetten.
- In der PDS scheint *Alternativwillen* wesentlich identitätsstiftend und konstitutiv zu sein, die konkrete Ausformung eines Alternativbewusstseins, von Alternativen und alternativen Reforminhalten jedoch ist hinsichtlich aller Ebenen und Zeitschienen trotz sich abzeichnender Umrisse bisher noch sehr verschwommen, berücksichtigt moderne Prozesse noch wenig.
- Weder die Schreckgespenster „Verfassungsfeindlichkeit“ noch „opportunistischer Sumpf der Sozialdemokratisierung“ sind das eigentliche Problem der PDS, sondern ihre bisher unzureichende Fähigkeit, eine solche „Streitkultur“ zu entwickeln, die es konstruktiv ermöglicht, veraltete Denkstrukturen abzuschütteln, Bewährtes zu bewahren und ohne Scheu Ungewohntes vorzudenken und zu ertragen.
- Schließlich folgt aus allem, dass die PDS, so sehr sie auf dem Weg zu einer gestaltenden Reformkraft auch vorankommen sein möge, wohl kaum prädestiniert ist, *die* linke, alternative, demokratische Reformkraft in Deutschland zu sein bzw. zu werden. Das wäre ein Rückfall in unfruchtbaren „Avantgardismus“. Ohne ein konsequentes, auch schmerzhaftes Streiten und Zusammenwirken mit anderen reforminteressierten politischen Kräften und sozialen Bewegungen werden eigene Ansprüche kaum einzulösen sein.

Kehren wir abschließend noch einmal zum erwähnten Bild aus der Mythologie zurück. Die PDS scheint weniger wie Odysseus Gefahr zu laufen, zwischen den gleichermaßen verhängnisvollen Klippen der oben definierten Skylla und Charybdis zermalmt und von diesen Ungeheuern verschluckt zu werden. Sie ähnelt eher Odysseus in einem Boot auf hoher See, der im Nebel zwar in etwa die Küste ahnt, aber anstelle seetüchtiger Steuer, Ruder, Segel und Mitstreiter (obgleich da irgendwo auch noch andere, die zur selben Küste wollen, ebenfalls im Nebel stochern) nur mit einem Paddel versehen ist. Entweder er erweist sich als so pffiffig und innovativ, die erforderlichen Mittel aus dem Gegebenen seiner Bootsladung, aus vorbeischwimmendem Treibgut u.ä. zu beschaffen und/oder sich mit jenen anderen Suchenden in ähnlicher Lage zusammenzutun, oder er paddelt zwar fleißig hin und her, kommt aber der Küste – dem Ziel – kaum näher und verliert dabei nur seine Lebenskraft.

Formen der innerparteilichen Partizipation, Potenziale der Mobilisierung und Chancen der Rekrutierung von PDS-Mitgliedern

Empirische Befunde einer Mitgliederbefragung in Sachsen-Anhalt

BERNHARD BOLL

Die Gebrechen der PDS auf Mitgliederebene sind unübersehbar und notorisch: Weitaus mehr als die Protagonisten der Partei sind große Teile der Mitgliedschaft noch immer dem politischen Traditionalismus eines demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsbildes verpflichtet. Beträchtliche Teile verharren trotz in den ideologischen Grabenkämpfen vergangener Tage oder quälen sich, die gesellschaftlichen Gegebenheiten des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland als Arbeitsgrundlage der politischen Konkurrenz anzuerkennen (vgl. Sturm; Neugebauer, Stöss; Gerner). Schließlich sind die Parteimitglieder hoffnungslos überaltert – mehr als zwei Drittel sind älter als sechzig Jahre (vgl. Boll et al.) – und im Hinblick auf ihr innerparteiliches Engagement in weiten Kreisen über Gebühr passiv. Deshalb, und freilich zunehmend wegen der Altersstruktur ihrer Mitglieder, die häufig zufelde geführt wird, hat die PDS mehr als andere Parteien wachsende Probleme, die notwendige politische und organisatorische Tagesarbeit der Partei zu bewerkstelligen. Mehr als andere Parteien ist sie darauf angewiesen, anfallende Arbeitsroutinen auf einige wenige, häufig in Mehrfachbelastung arbeitende Funktionsträger zu verteilen.

Dass alle anderen Parteien am letztgenannten Umstand genauso leiden, relativiert nicht die Situation der PDS. Im Gegenteil: sie braucht mehr als andere Parteien engagierte Mitglieder; zum einen, weil die PDS selbst in den neuen Bundesländern ihre flächendeckende organisatorische Präsenz auf der lokalen Ebene schon kurzfristig nicht mehr halten können. Interne Beobachter gehen davon aus, dass in vier bis sechs Jahren eine biographisch bedingte Halbierung der Mitgliedschaft zu befürchten ist, die es unmöglich erscheinen lässt, selbst die größtenteils ehrenamtliche lokale Präsenz der PDS weiterhin aufrecht zu erhalten. Dieses angekündigte Wegbrechen einer tragenden Säule ihrer ostdeutschen Bastion ist für sich allein schon schwerwiegend genug. Noch dazu aber addieren sich im gleichen Moment die zusätzlich fehlenden Personalressourcen, die dringend notwendig sind, um das längerfristig (überlebens-) wichtige Ziel einer erfolgreichen, d.h. in Wählerstimmen zählbaren, organisatorischen Ausdehnung in die alten Bundesländer zu erreichen. Nicht also die Überalterung allein macht der PDS im Vergleich zu ihren politischen Konkurrenten das Leben schwer, sondern die zeitliche Koinzidenz mit einem organisatorisch-strategisch herausragenden Ziel der Organisationspolitik. „Garniert“ wird dies alles durch einen jahrelang anhaltenden und der Öffentlichkeit kaum vermittelbaren Grundsatzstreit über die programmatische Modernisierung der Partei, der schließlich auch eine Integrationsfigur wie den ehemaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky zur Aufgabe des Vorsizes der Programmkommission provozierte. Es ist evident, dass solche – sei es nun Unwilligkeit oder Unfähigkeit zum Kompromiss – öffentlich sichtbaren Parteiaktivitäten die vorhandenen Sympathisanten der Partei nicht gerade zum potentiell denkbaren Parteibeitritt bewegen. Dies alles trug und trägt dazu bei, dass es der PDS trotz

mehrfacher Wahlerfolge auf (ostdeutscher) Landesebene nicht gelungen ist, die bestehenden, durchaus bekannten Defizite auszuräumen und das Hauptproblem der PDS zu lösen: Der stetige Mitgliederrückgang scheint nur gebremst, keinesfalls gestoppt und schon gar nicht kompensiert. Wenn man diesem Befund zustimmt, provoziert er die Folgefrage, der in diesem Beitrag nachgegangen wird, welche Chancen und Möglichkeiten bei der PDS bestehen, zumindest aus dem Mitgliederbestand zusätzlich engagierte Mitstreiter zu gewinnen.

Die eingangs formulierte Behauptung weitestgehender Passivität der Parteimitglieder ist empirisch bei allen Parteien nachweisbar, aber bei der PDS besonders gravierend. Knapp 30 Prozent der 558 antwortenden Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt (163 Fälle) schätzen sich selbst als eher aktiv ein, die restlichen 70 Prozent (395) halten sich für passive Parteigänger. Tatsächlich dürfte dieses Verhältnis noch stärker zu Ungunsten der aktiven Parteimitglieder ausfallen, weil die Selbsteinschätzung nicht empirisch nachprüfbar ist und insofern zur Beschönigung des individuellen Aktivitätsradius einlädt. Zusätzlich aufschlussreich und nicht gerade optimistisch stimmt die Antwortstruktur, die sich ergibt, wenn man nach der Veränderungsabsicht des bestehenden individuellen Engagements fragt. Die weit überwiegende Mehrheit der Fälle, knapp 80 Prozent der Mitglieder, hält am bestehenden Engagement fest, knapp acht Prozent möchten ihre Mitarbeit in der Partei ausdehnen, weitere zwei Prozent reduzieren, und etwa zehn Prozent sind sich noch nicht darüber im klaren. Auch darin mag man ein Indiz erkennen, dass die festgestellte überwiegende Passivität wohl nicht ohne weiteres in eine bemerkenswert anwachsende Aktivität verwandelt werden kann, und – wenn es denn erfolgreich sein sollte – dafür überdies nur ein bescheidener Personenkreis überhaupt ansprechbar ist.

Unabhängig davon, wie man diese Zurückhaltung bewerten mag, ist man versucht, danach zu fragen, was die Mehrheit der Mitglieder eigentlich von der Mitarbeit in der Partei abhält, welche Gründe die Mitglieder für ihre weit verbreitete Passivität anführen. Aus einem vorgegebenen Set möglicher Motive, das Mehrfachantworten zuließ, gaben PDS-Mitglieder, die sich selbst als eher passiv bezeichneten, folgende Gründe für ihr geringes Engagement an:

Tabelle 2: Gründe innerparteilicher Passivität von PDS-Mitgliedern (Mehrfachantworten, n=395)

Grund	Prozent
Genügt mir, einfaches Mitglied zu sein	53,8
Meine Arbeit lastet mich voll aus	28,8
Kaum Möglichkeiten zur Mitarbeit	7,3
Befürchte berufliche oder private Nachteile	4,0
Privatleben ist mir wichtiger	3,5
Funktionäre schrecken mich ab	1,4
Habe keine Lust	1,2

Überwiegend herrscht bei denjenigen Mitgliedern, die sich eher als passiv einschätzen, der Wunsch vor, ein einfaches Mitgliederdasein zu führen, das sich offensichtlich auf die Rolle eines Förderers per Beitragszahlung beschränkt. Weitere gut 29 Prozent sehen sich zum Befragungszeitpunkt aufgrund ihrer Arbeitsbelastung außerstande, einen aktiveren Part in der Partei zu übernehmen. Knapp 83 Prozent der Nennungen begründen die Passivität mit einem dieser beiden Aspekte. Bei allen weiteren Begründungen – immerhin sehen sieben Prozent kaum Möglichkeiten, in der Partei mitzuarbeiten, vier Prozent befürchten berufliche oder private Nachteile – wird aber auch sichtbar, dass ein nur geringer Teil der Befragten die Priorität des Privatlebens per se oder schlicht Lustlosigkeit für ihre Passivität geltend macht. Insofern kann man wohl (bei aller gegebener Vorsicht bei der Interpretation derlei Begründungsstruk-

turen) festhalten, dass die Zurückhaltung unter den passiven Mitgliedern weitestgehend nicht auf Desinteresse oder dem Rückzug ins Private basiert.

Parteien wirken nach Artikel 21 (1) Grundgesetz bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Aus dieser hervorgehobenen Rolle der Parteien im Grundgesetz leiten sich eine Fülle von Aufgaben für die Parteien ab, die u.a. von Niedermayer (1989) auf der Basis parteientheoretischer Überlegungen bezüglich der innerparteilichen Partizipation in einer funktionalen Trias auf die Dimensionen der Personalrekrutierung (Nominierung von Kandidaten für öffentlichen Wahlämter, die Besetzung von innerparteilichen Funktionen), der Politikformulierung (Bestimmung und Diskussion programmatischer Ziele und politischer Prioritäten) und der Politikvermittlung (im weitesten Sinne: Verdeutlichung der politischen Aussagen der Parteien in der Öffentlichkeit) zusammengefasst wurde. Neben dieser formalen Funktionspalette sind politische Parteien als Foren des politischen Austauschs auch als soziale Organisationen zu verstehen, in denen politisch mehr oder minder Gleichgesinnte ebenso soziale Kontakte und Aktivitäten pflegen können. Parteimitgliedern steht insoweit ein vielfältiges innerparteiliches Betätigungsfeld offen, welches sie je nach individuellem Interesse auf unterschiedlicher Art (teilnehmend oder nur teilhabend) und Intensität (regelmäßig oder nur sporadisch) pflegen.

In die Fragestellungen unserer Untersuchung haben soziale und gesellige Tätigkeiten wie beispielsweise die Teilnahme am sprichwörtlichen Grillfest der Parteifreunde keinen Eingang gefunden. Das nachfolgend aufgeführte Spektrum innerparteilicher Partizipation fokussiert nur auf den funktional aufgefassten Aufgabenkatalog der Parteien und daraus ableitbarer Partizipationsformen für „einfache“ Mitglieder. Mit dem damit verfolgten Analyseraster wäre zunächst für den größeren Kreis der Mitglieder eine häufige Nennung solcher Partizipationsformen zu erwarten, für die eine Entscheidung individuell und unverbindlich jederzeit möglich ist. Umgekehrt werden geringere Nennungen bei Partizipationsformen erwartet, umso mehr diese verpflichtenden Charakter besitzen.

Für die PDS in Sachsen-Anhalt lässt sich festhalten, dass immerhin 82 Prozent der Befragten angeben, mindestens einmal in der einen oder anderen Form innerparteilich aktiv (gewesen) zu sein – was nicht heißt, dass sie es immer noch sind, sondern nur bedeutet, dass die jeweilige Tätigkeit schon einmal ausgeführt wurde. Die empirische Struktur der Tätigkeiten von in diesem Sinne als aktive Parteimitglieder angesehenen Personen offenbart einen überwiegend rezeptiven Charakter der innerparteilichen Teilnahme. Wie man Tabelle 2 entnehmen kann, bedeutet dies, dass offensichtlich die Wahrnehmung von Parteiangeboten ohne verpflichtenden Charakter wie der Besuch von Parteiveranstaltungen erwartungsgemäß für die meisten im Vordergrund steht, und die Häufigkeit bzw. der Anteil derjenigen, die die darüber hinausreichenden Möglichkeiten wahrnehmen, mit zunehmender Verbindlichkeit des Termins bzw. der Tätigkeit abnimmt.

Tabelle 3: Empirische Struktur der Tätigkeiten von PDS-Mitgliedern (n=427)

Tätigkeit	Prozent
Parteiveranstaltungen besuchen	43,8
Im Wahlkampf engagieren	16,6
Verdeutlichung der politischen Aussage der Partei	9,8
Veranstaltungen organisieren	8,3
Kontakte zu Vereinen und Verbänden	7,6
Mitarbeit in einer Volksvertretung	5,8
Mitglieder werben	4,4
Parteiverwaltungsaufgaben	3,7

Das ist jedenfalls aus dem unübersehbaren Gefälle der relativen Häufigkeiten abzulesen, das entlang einer Linie von Partizipationsangeboten mit unverbindlichem Charakter hin zu zeitlich verbindlichen und substantiell verpflichtenden Tätigkeiten in der Partei deutlich sichtbar ist: Der Besuch von Parteiveranstaltungen aller Art ist die erwartungsgemäß am weitesten verbreitete Form der innerparteilichen Partizipation der Mitglieder (44 Prozent). Knapp 17 Prozent der befragten Mitglieder haben sich darüber hinaus schon einmal im Wahlkampf engagiert, deutlich weniger als die Hälfte des Wertes für den Besuch von Parteiveranstaltungen. Eine ebenso deutliche Abnahme ist vom noch eher unverbindlichen Wahlkampfengagement zu den darauf folgenden Betätigungsfeldern wie der Verdeutlichung der politischen Aussage der Partei (9,8 Prozent), der Organisation von Parteiveranstaltungen aller Art (8,3 Prozent) oder der Kontaktpflege zu Vereinen und Verbänden (7,6 Prozent) und den nachfolgenden Formen zu bemerken. Die empirisch beobachtbare Zäsur der Mitgliederpartizipation ist angesichts dieser Häufigkeitsverteilung unübersehbar: Unabhängig von der tatsächlichen Intensität der individuellen Partizipation ist für einen überwiegenden Mitgliederkreis offenbar entscheidend, dass die Gelegenheit zur Partizipation frei verfügbar und unverbindlich bleibt, dagegen reduziert sich der Personenkreis beträchtlich, der für eine verpflichtende, kontinuierliche Aufgabe innerparteilichen Engagements gewonnen werden kann.

Über diese grundsätzlichen Kenntnisse der empirischen Struktur innerparteilicher Partizipation der Parteimitglieder hinaus kann man durch das Verfahren der Faktorenanalyse ein Muster inhaltlich verwandter Aktivitätsformen ermitteln. Die Faktorenanalyse identifiziert inhaltlich zusammengehörige Dimensionen, die zunächst namenlos sind und aus der Interpretation der Faktorladungen benannt werden können. Durch diese Prozedur können für die PDS im wesentlichen zwei Dimensionen der innerparteilichen Partizipation als charakteristisch bezeichnet werden. Auch dieser Befund ist nicht parteispezifisch, sondern zeigte sich in ähnlicher Form unter Mitgliedern der CDU (vgl. Bürklin, 1997). Inhaltlich gemeinsam interpretiert werden können einerseits solche Aspekte wie der Besuch und die Organisation von Parteiveranstaltungen sowie das Engagement im Wahlkampf und Verwaltungstätigkeiten innerhalb der Partei (Faktor 1). Auf den zweiten Faktor laden dagegen die Items Mitarbeit in einer Volksvertretung, Kontakte zu Vereinen und Verbänden sowie Verdeutlichung der politischen Aussage der Partei.

Für die sich daraus ableitenden Benennungen der Faktoren kann man unmittelbar auf zwei konzeptionelle Unterscheidungen zurückgreifen. Leicht erkennbar vereint der erste Faktor durchweg Tätigkeiten auf sich, die in ein Gesamtprofil eingepasst werden können, das innerparteilich durch Hilfsbereitschaft und organisatorisch durch Unterstützung gekennzeichnet ist und mit einem eher ideellen Parteiengagement in Verbindung steht. Davon unterscheiden sich hingegen die Tätigkeiten des zweiten Faktors deutlich. Hier wird man in der Gesamtschau auf die Gemeinsamkeit der dort ladenden Items kaum bloßen Idealismus unterstellen, sondern eine auf politische Ambitionen hindeutende Konzentration ausgeübter Tätigkeiten erkennen können. Weil sich diese Trennung der Tätigkeitsfelder in der Wahrnehmung der befragten Mitglieder, wie die Faktorenanalyse zeigte, empirisch gut abbildet, wird fortan der Faktor 1 als „ideelle Partizipation“, der Faktor 2 als „politische Ambition“ bezeichnet.

Tabelle 4: Faktoren der innerparteilichen Partizipation bei PDS-Mitgliedern

	Faktor 1	Faktor 2
Parteiveranstaltungen besuchen	0,585	-0,101
Parteiveranstaltungen organisieren	0,718	0,136
Im Wahlkampf engagieren	0,645	0,333
Parteiverwaltung	0,611	0,007
Mitarbeit in einer Volksvertretung	-0,144	0,759
Kontakte zu Vereinen und Verbänden	0,171	0,610
Verdeutlichung der politischen Aussage	0,218	0,556
Mitglieder werben	0,117	0,163
Eigenwert	<i>2,040</i>	<i>1,197</i>
Erklärte Varianz	<i>25,49</i>	<i>14,96</i>

Extraktion: Hauptkomponentenanalyse, Rotation: Varimax mit Kaiser-Normalisierung

Dagegen ordnen die Mitglieder die Tätigkeit der Mitgliederwerbung weder der einen noch der anderen Dimension zu. Die Mitgliederwerbung wird zu fast gleichen Teilen beiden Faktoren zugeordnet und nimmt insoweit eine Mittelstellung zwischen beiden ermittelten Tätigkeitsgruppen ein.

Wenn die befragten Mitglieder also offensichtlich zwischen zwei Tätigkeitsfeldern unterscheiden, darf man unterstellen, dass diese Bereiche der innerparteilichen Partizipation nicht notwendigerweise gemeinsam auftreten müssen, sondern dass die individuelle Teilhabe am innerparteilichen Leben auf den einen oder den anderen beschränkt bleiben kann, zugleich realiter aber auch eine Kombination beider Bereiche anzutreffen ist. Für die Ausgangsfrage möglicher Mobilisierungspotentiale und Rekrutierungschancen zusätzlicher Parteiaktivisten hat dies zur Folge, dass beide Dimensionen getrennt voneinander auf die formulierten Analyseziele hin zu untersuchen sind.

Es liegt nahe, anzunehmen, dass die Bereitschaft zur ideellen Partizipation wie die Neigung zur politischen Ambition individuell unterschiedlich ausgeprägt sind und deshalb von der jeweiligen Intensität, mit der sie individuell betrieben wird, abhängen. Es gilt also zunächst diese Intensität, mit der ideell oder politisch ambitioniert partizipiert wird, zu betrachten. Dafür wurden mithilfe eines Regressionsverfahrens jeweils drei unterschiedliche Intensitätsstufen (gering, mittel, hoch) für jede Partizipationsform ermittelt. Die dabei sichtbar werdende Struktur bestätigt die naheliegende Vermutung, dass es nicht nur beträchtliche Unterschiede zwischen beiden Partizipationsformen gibt, sondern auch deutliche Ausprägungsdifferenzen individueller Partizipationsintensität innerhalb beider Formen existieren. So war zu erwarten, dass unter denjenigen Mitgliedern, die Tätigkeiten ausübten, die der politischen Ambition zugerechnet wurden, nur wenige sein würden, die dies besonders nachdrücklich verfolgen; das wird durch die knapp acht Prozent Mitglieder mit hoher Intensität bei dieser Partizipationsform bestätigt. Nur diesem Personenkreis wird man vorab ernsthafte Ambitionen bescheinigen können – jedenfalls deutlich stärkere, als den knapp 58 Prozent zu unterstellen sind, die nur in vergleichsweise geringem Ausmaß Tätigkeiten ausüben, die mit politischen Ambitionen in Verbindung gebracht werden können.

Tabelle 5: Intensitäten der ideellen Partizipation und der politischen Ambition (in Prozent)

	Ideelle Partizipation (n=527)	Politische Ambition (n=334)
Gering	48,0	57,5
Mittel	38,0	34,7
Hoch	14,0	7,8
Gesamt	100	100

Keine Überraschung stellt gleichfalls die Intensitätsstruktur bei der ideellen Partizipation dar. Wenn bisher von der weitverbreiteten Zurückhaltung unter den Mitgliedern bei den Parteien die Rede war, kann man anhand dieser Zahlen für die PDS das Gefälle dieser Zurückhaltung auf der Basis der hier subsumierten Tätigkeiten ideeller Partizipation quantifizieren. Fast jedes zweite Mitglied der PDS in Sachsen-Anhalt nimmt ideell nur geringfügig, und genauer heißt dies: selten oder sporadisch, an entsprechenden Partizipationsangeboten teil. Weitere 38 Prozent zeichnen sich durch ein durchschnittliches Engagement aus, und wiederum nur den geringsten Teil der Befragten (14 Prozent) kann man zu den kontinuierlich engagierten Mitgliedern rechnen. Gerade der letzte Punkt, die Kontinuität des Engagements, ist aber bestenfalls spekulativ aus diesen Daten abzulesen. Nicht aber der bloße Umstand tatsächlicher Teilhabe, sondern eine hohe Intensität von Beteiligung wurde jedoch als ausschlaggebendes Moment für die zusätzliche Mobilisierung und Rekrutierung von Mitgliedern postuliert. Insofern ist es unumgänglich, die mit der steigenden Intensität der Beteiligung unterstellte wachsende Kontinuität der Teilhabe nachzuweisen. Der Beleg, inwieweit dies der Fall ist, kann nur durch eine Gegenüberstellung mittels Kreuztabellierung von Intensität und den jeweiligen Tätigkeiten erfolgen. Das Ergebnis dieser Analysen ist in den nachfolgenden Tabellen ablesbar. Die resultierende Struktur bestätigt in beiden Fällen eindrücklich die These, wonach die Kontinuität der Teilhabe an den innerparteilichen Partizipationsangeboten von der individuellen Partizipationsintensität abhängt. Das wird schon allein im Bereich der ideellen Partizipation beim Besuch von Parteiveranstaltungen unübersehbar und wiederholt sich mit Nachdruck bei den übrigen Aspekten dieser Beteiligungsdimension. Fast jeder zweite, der durch eine geringe ideelle Partizipation gekennzeichnet ist, besucht selten oder nie angebotene Veranstaltungen, aber fast alle (92 Prozent), die durch eine hohe ideelle Partizipation charakterisiert werden. In ebensolchem Ausmaß besuchen Mitglieder mit durchschnittlichem Engagement derlei Parteiveranstaltungen. Es bestätigt sich hier also nochmals die bereits festgestellte am weitesten verbreitete Form der innerparteilichen Teilhabe „einfacher“ Mitglieder¹, es wird aber zudem deutlich, in welchem Ausmaß dies von der jeweiligen individuellen Teilhabebereitschaft bzw. -intensität abhängig ist.

Dieser auf nur einem Item basierende Befund wird durch die weiteren Ergebnisse erhärtet. Denn noch eklatanter ist der Unterschied beim Aspekt der Organisation von solchen Veranstaltungen, an der fast nie jemand (1,4 Prozent) mit geringer ideeller Partizipation teilnimmt, aber fast drei Viertel (72,2 Prozent) der Mitglieder mit hoher ideeller Partizipation häufig oder immer beteiligt sind. In die gleiche Richtung weisen ebenfalls die Resultate für die übrigen beiden Items Wahlkampfengagement und verwaltende Aufgaben – Tätigkeiten, die jeweils

1 Dieser Befund ist nicht so trivial, wie man zunächst denken könnte. Dass individuelles Engagement mit dem jeweils vorhandenen Interesse variiert, ist die hier naheliegende Alltagsweisheit. Diese aber zu identifizieren und in ihrer Bedeutung oder Wechselwirkung zu bemessen, ist eine Frage der empirischen Analyse, die man allzu häufig achselzuckend als rein akademische Übung der Quantifizierung des Offensichtlichen verkennt.

kaum von Mitgliedern mit geringem, aber umso häufiger durch solche mit hohem ideellen Engagement ausgeübt werden.

Tabelle 6: Intensitätsgefälle ideeller innerparteilicher Partizipation (in Prozent)

Ideelle Partizipation				
	Gering (selten, nie)	Mittel (manchmal)	Hoch (häufig, immer)	Tau b
Parteiveranstaltungen besuchen	50,2	88,4	91,8	.295**
Parteiveranstaltungen organisieren	1,4	9,8	72,2	.595**
Im Wahlkampf engagieren	4,3	37,3	83,3	.566**
Parteiverwaltung	–	2,7	43,5	.398**

Für die Mobilisierung zusätzlicher Mitglieder ist dieser Befund allerdings ziemlich ernüchternd. Er bedeutet nämlich, dass bei bisher anfallenden Aufgaben fast ausschließlich nur auf diejenigen verlässlich, d.h. mehrheitlich zurückgegriffen werden konnte, die sich in außerordentlicher Weise innerparteilich engagieren. Eine Mobilisierung jenseits des Besuchs von Parteiveranstaltungen ist faktisch nur unter Mitgliedern mit hoher ideeller innerparteilicher Partizipation möglich. Nicht zuletzt deswegen ist das in diesem Mitgliedersegment – mit einem Anteil von 14 Prozent der aktiven Mitglieder – noch nicht ausgeschöpfte potentielle Reservoir verschwindend klein. Auf die Mitgliederzahl der PDS in Sachsen-Anhalt von ca. 13.000 zum Befragungszeitpunkt hochgerechnet, bedeutet dies, dass zunächst nur 30 Prozent oder 3.900 Personen grundsätzlich als aktiv partizipierend anzusehen sind, und davon nur 14 Prozent oder 546 Mitglieder als (nach eigenen Angaben) stark ideell engagiert gelten können. Auf die Gesamtmitgliedschaft bezogen, bedeutet dies einen Anteil von 4,2 Prozent.

Lässt man den Besuch von Veranstaltungen einmal außer acht, erscheint bestenfalls bei durchschnittlich ideell engagierten Mitgliedern die zusätzliche Mobilisierung zu Wahlkampfzeiten vielversprechend, weil sich in diesem an Zahl weitaus größeren Mitgliedersegment immerhin 37 Prozent dieses Personenkreises engagieren. Allerdings gilt dies nicht für die Verteilung der bestehenden Parteiaufgaben auf zusätzliche (Mitglieder-) Schultern, weil sich bisher aus der Gruppe derjenigen mit einem durchschnittlichen ideellen Engagement nur knapp jeder zehnte bereit erklärte, bei der Organisation von Parteiveranstaltungen zu partizipieren und sich nur drei Personen unter hundert Mitgliedern dieser Gruppe für im weitesten Sinne parteiverwaltende Aufgaben gewinnen ließen.

Weniger spektakuläre aber ebenso deutliche Unterschiede werden auch bei der entsprechenden Analyse der zweiten identifizierten Dimension, der der politischen Ambition, sichtbar. Fast in gleicher Weise besteht nur im Fall der politisch hoch ambitionierten Mitglieder ein mehrheitliches Engagement in allen drei inhaltlich verwandten Tätigkeitsfeldern. Nur wenig mehr als ein Fünftel der durchschnittlich ambitionierten Mitglieder arbeitet dagegen in einer Volksvertretung mit, und ungefähr jeweils ein Drittel dieser Mitglieder pflegt Kontakte zu Vereinen und Verbänden oder trägt zur Verdeutlichung der politischen Aussage der Partei bei. Dass dieses Intensitätsgefälle zwischen den Gruppen und Tätigkeiten jeweils kein zufälliges Resultat ist, belegen die wie auch bei der vorangegangenen Tabelle beträchtlich starken und hochsignifikanten Korrelationen (tau b).

Tabelle 7: Intensitätsgefälle politischer Ambition (in Prozent)

Politische Ambition				
	Gering (selten, nie)	Mittel (manchmal)	Hoch (häufig, immer)	Tau b
Verdeutlichung der pol. Aussage	15,6	35,1	57,7	.344**
Kontakte zu Vereinen u. Verbänden	7,8	30,7	57,7	.528**
Mitarbeit in einer Volksvertretung	3,3	21,2	80,8	.459**

Indessen erscheinen auch die durchschnittlich ambitionierten Mitglieder der Übernahme von größerer Verantwortung nicht gänzlich distanziert gegenüberzustehen, jedenfalls dann nicht, wenn man zum Vergleich die wesentlich geringeren Werte in allen drei Betätigungsfeldern bei PDS-Mitgliedern mit geringer Ausprägung von politischer Ambition gegenüberstellt. Das tatsächlich mögliche Rekrutierungspotential für politisches Personal aus den Reihen der hier als politisch ambitioniert charakterisierten Mitglieder wird aber erst in der Frage nach deren Bereitschaft zur Übernahme eines Parteiamtes und/oder deren Neigung zur Kandidatur für ein öffentliches Wahlmandat sichtbar.

Tabelle 8: Politische Ambition und Rekrutierungspotential bei PDS-Mitgliedern (in Prozent)

Geringe politische Ambition		Mittlere politische Ambition		Hohe politische Ambition	
Parteiamt	Wahlamt	Parteiamt	Wahlamt	Parteiamt	Wahlamt
4,7	8,9	14,7	26,7	46,2	80,8

Die Fragen lauteten: „Sind Sie bereit, in der PDS künftig ein Amt zu übernehmen?“ und „Wären Sie bereit, für Ihre Partei ein Wahlmandat zu übernehmen?“

Leicht zu erkennen ist nicht nur die mit wachsender Ambition zunehmende Bereitschaft zur Übernahme eines Amtes oder eines Mandats. Es wird zudem deutlich, dass die Übernahme eines Parteiamtes bei der PDS nur geringe Attraktivität besitzt und selbst unter Mitgliedern mit starker politischer Ambition keine mehrheitliche Resonanz findet (46 Prozent). Eklatant ist der Vergleich mit der benachbarten Gruppe der durchschnittlich ambitionierten Mitglieder. Hier sind es nur noch knapp 15 Prozent, die für eine Funktionsübernahme innerhalb der Partei zur Verfügung stehen könnten.

Nicht wesentlich günstiger ist das Bild für die Rekrutierungschancen von Kandidaten für öffentliche Wahlämter. Wiederum nur unter den stark politisch ambitionierten PDS-Mitgliedern ist eine Mehrheit dazu bereit (81 Prozent). Schon bei nur durchschnittlicher politischer Ambition ist es wenig mehr als nur jeder Vierte, der sich eine PDS-Kandidatur für ein öffentliches Wahlamt vorstellen könnte; unter denjenigen mit geringer Ambition ist diese Bereitschaft noch seltener, nur bei jedem zehnten Befragten, vorzufinden.

Im Überblick reduziert sich also das Rekrutierungsreservoir von politischem Personal für die Partei oder für ein öffentliches Wahlmandat auf den Kreis stark politisch Ambitionierter. Das ist keine parteispezifische Besonderheit, sondern verhält sich bei anderen Parteien nicht anders. Wohl aber ist von Besonderheit, dass der prozentuale Anteil von potentiellen Kandidaten für öffentliche Wahlämter wie für innerparteiliche Funktionen deutlich hinter denjenigen der anderen Parteien zurückbleibt, wie dies in weiterführenden, vergleichenden Analysen zutage trat. Das ändert sich auch dann nicht, wenn man weiter nach der Ebene der Kandidatur – also lokal, auf Landes- oder Bundesebene – bei den öffentlichen Ämtern wie Parteiämtern differenziert. Im Parteienvergleich und auch schon für sich betrachtet tritt bei der PDS in Sachsen-Anhalt eine deutliche Rekrutierungslücke zutage, die auch bei den anderen Landesverbänden der Partei nicht unbekannt sein dürfte.

Verfährt man nun analog zur vorangegangenen Analyse bei der ideellen Partizipation und versucht eine Annäherung an die realen Verhältnisse durch eine Hochrechnung, wird die Mälaise der Partei überdeutlich. Die stark politisch ambitionierten Mitglieder bilden einen Anteil (vgl. Tabelle 4) von rund acht Prozent (7,8 Prozent) – wohlgemerkt: der aktiven Mitglieder. Bei rund 13.000 Mitgliedern der Partei in Sachsen-Anhalt zum Befragungszeitpunkt ergeben sich 3.900 Personen als aktive Mitglieder, davon acht Prozent stark Ambitionierte ergibt einen Personenkreis von rund 312 Personen. Rund 80 Prozent erklärten sich in der Stichprobe zur Kandidatur für ein öffentliches Wahlamt bereit, realiter also rund 250 Personen, und zwar unabhängig von deren individueller Eignung und elektoralen Mehrheitsfähigkeit. Rund 46 Prozent unter den Hochambitionierten neigten in der Stichprobe einem Parteiamt zu, auf die realen Verhältnisse von etwa 312 potentiellen Kandidaten umgerechnet, entspricht dies einem 143 Personen starken Rekrutierungspool, über das die Partei derzeit noch verfügen kann.

Diese Hochrechnungen legen in beiden Fällen ein unübersehbares, strukturell begründetes Rekrutierungsdefizit offen. Selbst bei optimistischer Schätzung sind knapp 150 Personen, die für ein Parteiamt (ohne nähere Spezifikation der Ebene oder des Verantwortungsbereichs!) kandidieren würden, zu wenig, um den Bedarf an Funktionsträgern im Landesverband zu decken. Schließlich sind in der PDS Sachsen-Anhalts rund 600 lokale Basisgruppen vorhanden und zählt das Land auf der Verwaltungsebene 21 Landkreise und 3 kreisfreie Städte, in denen jeweils nicht nur ein einziger Repräsentant der Partei anzutreffen sein sollte. Noch prekärer freilich ist die Rekrutierungslücke für öffentliche Wahlämter, die sich vor diesem Hintergrund offenbart. Für zahlreiche kommunale Parlamente, Kreistage und schließlich den Landtag kann man mit einem Personaltabelleau von knapp 250 Personen nicht adäquat politisch und schon gar nicht flächendeckend konkurrieren.

Zusammenfassung: Im Gesamtüberblick bietet sich für die PDS in Sachsen-Anhalt in den Fragen der Mitgliederpartizipation, der Mobilisierung und Rekrutierung zusätzlicher Kräfte kein günstiger Eindruck. Denn nur aufgrund der Größe der Partei – sie ist nach wie vor die größte Mitgliederpartei des Landes – gelingt es der PDS bisher, das politische Tagesgeschäft und die damit notwendigen Aufgaben und Funktionen einer politischen Partei zu meistern. Es ist nicht allein das ungünstige Verhältnis der nach eigenen Angaben passiven Mitglieder (70 Prozent) gegenüber den 30 Prozent aktiven Mitgliedern. Das ist, wenn auch nicht in dieser Schärfe, bei den anderen politischen Parteien nicht viel anders. Aber: wäre die Partei an Mitgliedern genauso stark wie ihre Konkurrenten im Lande, blieben eklatante Mobilisierungs- und Rekrutierungslücken mangels geeigneter bzw. für die Parteiarbeit oder die Kandidatur bereiter Mitglieder schon gegenwärtig häufiger nicht mehr aus. Das zeigen die annäherungsweise durchgeführten Hochrechnungen auf der Basis von 13.000 Mitgliedern, die bei aller Umsicht nur ein kleines, jedenfalls nicht ausreichendes Häuflein aufrechter Mitstreiter bezüglich Mobilisierung und Rekrutierung erwarten lassen. Dies ist das schwerwiegende Defizit, wenn man einen Moment die vielzitierte Altersstruktur der Mitglieder außen vor lässt.

Freilich, eine Problembenennung pointiert auf Mobilisierung und Rekrutierung mag derzeit noch wie eine weitere Strophe aus dem vielstimmigen Schwanengesang über das Ende der Partei klingen. Unrealistisch oder bar jeder Grundlage ist das hier vorgestellte Szenario jedenfalls nicht, ganz im Gegenteil. Wenn die Partei im Lande darüber nachdenkt, beispielsweise die innerparteilichen Kommunikationsstrukturen nicht nur organisatorischer, sondern auch willensbildungspolitischer Natur zu regionalisieren, dann mag dies darauf hindeuten, dass man bei den langfristigen Planungen nicht länger von hinreichenden Mitteln und Personalres-

sources auf lokaler Ebene ausgeht. Hinter solchen Überlegungen steckt aber weitaus mehr als nur die anstehende technische und kommunikative Modernisierung der Partei. Sie gründen auf der Erfahrung einer erlebten, weitestgehend passiven Mitgliedschaft, die kaum Raum zur zusätzlichen Mobilisierung offen lässt, noch Potentiale hinreichender Rekrutierung besitzt. Insbesondere für eine in den neuen Ländern bei den Wählern reüssierenden und mittelfristig in Sachsen-Anhalt Regierungsverantwortung anstrebenden Partei sind solche Charakteristika auf der Mitgliederebene weder ein tragfähiger Hintergrund noch ein für potentielle Mitglieder attraktiver Erfahrungskontext. Nimmt man für die Partei insgesamt hinzu, dass sie ohne zusätzliche Personalressourcen ihre Expansionspläne nur unter erheblichen Schwierigkeiten realisieren wird, dann wird das Dilemma einer modernisierungswilligen Parteiführung mit einer strukturell modernisierungsunfähigem Mitgliederbasis in seinem Ausmaß fassbar.

Die Ursachen dafür sind nur vordergründig in der starken Überalterung zu suchen. Die problematische Altersstruktur ist sicherlich für viele Probleme der Partei zentral. Für die Situation der Mitgliederpartizipation, der Mobilisierung zusätzlicher Aktivisten und Rekrutierung neuen politischen Personals aber ist viel entscheidender, das die dafür *grundsätzlich* zur Verfügung stehende Personaldecke weitaus dünner ist als bei den anderen Parteien, wie analoge Vergleichsanalysen feststellten. Hier, in den weitaus geringeren Chancen für die Mobilisierung und Rekrutierung der Partei wird ein Wesenszug des bestehenden Dilemmas deutlich, der zunächst unabhängig von der Altersstruktur der Mitglieder zu benennen und zu beurteilen ist. Noch profitiert die Partei vom politischen Personal, das zu DDR-Zeiten politisch sozialisiert und geschult und heute – wenn auch nur unter vorgehaltener Hand – als qualifiziert und kompetent gehandelt wird. Aber auch diese Generation, zu der nicht nur Gabi Zimmer und Roland Claus oder Helmut Holter und Petra Sitte, sondern auch Steffi Lemke und Wulf Gallert zu rechnen sind, erkennt schon jetzt die personellen Lücken, die in der ihnen folgenden des potentiellen Nachwuchses bestehen. Und diese Lücken sind nicht etwa zufällige Resultate des „Schmuddelimages“ der Partei in der Nachwendezeit, sondern strukturell in defizitärer Mitgliederrekrutierung und mangelnden Mobilisierung begründet, was seit längerem deutlich sichtbar ist und mit den bisherigen Mitteln wohl kaum zu beheben sein wird. Auf der Grundlage der Daten der Mitgliederbefragung in Sachsen-Anhalt jedenfalls ist die Ausgangsfrage nach Mobilisierungspotentialen und Chancen zur Rekrutierung politischen Potentials – sehr zurückhaltend formuliert – folgendermaßen zu beantworten: Die Mobilisierungspotentiale wie die Chancen zur Rekrutierung politischen Potentials sind bestenfalls gering.

Literatur

- Boll, Bernhard; Crow, Kimberly; Hofmann, Bernd; Holtmann, Everhard: Sozialstruktur und Einstellungen der Mitglieder von Parteien in Ostdeutschland am Beispiel Sachsen-Anhalts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B12/1999, S. 34-45
- Boll, Bernhard: Die Mitglieder der PDS: Motive für den Parteibeitritt – Empirische Ergebnisse einer Mitgliederbefragung in Sachsen-Anhalt. In: Michael Brie, Rudolph Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 168-180.
- Bürklin, Wilhelm P.: Bestimmungsgründe innerparteilicher Partizipation, in: Wilhelm P. Bürklin, Hans-Joachim Veen, Viola Neu: Die Mitglieder der CDU, Sankt Augustin 1997
- Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994
- Niedermayer, Oskar: Innerparteiliche Partizipation, Opladen 1989
- Niedermayer, Oskar: Beweggründe des Engagements in politischen Parteien, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 323-337
- Neugebauer, Gero; Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten. Opladen 1996
- Sturm, Eva: Und der Zukunft zugewandt? Eine Untersuchung zur Politikfähigkeit der PDS, Opladen 1999

Reformpolitik und Parteiprofile: Die PDS als „Spielpartei“

Neue Überlegungen zu Selbstverständnis und Politik-Stil einer sozialistischen Partei

MICHAEL CHRAPA

Das politische Parteiensystem Deutschlands ist in Bewegung geraten. Betrachtet man den Zeitraum zwischen Mitte 1999 und Ende des Jahres 2000, so werden zahlreiche, oft unerwartete Auf- und Abstiege in der politischen Szene erkennbar. Befand sich die SPD noch im Herbst 1999 in einem deutlichen Tief, so folgte dem der Absturz der Union im Zusammenhang mit der „Parteispendenaffäre“. Die F.D.P. – mitunter schon fast abgeschrieben – hat immerhin so viel an Profil gewonnen, dass sie als Partnerin einer Rot-Gelb-Koalition in Erwägung gezogen wird.

Veränderung ist auch für eine linkssozialistische Partei wie die PDS angesagt. Es sind nicht allein schlagzeilenträchtigen Ereignisse, wie die des Münsteraner Parteitages im April 2000, sondern gleichermaßen theoretische Überlegungen und Erfahrungen der Praxis, welche die Neubestimmung des Profils dieser politischen Organisation auf die Tagesordnung treten lassen. Die PDS befindet sich in dabei in einer eigentümlichen Situation, die in jüngster Zeit Gegenstand verschiedener Analysen war (vgl. Brie, Woderich):

- Sie ist durch eine in mehrfacher Hinsicht „asymmetrische“ Mitgliedschaft gekennzeichnet, schließt zahlreiche differente politische Strömungen ein und wirkt faktisch in zwei sozioökonomisch und soziokulturell verschiedenartig geprägten Teilgesellschaften. Die kulturellen Unterschiede der Mitglieder in Ost und West haben sich in den zehn Jahren der Existenz der Partei kaum verringert und treten in verschiedenen Problemzusammenhängen mitunter in sehr scharfer Form hervor. Ein weiteres Merkmal der PDS stellt die Tatsache dar, dass vor allem in Ostdeutschland, wo sie den Charakter einer Volkspartei trägt, erkennbare Differenzen zwischen den Einstellungen und Erwartungen der Wählerschaft und bestimmtem – nicht selten ideologisch gefärbten - Positionen zahlreicher Mitglieder bestehen. Zudem ist die Partei durch einen hohen Anteil älterer Personen in der Mitgliedschaft (ca. 50 Prozent im Alter über 60 Jahre) strukturell gefährdet. Perspektivische Analysen zur Mitgliederentwicklung verweisen darauf, dass im Zeitfenster bis etwa 2008 ernste innere Schwierigkeiten für die PDS entstehen können (vgl. Chrapa, Wittich 2000).
- Mehrfach bereits totgesagt, hat die PDS allerdings – vor allem bis zum Herbst 1999 – beachtliche Wahlerfolge und Sympathiegewinne zu verzeichnen. Der insgesamt akzeptierte Verlauf des „Magdeburger Modells“ und die Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern sprechen für die gegenwärtig stabile Verankerung dieser Partei in Ostdeutschland.
- Im bundesdeutschen Parteiensystem insgesamt befindet sich die PDS indessen zumeist noch in der Position einer *splendid isolation*. Vor allem im Zusammenhang mit kritischen inneren Faktoren (z.B. Mitgliederentwicklung) ist allerdings fraglich, ob dieser Zustand zementiert werden kann, ohne dass die Funktion der Partei in Gänze bedroht wird. Die

weitere Suche nach einem ausstrahlungskräftigen Profil der PDS erlangt somit besondere Dringlichkeit.

Im Kontext von Diskussionen zur sogenannten Parteireform wurden seit etwa eineinhalb Jahren verschiedene Ansätze in Bezug auf die künftige Profilierung der PDS aufgegriffen und auch mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten verknüpft (vgl. Dellheim, Zimmer; Zimmer; PAVU). Die hier vorgestellte Kategorie einer „Spielpartei“ entstammt ursprünglich einem Vortrag des Autors zu Problemen des Selbstverständnisses der PDS¹. Die provokativ formulierte, mitunter auch missverstandene, aber durchaus ernst gemeinte Metapher soll dazu anregen, die Funktion der PDS im Parteiensystem und in der Gesellschaft auf neue Art zu betrachten.

1. Strategisch mögliche Ansätze als Rahmenbedingungen

Für die Bestimmung der längerfristigen Profilierungschancen der PDS können zwei Grundüberlegungen herangezogen werden. Dies betrifft zum einen den weit gefassten Ansatz, gegenwärtige Reformblockaden aufzulösen, die der Eröffnung neuer gesellschaftlicher Entwicklungspfade im Wege stehen. Der Sozialforscher Rainer Land hat in einer aktuellen Arbeit die These formuliert, dass ein politischer Aufbruch hierbei eben nicht über das politische System (allein) möglich ist, sondern einer anderen Veränderungs- bzw. Gestaltungsvariante bedarf. Bleibt das politische System Dreh- und Angelpunkt aller Aktivitäten, so besteht die Gefahr, dass sich die wechselseitige Blockade der Akteure, unter denen auch die Parteien vertreten sind, in einer Art Patt verfestigt und die brennenden gesellschaftlichen Probleme noch nicht einmal schrittweise in Angriff genommen werden können. Während „die Uhr tickt“, würden sich die Parteien (und unter ihnen auch die PDS) parlamentarisch-politisch gleichsam gegenseitig in Schach halten. Ein Ausbruch aus diesem Zirkel scheint nur durch *Politisierung der Gesellschaft* möglich. Land bemerkt dazu: „Der Ausweg liegt nicht in einer anderen Politik, sofern darunter das Handeln innerhalb des politischen Systems verstanden wird. Er liegt in einer anderen Öffentlichkeit, die die Tendenz zur Selbstreferenz des politischen Systems punktuell aufbricht. Die politische Gesellschaft (oder zivile Gesellschaft) – sie ist das notwendige Gegenstück zum politischen System – beinhaltet neben Medien und Expertenkulturen auch die in Lebenswelten und Alltagskulturen wurzelnden Interaktionen der Bürger.“ (Land: 17). Parteien mit einem linken Anspruch, so wäre daraus abzuleiten, müssten somit ernsthaft eine gewisse neue Funktionalität ihres Wirkens in Erwägung ziehen: „Es ist möglich, dass Parteien – durchaus in Übereinstimmung mit ihrem Eigeninteresse an politischer Macht – die Entwicklung öffentlicher reformpolitischer Auseinandersetzungen befördern. Dies jedenfalls scheint unter den gegebenen Voraussetzungen die einzige Chance, Reformpolitik und Machterhalt zu vereinbaren. Bislang aber sind alle Parteien eher darauf aus, Öffentlichkeit für ihre parteipolitischen Strategien zu funktionalisieren, als umgekehrt Öffentlichkeiten zu nutzen, um Parteipolitik zu qualifizieren und zu öffnen.“ (Ebenda: 17/18)

Ein zweiter, eher konflikt- und handlungstheoretisch ausgerichteter Denkansatz geht davon aus, dass das Aufbrechen von Blockaden mit der Orientierung auf eine breit angelegte „*Mitte-Links-Option*“ möglich erscheint (vgl. Chrapa). Darunter wäre eben nicht allein eine besonde-

1 Gehalten auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Quo vadis, PDS?“ am 22. Mai 2000. Kommentare dazu siehe Mark Siemons: Die Spielpartei. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Mai 2000, S. 45; Presseinformation der Rosa-Luxemburg-Stiftung 50/2000.

re Konstellation im politischen System (oder gar nur die Variante von Koalitionen) zu verstehen. Die anzustrebende Gesellschaftsoption bezieht sich längerfristig auf eine Sammlung von Akteuren und Akteurskonstellationen und auf praktische Schritte zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, zuallererst aber auf eine Art „geistige Wende“ (oder den Ansatz dazu), also das gemeinschaftliche Denken einer neuen menschlich-kulturellen Figur in der Gesellschaft. Die „Mitte-Links-Option“ kann (oder muss) in mindestens vier gleichberechtigte Ebenen projiziert werden:

- *Als kulturell-politisches Projekt:* Hier ist von der Überlegung auszugehen, dass die kulturelle Dimension von Gesellschaftsprozessen große und aller Wahrscheinlichkeit weiter zunehmende Bedeutung hat (vgl. Rifkin). Darin eingeschlossen wären sowohl das energische Auftreten gegen neoliberale Denkmuster und Politik(en) als auch die Neubestimmung des Verhältnisses von „Markt“ und „Bürgergesellschaft“. Letzteres würde bedeuten, per öffentlicher Auseinandersetzung zu bestimmen, welche Felder dem Markt (eben) nicht überlassen werden dürfen bzw. welche aus ihm wieder zurückzuführen sind. Der Begriff der „Kultur“ ist hier selbstverständlich im weiten Sinne zu verstehen und bezieht sich auf verschiedenartigste Denkmuster, Alltagsformen usw., natürlich aber auch auf kulturell-künstlerische Äußerungen. Darin eingeschlossen könnte das Wachsen einer besonderen Alltagskultur sein, ein Lebensgefühl des sich frei machenden, also auch gegen Vermarktungstendenzen kämpfenden Bürgers.
- *Als Bündnisprojekt von politischen Akteuren:* Interessanterweise existieren die Umriss solcher Bündnisse auf transnationaler Ebene bereits in Form von Netzwerken, die Aktionen wie in Seattle, Prag oder Nizza begleiteten bzw. initiierten. Auf diesem Feld sind jedoch wesentliche Möglichkeiten noch unerschlossen. Eine davon wäre das Aufgreifen der im Zuge der Auseinandersetzung mit Folgen der Globalisierung geäußerten Bourdieusche Ideen von der „(Ver-)Sammlung des ‚3. Standes‘“, dabei sowohl in der transnationalen wie in der nationalen Dimension.
- *Als Verbund von Parteien:* Dies wäre ein Ansatz innerhalb des politischen Systems, der mitunter als alleinige Form der „Mitte-Links-Option“ (miss-)verstanden wird, der andererseits aber aller Wahrscheinlichkeit nach unverzichtbar ist. Hier kämen sowohl Arbeitsverbindungen von Parteien als auch Regierungskonstellationen (Tolerieren oder Koalieren) zum Tragen.
- *Als Leitbild mit Blick auf eine neue Verfasstheit der Gesellschaft:* Vom Ansatz her ginge es um die realistische Projektion von Veränderungsmöglichkeiten in einen künftig überschaubaren Zeitraum. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass viele Menschen dem Zukunftsbegriff gegenüber aufgeschlossen sind und damit Erwartungen und Hoffnungen sowie ebenso Ängste verbinden. Die Frage, wie Deutschland im Jahre 2010 aussehen könnte, ließe sich mit Vorschlägen verbinden, die sich sowohl auf veränderte politische Kräftekonstellationen („Mitte-Links-Regierung“) als auch auf Gedanken zu einem neuen Sozialsystem, zu innovativen Arbeitsmodellen oder zu moderne Varianten von wirksamerer Bürgerdemokratie verbinden (vgl. Lauth, Pickel, Welzel).

Aus den Überlegungen zur der „Mitte-Links-Option“ heraus wäre über die Aufgaben und das Profil einer linken Partei nachzudenken. In verallgemeinerter Form könnten hier folgende Dimensionen umrissen werden:

- *Widerstand gegen Praxis und Politik von neoliberalen Ansätzen*, dies in vieler Hinsicht als parlamentarische und außerparlamentarische „Opposition“ auf der Grundlage eines sozialistischen Wertebestands.
- *Inhaltliche Formulierung und praktiziertes Leben von Alternativen*, was zum einen das Einbringen von Konzepten in gesellschaftliche Debatten betrifft, aber zum anderen vor allem die Praxis veränderter Lebensweisen (mit selbstbestimmterem Konsum, ökologischer Verantwortung, gleichberechtigteren Sozialbeziehungen u.a.) bedeuten könnte und mit dem Ansatz verbunden wäre, projektgestützten Arbeits- und Lebensformen, in denen sich Menschen selbstbestimmt zusammenschließen, einen breiteren Raum zu geben.
- *Demokratisch legitimierte Gestaltung* bei Verantwortungsübernahme (z.Zt. in Kommunen und Ländern), wobei dies eine Wechselbeziehung von *Verwalten* und *Gestalten* beinhaltet.

Die genannten drei Aspekte sind sowohl in sich als auch in ihrem Verhältnis zueinander äußerst widersprüchlich. Zur Besonderheit des „Projektes PDS“ könnte es gehören, dieser Widersprüchlichkeit nicht auszuweichen, sondern sie anzunehmen und produktiv zu bearbeiten. Für dementsprechende politische Handlungsansätze würden sich so mehrere – quasi gleichberechtigte – Grundrichtungen ergeben. Sie betreffen zum einen das *Handeln entlang der großen Konfliktlinien* (so: Krieg-Frieden, Beteiligt-Ausgeschlossen, Arm-Reich, Für-Gegen: Gleichstellung der Geschlechter u.a.), zweitens das *Handeln in lebensweltlichen Sozialräumen zur Selbstgestaltung/-ermächtigung/-organisation* sowie drittens das *Handeln in Form von Wahrnehmung, Deutung, Definition und Artikulation* mit Einfluss auf die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung.

2. Reflexion und Handeln im Kontext von strategischen Situationen

Die hier skizzierten strategischen Ansätze („Politisierung der Gesellschaft“ und „Mitte-Links-Option“) sind weder deckungsgleich noch untereinander widerspruchsfrei; sie weisen allerdings Gemeinsamkeiten auf und lassen eine ähnliche Ausrichtung erkennen. Bei beiden Überlegungen geht es – übertragen auf die Profilgewinnung einer Partei – um eine mögliche, besondere Platzierung der Parteien im Verhältnis von politischem System, gesellschaftlicher Öffentlichkeit und lebensweltlichen Sozialräumen. Zugespitzt könnte gefragt werden, ob Reformbestrebungen (bis hin zu „Reformaufbrüchen“) entweder durch Machtkampf im politischen System, durch ein gezieltes Wirken bei der Politisierung der Öffentlichkeit oder durch Kombination beider Richtungen zu erreichen wären.

Die Anregungen, die mit der Verwendung des Begriffes „Spielpartei“ verbunden sind, sollen im Folgenden darauf gerichtet sein, Probleme des Umgangs mit strategischen Situationen im sozialen und politischen Raum genauer zu beleuchten, bei denen Akteure in wechselseitiger Abhängigkeit interessen geleitete Ziele verfolgen (vgl. Esser). Innerhalb der Mitgliedschaft der PDS, aber auch in Führungsgremien, gibt es zu diesem Themenkreis nicht selten vereinfachte oder von überkommenen, mitunter recht starren Denkmustern geprägte Vorstellungen. Die produktive Auseinandersetzung mit dieser Problematik, die auch Prozesse des Umdenkens einschließt, erscheint im Ganzen dringend notwendig. Es fallen hier insbesondere drei Komplexe ins Gewicht:

- *Realistischer Blick auf Gesellschaft und Gesellschaftsveränderung*. Der Umgang mit strategischen Situationen verlangt einen in mehrfacher Hinsicht neu bestimmten Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Im Rahmen der PDS sind weiterhin Sichtweisen verbreitet,

welche die soziale und politische Realität vornehmlich anhand weniger ausgewählter Grundkonflikte definieren und der realen hochkomplexen und ausdifferenzierten Verfasstheit der Gesellschaft nicht gerecht werden. Damit verknüpfen sich häufig eindimensionale Kausalitätsvorstellungen: Durch ein ausreichendes Maß an „Widerstand“ und „Kampf“ würden, auf der Grundlage sich stetig zuspitzender Widersprüche in der Gesellschaft, Veränderungen gleichsam in gewünschter Weise durchgesetzt werden. Gewollt oder ungewollt läuft dies auf Revolutions- (und/oder Katastrophen-) Szenarien hinaus, produziert Feindbilder und führt zudem nicht selten zu schmerzhaften Selbstüberschätzungen. Das notwendige Umdenken zu diesem Problemkreis betrifft vor allem die Gewinnung eines wirklich realistischen Blickes auf denkbare Veränderungen, die sich nur langfristig und auf vielfältigen Wegen vollziehen können. Der direkte Einfluss einer Partei im politischen System ist wichtig, bleibt aber gering, wenn nicht Wandlungen im geistig-kulturellen Bereich in Gang gesetzt werden. Letztlich wäre es erst das Aufkommen neuer Denkmuster, Einstellungen und Alltagsformen des praktischen Lebens in Richtung auf mehr Selbstbestimmtheit und Solidarität, das für Veränderungen in Richtung auf eine sozialistische Option steht. Mehr denn je fällt also die kulturelle Komponente gesellschaftlicher Wandlungen ins Gewicht (vgl. Rifkin). Für die PDS könnte dies praktisch beinhalten, bewusst nach Aktionsmöglichkeiten außerhalb des politischen Systems zu suchen. Damit verbinden sich mindestens zwei Aspekte: Zum einen ginge es um die verstärkte Präsenz der PDS im sogenannten *vorpolitischen Raum*, wozu diese Partei auf Grund ihrer besonderen Mitgliederzusammensetzung nicht die schlechtesten Voraussetzungen hat. Zum anderen wären die in der PDS immer noch existierenden Diskussionen über das Verhältnis von Partei und Bewegung und zur Idee der „Projektpartei“ neu aufzugreifen. Projektbezogene Partearbeit (neuerdings auch wieder im Kontext von inneren Reformen der SPD thematisiert), die gleichzeitig Akteure und Akteursgruppen anregt und verknüpft, könnte neue Handlungsräume, durchaus im Sinne der von Rainer Land erhobenen Forderungen, eröffnen.

- *Endgültige Ablösung vom „Avantgarde-Modell“.* Eng mit dem vorherigen Problemkreis verknüpft ist die weiterhin notwendige Auseinandersetzung mit gleichsam unterschwelligem avantgardistischen Vorstellungen innerhalb der PDS. Es sind hier nicht allein geistige Relikte aus staatssozialistischen Zeiten, anhand deren im Inneren der PDS nicht wenige – offen oder verdeckt – ein „Avantgarde-Modell“ der politischen Einflussnahme auf soziale und politische Bewegungen präferieren. Genauere Betrachtungen zeigen, dass noch weitere Ursachen ins Gewicht fallen, die auch mit der Entwicklung der PDS in den 1990er Jahren zusammenhängen: Wie aktuelle Analysen belegen, kann die PDS unvermindert als eine Werte- und Überzeugungspartei bezeichnet werden, in der auch die emotionalen Bindungen an die politische Gemeinschaft stark ausgeprägt sind (vgl. Chrapa, Wittich 2001). Große Mehrheiten der Mitgliedschaft vertreten klare Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach verstärktem Kampf gegen Rechtsextremismus und nach Einsatz für sozial Benachteiligte. Von mehr als vier Fünfteln der Mitgliedschaft wird ferner das Streben der PDS nach gesellschaftlicher Opposition als wichtig betont. Diese feste Wertegemeinschaft und die enge Bindung vieler Mitglieder an die Partei hatte und hat die Funktion innerer Identitätsbehauptung. Auf dieser Grundlage konnte die PDS schwierige Situationen in den 1990er Jahren überstehen und Erfolge erzielen. Gleichzeitig sind damit jedoch auch Gefahrenmomente verknüpft, die darin zum Ausdruck kommen, „abweichenden“ Wertvorstellungen anderer wenig Verständnis entgegen zu bringen und gewisse missionarische Gefühle gegenüber sozial Benachteiligten zu entwickeln. Beide Faktoren können Momen-

te des avantgardistischen Denkens oder die Vorstellung, doch im Besitz endgültiger Wahrheiten zu sein, befördern und notwendige Lernprozesse behindern. Ein Umdenken hieße in diesem Zusammenhang vor allem, sich bewusst auf Partnerschaften einzulassen, und Respekt gegenüber politischen Partnern, Konkurrenten und auch Gegnern zu entwickeln. Diesbezügliche langjährige Erfahrungen – so im Tolerierungsmodell im Bundesland Sachsen-Anhalt – sind noch längst nicht Allgemeingut in der PDS und werden mitunter eher mit Misstrauen zur Kenntnis genommen.

- *Produktiver Umgang mit Koordinationsproblemen, Dilemma-Situationen und Konflikten.* Die benannten Kategorien erlangen in dem Maße größeres Gewicht, in dem sich die PDS in die Gesellschaft öffnet und in komplexen sozialen Situationen eigene Handlungsbestrebungen vertritt. Dabei notwendige Lernprozesse beziehen sich vor allem darauf, genauer als bisher Interessen, Ressourcenverteilungen und Regeln des Zusammenwirkens von Akteuren einschätzen zu können. Als künftig bedeutsame, aber sehr komplizierte Aufgabe stellt sich hier u.a. dar, wie es der PDS gelingt, in politischen Verknüpfungen mit der Ressource „Vertrauen“ umzugehen. Angesichts recht starrer Wertbindungen in der Mitgliedschaft und des weiterhin gegebenen Wirkens stark ideologiegeprägter Strömungen erweist sich – wie in jüngster Zeit die Diskussionen zur Programmatik der PDS belegen – das Zusammenwirken von Führungsorganen und Mitgliedern dann als deutlich konfliktbelastet, wenn Vertrauen eingeschränkt ist oder verspielt wird. Mindestens ebenso wichtig ist der „Vertrauensfaktor“ beim öffentlichen Agieren der PDS im politischen System. Ob in der Funktion der parlamentarischen Opposition, als Tolerierungsakteur oder als Koalitionspartner – in jedem Fall muss die Partei durch begründetes, in der Öffentlichkeit nachvollziehbares Handeln ihre Verlässlichkeit unter Beweis stellen. Probleme beim Umgang mit Dilemma-Situationen, die gleichfalls ein gewisses Umdenken erforderlich machen, zeigen sich beispielsweise dann, wenn vereinfachte Vorstellungen über die Mechanismen von kollektiven Handlungsformen zu Tage treten. Die Annahmen, allein durch übereinstimmende Interessen und Einstellungen oder durch die Reflexion von Konflikten (z.B. im Kontext von Gerechtigkeitsbewertungen) – eventuell initiiert durch politische Aufrufe – würde gemeinschaftliches Handeln größerer Menschengruppen in Gang gesetzt, sind irrig. Hier muss die Existenz spezifischer Dilemma-Situationen in Rechnung gestellt werden, deren Widersprüchlichkeit darin besteht, dass kollektives Handeln in der Regel auf die Erlangung eines „öffentlichen Gutes“ zielt, welches nicht teilbar und nicht ausschließbar ist, so dass es dem Einzelnen kostengünstiger erscheint, abzuwarten, bis andere dieses Gut geschaffen haben (vgl. Olson). Für eine moderne politische Partei würden die hier ange deuteten Überlegungen bedeuten, neu über den eigenen Beitrag im Umfeld von Handlungspotenzialen nachzudenken. Aller Wahrscheinlichkeit nach kommt künftig dem Handeln in kleinräumigen, überschaubaren Netzwerken größere Bedeutung zu. Im Zusammenhang damit könnten Themensetzungen, die an diesen Orten entstehen, gegenüber der von Parteien in der medialen Öffentlichkeit vertretenen Problemagenda wichtiger werden.

3. Neue Überlegungen zum Politik-Stil der PDS

Nahezu in allen größeren Parteien wird gegenwärtig über Veränderungen bzw. Modernisierungen des Politikstils diskutiert. Für die PDS, die sich das anspruchsvolle Ziel gestellt hat, die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms mit Schritten einer Parteireform zu verbinden, könnten diesbezüglich die Überlegungen zur „Spielpartei“ folgende Anregungen geben:

- Zunächst einmal ginge es um das bereits skizzierte weitere *Umdenken im Sinne des Einstellens auf Wettbewerbssituationen* im politischen System. Der mit der (endgültigen) Aufgabe des Avantgardeanspruchs verbundene Paradigmenwechsel wäre jedoch keinesfalls mit prinzipienloser Anpassung oder Beliebigkeit des Verhaltens zu verwechseln, sondern bedarf im Gegenteil der stets erneuten Versicherung bestimmter Wertevorräte. Insofern steht der PDS als dringende Aufgabe auch eine zeitgemäße Wertedebatte ins Haus, die nicht zuletzt Probleme der Toleranz gegenüber differenten Wertvorstellungen einschließt.
- Der gleichberechtigte Umgang mit verschiedenen Partnern im „politischen Spiel“ stellt in mehrfacher Hinsicht hohe *Anforderungen an die kommunikative Kompetenz* der Partei. Dies betrifft zum einen die stärkere Ausprägung der Fähigkeit, kommunikative Ereignisse zu produzieren und verschiedene Öffentlichkeitsräume (im Bereich der Massenmedien, aber ebenso in „kleineren“ sozialen Zusammenhängen) selbstbewusst zu besetzen. Beide Aspekte sind im Rahmen der PDS – von bestimmten Wahlkampfaktivitäten abgesehen – im Ganzen nicht ausreichend entwickelt. Zum anderen gilt es, an der Dialogkompetenz auf den verschiedenen Ebenen der Partei zu arbeiten; eine Aufgabe, die gegenwärtig auch in Führungskreisen der SPD diskutiert wird (vgl. Machnig). Gerade in Zeiten hoch technisierter Kommunikationsformen bleiben – wie sich zeigt – die persönliche Begegnung und das individuelle Gespräch von Menschen unverzichtbar für eine erfolgreiche politische Arbeit. Die Fähigkeit zum Dialog schließt wiederum die produktive Handhabung von (politischer und menschlicher) Differenz sowie von kulturvoller Konfliktaustragung und, damit verknüpft, die Bereitschaft zum partnerbezogenen Perspektivenwechsel in sich ein.
- Neue Aufgabenfelder entstehen ferner für die *analytische Arbeit*. In besonderem Maße gilt dies für das *Erfassen von subjektiven Momenten*, also von Einstellungen, Interessenkonstellationen und Motivlagen in verschiedenen Bevölkerungsteilen. Bei Analysen zur Gesellschaftsentwicklung wären ferner sowohl die hohe Komplexität von miteinander verknüpften Sozialräumen und Handlungsformen als auch der *Zeitfaktor* sozialer und politischer Veränderungen in Rechnung zu stellen. Als Herausforderung für die Weiterentwicklung des Politikstils kann somit die Fähigkeit verstanden werden, „in der sozialen Zeit zu denken“, dadurch Einschätzungen über Verläufe von Veränderungen geben zu können und dies in den Entwurf eigener strategischer Optionen zu integrieren.
- Geht man, verkürzt gesagt, davon aus, dass das Agieren einer modernen, zukunftsfähigen Partei eher durch den Begriff des (konkurrenzgeladenen) „Spiels“ als durch den des (eindimensionalen) „Kampfes“ adäquat beschrieben wird, so bildet die *Lernfähigkeit* der Partei eine lebenswichtige Komponente ihres Politikstils. Sowohl die zwar kurze, aber sehr ereignisreiche Geschichte der PDS als auch ihre gegenwärtige Verfasstheit liefern reichhaltiges Material, um produktive Schlussfolgerungen ziehen zu können. Dies setzt allerdings den gemeinschaftlichen Willen zum Lernen und die Schaffung entsprechender Diskussionsmöglichkeiten voraus.

Im Jahr 2001 werden im Zusammenhang mit der Programmdebatte, mit den Bemühungen zur Parteireform und im Vorfeld der kommenden Bundestagswahlen wichtige Entscheidungen für die PDS heranreifen. In Mecklenburg-Vorpommern bereits in Regierungsverantwortung befindlich und mit dem Blick auf eine mögliche neue Regierungskoalition im Bundesland Sachsen-Anhalt, steigen die praxisorientierten Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger an diese Partei. Die mit der weiteren Profilsetzung verbundenen Fragen dulden deshalb keinen beliebigen zeitlichen Aufschub mehr. Es ist zu hoffen, dass das Gewicht der sich abzeichnenden

Problemlagen im Rahmen aller Gliederungen der PDS reflektiert, angenommen und in den Mittelpunkt produktiver Diskussionen gestellt wird.

Literatur

- Brie, Michael; Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000
- Chrapa, Michael: Notizen zur Programmatik der PDS. Material der Grundsatzkommission der PDS, Berlin 2000
- Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar: Strukturanalyse zur Entwicklung der PDS, Berlin/Halle 2000 (unveröffentlichtes Material)
- Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar: Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, Berlin/Halle 2001
- Dellheim, Judith; Zimmer, Gabi: Dachverband für lose Gruppen oder wirkungsvolle Partei, in: Disput, Nr. 2/2000, S. 8
- Esser, Hartmut: Soziologie. Soziales Handeln, Frankfurt a.M. 1999
- Land, Rainer: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 4/5 1999, S. 5-19
- Lauth, Hans-Joachim; Pickel, Gert; Welzel, Christian: Demokratiemessung, Wiesbaden 2000
- Machnig, Matthias: Netzwerkpartei und Netzwerkgesellschaft, in: SPIEGEL ONLINE, 20.10.2000
- Olson, Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968
- PAVU: Materialien der Aktionsgruppe „Parteireform von unten“ vom 20.02.2000, Halle 2000 (unveröffentlichtes Material)
- Rifkin, Jeremy: Access, Frankfurt a.M. 2000
- Zimmer, Gabi: Programmdebatte - Es sollte um Profil, Substanzgewinn und Identifikation gehen, in: Presse- und Informationsdienst (PID), Nr. 8/2000, S. 3-4

Autoren und Herausgeber

Berg, Frank, Prof. Dr. phil. habil., BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien

Boll, Bernhard, Dr., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Politikwissenschaft

Chrapa, Michael, Dr., FOKUS e.V. Halle - Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien

Crome, Erhard, Dr. habil., GSFP – Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH; Berliner Debatte INITIAL

Kirschner, Lutz, Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin; Berliner Debatte INITIAL

Koch, Thomas, Dr. sc., BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien

Patzelt, Werner, J., Prof. Dr. phil. habil., Technische Universität Dresden, Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Deutsche Regierungssysteme unter besonderer Berücksichtigung der Parlamentarismusforschung

Pollach, Günter, Dr. sc., BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, abgeschlossene Projektstelle an der Freien Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut

Probst, Lothar, Dr., Universität Bremen, Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien

Volken, Andrea, Dr., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung Institutionen und sozialer Wandel